

I. publ. E.

474

312



F. pub. E.

474 $\frac{sp}{+}$

Wagner



3.1

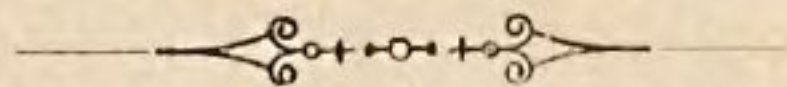
Friedrichs des Grossen
Beziehungen zu Frankreich

und der

Beginn des siebenjährigen Krieges.

Von

Ferdinand Wagner.



HAMBURG.

Gustav W. Seitz Nachf.

Besthorn Gebr.

1896.

Erlebens des Grossen

Beziehungen zu Frankreich

Beginn des siebenjährigen Krieges



AMSTERDAM

W. J. VAN DER AART

Verleger

1764

HERRN PROFESSOR MAX LEHMANN

IN DANKBARER VEREHRUNG

DER VERFASSEN.

HERON PROFESSOR MAX LEMANN

IN HONOR OF HIS 75TH BIRTHDAY

DECEMBER 7, 1950

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit sucht die Beziehungen Friedrichs des Grossen zu Frankreich vor dem Ausbruche des siebenjährigen Krieges darzulegen und die Gründe zu erklären, welche den Bruch der beiden dem Anscheine nach auf gegenseitigen Beistand angewiesenen Mächte bewirkt haben. Kaum irgendwo in der Geschichte dürfte der Erforschung der Motive ein so reicher Stoff zu Gebote stehen, wie er hier durch Publikationen aus verschiedenen Archiven geboten ist, die uns in den Stand setzen, der umfangreichen französischen Memoirenlitteratur diejenige Stellung anzuweisen, die ihr allein zukommt. In überreicher Fülle liegen vor uns originale und authentische Aeusserungen des grossen preussischen Königs, ein Material, dem gegenüber die Mahnung zur kritischen Vorsicht auf den ersten Blick überflüssig erscheinen könnte. Dennoch scheint mir eine solche Vorsicht auch hier geboten zu sein, und gerade aus der Natur dieses Schriftwechsels selber zu entspringen.

Friedrich der Grosse hat im Verlauf der schlesischen Kriege sich immer mehr von jedem Einflusse seiner militärischen und politischen Umgebung frei gemacht; dem einzigen Winterfeldt wird ein selbständiges Urtheil in Angelegenheiten des Heeres gestattet. Die Minister und Diplomaten sind allein Werkzeuge in der Hand des Königs, sie werden nur soweit mit dem Gang der allgemeinen Politik vertraut gemacht, als es die ihnen zugewiesene Aufgabe erfordert. Auch die höheren Offiziere müssen blindlings den empfangenen Befehlen gehorchen. Aber während König Friedrich in diplomatischen Schreiben ohne Bedenken selbst direkte Täuschungen vornimmt, vermeidet er jede Uebertreibung und jedes unbegründete Gerücht in den Fällen, wo es sich um militärische Angelegenheiten handelt. Demnach sind es die Schreiben an diejenigen Generäle, welche verantwortungsvolle Posten einnehmen, Winterfeldt, Schwerin, Lehwaldt,

VI

welche am sichersten über die augenblickliche Stimmung und Absicht Friedrichs Aufklärung geben. Alles andere wird dagegen nach dem Adressaten und dem Zwecke, dem es zu dienen hat, beurteilt werden müssen.

Für die Beziehungen zu Frankreich haben einen bedeutenden Wert die in der Politischen Correspondenz ¹⁾ nur zum Teil abgedruckten Berichte der damaligen preussischen Gesandten in Paris, nach denen sich Friedrich hauptsächlich sein Urteil über die französischen Zustände gebildet hat. So hat namentlich der preussische Gesandte Knyphausen, wenn er auch selbst für das Fortbestehen der alten Beziehungen Preussens zum Versailler Hofe eingetreten ist, durch seine Schilderungen den König zum Aufgeben der französischen Allianz bewogen. Ob die von Knyphausen geschriebenen Berichte der Wirklichkeit entsprochen haben, hat dabei für die Darstellung jener Epoche weniger Wert, als die Frage, ob Friedrich sie als wahr angenommen und darnach die Ziele seiner Politik bestimmt hat.

Für das freundliche Entgegenkommen der Herren Beamten des Geheimen Staats-Archivs ²⁾ zu Berlin und der Archives des Affaires étrangères in Paris sage ich auch an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank.

H a m b u r g, 26. September 1895.

Ferdinand Wagner.

¹⁾ »Politische Correspondenz Friedrichs des Grossen« Berlin 1879 und folgende Jahre, bezeichnet als P. C.

²⁾ Die Akten aus dem Geheimen Staats-Archiv unter St. A. angeführt.

INHALT.

I.	Seite
Preussen und Frankreich, 1752—54.	1
Politisches Testament vom 25. August 1752	1
Festhalten an der Allianz mit Frankreich.....	1
Friedrich ändert seine Politik	2
Frankreich soll die Türkei gegen Oesterreich ausspielen	3
Die Geldmittel Friedrichs	5
Lord Marshalls Kritik der französischen Zustände.....	6
Erneute Aufforderungen an Frankreich (Herbst 1753)	7
Reformen in Oesterreich	10
Gerüchte von österreichischen Rüstungen und deren Widerlegung	11
Knyphausen, Gesandter in Paris	12
Rouillé, Minister des Auswärtigen	13
Die Lage in Polen.....	14
 II.	
Die englisch-französischen Streitigkeiten in Nord-	
Amerika während des Winters 1754—55.	15
Beginn der Kämpfe in Nord-Amerika.....	15
Friedrichs Erkundigungen	16
Er ist unzufrieden mit der französischen Politik (Herbst 1754)	17
Aussicht eines Krieges in Europa	18
Ratschläge an Frankreich	19
 III.	
Vergebliche Bemühungen Friedrichs im April 1755,	
Frankreich zum Kriege zu reizen.	20
Vorschlag Friedrichs einer Besetzung Hannovers.....	20
Motive dazu. Sachsen.....	21
Lage in Oesterreich und Russland	22
Friedrichs Verträge mit den Westmächten	23
Unzufriedenheit mit Knyphausen	24
Ausweichende Antwort Rouillés	25
Gefahren einer Besetzung Hannovers	26
Die französische Armee	27
Abwartende Haltung Friedrichs	28
Broglies Einfluss in Versailles	29
Friedrich in Wesel	30
Hilfsquellen Englands	31

VIII

IV.

Seite

Ausbruch des Krieges in Nord-Amerika und seine Folgen.

33

Ueberfall auf französische Schiffe	33
Eindruck in Frankreich	33
Ludwig XV. gegen die Besetzung der Niederlande	34
Die Sendung Nivernois' nach Berlin	35
Zurückhaltung Friedrichs	36
Rouillé hofft, Sachsen zu gewinnen	37
Französische Rüstungen	38

V.

Annäherung Oesterreichs an Frankreich; Versuch Rouillés, Sachsen für einen französischen Subsidien-Vertrag zu gewinnen.

40

Verstimmung zwischen Preussen und Oesterreich	42
Kaunitz für Frankreich	42
Ludwig XV.	42
Bernis unterhandelt mit Starhemberg	44
Die Pompadour	45
Friedrichs Annäherung an England	46
Rouillé über Sachsen	47
Die Vorschläge Oesterreichs in Versailles verworfen	48
Vernichtung des französischen Handels	49
Friedrich mit Frankreich unzufrieden	50
Vermittlung Braunschweigs zwischen Preussen und England	51
Fortgang der geheimen Verhandlungen in Versailles	53

VI.

Der Uebergang von Frankreich zu England.

55

Friedrich erfährt den Inhalt der Instruktion Nivernois' .	55
Seine Unzufriedenheit mit derselben	57
Verzögerung der Abreise Nivernois'	59
Bedenken Nivernois'	60
Festhalten Frankreichs am preussischen Bündnisse	61
Verzögerung der englischen Antwort	62
Zurückweisung der französischen Vorschläge in Dresden	63
Berichte Knyphausens	64
Annahme der englischen Vorschläge	65
Plan einer Landung in England	67

VII.

Abschluss der Konvention von Westminster.

69

Beweggründe Friedrichs	69
Vorteile für England	71

IX

Seite

Oesterreich der Hauptfeind Preussens	72
Stimmung in Wien	73
Bedenken Knyphausens	74

VIII.

Ankunft des Herzogs von Nivernois in Berlin. 75

Erste Audienz Nivernois'	75
»Points de l'entretien avec le duc de Nivernois«	76
Aufforderung zur Besetzung der Niederlande	78
Stellung Nivernois' in Berlin	79

IX.

Eindruck des Vertrages von Westminster in Frankreich. 82

Ueberraschung in Versailles.....	82
Erklärungen Friedrichs	82
Unzufriedenheit Rouillés	83
Eindruck der Konvention.....	85
Schwierige Stellung der französischen Minister	86
Entscheidung in Versailles	87
Unruhe Friedrichs	89
Fortgang der französisch-österreichischen Verhandlungen	90
Verdacht Knyphausens	91
Nivernois in Potsdam	92
Versuch, die Pompadour für Preussen zu gewinnen.....	93
Stocken der Verhandlungen Starhembergs mit Bernis	94
Verschiedenheit der Interessen Frankreichs und Oesterreichs ...	95

X.

Abbruch der französisch-preussischen Verhandlungen. 97

Abberufung Nivernois'	97
Ansichten Friedrichs	98
Berichte Knyphausens über die Verhandlungen in Versailles.....	99
Friedrichs Politik gegen England.....	100
Bedeutung Russlands	101

XI.

Friedrichs Politik im Mai und Juni 1756. 103

Vertrag von Versailles am 1. Mai 1756	103
Keine Besetzung Hannovers durch die Franzosen	104
Der Friede in Deutschland scheint gesichert	105
Annäherung Frankreichs an Russland	107
Anfragen Friedrichs bei Knyphausen und Klinggraeffen	108

X

	Seite
Täuschung Friedrichs über die Stimmung in Frankreich	109
Vorliebe für den Seekrieg in Versailles	110
Rüstungen der Russen	111
Mobilmachung eines Theiles des preussischen Heeres.	111
Täuschung Mitchells durch Friedrich	112
Die Instruktion Lehwaldts	113
Hoffnungen Friedrichs	113
Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Oesterreich	114
Einstellung der russischen Rüstungen	115
Friedrichs Verkennung der Machtmittel Frankreichs	116
Schwierige Stellung Knyphausens in Versailles	117

XII.

Friedrichs Anfragen in Wien. 119

Erste Anfrage in Wien	119
Bedenken von Podewils	120
Eindruck der preussischen Rüstungen in Versailles	121
Vorsichtige Haltung Bernis' gegen Starhemberg	122
Befürchtungen Knyphausens	123
Erklärung Valoris in Berlin.....	124
Versuch Friedrichs, Frankreich zu beruhigen	124
Zweite Anfrage in Wien	125
Unterredungen Knyphausens mit Rouillé.....	127
Mahnungen Englands	128
Die Stärke der Oesterreichischen Armee in Böhmen und Mähren	129
Argenson gegen das österreichische Bündnis	130
Beruhigung in Versailles über Friedrich	131

XIII.

Der Ausbruch des Krieges. 132

Der Einmarsch in Sachsen	132
Warnungen Broglies	133
Nachlässigkeit des französischen Ministeriums.....	133
Fernerer Verhältniß Friedrichs zu Frankreich	134
»Remarques sur la réponse de la cour de Vienne»	135

XIV.

Der Bruch Frankreichs mit Friedrich. 138

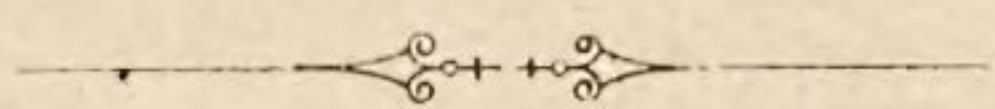
Erbitterung in Frankreich	138
Das Hülfskorps für Oesterreich	138
Schnelle Beruhigung in Versailles	139
Broglies Konflikt mit Friedrich	140
Abberufung Valoris.....	140
Rüstungen in Frankreich.....	141
Vorschläge Friedrichs an England	142
Denkschriften Knyphausens	143

XV.

Seite

Friedrichs Lage im Winter 1756—57. 145

Argenson für den Krieg gegen Preussen	145
Isolierung Machaults	146
Sieg der Kriegspartei in Versailles	147
Unterschätzung Friedrichs	148
König Ludwig und die Pompadour	149
Der Sturz Argensons	150
Der Rücktritt Bernis'	151
Hoffnungen Friedrichs	152
Krankheit der Zarin Elisabeth	152
Unterliegen des englischen Einflusses in St. Petersburg	153
Gegensatz Hannovers zu England	154
Siegesgewissheit Friedrichs	155
Schluss	156



Verbesserungen.

- Seite 28 Zeile 1 von oben »der Gesandte schloss sein Schreiben«.
- » 71 » 4 » » » »eines Einfalls in England«.
- » 76 » 13 » » »ohne Zweifel, um ihm begreiflich zu machen«.
- » 87 » 3 » » »Gegenmassregeln gegen Oesterreich«.
- » 99 » 14 » » »Mitteilungen an Knyphausen«.
- » 121 » 7 » » »des preussischen Heeres«.
- » 135 » 10 » unten »nach Pommern marschieren lasse«.
- » 135 » 9 » » »gegen die Russen zu decken hätten«.
- » 140 » 5 » oben »Rouillé«.
- » 142 » 4 » » »Starhemberg rede«.
- » 148 » 15 » » »mit Oesterreich ihn entmuthigen müsse«.
- » 148 Anmerkung 5 vide 121.
-

I.

Preussen und Frankreich 1752—54.

Am 27. August 1752 vollendete Friedrich der Grosse die Niederschrift des politischen Testamentes, in welchem er seine Hoffnungen und Wünsche für die Zukunft seines Landes darlegte. Es spiegeln sich in diesem Dokumente die damaligen Anschauungen des Königs über die allgemeine Lage in Europa. Der Thronfolger wird gewarnt vor jeder engeren Allianz, die in kritischen Augenblicken die Freiheit des eigenen Handelns beeinträchtigen könne. Soweit der bis jetzt bekannte Teil des Testamentes eine Folgerung zulässt, bildet das Bündniss mit Frankreich den Eckstein des politischen Systems des Königs. Die gemeinsamen Interessen beider Staaten für die durch Russland bedrohte Unabhängigkeit Schwedens hatten die gegenseitige Verstimmung nach dem Dresdener Frieden aufgehoben.

Friedrich war nicht blind für die Schäden der französischen Monarchie, aber die auswärtige Politik der Minister Puyzieulx und Saint-Séverin fand seinen Beifall. Trotz aller vorhandenen Missstände war Frankreich noch die erste Macht Europas und die Gewinnung der Niederlande mit dem Rhein als Grenze nur eine Frage der Zeit ¹⁾.

Sorgsam bemühte sich der König das wiederhergestellte Verhältnis zu Frankreich nicht durch eigenes Verschulden zu stören. Die ihm zukommenden Nachrichten namentlich über die Ereignisse des Nordens wurden dem französischen Gesandten in Berlin, Lord Tyrconnel, getreulich übermittelt. In Paris enthielten sich die Gesandten Friedrichs, Chambrier und dessen im August 1751 ernannter Nachfolger Lord Marschall, jeder Einmischung in die innere Politik und in die Hofkabaln und wirkten nur durch geschickte Darlegung der Gründe auf die Entschliessungen der Minister ²⁾.

Unmittelbar nach der glücklichen Ueberwindung der Gefahren des zweiten schlesischen Krieges kann wohl eine tiefe Sehnsucht nach Frieden alle kriegerischen Gedanken bei Friedrich zurück-

¹⁾ Max Lehmann, »Friedrich der Grosse und der Ursprung des 7jährigen Krieges«, 93.

²⁾ P. C. VIII 440.

gedrängt haben ¹⁾. Aber zu deutlich hatten sich nach dem Misslingen des böhmischen Feldzuges die Schwächen des preussischen Staates offenbart, als dass Friedrich nicht nach Kräften bemüht sein musste, die Friedenszeit für einen neuen Entscheidungskampf gegen das Haus Habsburg auszunutzen. Die ausserordentliche Persönlichkeit des Monarchen schien zum grössten Teil die derzeitige Stellung Preussens zu begründen. Nur durch neue Gebietserwerbungen konnte die Eroberung Schlesiens dauernd auch unter einem minder tüchtigen Herrscher gesichert werden. Der Krieg, der nach Friedrichs Meinung zweifellos für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre zu erwarten war ²⁾, sollte diesem Zwecke dienen. Vor allem galt es durch eine tüchtige Verwaltung die Schäden des letzten Krieges zu tilgen und den Staatsschatz, dessen schnelles Versiegen Friedrich in der Siegeslaufbahn des Jahres 1745 an weiteren Thaten gehemmt hatte, wieder zu füllen. Bis zu diesem Zeitpunkt war die äusserste Reserve nach aussen geboten. Im Jahre 1749 hätte Ostpreussen beim Ausbruche des drohenden Krieges mit Russland geräumt werden müssen. Doch Dank der geschickten Politik Friedrichs war dieser für sein Land gefahrvolle Augenblick glücklich überwunden.

Friedrichs Gesundheit hatte schwer durch die Strapazen der Feldzüge gelitten; er hielt seine Tage für gezählt ³⁾ und glaubte nicht, dass es ihm vom Schicksal vergönnt sei, einen neuen Krieg zu erleben. In seinem politischen Testamente übertrug er seinem Erben die Ausführung der Pläne, die bei Lebzeiten vorzubereiten er sich nach Kräften bemühte.

Bald nach Abfassung des politischen Testamentes im Herbst 1752 hielt der König den Zeitpunkt für geeignet, aus der jahrelang beobachteten Zurückhaltung hervorzutreten. Es waren die Berichte des preussischen Gesandten Klinggraeffen in Wien über einen bevorstehenden Thronwechsel in Konstantinopel ⁴⁾, welche in Friedrich die Hoffnung erweckten, die Oesterreicher mit einem neuen kriegerisch gesinnten Sultan in Konflikt zu bringen. Schon seit Jahren war von Friedrich in Versailles auf die Bedeutung der Osmanen für die europäische Politik hingewiesen ⁵⁾. In einem Gespräche mit Tyrconnell hatte er von einem gemeinsamen Kriege

¹⁾ Koser, »Friedrich der Grosse«. I. 293.

²⁾ Koser, I. 558.

³⁾ Koser, I. 310 und Test. polit. (Lehmann 104).

⁴⁾ P. C. IX. 196 (15. Aug. an Michell) und 206 (29. Aug. 52 an Marschall).

⁵⁾ Test. polit. (Lehmann 94), P. C. VIII. 553 (7. Decbr. 1751).

Frankreichs und Preussens gegen die beiden Kaiserinnen abgeraten, solange nicht ein Angriff der Osmanen auf Ungarn die Machtmittel Oesterreichs teilen werde ¹⁾).

Jetzt wandte sich in einem eigenhändigen Schreiben Friedrich an den König Ludwig, dessen persönliche Teilnahme für das Schicksal Polens ihm sehr gut bekannt war ²⁾). Der französische Monarch hatte sich für dies unglückliche Land in einer Weise interessiert, wie man es ihm bei seiner Abneigung gegen jede ernstere Arbeit nicht zutraute. Die Freiheit Polens war nach Friedrichs Ausführungen durch die Intriguen Oesterreichs bedroht. Die in Aussicht stehenden Veränderungen in Konstantinopel gaben nun die beste Gelegenheit, die Hofburg in einen von ihr gefürchteten Türkenkrieg zu verwickeln. Selbst ein Sieg bringe den Oesterreichern keinen Nutzen, ihre Armee werde in jenen wüsten Gegenden desorganisiert, die Finanzen ruiniert und ihre auswärtige Politik lahm gelegt. Russland könne sich schwerlich auf längere Zeit am Kampfe beteiligen, da es von England bei dessen ungünstigen Geldverhältnissen kaum auf ein Jahr Subsidien zu erwarten habe.

In einer zweiten Denkschrift führte Friedrich auf Bitten des französischen Monarchen seine Ansichten über die Lage Polens weiter aus ³⁾). Die beiden Kaiserrinnen gedächten bei dem eintretenden Tode des Kurfürsten von Sachsen den Prinzen Karl von Lothringen auf den polnischen Thron zu erheben. Dieses Ereignis könne dem Anscheine nach am leichtesten durch ein inniges Zusammengehen Schwedens und Preussens verhindert werden. Aber die Streitkräfte dieser beiden Alliierten Frankreichs seien zu geringfügig, um den Kampf mit den Armeen Russlands und Oesterreichs riskieren zu dürfen. Friedrich kam deshalb auf seinen früheren Vorschlag zurück, die Stimmung in Konstantinopel auszunützen und die Osmanen zu einer Diversion gegen Oesterreich oder Russland anzufachen. Durch dieses Mittel würden die Höfe von Wien und St. Petersburg von den polnischen Angelegenheiten abgelenkt, und der franzosenfreundlichen Partei in Polen das Uebergewicht gegeben.

War es nun in der That der Wunsch, Europa den Frieden zu erhalten, was Friedrich zu diesem Vorschlag bestimmte? Dem widerspricht die Schilderung, welche Friedrich in den beiden genannten

¹⁾ P. C. VIII. (28. Oktbr. 1750).

²⁾ P. C. IX. 219 (Scheffer, 25. Septbr. 1752).

³⁾ P. C. IX. p. 285 (18. Dezbr. 1752).

Denkschriften von seinen eigenen Hülfsmitteln und denen seiner Gegner entworfen hat. Sodann: als er vor zwei Jahren fürchtete, durch ein allzu energisches Vorgehen des französischen Ministers Puyzieulx unvorbereitet in einen Krieg gegen Russland und Oesterreich hineingezogen zu werden, hob er in einem Gespräch mit dem Gesandten Tyrconnel die Geldmittel Englands hervor, die ohne Schwierigkeit für zwei Feldzüge der englischen Alliierten ausreichen würden ¹⁾. In diesem Augenblick aber erklärte er das Londoner Kabinett bei der Höhe der aus dem letzten Kriege stammenden Nationalschuld ausser stande, mit genügenden Subsidien den Kaiserinnen im Kriegsfall auszuhelfen ²⁾.

In der Absicht, sich jeder Aufforderung, selber für Polen einzutreten, besser entziehen zu können, entrollte Friedrich dem französischen Monarchen in seinem zweiten Memoire ein ganz falsches Bild von den Machtmitteln der nordischen Staaten. Auf 280 000 Kombattanten beliefen sich die Armeen der beiden Kaiserinnen, denen die Verbündeten Frankreichs, Preussen und Schweden, nur 130 000 Mann entgegenzustellen hätten. Da England zur Verteidigung der Niederlande gegen einen französischen Einfall ausser den Truppen der deutschen Fürsten und der Holländer nur 40 000 Oesterreicher bedürfe, und da ein russisches Heer von 40 000 Mann leicht Schweden in Schach halte, so blieben für Friedrich 200 000 Feinde zu bekämpfen übrig, was die Kräfte seines Staates übersteige. Aber diese Berechnung des Königs ist nicht allein falsch, — er glaubt, wenn er auch später auf ähnliche Zahlen zurückkommt ³⁾, selber nicht daran.

Das preussische Heer war im Jahre 1752 136 500 Mann stark ⁴⁾, Oesterreich hatte nach dem Aachener Frieden 160 000 Soldaten unter Waffen, aber diese Truppen standen zerstreut in den verschiedenen Ländern der Monarchie ⁵⁾, und viel fehlte an der Vollzähligkeit der Regimenter. Gegen den preussischen König hatte die Kaiserin-Königin höchstens 100 000 Mann zur Verfügung, sobald die in den Niederlanden und Italien befindlichen Regimenter dort festgehalten wurden. Wie wenig Gefahr der preussische König von den Russen fürchtete, zeigt sein Verhalten in den späteren Jahren, als er mit

¹⁾ P. C. VIII. 127 (28. Oktbr. 1750).

²⁾ P. C. IX. 232 (9. Oktbr. 1752).

³⁾ Im Januar 1756 (P. C. XII. 49).

⁴⁾ Koser I. 543.

⁵⁾ Lehmann 9 Anm. 3.

einem kleinen Armeekorps Ostpreussen gegen eine russische Invasion zu verteidigen gedachte.

Mit der an König Ludwig gerichteten Aufforderung, die Osmanen zum Kriege gegen Oesterreich oder Russland zu treiben, hat Friedrich somit die geheime Hoffnung verbunden, die Kriegsunruhen zur Durchsetzung der eigenen Pläne gegen Sachsen zu benutzen. Mit grosser Befriedigung hatte er vor einem Jahre die Nachricht vom Abschluss des im September 1751 auf vier Jahre erfolgten englischen Subsidienvtrages mit Sachsen entgegengenommen, letzteres war beim Ausbruch eines neuen Krieges durch dieses Bündnis an die Seite seiner Gegner gebunden. Wie leicht konnten die polnischen Unruhen im Zusammenhange mit einem neuen Kriege Friedrich Gelegenheit zur Besetzung Sachsens geben. Als wichtige Vorbedingung für diese Annexion hat er in seinem Politischen Testamente von 1752 einen österreichisch-türkischen Krieg bezeichnet ¹⁾.

Eine Annäherung Frankreichs an Sachsen machte diesen Plan unmöglich; um jede Ueberraschung von dieser Seite zu hindern, musste Lord Marschall die Parteigänger Sachsens am Versailler Hofe im Auge behalten ²⁾.

Ermöglicht wurde dem Könige das Heraustreten aus seiner abwartenden Haltung durch das Anwachsen seiner finanziellen Hilfsmittel. Zwar war er von der Summe weit entfernt, die er im Politischen Testamente als nöthig für einen vierjährigen Krieg bezeichnet hat ³⁾. Anstatt der gewünschten zwanzig Millionen Thaler befanden sich im alten Tresor im Winter 1752—1753 nicht ganz sieben Millionen ⁴⁾, aber das von einem Türkenkriege geschwächte Oesterreich hätte auch nicht seine volle Macht entfalten können. Bei der Kunst, mit der Friedrich seine Absichten zu verbergen verstand ⁵⁾, hätte die Vermuthung viel für sich, dass es ihm mit dem Hinweis auf Ausnutzung dieser Unruhen im Osten Europas nur um eine Ablenkung des Kriegsfeuers von Deutschland zu thun war, wenn nicht seine Bemühungen in der folgenden Zeit, Frankreich in einen Kontinentalkrieg hineinzuziehen, dem entgegenträten.

¹⁾ Lehmann, 71.

²⁾ P. C. VIII 440 (24. Aug. 1751) u. 483 (19. Octbr. 1751).

³⁾ Koser, I. 386—387.

⁴⁾ Koser, (in Forsch. zur brandenbg.-preuss. Gesch.) IV. 550.

⁵⁾ Lehmann, 69, Anm.

Aber fürs erste zeigte sich in Paris wenig Geneigtheit die Vorschläge Preussens anzunehmen. Die von Klinggraeffen gemeldeten Nachrichten aus der Türkei wurden durch Lord Marschall nicht bestätigt ¹⁾. Saint-Contest, der vor Jahresfrist das auswärtige Ministerium für Puyzieulx übernommen hatte, war wenig für kriegerische Pläne eingenommen. Friedrich wurde in dem Augenblicke, wo er seine Denkschrift über Polen nach Paris absandte, über die dort herrschende Stimmung aufgeklärt. Nach den Ausführungen des preussischen Gesandten wollte Frankreich auf jeden Fall den Frieden bewahren. In einer Unterredung am 6. Dezember 1752 erklärte Saint-Contest, jeder unglückliche Krieg der Türkei werde in Konstantinopel den Kredit der Engländer zu Ungunsten Frankreichs erhöhen, und das Vertrauen zu der französischen Politik vermindern. Lord Marschall konnte die Zustände Frankreichs nicht scharf genug kritisieren. Ausser der schlechten Finanzlage und der inneren Zersetzung sei es namentlich die Pompadour, deren Einfluss den Krieg verhindere, da jede wichtige Aktion den König naturgemäss von ihrer Person und den Nichtigkeiten des Hoflebens abziehen müsse ²⁾.

Wenn König Friedrich im Februar 1753 auch sehr erzürnt war über die Ablehnung seiner Vorschläge in Versailles ³⁾, so hat er doch bis zum Herbst 1755 die Hoffnung nicht aufgegeben, dass Frankreich nicht immer an einer Politik festhalten werde, die so wenig der Geschichte dieses Landes entsprach. Konnte doch jeden Augenblick die Kriegspartei wieder an Macht gewinnen, denn absolut sicher war nach Lord Marschall die Stellung der Pompadour gegen alle Angriffe des Kriegsministers Argenson nicht gedeckt ⁴⁾. Deshalb vermied es der Monarch, sein Missvergnügen den französischen Staatsmännern zu offenbaren, was nur Verdacht in Paris wachgerufen hätte. Bereitwillig nahm er die von Frankreich in seinen Streitfragen mit England angebotene Vermittlung entgegen ⁵⁾.

Im Vertrauen auf seine durch die Wiederannäherung an Frankreich befestigte Stellung hatte der König im November 1752, um seinen während des letzten Krieges durch englische Kaper geschädigten Unterthanen Genugthuung zu verschaffen, die Abzahlung der mit Schlesien übernommenen Schuld an die englischen

¹⁾ P. C. IX. 263 (14. Novbr. 1752).

²⁾ P. C. IX. 289 (Marschall, 8. Dezbr. 1752).

³⁾ P. C. IX. 330 (3. Februar 1753).

⁴⁾ P. C. IX. 351, (Marschall, 12. Februar 1753).

⁵⁾ P. C. IX. 386 (3. April 1753).

Gläubiger eingestellt und den Rest der Summe beim Kammergericht deponieren lassen ¹⁾. In Uebereinstimmung mit seinem Gesandten Marschall glaubte aber Friedrich nicht, dass sein Vorgehen die Engländer trotz der in London bewirkten Erregung wegen eines im Verhältnis doch geringfügigen Objektes zum Friedensbruche treiben würde ²⁾. Nicht allein die Rücksicht auf die Finanzen, auch die Kränklichkeit Georgs II. und der Tod des Thronfolgers mässigte die Politik des englischen Ministeriums. Trotz der scharfen Sprache seiner Depeschen wollte auch Friedrich es nicht zum äussersten kommen lassen, er dementierte die Gerüchte eines Angriffes auf Hannover ³⁾, ohne dadurch die Stimmung im Kurfürstenthum sofort beruhigen zu können ⁴⁾.

Im Zusammenhange mit diesen in London und Hannover vor einer preussischen Invasion herrschenden Befürchtungen tauchten Nachrichten auf von österreichischen Rüstungen in Böhmen und Mähren, die auf den englischen Monarchen zurückgeführt wurden ⁵⁾. Aber bereits Anfang Mai überzeugte sich König Friedrich bei seiner Anwesenheit in Schlesien von der Grundlosigkeit dieser Gerüchte ⁶⁾.

Der Friede war für dieses Jahr in Europa gesichert. Friedrich stand fürs erste davon ab, die französischen Staatsmänner zu einer Offensivpolitik anzutreiben. Ruhig wartete er das Ergebnis der französischen Bemühungen ab, seine Zwistigkeiten mit England auf friedlichem Wege auszugleichen, wobei er es an grossem Entgegenkommen nicht fehlen liess ⁷⁾.

Aus dieser abwartenden Haltung trat der preussische König im Herbst 1753 hervor und versuchte abermals eine Aenderung der auswärtigen Politik in Frankreich zu erwirken. Diesem einen Zwecke dienten alle Nachrichten, die Lord Marschall in Paris dem Minister Saint-Contest übermittelte, mochte es sich um Truppenverschiebungen in Livland handeln ⁸⁾ oder um die vom Wiener Hofe betriebene Heirat eines der Söhne der Kaiserin-Königin mit der Erbtochter von Modena, ein Ereignis, welches den österreichischen

¹⁾ Koser, I. 565.

²⁾ P. C. IX. 345 (Marschall, 5. Febr. 1753) und 410 (24. April 1753).

³⁾ P. C. IX. 358 (1. März 1753).

⁴⁾ P. C. IX. 382 u. 385 (31. März und 3. April 1753).

⁵⁾ P. C. IX. 402 und 407 (17. April und 21. April 1753).

⁶⁾ P. C. IX. 417 (4. Mai 1753).

⁷⁾ P. C. X. 55 (21. Aug. 1753).

⁸⁾ P. C. X. 141 (27. Octbr. 53).

Einfluss in Italien noch mehr vergrösserte ¹⁾. Oesterreich war nach Friedrich der Friedensstörer, von ihm werde das Londoner Kabinett angetrieben, an Russland die für einen Krieg nöthigen Subsidien zu zahlen. Als nun Lord Marschall unterm 18. Oktober aus Fontainebleau mittheilte, England werde dem Anscheine nach durch Abschluss eines russischen Subsidienvertrages Preussen zu verhindern suchen, Repressalien gegen Hannover auszuüben, ergreift der König die Gelegenheit, um dem französischen Minister anheimzustellen, durch Offensivmassregeln den Intriguen der Feinde zuvorzukommen. Preussen habe lange genug sich aufrichtig bemüht, durch Vermittlung Frankreichs seine Differenzen mit England beizulegen. Jetzt sei eine energische Erklärung gegen England am Platze, bevor letzteres mit den beiden Kaiserinnen sich tiefer einlasse, daneben müssten die Türken aufgestachelt werden, um die Russen von Deutschland abzulenken. Jetzt könne Frankreich durch energisches Handeln noch den Frieden bewahren, in sechs Wochen oder gar zwei Monaten sei es dafür vielleicht schon zu spät. Englands Bestreben sei nach dem Frieden von Aachen auf die Isolierung Frankreichs hinausgelaufen, Spanien sei bereits entfremdet, jetzt komme Modena in österreichischen Besitz, selbst Dänemark könne verloren gehen ²⁾. Nicht für alle Nachrichten übernahm Friedrich die Garantie, z. B. dass der österreichische Gesandte in London dort Subsidien für die Verteidigung der Barrierenplätze zu gewinnen suche ³⁾. Seine eigene Ansicht fasste der König etwas später dem Lord Marschall gegenüber in dem Satze zusammen, er müsse erfahren, ob Frankreich, indem es ruhig die Entwicklung der Dinge abwarte, den Krieg an sich herantreten lassen oder durch entschiedenes Handeln selbst das Praevenire übernehmen wolle ⁴⁾.

Friedrich verbarg dem Thronfolger nicht, dass er im nächsten Jahre schwere Verwicklungen erwarte ⁵⁾; auch der Feldmarschall Lehwaldt in Königsberg wurde auf einen eventuellen Einfall der Russen im kommenden Jahre aufmerksam gemacht ⁶⁾. Es war aber nicht allein die allgemein bekannte Unentschlossenheit des Ministers

¹⁾ P. C. X. 15. (14. Juli), 109 (22. Septbr.), 133 (23. October 1753) u. s. w.

²⁾ P. C. X. 143 (2. Novbr.), 145 (6. Novbr.) und 146 (8. Novbr. 53).

³⁾ P. C. X. 151 (13. Novbr. 53).

⁴⁾ P. C. X. 156 (17. Novbr. 53).

⁵⁾ P. C. X. 160. (23. Novbr. 53).

⁶⁾ P. C. 169 (3. Decbr. 53).

Saint-Contest ¹⁾, mit der Friedrichs Vorschläge zu kämpfen hatten ²⁾, auch Lord Marschall erklärte in seiner Antwort vom 23. November die Unmöglichkeit, seinen Einfluss in der von seinem Monarchen gewünschten Weise geltend zu machen. Die Aufforderung, dass von Frankreich dem englischen Botschafter Lord Albemarle eine energische Erklärung überreicht werde, würde in Versailles nur den Verdacht erwecken, dass man Frankreich in einen Krieg mit England verwickeln wolle. Leicht könne dadurch das englische Ministerium vor dem Parlamente den Subsidienvvertrag mit Russland rechtfertigen, deshalb werde Lord Marschall es vorziehen, den Inhalt der königlichen Depeschen als seine eigenen Ideen dem Minister vorzutragen ³⁾. Als am 25. November der Gesandte nun Rücksprache mit dem französischen Minister nahm, glaubte dieser die für das nächste Jahr angekündigte Reise des englischen Königs nach Hannover als ein Zeichen der in London herrschenden friedlichen Gesinnung anführen zu können. Der König werde sich sicherlich nicht der Gefahr eines Krieges in seinen Erblanden aussetzen wollen ⁴⁾.

König Friedrich gab sich mit diesen Erklärungen zufrieden; er bat in seiner Antwort den Lord Marschall, der um seinen Rücktritt eingekommen war, noch so lange in Paris zu bleiben, bis sich die Situation aufgeklärt und der englische König seine Reise nach Hannover ausgeführt habe ⁵⁾. Gleichzeitig beauftragte er den jungen Legationsrat Graf Knyphausen, der zum Nachfolger des Lord Marschall auf dem Pariser Posten bestimmt wurde, ihn über die Stimmung und die Persönlichkeiten des Versailler Hofes zu unterrichten.

Knyphausen besprach mit Saint-Contest die französische Vermittlung wegen der Prisengelder. Da aber der Minister eine noch grössere Nachgiebigkeit von Seiten Preussens in dieser Angelegenheit wünschte, überhaupt wenig Neigung zeigte für die Interessen seines Bundesgenossen einzutreten, so liess Friedrich die Verhandlungen mit England gänzlich ruhen. Er glaubte genügend seinen guten Willen für eine Verständigung mit England gezeigt zu haben ⁶⁾.

¹⁾ Arneth: »Maria Theresia«, IV. 335.

²⁾ P. C. X. 161 (24. Novbr. 53).

³⁾ P. C. X. 173 (Marschall, 23. Novbr. 53).

⁴⁾ P. C. X. 179 (30. Novbr. 53).

⁵⁾ P. C. X. 179 (15. Dezbr. 53.)

⁶⁾ P. C. X. 186 (22. Dezbr. 53).

Auch nahm er an, nicht besser den Glauben des französischen Ministers an die friedlichen Absichten der Engländer widerlegen zu können, als durch Sendung der Aktenstücke aus dem Dresdener Archive, welche sich auf die englisch-russischen Verhandlungen bezogen ¹⁾. Mit Befriedigung hörte der König im Januar 1754 von französischen Rüstungen in Languedoc, die er mit einer neuen Annäherung Sardiniens an Frankreich in Zusammenhang brachte, eine Allianz ²⁾, deren Bedeutung vom Marschall Noailles in Versailles unablässig betont wurde ³⁾.

Doch musste Friedrich gleichzeitig die Hoffnung aufgeben, dass ein neuer russisch-englischer Vertrag zu Verwicklungen in Europa führen könne, da nach Pariser Meldungen das Kabinett von S. James sich auf den im Jahre 1746 mit Russland geschlossenen Vertrag beschränken werde ⁴⁾. Zwar blieben immer Differenzen genug zwischen Frankreich und England bestehen, und Fragen, wie die Befestigung Dünkirchens durch die Franzosen und die Zukunft der Kolonien beider Indien hatten für die englische Nation grössere Bedeutung, als die kleinen Differenzen mit dem preussischen Könige wegen der Prisengelder ⁵⁾.

Im Frühjahr 1754 schienen die Nachrichten aus Wien die Gefahr eines neuen Zusammenstosses mit Oesterreich nahe zu legen. Friedrich sah mit Misstrauen die Reformen in der Gesetzgebung und im Heere, welche Maria-Theresia, deren hohe Verdienste er offen anerkannte ⁶⁾, in ihren Staaten durchzuführen suchte. Nach der Eroberung Schlesiens war er der gefährlichste Gegner der österreichischen Monarchie, er hatte selbst einen Angriff zu befürchten, wenn sich die Kaiserin-Königin durch Ordnung der Finanzen von den Seemächten unabhängig gemacht hatte. Allein ein Türkenkrieg konnte die Gesundung der Finanzpolitik des Wiener Hofes hemmen und um zehn Jahre selbst zurückbringen ⁷⁾.

Dank dem alten Schlendrian, dem gegenüber die Kaiserin-Königin sich häufig als machtlos erwies, war der von Friedrich

¹⁾ P. C. X. 190 (23. Dezbr. 53).

²⁾ P. C. X. 212 (12. Januar 54), 225 (26. Januar 54) u. 325 (11. Mai 54).

³⁾ Correspondence de Louis XV. et du Maréchal de Noailles. (Paris 1865) II. 320.

⁴⁾ P. S. X. 217 (19. Januar 54).

⁵⁾ P. C. 239 (9. Februar 54) u. 424 (12. Februar 54).

⁶⁾ P. C. IX. 234. (9. Oktbr. 1752).

⁷⁾ P. C. IX. 232. (9. Oktbr. 1752).

gefürchtete Zeitpunkt noch in weiter Ferne, zehn bis zwanzig Jahre hatte Maria Theresia wenigstens nötig, um ihr neues System durchzuführen¹⁾, und noch war England die Glocke, deren Ton an der Donau ausschlaggebend war²⁾.

Die Manöver, welche die in Böhmen und Mähren liegenden österreichischen Regimenter fast jährlich abhielten, hatten Friedrich vor einem Jahre einigen Grund zur Besorgnis gegeben; im Frühjahr 1754 äusserte er sich hierüber in ruhiger Weise³⁾. Als aber Klinggraeffen Ende März berichtete, dass das Uebungslager bei Kolin in Böhmen grössere Dimensionen annehmen werde, als bisher üblich gewesen, teilte er sofort den Inhalt der Depeschen Klinggraeffens durch seinen Pariser Gesandten dem französischen Ministerium mit. Er machte darauf aufmerksam, dass Magazine für eine Armee von 50000 Mann im nördlichen Böhmen errichtet würden, dass 1800 Pferde von der Regierung angekauft wären und 8 Regimenter Kavallerie (4 Kürassier-, 2 Dragoner-, 2 Husaren-), die in Ungarn im Quartier lägen, an den Manövern sich beteiligen sollten. Daneben verheimlichte er nicht eine ganze Reihe anderer verdächtiger Momente: Kaunitz habe zahlreiche Konferenzen mit dem sächsischen und russischen Gesandten; in Holland versuche die Kaiserin-Königin eine Anleihe von zwei Millionen Gulden zu erheben; in St. Petersburg rüste man die Flotte aus und verstärke die in Livland liegenden Regimenter⁴⁾. Gleichzeitig hütet sich der König, unnötiger Weise Alarm zu schlagen, wie er diese Vorsicht auch bei anderen Gelegenheiten beobachtet hat.

Auffallend schnell verschwindet bei Friedrich die Kriegsstimmung und friedliche Gedanken gewinnen wieder die Oberhand. Seine Schreiben vom 9. April lauten bereits viel ruhiger auf Grund der von Michell aus London eingesandten Charakterisierung des englischen Ministeriums. Dieses, neu zusammengesetzt nach dem Tode des Lord Pelham, denke nicht daran, für Oesterreich in der Weise einzutreten, wie bisher vom Herzoge von Newcastle geschehen sei. Die Rücksicht auf ihre erschöpften Finanzen zwinge die englischen Staatsmänner zur Mässigung in der auswärtigen Politik. Und ohne die sichere Hülfe Englands könnten Oesterreich

¹⁾ P. C. X. 273 (16. März 1754).

²⁾ P. C. X. 273 (Klinggraeffen, 6. März 1754).

³⁾ P. C. X. 287 (2. April 1754).

⁴⁾ P. C. X. 288 (6. April) u. 292 (9. April 54).

und Russland nicht daran denken, in diesem Jahre ihre schlechten Absichten erfolgreich auszuführen. Um indes jeder unliebsamen Ueberraschung zuvorzukommen, würde ein näheres Einverständnis zwischen Frankreich und Preussen nicht unangebracht sein ¹⁾. Sehr lieb war es dem Könige, dass unter diesen Umständen der Marschall Löwendahl, einer der wenigen tüchtigen Generäle des damaligen französischen Heeres, in Frankreich festgehalten wurde ²⁾.

Ende April erfuhr Lord Marschall, dass die österreichischen Manöver nichts zu bedeuten hätten; der verursachte Kriegslärm sei wohl einer momentanen Idee des Wiener Hofes entsprungen ³⁾.

So ist die Stimmung Friedrichs im Mai 1754 in seinen Depeschen eine durchaus friedliche. Für dieses Jahr glaubt er nichts befürchten zu müssen, desto mehr aber für die beiden kommenden Jahre, da nur der Mangel an Subsidien, die England nicht bewilligt habe, Oesterreich zurückhalte. Aus diesem Grunde habe man auch in Wien alle Manöver in Ungarn und den Marsch der 6 Kavallerieregimenter nach Böhmen widerrufen. In Böhmen und Mähren sollten die Uebungslager in derselben Weise wie 1753 stattfinden. Die fernere Sicherung des Friedens hinge von der Haltung des Parlamentes im Juni und namentlich im November ab ⁴⁾. In der That ist es die Rücksicht auf König Friedrich gewesen, welche die österreichische Regierung bewog, in diesem Jahre wie auch 1755 alle grösseren Uebungslager in Böhmen und Mähren abzustellen ⁵⁾. Selbst nach dem siebenjährigen Kriege hat sich die Kaiserin-Königin im Festungsbau in Böhmen und Mähren Beschränkungen auferlegt, um den reizbaren Nachbarn jeden Grund zum Misstrauen zu nehmen ⁶⁾.

Ende Juni 1754 verliess der bisherige Gesandte in Paris, Lord Marschall, seinen Posten. Zum Nachfolger ward der Legationsrat Graf Knyphausen ernannt, der seit dem Herbst 1751 in Paris ⁷⁾ mit den dortigen Zuständen genau vertraut war. Wohl ist Friedrich zeitweilig mit den Berichten seines neuen Gesandten in Paris recht unzufrieden gewesen, (er verlangte manchmal Un-

¹⁾ P. C. X. 291 (9. April) und folgende Seiten.

²⁾ P. C. X. 301 (16. April) und 313 (30. April 54).

³⁾ P. C. X. 304 (20. April 54).

⁴⁾ P. C. X. 329 (14. Mai) u. 325 (21. Mai 54).

⁵⁾ Lehmann 37.

⁶⁾ Arneth VII. 218.

⁷⁾ P. C. VIII. 440.

mögliches von seinen Vertretern im Auslande); aber Knyphausen hat Dank seiner Geschicklichkeit und der gesellschaftlichen Stellung, die er sich am Hofe erwarb, seinen Monarchen über die französischen Zustände in vortrefflicher Weise unterrichtet. Es ist nicht seine Schuld, wenn es trotzdem zum Bruche gekommen ist.

Das erste Ereignis, über welches Knyphausen berichtete, waren die im Sommer dieses Jahres erfolgten Veränderungen im französischen Ministerium. Am 24. Juli starb der Minister des Auswärtigen, Saint-Contest, mit dessen unentschlossener Haltung Friedrich wenig zufrieden gewesen war. Der König Ludwig gab das erledigte Ministerium dem bisherigen Marineminister Rouillé, dessen Denkungsart ihm sympathisch war, während der Finanzminister Machault auf eigenen Wunsch die Marine übernahm¹⁾. Friedrich gefiel besonders die Ernennung des befähigten Séchelless zum Generalkontroleur der Finanzen, dessen Tüchtigkeit ihm aus dem ersten schlesischen Kriege in Erinnerung geblieben war²⁾. Nur bezweifelte der König die Annahme Knyphausens, dass man Machault die Beförderung von Séchelless verdanke, da letzterer ein Freund des Kriegsministers Grafen Argenson sei, mit dem Machault sich verfeindet habe. Die Bedeutung Séchelless für die kommende Zeit liegt aber gerade darin, dass er, mit den beiden Parteien des Conseils befreundet³⁾, es verstand die verschiedenen Forderungen des Krieges und der Marine mit einander in Einklang zu bringen.

Nachdem sich Friedrich über den Charakter des neuen Ministers Rouillé durch Knyphausen unterrichtet hatte⁴⁾, versuchte er in derselben Art, wie in den vorhergehenden Jahren Frankreich zu einer energischen Politik anzutreiben. Der König würde in diesen Bemühungen nicht fortgefahren sein, wenn nicht der Ministerwechsel in ihm neue Hoffnung auf Erfolg erweckt hätte. Er schenkte der Versicherung des schwedischen Gesandten in Paris Glauben, dass man sich in seinen Bestrebungen durch eine Abweisung nicht sofort abschrecken lassen dürfe⁵⁾. Knyphausen hatte ausserdem das Vertrauen eines der höheren Beamten des Auswärtigen Ministeriums, Bussy, der die Angelegenheiten des Nordens

¹⁾ Noailles II. 334.

²⁾ P. C. X. 403 (13. Aug. 54) u. Hist. de mon temps (Redaktion 1746) 250.

³⁾ St. A. Knyphausen (30. August 1754).

⁴⁾ P. C. IX. 411 (Knyphansen, 16. August 1754).

⁵⁾ P. C. IX. 219 (23. Sept. 1752).

bearbeitete und Rouillé im preussischen Sinne zu leiten schien ¹⁾. Für die polnischen Angelegenheiten ²⁾, in denen damals der französische Gesandte in Dresden, Graf Broglie, eine bedeutende Rolle zu spielen begann, hatte der König nur soweit Interesse, dass die bisherige Zerrüttung der Parteien bestehen blieb. Als Rouillé gegen Knyphausen die Notwendigkeit eines engen Zusammengehens beider Staaten in der polnischen Frage betonte, erklärte sich Friedrich mit der zustimmenden Haltung seines Gesandten durchaus nicht einverstanden ³⁾. So lieb ihm die Bekämpfung des russischen Einflusses in Polen sein mochte, so wenig konnte er sich dort mit einer kräftigen Regierung befreunden, die den für sein Reich so nötigen Erwerb Westpreussens unmöglich gemacht hätte. Er wollte sich eben in der polnischen Frage nicht binden ⁴⁾.

Ziehen wir das Resultat der Politik Friedrichs in den verflossenen zwei Jahren, so müssen wir seine Bestrebungen, einen Krieg in Europa herbeizuführen, in Folge der Friedensliebe der Franzosen als gescheitert bezeichnen. Erst die englisch-französischen Verwicklungen jenseits des Oceans eröffneten die Möglichkeit eines neuen europäischen Krieges.

¹⁾ P. C. X. 403 (13. Aug. 54).

²⁾ P. C. X. 395 (Eichel, 8. Aug. 54).

³⁾ P. C. X, 416 (2. Septbr.) u. 418 (7. Septbr. 54).

⁴⁾ Polit. Test. v. 1752 (Lehmann 93).

II.

Die englisch-französischen Streitigkeiten in Nord-Amerika während des Winters 1754/55.

Im Herbst 1754 setzte Friedrich seine kriegerischen Erwartungen auf die Verwicklungen, welche im Osten Europas zwischen den Russen und Osmanen entstanden waren. Eins der sichersten Mittel den Frieden in Europa zu erhalten, sei, wie Knyphausen Rouillé mitteilen musste, die Türkei in ihrem Widerstande gegen Russland zu bestärken ¹⁾, allerdings könne Russland in den Streitfragen nachgeben, um die Türken nicht gänzlich auf die Seite Frankreichs zu treiben ²⁾. Die österreichische Diplomatie war in der That ernstlich bemüht, jeden Konflikt der beiden östlichen Rivalen auf friedlichem Wege beizulegen ³⁾, während Friedrich damals schon mit der Möglichkeit rechnete, dass einst die Türkei das Streitobjekt der beiden jetzt so eng verbündeten Mächte, Oesterreich und Russland, sein würde ⁴⁾.

Die Geburt eines Thronfolgers in Russland zählte Friedrich zu den ihm günstigen Ereignissen. Der Einfluss des ihm wohlgesinnten Grossfürsten Peter musste sich hierdurch am russischen Hofe steigern; vielleicht entstanden sogar Thronstreitigkeiten, da in Russland noch ein anderer Prätendent lebte ⁵⁾. Alle anderen Fragen traten aber für Friedrich in den Hintergrund, als er im Dezember dieses Jahres aus London von englischen Rüstungen zur Sicherung der amerikanischen Besitzungen unterrichtet wurde. Die Nachricht von den Kämpfen der englischen und französischen Kolonisten habe die Regierung unter dem Druck des Parlamentes und der öffentlichen Meinung gezwungen, für den besseren Schutz Virginians die schleunige Sendung zweier Regimenter unter Bedeckung eines Geschwaders von fünf Kriegsschiffen vorzubereiten.

¹⁾ P. C. X. 433 (8. Oktbr. 54).

²⁾ P. C. X. 448 (19. Oktbr. 54).

³⁾ Arneth IV. 370 und P. C. X. 484 (Klinggraeffen, 24. Nov. 54).

⁴⁾ P. C. X. 484 (7. Dezbr. 54).

⁵⁾ P. C. X. 453 (29. Oktbr. 54).

Falls auch Frankreich Verstärkungen nach Kanada senden sollte, hielt Michell den Ausbruch eines neuen Krieges, der sich nicht auf Amerika beschränken würde, für unvermeidlich ¹⁾).

Wesentlich anders lauteten die Berichte Knyphausens aus Versailles, wo man die Differenzen wegen des Ohio-Gebietes friedlich beizulegen suchte. Aber alles Entgegenkommen des französischen Ministeriums verfehlte nach Vermutung des preussischen Herrschers seinen Zweck, nur durch ein festes Auftreten liesse sich gegen England etwas erreichen ²⁾. Höchst unzufrieden war Friedrich damals mit seinem Gesandten in Paris ³⁾. Die Auskunft, welche dieser über die augenblicklichen Zustände Frankreichs geben sollte, offenbart, dass der König nach Ausbruch der Feindseligkeiten in Nord-Amerika eine ihm günstige Schwenkung der französischen Politik voraussetzte. Deshalb wünschte er Aufklärung über die augenblickliche Stellung des Prinzen Conti und der Marschälle Belle-Isle und Loewendahl, dreier Männer, die, so verschieden sonst ihre Gesinnungen waren, stets die Tradition der Zeit Ludwigs des XIV. hochgehalten hatten. Ferner erbat er eine exakte Darstellung der Finanzlage des Reiches und der verschiedenen Hilfsquellen für den Fall eines Krieges, namentlich wie viele Jahre Frankreich den Kampf, trotz der bekannten Unordnung der Finanzen, aushalten könne. Bereits unterm 24. September hatte Knyphausen einen genauen auf offizielle Quellen sich stützenden Etat der französischen Kriegsflotte eingesandt ⁴⁾, jetzt erkundigte sich Friedrich, ob an den Bau neuer Schiffe gedacht werde. Sehr verdrossen hatte ihn die vor zwei Jahren ausgeführte Reduktion der deutschen Regimenter in französischen Diensten. Damals waren von jedem Regimente 32 Offiziere und 400 Mann entlassen worden ⁵⁾. Man hatte in Versailles diese im Interesse der Finanzen nötige Massregel zu verheimlichen gesucht, da sie keinen günstigen Eindruck bei den Verbündeten hervorrufen konnte ⁶⁾. Mit Genugthuung hatte Friedrich seitdem jede Verstärkung der französischen Armee begrüsst, er erkundigte sich im letzten Frühjahre, ob in der That 7000 Remontepferde für die Reiterei gekauft seien, und das Heer

¹⁾ P. C. X. 447 (Michell, 11. Oktbr. 1754.)

²⁾ P. C. X. 474 (19. Novbr. 1754.)

³⁾ P. C. X. 451 (26. Oktbr. 1754.)

⁴⁾ St. A. (Knyphausen, 24. Septbr. 54.)

⁵⁾ P. C. IX. 159 (8. Juli 52) und 167 (18. Juli 52.)

⁶⁾ Noailles II. 324 (31. Juli 1751.)

wieder auf einen respektablen Fuss erhoben werde.¹⁾ Da sehr leicht ein Krieg die auswärtige Werbung erschwerte, war die Frage nicht zu unterschätzen, ob Frankreich selbst ohne Schwierigkeit die nötigen Rekruten aufbringen könne. Ein Gerücht, nach welchem die Pompadour ihr Vermögen in England angelegt haben sollte, hat den König längere Zeit sehr beschäftigt. Er fürchtete, dass die Marquise, deren Stellung am Hofe sich wieder befestigt hatte,²⁾ deshalb einen Krieg gegen England hintertreiben werde. Die Gesinnung des Dauphin verdiente für Friedrich nur soweit Beachtung, als dieser sehr leicht als Schwiegersohn des polnischen Königs für ein Bündnis mit Sachsen wirken konnte³⁾.

Die erste Enttäuschung erlebte der König mit dem Minister Rouillé, der ebenso wenig wie sein Vorgänger Saint-Contest ein Mann der That war. Der Minister machte sogar Schwierigkeiten, die Mission eines preussischen Unterhändlers in Konstantinopel zu unterstützen, weil dadurch sowohl eine Schädigung des französischen Handels entstehen, als auch die Türkei zu einem Kriege gegen Oesterreich animiert werden könne, während Frankreich jeder Verwicklung im Oriente auszuweichen suche. In seiner Erwiderung erklärte Friedrich, bei einem Bündnisse mit den Osmanen sei es ihm allein um einen Bundesgenossen für den Fall eines Angriffes zu thun, aber nie habe er dort für den Krieg gehetzt⁴⁾, eine Erklärung, die im direkten Gegensatze zu der Denkschrift stand, die vor 2 Jahren dem Könige Ludwig überreicht worden war⁵⁾.

Rouillé beurteilte nach Ansicht Friedrichs die amerikanischen Streitfragen zu optimistisch. Diese Art der Auffassung könne Frankreich zwingen, den Krieg nach Europa zu übertragen. Bagatellen hätten durch ihre Folgen oft die Entscheidung wichtiger Ereignisse bestimmt. Seine Prophezeiung traf ein; — zwar erschienen in diesem Momente die Verwicklungen in Nordamerika wenig wichtig, nahmen aber während der nächsten 8 bis 9 Monate ernste Gestalt an.⁶⁾ Bald darauf erging nach Paris die Anfrage, ob in Frankreich wirklich keine Vorkehrungen zum Schutze der Kolonien getroffen würden. Knyphausen sollte aber

¹⁾ P. C. X. 278 (23. März 1754.)

²⁾ P. C. X. 474 (Knyphausen, 7. Novbr. 54).

³⁾ P. C. X. 475 (23. Novbr. 54).

⁴⁾ P. C. X. 478 (Knyphausen, 14. Novbr. 54 u. Friedrich, 26. Nov. 54).

⁵⁾ P. C. IX. 285 (18. Decbr. 52).

⁶⁾ P. C. X. 485 (7. Decbr. 54) u. 487 (10. Decbr. 54).

alles vermeiden, was als Interesse seines Monarchen an einem Ausbruch des Krieges gedeutet werden konnte ¹⁾. Bei seiner Unzufriedenheit mit Rouillé ²⁾ setzte Friedrich im December 1754 seine Hoffnungen auf die Ernennung Contis zum ersten Minister, dessen Einfluss im Steigen begriffen war ³⁾. Weder Knyphausen noch die Pompadour kannten das Feld der Thätigkeit des Prinzen, der die Wünsche Ludwigs für Polen durch das Geheime Kabinett auszuführen hatte ⁴⁾.

Man darf gerade in diesem Winter den Einfluss der Briefe der Herzogin Wilhelmine von Baireuth an ihren Bruder in Potsdam nicht unterschätzen; sie übte eine sehr scharfe Kritik an den Zuständen des südlichen Frankreichs, wo sie zur Zeit weilte ⁵⁾, und bestätigte die früheren Berichte des Lord Marschall, was den König in seinem Urtheil über die Wirthschaft am Versailler Hofe bestärkte, wo der neue General-Contrôleur der Finanzen vergeblich Ersparnisse durchzusetzen versuchte ⁶⁾.

Bei dem Fortgang der englischen Rüstungen während dieses Winters stand es für Friedrich bereits im Februar 1755 ausser allem Zweifel, trotz der zeitweilig friedlichen Nachrichten seines Vertreters Michell aus London ⁷⁾, dass die von Frankreich zu Ende 1754 für Kanada begonnenen Flottenrüstungen ⁸⁾ die Engländer nicht zum Nachgeben in den amerikanischen Streitfragen bewegen würden. Zehn gegen eins wolle er wetten, wie er am 14. Februar 1755 an Michell schrieb, dass aus den gegenseitigen Rüstungen der Krieg zwischen den beiden Mächten sich entwickeln werde, ohne dass dies ihre Absicht von Anfang an gewesen sei ⁹⁾. So erwünscht dem Könige die von französischer Seite gemachten Anstrengungen waren, sich in Amerika zu behaupten, so lag doch der Schwerpunkt der französischen Macht in Europa. Deshalb hatte die Frage für ihn Bedeutung, ob das Ministerium durch Neubildungen an einen rechtzeitigen Ersatz für die im April nach Kanada absegelnden

¹⁾ P. C. X. 485 (7. Decbr. 54).

²⁾ P. C. X. 488 u. 509.

³⁾ P. C. X. 493 (17. Decbr. 54).

⁴⁾ Boutaric: »Correspondence secrète inédite de Louis XV.« 1866. I. 62 u. St. A. (Knyphausen, 6. Decbr. 54).

⁵⁾ P. C. X. 501 (26. Decbr. 54).

⁶⁾ St. A. (Knyphausen, 16. Decbr. 54 immed.)

⁷⁾ P. C. XI. 43 (7. Febr. 55).

⁸⁾ St. A. (Knyphausen 3. Jan. 55).

⁹⁾ P. C. XI. 55.

6 Bataillone (alles ausgesuchte Mannschaften) denken werde ¹⁾. Er zieht ferner Erkundigungen ein, wann eine Annäherung an Spanien zu erwarten sei ²⁾; ist sehr befriedigt, dass der bei ihm in gutem Gedenken stehende General-Kontroleur Séchelles, ein Parteigänger des Kriegsministers Argenson, Mitglied des Conseil d'État wird ³⁾, während der eventuelle Weggang des Marschalls Loewendahl nach Venedig, als eines der letzten Generäle der alten Schule, ihn lebhaft verdriesst ⁴⁾. Die guten Rathschläge Friedrichs erstrecken sich auch auf Sachen, die ihm ferner liegen; so empfiehlt er, den grossen Truppentransport nach Amerika durch 30 Kriegsschiffe zu begleiten, — der Rest der seetüchtigen Fahrzeuge, 50 an Zahl, genüge zur Deckung der Küsten ⁵⁾.

Der Seekrieg war nach Ansicht Friedrichs im Februar bereits unvermeidlich; dass der Krieg aber gleichzeitig in Europa ausbrechen würde, schien ihm sehr zweifelhaft. Er glaubte damals, dass dieses Jahr für sein Land einen friedlichen Verlauf nähme ⁶⁾. Aber schon Ende März gaben ihm die Nachrichten aus England Veranlassung, die französischen Minister zu einer thatkräftigen Politik gegen die Engländer zu ermuntern. Rouillé dürfe sich nicht länger durch die Erklärungen täuschen lassen, welche der französische Botschafter, der Herzog von Mireprieux, in London empfangen habe. Man wünsche in England den Landkrieg, der, wie man dort hoffe, die Streitkräfte Frankreichs theile. Die englischen Regimenter würden auf Kriegsfuss gesetzt, und solle dasselbe in Hannover geschehen. Ausser einer Vermehrung der Marine sollten 5000 Marinesoldaten ausgehoben und vom Parlamente ein unbegrenzter Kredit verlangt werden ⁷⁾. Doch sollte es bei solchen Warnungen und Mahnungen nicht bleiben.

¹⁾ Luynes »Mémoires« 1860—65. VIII. 127 u. P. C. XI. 60 (18. Febr. 55).

²⁾ P. C. XI. 94 (25. März 55) u. 98 (29. März 55).

³⁾ P. C. XI. 36 (28. Jan. 55).

⁴⁾ P. C. XI. 86 (15. März 55).

⁵⁾ P. C. XI. 102 (1. April 55).

⁶⁾ P. C. XI. 60 (18. Febr. 55) u. 72 (1. März 55).

⁷⁾ P. C. XI. 98 (29. März) u. 102 (1. April 55.)

III.

Vergebliche Bemühungen Friedrichs im April 1755, Frankreich zum Kriege zu reizen.

Ganz unerwartet liess Friedrich der Grosse zu Anfang April auf doppeltem Wege der französischen Regierung eine Erklärung übermitteln, die scheinbar den Frieden sichern sollte, in Wirklichkeit aber die Gefahr eines allgemeinen Krieges in Deutschland heraufbeschwor. Dem französischen Gesandten in Berlin, La Touche, bedeutete Friedrich, dass König Ludwig nach erfolgter Kriegserklärung nicht besser den König von England schädigen könne, als durch einen sofortigen Einmarsch in das Kurfürstentum Hannover. Ohne die Antwort des erstaunten Gesandten abzuwarten, verliess der König das Empfangszimmer. Entschieden hat Friedrich durch die Formlosigkeit seiner Mitteilung jede weitere Erörterung dieses Themas mit dem ihm nicht sehr sympathischen Gesandten abschneiden wollen ¹⁾. Gleich nach dieser Unterredung bekam Knyphausen am 5. April 1755 den Befehl, denselben Vorschlag auch von seiner Seite dem Minister Rouillé zu unterbreiten. Die Besetzung Hannovers müsse sofort nach der Kriegserklärung ausgeführt werden, um den Engländern keine Zeit zu Gegenmassregeln zu lassen. Der Gesandte möge indes bei der Ausführung seines Antrages alles vermeiden, was den Anschein erwecken könne, als ob sein Monarch das Kriegsfeuer zu schüren wünsche ²⁾.

Wenn die Franzosen dem Vorschlage Friedrichs entsprochen hätten, so wäre durch eine Besetzung Hannovers sicherlich nicht der Friede in Europa bewahrt worden ³⁾. England hätte die Hülfe Russlands und Oesterreichs angerufen, wodurch der Krieg allgemein geworden wäre. In Wien, wo man damals jeden Augenblick einen französischen Angriff auf die Niederlande befürchtete ⁴⁾, hätte man sich trotzdem sofort gegen Preussen, als den Hauptgegner der Monarchie, gewendet.

¹⁾ Koser. Preus. Jahrbücher 47, 476. (Bericht von La Touche, 5. April 55).

²⁾ P. C. XI. 106 (5. April 55).

³⁾ Naudé H. Z. 55, 432.

⁴⁾ Beer. Hist. Ztschr. 27, 292.

Bereits im Januar 1755 hatte Friedrich den jetzigen Zeitpunkt, da Oesterreich durch die Haltung des Osmanen in Allarm gesetzt war, als den geeignetsten für den Krieg erklärt ¹⁾. Die aus Kroatien und Ungarn gemeldeten Unruhen, denen er wohl eine zu grosse Bedeutung beilegte, beschäftigten ihn lebhaft. Er bedauerte, dass sie leider in zu früher Jahreszeit und in einem Momente entstanden wären, wo der Sultan mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt war ²⁾. Mit welchem Interesse Friedrich auch später die Vorgänge in Ungarn und Kroatien verfolgt hat, zeigt eine spätere Unterredung mit dem englischen Gesandten Mitchell, in welcher er mit der Möglichkeit eines Religionskrieges in Ungarn rechnet ³⁾.

An demselben Tage, als an Knyphausen das Schreiben über den empfohlenen Einfall der Franzosen in Hannover erging, bemerkte der König gegen seinen Wiener Vertreter, dass in dieser Zeit bei den Schwierigkeiten, welche Oesterreichs Politik lähmten, dem Kaiserhause der Ausbruch eines Krieges durchaus nicht erwünscht sein könne ⁴⁾.

Das Auftreten Friedrichs in diesem Momente steht in engem Zusammenhange mit einer Depesche Maltzahns aus Dresden vom 28. März: auf Grund des mit England bestehenden Subsidienvtrages sei der General Minkwitz vom Dresdner Hofe zum Befehlshaber des 6000 Mann starken Hülfs corps ernannt worden ⁵⁾. Gleich beim Abschlusse des genannten Vertrages im Herbste 1751 hatte der König dem geheimen Artikel, der England die 6000 Sachsen zur bedingungslosen Verfügung stellte, die grösste Bedeutung beigelegt ⁶⁾. Falls in der That die Sachsen ihren Verpflichtungen gegen den englischen König nachkamen, hätte Friedrich als Verbündeter Frankreichs sich berechtigt gefühlt, den Abmarsch der sächsischen Hülfs truppen durch eine Besetzung des Landes zu verhindern.

Sachsen erschien wegen seiner geographischen Lage als das grösste Hindernis einer weiteren Entwicklung der preussischen Monarchie. Nur durch eine Annexion liess sich aus diesem gefährlichsten Gegner ⁷⁾ ein nützliches Glied des Staates machen, das dem Heere eine Verstärkung von 40 Bataillonen und 40 Schwadronen zugeführt

¹⁾ P. C. XI. 27. (18. Januar 55.)

²⁾ P. C. XI. 64 (22. Febr.) u. 79 (11. März 55).

³⁾ P. C. XII. 399 (10. Juni 56.)

⁴⁾ P. C. XI. 107 (5. April 55) u. 127 (19. April 55).

⁵⁾ P. C. XI. (Antwort des Königs vom 4. April 55).

⁶⁾ P. C. VIII. 539 (23. Novbr. 51).

⁷⁾ P. C. VIII. 314 (31. Aug. 56).

hätte ¹⁾). Freilich hat der König die Ausführung des Gedankens in seinem politischen Testamente von dem Ausbruch eines gemeinsamen Krieges der drei Mächte, Frankreich, Sardinien und Türkei gegen Oesterreich und Russland abhängig gemacht ²⁾). Weil diese Voraussetzung im Frühjahr 1755 gefehlt habe, hat man wol gemeint, Friedrichs damalige Handlungen nicht mit jenen geheimen Hoffnungen in Zusammenhang bringen zu dürfen. Aber abgesehen davon, dass die Lehren des politischen Testamentes sich an den Nachfolger richten, also auch für den Autor selbst geringere Verbindlichkeit hatten, bleibt zu beachten, dass die Lage, wie Friedrich sie ansah, gerade damals für ein kühnes Vorgehen sich in dem obigen Sinne günstig zu gestalten schien. Wenn im Osten Europas bis jetzt kein Krieg ausgebrochen war, so setzte Friedrich seine Hoffnungen auf den neuen Sultan der Türkei, den man für thatkräftiger als seine Vorgänger hielt ³⁾). Mit Unwillen bemerkte daher der König, dass der Nachfolger des verstorbenen tüchtigen französischen Gesandten Désalleurs in Konstantinopel noch immer in Paris spazieren ging, anstatt auf seinem Posten gegen die beiden Kaiserhöfe zu intrigieren ⁴⁾).

Von Russland war bei den dortigen Zuständen wenig zu befürchten; in Oesterreich waren allerdings grosse Reformen im Werke, aber noch machten die Stände, namentlich in Ungarn, erhebliche Schwierigkeiten. Ohne fremdes Geld war weder Oesterreich, noch viel weniger Russland in der Lage, einen einzigen Feldzug zu unternehmen. Nun war Friedrich damals auf Grund der Depeschen Michells ⁵⁾ der festen Ueberzeugung, England sei durch seine enorme Schuldenlast, die namentlich in dem letzten Kriege sich sehr vermehrt hatte, ausser Stande, bedeutende Subsidien für längere Zeit auszusahlen ⁶⁾). Die Nachricht, dass England die Hülfe der beiden Kaiserinnen gegen Frankreich anrufen wolle ⁷⁾), hat ihn nicht beunruhigt. Ferner konnte Sardinien sehr leicht in den Krieg hineingezogen werden. Mit Eifersucht beobachtete man dort den Erwerb Modenas von Seiten der Oesterreicher. Mailand war die Lockspeise, mit der Noailles den Turiner Hof dauernd an Frankreich zu fesseln hoffte ⁸⁾).

¹⁾ Pol. Testament von 1752 (Lehmann 104).

²⁾ Lehmann, 62 u. Ranke XXX. 116.

³⁾ Luckwaldt. »Die Westminsterkonvention«. Preuss. Jahrbücher. 80. 236.

⁴⁾ P. C. XI. 102 (1. April 55).

⁵⁾ P. C. X. 291. (28. März 54).

⁶⁾ P. C. XI. 193 (1. Juli 55) und 20 (8. Juli 55).

⁷⁾ P. C. XI. 98. (29. März 55).

⁸⁾ Noailles, Corresp. II. 320 (Memoire du 7 mars 51).

Friedrich selbst hatte sich zwar durch den 5. Artikel des mit England am 18. November 1742 geschlossenen Vertrages verpflichtet, mit einem Hülfscorps von 10 000 Mann dem britischen Könige bei jedem Angriffe auf seine Staaten beizuspringen ¹⁾. Aber dieser Vertrag würde ihn nicht abgehalten haben, gegen England Partei zu ergreifen, sobald es das Intesesse seines Landes fordern sollte. Ein Monarch durfte sich nach Friedrichs Ansicht nicht wie der Privatmann durch sein einmal gegebenes Wort für gebunden halten ²⁾. Friedrich hat deshalb seine Nachfolger gewarnt, sich nicht vorzeitig durch Verträge zu binden ³⁾. Den Franzosen gegenüber war er nicht verpflichtet, an einem von ihnen begonnenen Angriffskriege sich zu beteiligen. Hier durfte er ruhig die Entwicklung abwarten, um im richtigen Momente seine Partei zu ergreifen. Er hatte genug Beweggründe zur Hand, wie seine späteren Depeschen zeigen, um eine derartige Haltung in Versailles zu erklären. Während Frankreich nun die Kräfte Englands vollauf beschäftigte und dabei noch die österreichischen Regimenter in den Niederlanden festhielte, wäre Preussen im Stande gewesen, was man in der Hofburg sehr wohl erkannte ⁴⁾, den Streitkräften der beiden Kaiserinnen erfolgreich zu widerstehen. Die Pforte bedurfte allerdings, um sich an dem Kriege zu beteiligen, eines halben Jahres, bis ihre Schaaren schlagfertig waren ⁵⁾. — Aber sicher würden die Russen bei der dort allgemeinen Korruption für den Marsch ihrer Armee nach Deutschland dieselbe Zeit gebraucht haben.

Oesterreich war deshalb in diesem Zeitpunkte auf seine eigenen Kräfte angewiesen, es hat sich im September 1756, trotz zweimonatlicher Rüstungen, dem Einmarsch der Preussen in Sachsen nicht widersetzen können, wie viel weniger jetzt, wo nichts vorbereitet war.

Die politische Lage Europas war daher in diesem Augenblick für die Ausführung der ehrgeizigen Pläne Friedrichs des Grossen nach den ihm zukommenden Berichten eine viel günstigere, als 15 Monate später. Anstatt lange Vorbereitungen zu treffen, war sein Grundsatz, in der Politik die günstige Konjunktur zu benutzen ⁶⁾. Ein gefüllter Schatz und eine leicht zu bewerkstelligende Mobil-

¹⁾ Wenck, Codex juris gentium I. 642.

²⁾ Posner, Histoire von 1746. 155.

³⁾ Pol. Testament von 1752 (Lehmann 96).

⁴⁾ Arneth IV. 429 (an Starhemberg, 27. März 56).

⁵⁾ Beer 302.

⁶⁾ Polit. Test. v. 1752 (Lehmann 93).

machung seiner Armee ermöglichte ein derartiges Unternehmen. Aber *conditio sine qua non* war für den König, dass Frankreich den ersten Schritt thäte. Und jede thatkräftige Regierung in Versailles hätte ohne Frage mindestens durch eine Besetzung der Niederlande auf das englische Kabinett einen starken Druck auszuüben gesucht. Auch hat sich das französische Ministerium damals mit diesem Thema beschäftigt. Als Rouillé Mitte April von dem österreichischen Gesandten, Grafen Starhemberg, über die Pläne Frankreichs befragt wurde, betonte er zwar die friedlichen Gesinnungen seines Landes gegen Oesterreich, verheimlichte aber nicht, dass man sich bei einem ungünstigen Ausgang des Seekrieges durch Bekämpfung der Verbündeten Englands schadlos halten würde ¹⁾.

Bevor Friedrich die Antwort Knyphausens auf seine am 5. April gemachten Vorschläge erhielt, erkannte er aus den ihm zugehenden Berichten, dass in Versailles zum offenen Kriege gegen die Engländer wenig Neigung vorhanden sei. Der Inhalt der Depesche Knyphausens vom 28. März befriedigte den König durchaus nicht. Selbst der Gesandte fand die Politik des Ministeriums, sich in der jetzigen Situation nicht wie England seiner Verbündeten zu sichern, unbegreiflich. Die Bildung der beiden geplanten Lager an der Saar und an der Sambre genügte dem Könige nicht; die Zahl der Truppen in diesen räumlich getrennten Lagern konnte nicht zur Ausführung der von ihm empfohlenen Unternehmung ausreichen ²⁾. Die folgenden Berichte Knyphausens mit ihren Klagen über die unbegreifliche Nachlässigkeit der französischen Minister, und die geringen Aussichten den Hof von Madrid zu gewinnen, verbesserten die Stimmung Friedrichs nicht. Sein ganzer Unwille machte sich gegen Knyphausen Luft, als dieser unterm 7. April 1755 die finanziellen Hülfsmittel Frankreichs auf Grund der Summen, welche eine vom Könige geplante Besteuerung des Klerus aufbringen würde, im günstigen Lichte schilderte ³⁾.

In der zweiten Hälfte des April klärten dann die Depeschen Michells den König auf, dass an einen Ausbruch der offenen Feindseligkeiten so bald nicht zu denken wäre. Auch der neue englische

¹⁾ Arneth IV. 364 (Starhembergs Depesche v. 17. April 55).

²⁾ P. C. XI. 113 (8. April 55).

³⁾ P. C. XI. 125 (Knyphausen, 7. April 55). »Relation de jeune homme, ventus gallus«, lautete Friedrichs Urteil.

Gesandte am Petersburger Hofe hätte den Befehl zum definitiven Abschluss eines Subsidienvtrages mit Russland nicht erhalten.¹⁾ Auch durfte die angekündigte Reise des Königs Georg nach Hannover²⁾ von den Franzosen als ein friedliches Zeichen gedeutet werden³⁾. Natürlich setzte der König seinen Pariser Gesandten von dem Inhalte der Depeschen Michells nicht in Kenntniss, wie er sich auch gegen einen direkten Briefwechsel seiner beiden Gesandten in London und Paris erklärte⁴⁾.

Am 22. April 1755 hatte Knyphausen Gelegenheit gefunden, den Minister Rouillé mit dem Inhalte der königlichen Depeschen vom 5. und 8. April bekannt zu machen. Rouillé musste eingestehen, dass bis jetzt noch kein Operationsplan von französischer Seite aufgestellt wäre. Falls aber die Engländer wirklich den Krieg wollten, würde man in Versailles nicht zögern die deutschen Länder des englischen Königs und die seiner Verbündeten zu besetzen. Man hoffe, der König von Preussen werde bei der günstigen Lage seiner Staaten die Besetzung Hannovers übernehmen, wobei die Einkünfte dieses Kurfürstentums die Kosten des Feldzuges decken würden. Doch berechtigte der Defensivvertrag von 1741 Rouillé nicht, ein derartiges Verlangen an Friedrich zu stellen. In gleicher Weise wie der Minister des Auswärtigen, äusserte sich gesprächsweise der Kriegsminister Argenson über die Occupation Hannovers. Knyphausen gewann bei diesen Unterredungen den Eindruck, als ob Frankreich geneigt sei, beim Ausbruche eines Krieges für die Hülfe seines Bundesgenossen grosse Konzessionen zu bewilligen, hütete sich aber wohl, den Ministern auf ihre Anfragen etwas Positives zu erwidern⁵⁾.

Friedrich hätte ohne Schwierigkeit das Kurfürstentum Hannover besetzen können, aber nachdem einmal die Besitzergreifung Schlesiens geglückt war, wollte er nicht abermals als Erster den Frieden stören⁶⁾.

Dem Londoner Kabinett wäre von Wien und St. Petersburg Hülfe zu Teil geworden, während Friedrich, ohne auf den Beistand Frankreichs sicher zählen zu können, nach allen Seiten hätte Front machen müssen; selbst ein günstiger Ausgang des Krieges konnte

¹⁾ P. C. XI. 133 (25. April 55).

²⁾ P. C. XI. 128 (22. April 55).

³⁾ P. C. X. 167 (30. Novbr. 53) und 179 (Lord Maréchal [30. Novbr. 53]).

⁴⁾ P. C. XI. 126 (19. April 55).

⁵⁾ St. A. (Knyphausen, immediat, 25. April 55).

⁶⁾ P. C. 131 (23. Oktbr. 53).

Preussens Stellung gegen früher nicht verbessern. Durch die Einverleibung Hannovers wurden seine Staaten nicht arrondiert; das vereinigte Sachsen-Polen blieb bestehen; und die Hauptstadt Berlin, nur wenige Meilen von der Grenze entfernt, war auch ferner feindlichen Angriffen ausgesetzt. Friedrich wies daher den Vorschlag Rouillés zurück unter Hinweis auf die geographische Lage seines Reiches. In gefährlicher Nähe der preussischen Grenze, in Kurland, lägen jeden Sommer 60,000 Russen. Ferner habe Sachsen einen Subsidienvertrag mit England geschlossen, und der Wiener Hof könne mit leichter Mühe in Böhmen und Mähren ein Heer von 80,000 Mann zusammen bringen — wol eine bewusste sehr starke Uebertreibung ¹⁾. Dabei wären die Franzosen nicht einmal des Beistandes der Türken und Dänen sicher.

Der König ist auffallend gemässigt in seiner Antwort, er sucht offenbar alles zu vermeiden, was bei den Franzosen Anstoss erregen kann. Selbst der Hinweis auf die Ereignisse des Jahres 1745 ist in sehr zarter Form ausgedrückt ²⁾.

Friedrich muss im Frühjahr 1755 noch an der im Politischen Testament von 1752 geäusserten Ansicht festgehalten haben, dass eine neue Landerwerbung, wobei in erster Linie Sachsen in Betracht

¹⁾ Die vom Könige hier genannte Zahl von 80,000 Oesterreichern entspricht nicht den Thatsachen. In Wirklichkeit lagen in Böhmen und Mähren nebst Schlesien nur 19 Infanterie-Regimenter zu 4 Bataillonen. Da aber verschiedene Bataillone detachiert waren, so war die Gesamtzahl nur 72 Bataillone, dazu kamen 8 Kavallerie-Regimenter zu 800 und 3 Husaren-Regimenter zu 600 Mann.

Die Gesamtstärke aller dieser Truppen war nach dem Etat:

72 Bataillone zu 600 Mann.....	43,200
3 Kavallerie-Regimenter zu 800 Mann..	2,400
3 Husaren-Regimenter zu 600 Mann...	1,800

Zusammen 47,400 (Lehmann 112).

Friedrich zeigt sich sehr gut unterrichtet über die österreichische Armee. Bei den Kavallerie-Regimentern sollten nach seinen Erkundigungen bis zu 200 Pferde fehlen (P. C. X. 315, 4. Mai 1754 an Klinggräffen) und nach dem Berichte des Feldmarschalls Keith waren einzelne Infanterie-Regimenter anstatt 2400 nur 1400 Mann stark. (Archives des aff. étr., La Touche 23. August 55). Da die Nachrichten, welche der König im August 1756 dem Feldmarschall Schwerin über die Zahl der feindlichen Truppen gab, der Wahrheit sehr nahe kommen, so zeigt die Erwähnung von 80,000 Oesterreichern an dieser Stelle, wie Friedrich die Zahl seiner voraussichtlichen Gegner fast verdoppelte, um in Frankreich seine eigene Lage als möglichst gefährlich hinzustellen.

²⁾ P. C. XI. 143 (6. Mai 55).

kam, sich für Preussen am besten im Bunde mit Frankreich erreichen liesse ¹⁾). Deshalb bezweifelte Friedrich sehr stark die Nachricht des Gesandten Maltzahn, der Dresdener Hof habe keine Subsidienzahlungen mehr von England zu erwarten, da unmöglich das englische Ministerium in so kritischen Zeiten auf den Beistand der Sachsen verzichten werde ²⁾).

Inzwischen kamen weitere Nachrichten über die Ansichten verschiedener einflussreicher Persönlichkeiten in Paris. Man gäbe sich dort der Hoffnung hin, dass der König von Preussen zu Gunsten Frankreichs sich gegen Hannover wenden würde, während der Einmarsch einer französischen Armee in Flandern den Wiener Hof und die Holländer gleichzeitig in Schach halten und Russland bei der dort üblichen Langsamkeit zu spät auf dem Felde erscheinen würde.

Das Unternehmen gegen die Niederlande, welches auch Friedrich in seiner Depesche vom 6. Mai vorgeschlagen hatte ³⁾), wurde sehr von dem Marschall Loewendahl befürwortet. Die französischen Magazine in Lille, Valenciennes u. s. w. wurden nach Erkundigungen Knyphausens in Stand gesetzt, während die österreichischen Festungen in Belgien nach dem Aachener Frieden 1749 nicht wieder hergestellt waren. Ausserdem gedachte man an der Grenze von Luxemburg, zum eventuellen Beistande Friedrichs gegen Hannover, ein Korps bereit zu halten. Für Italien befürchtete man nichts in Versailles, Sardinien und Oesterreich würden dort neutral bleiben.

Der etatsmässige Stand der französischen Armee war nach Knyphausen mit Einschluss der Milizen (55 000 Mann) und der 10 000 Invaliden 235 000 Mann, an deren Zahl wenig fehle ⁴⁾). Die Fremden-Regimenter, deren teilweise Entlassung Friedrich vor mehreren Jahren sehr missgestimmt hatte ⁵⁾), sollten wieder auf drei Bataillone erhöht werden. Auch wurden gleichzeitig die Milizen zum Küstenschutz in der Bretagne und Normandie einberufen. Es war der Kriegsminister, der Knyphausen über den Fortgang der Rüstungen auf dem laufenden erhielt ⁶⁾).

¹⁾ Ranke. Sämmtliche Werke XXX, 116.

²⁾ P. C. XI. 118 (ohne Datum, etwa 12. April 55).

³⁾ P. C. XI. 143.

⁴⁾ Im Jahre 1754 war der effektive Bestand des Heeres 155 519 Mann, (die an Sold und Unterhaltung 40 476 140 Livres kosteten). (Memoires du Duc de Choiseul. Paris 1790, 135).

⁵⁾ P. C. IX. 158 (8. Juli 52) und Noailles Memoires II. 324.

⁶⁾ St. A. (Knyphausen 2. Mai 55, immediat).

Der Gesandte beschloss sein Schreiben mit der Versicherung, dass Frankreich trotz seiner schlechten Finanzen wohl einen Krieg führen könne, man habe allerdings dabei die Unentschlossenheit des Ministeriums und die grosse Friedensliebe des Königs in Rechnung zu ziehen ¹⁾).

So erwünscht dem Könige von Preussen diese Nachrichten sein mochten, sein Entschluss stand fest, sich nicht eher an dem Krieg zu beteiligen, als bis sich andere Mächte hineingemischt, und er die Pläne der Engländer erkannt hätte. Er wollte die Entwicklung der Ereignisse abwarten und dann seine Partei ergreifen, der Haltung gemäss, die er im Testamente von 1752 seinem Nachfolger vorgeschrieben hatte ²⁾. Werde Frankreich in Europa angegriffen, so würde er seinem Verbündeten beispringen, aber zwischen der Lage seiner Staaten und der Frankreichs sei ein gewaltiger Unterschied, dort habe man zwar einen gefährlichen Gegner, aber wohlverwahrte Grenzen, während Preussen schutzlos den Angriffen von drei oder vier Feinden preisgegeben sei.

Unter diesen Umständen war Friedrich die angekündigte Sendung eines hohen französischen Offiziers, des Marschalls Loewendahl, durchaus nicht erwünscht. Knyphausen sollte deshalb die Reise des Gesandten, die ohne Zweifel grosses Aufsehen in ganz Europa erregt hätte, in geschickter Weise hintertreiben ³⁾. Es entsprach ferner seiner Politik ⁴⁾, als La Touche gegen Podewils Andeutungen über Erneuerung des Bündnisses von 1741 fallen liess, nach Möglichkeit die Verhandlungen hinauszuschieben. Die Franzosen sollten eben seiner bedürfen.

Friedrich erfuhr Mitte Mai durch Michell, dass der König Georg seinen Aufenthalt in Deutschland ausnutzen würde, um seine Erblande durch Verträge möglichst vor Angriffen zu schützen; an einen offenen Friedensbruch von Seiten der Engländer war unter diesen Umständen für's erste nicht zu denken ⁵⁾. Die Nachricht, das französische Geschwader wäre am 3. Mai nach Kanada unter

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 28. April 55, P. C. XI. 148).

²⁾ Lehmann, 94 »j'attends l'événement pour alors prendre mon parti« und 96 »attendez, que le cas existe, pour prendre votre parti,« ferner an seine Schwester in Baireuth, 21. Sept. 55 (P. C. XI. 309).

³⁾ P. C. XI. 148 (10. Mai 55).

⁴⁾ P. C. XI. 170 (3. Juni 55).

⁵⁾ P. C. XI. 151 (14. Mai 55).

Segel gegangen, befriedigte den König sehr¹⁾; er durfte, zumal Rouillé der Türkei wieder grössere Beachtung schenkte, hoffen, dass im folgenden Jahre der Krieg in Europa allgemein würde, da jede Entscheidung in Nord-Amerika den Besiegten zwingen musste, in Europa Vergeltung zu suchen²⁾. Ueber die Mission Loewendahls wurde Friedrich ebenfalls beruhigt; diese wäre sicher auch ohne den Tod des Marschalls an dem Widerstande des Ministeriums und des Prinzen Conti, sowie Belle-Isles gescheitert³⁾. Jetzt übernahm letzterer die Rolle, welche Loewendahl in Frankreich zu spielen versucht hatte.

Ein sehr wichtiges Ereignis sollte für Friedrich die Mitte Mai in Paris erfolgte Ankunft des französischen Gesandten in Dresden, Grafen Broglie, werden, der zugleich in die geheime Korrespondenz Ludwigs XV. eingeweiht war⁴⁾. Broglie verstand es, Rouillé in kurzer Zeit für seine politischen Ideen und einen Vertrag mit Sachsen zu gewinnen⁵⁾, wodurch er sich allerdings mit seinem geheimen Chef, dem Prinzen Conti, verfeindete, der selber einmal den Thron von Polen einzunehmen hoffte⁶⁾. Noch verhängnisvoller war Broglies Thätigkeit für das französisch-preussische Bündnis. Seine politischen Pläne haben Friedrich den Bund mit Frankreich verleidet, denn nie konnte er mit Sachsen in der selben Allianz sein⁷⁾. Damals freilich hatte Broglie trotz der Unterstützung des Dauphins geringe Aussichten, den Subsidienvvertrag mit Sachsen durchzusetzen⁸⁾, und auch der König von Preussen war überzeugt, dass das englische Gold für Sachsen grössere Anziehungskraft besässe. Dagegen erregten die friedlichen Erklärungen des französischen Gesandten in London seinen Unwillen⁹⁾. Die Ansicht Michels, Frankreichs schwächliche Haltung ginge auf geheime Umtriebe der Pompadour zurück, die nach Möglichkeit den Ausbruch eines Krieges verhindern wolle¹⁰⁾, fand beim König Glauben.

¹⁾ P. C. XI. 157 (20. Mai 55).

²⁾ P. C. XI. 152 (17. Mai 55).

³⁾ St. A. (Knyphausen, 26. Mai 55).

⁴⁾ St. A. (Knyphausen, 19. Mai 55).

⁵⁾ Broglie. *Le secret du Roi*. 1878. I. 107.

⁶⁾ Broglie *secret*, I. 108.

⁷⁾ P. C. XI. 287 (1. Sept. 55).

⁸⁾ St. A. (Knyphausen, 19. Mai 55).

⁹⁾ P. C. XI. 172 (4. Juni 55).

¹⁰⁾ P. C. XI. 167 (Michell, 13. Mai 55).

Auf der andern Seite bereitete dem französischen Ministerium grosse Unruhe das gut beglaubigte Gerücht, der König von England gedenke während seines Aufenthalts in Hannover sich mit dem preussischen Monarchen zu versöhnen, und ihn zur Neutralität während eines Krieges zu bestimmen. Einem solchen Vertrag gedachte man in Versailles durch Sendung eines Gesandten nach Wesel, wo sich Friedrich Mitte Juni aufhalten wollte, zuvorzukommen. Ueber zwei Gegenstände sollte sich dieser mit Friedrich bereden: erstens Erneuerung des Bündnisses von 1741; zweitens Aufstellung eines Operationsplanes für den Fall eines Krieges mit England ¹⁾).

Ob aber der Bailli de Froullay, der Friedrich im Namen des Königs von Frankreich in Wesel begrüßte ²⁾, im Gespräch mit ihm politische Gegenstände berührt hat, ist nicht zu erkennen. Sicher hat sich der König von Knyphausen eingehend über die Lage in Frankreich Bericht erstatten lassen. Gleichzeitig beauftragte er Knyphausen, in Versailles einen Wechsel der Person des französischen Gesandten in Berlin anzuregen, da La Touche, bei aller persönlichen Ehrenhaftigkeit, seiner Stellung nicht gewachsen sei: ein Beweis, dass der König Mitte Juni noch an einem intimen Zusammengehen mit Frankreich festhielt ³⁾. Doch ist es höchst unwahrscheinlich, dass Friedrich sich in der Weise gegen Knyphausen über seine eigenen Pläne geäußert haben soll, wie Bernis in seinen Denkwürdigkeiten behauptet, es von dem preussischen Gesandten selbst gehört zu haben ⁴⁾. Knyphausen war ein ausgezeichnete Diplomat, der nie wieder, nachdem er einmal im Herbst 1754 wegen seiner Aeusserungen in der polnischen Frage von seinem Monarchen getadelt worden war, am Versailler Hofe ein Wort zu viel gesprochen hat. Sonst hätte Friedrich auch die französischen Minister nicht so gänzlich über seine eigenen Pläne täuschen können.

Friedrich scheint damals den Eindruck gewonnen zu haben, dass die Haltung Englands den Ausschlag über Krieg oder Frieden geben würde. Noch von Wesel aus richtete er an Michell die Frage, ob die englischen Staatsmänner etwa im nächsten Jahre von Deutschland aus gegen Frankreich den Krieg beginnen

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 6. Juni 55) und Koser I. 574.

²⁾ P. C. XI. 183 (19. Juni 55).

³⁾ P. C. XI. 211 (18. Juli 55) und 230 (Knyphausen, 20. Juli 55).

⁴⁾ Bernis. »Mémoires et lettres«. 1878. I. 213 (Bernis wird hier so gut wie über den Ursprung der Mission Nivernois, die er auf seine Anregung zurückführt, durch die folgenden Ereignisse in seiner Erinnerung getäuscht worden sein).

würden. Ihn interessiere vor allem die Frage: wird Deutschland in den Krieg verwickelt oder nicht ¹⁾?

Nach der Rückkehr von seiner rheinischen Reise wurde Friedrich durch die Vermittlung des Prinzen Ferdinand von Braunschweig von der Absicht des englischen Königs unterrichtet, Braunschweig durch bedeutende Subsidienzahlungen der englischen Politik dienstbar zu machen. Um so überraschender war diese Meldung dem Könige, da er auf Grund der Berichte Michells ²⁾ der Meinung war, dass England unmöglich bei dem zerrütteten Zustande seiner Finanzen grosse Geldsummen für seine Verbündeten aufbringen könne ³⁾. Jetzt kam bei Friedrich zuerst der Gedanke auf, dass er sich über die Hülfquellen Englands getäuscht haben könnte. Er forderte von seinem Geschäftsträger in London Auskunft darüber, woher der König von England die Fonds beziehe, um derartige Summen seinen Verbündeten auszuzahlen ⁴⁾.

An demselben Tage, da er an Michell schrieb, liess er durch Knyphausen das französische Ministerium von den englischen Intriguen in Braunschweig unterrichten, mit dem Hinweis, dass England sich leicht bei der Unthätigkeit der Franzosen noch den Beistand anderer deutscher Fürsten sichern könnte ⁵⁾. Zur grossen Verwunderung des Gesandten machten diese Eröffnungen nur geringen Eindruck auf Rouillé.

Daneben überzeugten Friedrich die Nachrichten von Klinggraeffen aus Wien, dass die englischen Staatsmänner auf kein grosses Entgegenkommen des Wiener Hofes beim Ausbruche des Krieges rechnen durften ⁶⁾; aber er ahnte nicht den hohen Grad der Verstimmung, welcher damals schon in Wien gegen England herrschte. Die Berichte aus Paris lauteten etwas günstiger für Friedrich; man bemerkte dort im Ministerium, wie sehr das Kabinett von St. James die Verhandlungen in einer Frankreich unwürdigen Weise verschleppe ⁷⁾. — Auch war endlich Aussicht in Frankreich vorhanden, dass die vom Marschall Belle-Isle geplante Heeresver-

¹⁾ P. C. XI. 183 (24. Juni 1755.)

²⁾ P. C. X. 291 (26. März 54).

³⁾ P. C. X. 131 (23. October 1753).

⁴⁾ P. C. XI. 193 (1. Juli 55) u. 200 (8. Juli 55).

⁵⁾ P. C. XI. 192 (1. Juli 55).

⁶⁾ P. C. XI. 215 (19. Juli 55).

⁷⁾ P. C. XI. 220 (Knyphausen, 10. Juli 55).

stärkung mit Unterstützung des Kriegsministers Argenson in's Leben trat; besonders da vom General-Kontrollleur Séchelles, einem Freund Argensons und langjährigen Intendanten des Heeres keine Opposition zu erwarten war ¹⁾). Als aber diese Depesche in Potsdam eintraf, waren dort Nachrichten aus Nord-Amerika eingelaufen, die den sofortigen Ausbruch eines Krieges in Europa höchst wahrscheinlich machten.

¹⁾ St. A. (Knyphausen 17. Juli 55).

IV.

Ausbruch des Krieges in Nord-Amerika und seine Folgen.

Friedrich hatte im Winter 1754—55 richtig prophezeit, als er darauf hinwies, dass die grossen Seerüstungen der Franzosen und Engländer beide Völker schon im nächsten Sommer zu offenen Feindseligkeiten bringen würden. Aber diese Zwistigkeiten, die in seinen Augen Bagatellen waren, gaben dem französischen Ministerium keinen Anlass, wie Friedrich es erhoffte, durch Besetzung der Niederlande auch den Krieg in Europa zu eröffnen. Am 17. Juli 1755 traf in Compiègne, wo sich zur Zeit der Hof aufhielt, die Nachricht ein von dem Ueberfalle dreier französischer Schiffe auf der Höhe von Louisbourg am Cap Breton. Nach heftiger Gegenwehr waren zwei Schiffe, der »Alcide« und der »Lys«, mit den an Bord befindlichen Truppen am 8. Juni in die Hände der Engländer gefallen ¹⁾. Die allgemeine Entrüstung des Volkes und der Kriegspartei zwang jetzt das Ministerium, seine bisherige nachlässige Haltung aufzugeben. Alle Minister waren unter dem Drucke der öffentlichen Meinung darin einig, von England Rechenschaft für den aufgezwungenen Kampf zu fordern; sie befanden sich aber in grosser Verlegenheit, wie dies zu bewerkstelligen sei. Trotz aller Warnungen hatte man unterlassen, einen Operationsplan auszuarbeiten.

Der Marschall Belle-Isle wurde nun der Mann des Tages, dank der Unterstützung der Minister Argenson und Séchelles. Gleich nach Ankunft der Depesche, über den Kampf vom 8. Juni hatten mehrere Sitzungen des Conseils stattgefunden. Am Sonntag, den 20. Juli legte Ludwig XV. dem Conseil die entscheidende Frage vor: ob Landkrieg oder Seekrieg? Einstimmig wurde beschlossen, die Armee auf Kriegsfuss zu erhöhen, was bei der zahlreichen Bevölkerung des Landes keine Schwierigkeiten bot, und ausserdem die Marine-Regimenter um 4—5000 Mann zu

¹⁾ Dem dritten »Dauphin royal« gelang es zu entkommen.

vermehrten. Zum besseren Küstenschutz sollten die Truppen in der Picardie verstärkt, und namentlich Dünkirchen, gegen die Bestimmung des Aachener Friedens, wieder befestigt werden. Die Normandie und die Bretagne hielt man durch die bei Beginn des Sommers aufgerufenen Milizen für genügend gesichert ¹⁾. Während über diese Massregeln für das Innere des Landes und den Schutz der Küsten sich die Mitglieder des Conseils schnell einigten, war dies in den Fragen der auswärtigen Politik nicht der Fall. Die französischen Gesandten in London und Hannover hatten sofort nach der ersten Nachricht von den Ereignissen in Amerika ihre Posten verlassen. Der im Conseil gemachte Vorschlag aber, Repressalien gegen die Engländer zu üben, wurde verworfen, da die Beschlagnahme der englischen Handelsschiffe in den französischen Häfen die rückkehrenden französischen Schiffe englischen Angriffen aussetzen würde ²⁾. Dieser Beschluss scheint besonders veranlasst zu sein durch die Vorstellungen des Marine-Ministers, der die Unmöglichkeit darlegte, bei dem augenblicklichen Zustande der Flotte den Engländern mit Erfolg auf dem Meere zu begegnen.

Unter diesen Umständen wurde die Frage erörtert, ob es für den König angebracht wäre, durch einen Angriff auf die Niederlande den Krieg zu einem allgemeinen zu machen. Einige einflussreiche Persönlichkeiten wollten dazu noch dieses Jahr benutzen. Aber andererseits überwog die Scheu, ohne sichere Offensivallianzen die Verbündeten Englands mit Krieg zu überziehen. König Ludwig XV. setzte deshalb an diesem Tage die Entscheidung aus und beschloss die Ankunft seines alten, augenblicklich abwesenden Ratgebers, des Herzogs von Noailles, abzuwarten.

Der preussische Gesandte wurde über den Verlauf der Debatte dieses Tages sofort durch die Staatssekretäre und andere Personen, deren Namen er nicht angiebt, unterrichtet, während er von Rouillé die ihm zuerst versprochene Mitteilung nicht erhielt.

Der Marschall Noailles erklärte sich nun in zwei an den König gerichteten Denkschriften vom 21. Juli gegen eine Besetzung der Niederlande. Er schilderte ausführlich die Gefahren, welche aus dieser Invasion erwachsen könnten, die zu den eventuellen Vorteilen in keinem Verhältnisse ständen. Besonders betonte er, dass

¹⁾ St. A. (Knyphausen, immediat, 2. Mai 55).

²⁾ P. C, XI. 240 (24. Juli; Knyphausen).

bei der Unsicherheit der Allianzen in Deutschland und der Stimmung in Berlin und Konstantinopel der König nur auf seine eigenen Kräfte zählen dürfe, dass sich sehr leicht Alle gegen ihn erklären könnten ¹⁾. Unter dem Einflusse dieser Memoires wurde die Besetzung der Niederlande für dieses Jahr verworfen ²⁾. Wie Knyphausen erfuhr, tröstete man sich am Hofe damit, dass man auch im folgenden Jahre ohne Schwierigkeit die verfallenen niederländischen Festungen besetzen könne ³⁾.

Wenn auch die Kriegspartei am französischen Hofe in der Hauptsache unterlegen war, und zwar durch königliche Entscheidung, so errang sie doch einen wichtigen Erfolg.

Knyphausen war bei seinem Eintreffen in Compiègne interpellirt worden, wie weit sein König, mit dem er Ende Juni in Wesel zusammengetroffen war, mit dem französischen Gesandten La Touche in Berlin zufrieden wäre. Man stellte dessen Abberufung und Ersetzung durch den früheren Gesandten Valori in Aussicht, um bei den bevorstehenden Verwicklungen desto inniger mit Preussen Hand in Hand zu gehen ⁴⁾. Die Gefahren, welche für Frankreich aus einer ferneren Isolierung entstehen konnten, traten zu offen zu Tage, um nicht die Notwendigkeit eines engeren Bündnisses mit seinem mächtigsten politischen Freunde einsehen zu lassen. Der Vorschlag des Marschalls Belle-Isle ⁵⁾, den Herzog von Nivernois als ausserordentlichen Gesandten nach Berlin zu senden, wurde daher im Conseil angenommen.

Es galt, dem Herzoge, den der Verlust des einzigen Sohnes sehr niedergeschmettert hatte, eine grosse Aufgabe zuzuweisen, um seinen Gedanken eine andere Richtung zu geben. Belle-Isle stand mit beiden Parteien am Hofe gut ⁶⁾; er und Nivernois, durch verwandtschaftliche Beziehungen verbunden, gehörten zu den persönlichen Freunden der Pompadour. Bei letzterer bemerkt man nichts von der Feindschaft, die sie nach alter Tradition gegen Friedrich den Grossen gehegt haben soll. Durch die Intriguen der Madame Estrades war ihre Stellung zeitweilig erschüttert; sie bedurfte der

¹⁾ Noailles II. 401—402.

²⁾ Bernis I. 213.

³⁾ St. A. (Knyphausen immediat, 19. August 55).

⁴⁾ P. C. XI. 230 (Knyphausen, 20 Juli 55).

⁵⁾ P. C. XIII. 60 (Knyphausen, 2. Juli 56).

⁶⁾ Ranke XXX. 112.

Freunde, und suchte sogar durch Vermittlung von Bernis eine Verständigung mit ihrem Feinde, dem Kriegsminister Argenson ¹⁾.

Auf das eifrigste unterstützte die Marquise den Vorschlag Belle-Isle's beim Könige; ²⁾ auch widersetzte sich keiner von den hohen Offizieren, da diese am Vorabend eines Krieges wenig Neigung spürten, den Versailler Hof zu verlassen, um eine entfernte politische Mission nach Preussen zu übernehmen ³⁾.

Knyphausen wurde am 23. Juli durch Rouillé von der Abberufung des Gesandten La Touche und gleichzeitigen Sendung Nivernois in Kenntniss gesetzt, den später Valori als ordentlicher Gesandter ablösen sollte. Belle-Isle klärte an demselben Tage den preussischen Gesandten über die Denkungsart des Herzogs von Nivernois auf, der mit dem grössten Eifer für die gemeinsamen Interessen beider Länder eintreten würde ⁴⁾.

In den ersten Tagen des August kamen die Depeschen Knyphausens über diese Vorgänge in die Hände seines Königs. Jetzt, wo Friedrich befürchten musste, dass die Franzosen mit bestimmten Vorschlägen an ihn herantreten könnten, änderte er seine bisherige Taktik. Er suchte einem ähnlichen Vorschlag, wie ihn Rouillé im April 1755 wegen der Besetzung Hannovers gemacht hatte, vorzubeugen. Nach den in Amerika geschehenen Ereignissen stand es für Friedrich ausser allem Zweifel, dass ein offener Krieg auch in Europa zwischen den Westmächten ausbrechen würde ⁵⁾. Aber Preussen sollte nicht eher aus seiner Zurückhaltung hervortreten, bis die Osmanen und Dänen von Frankreich gewonnen waren.

Als der Gesandte La Touche am 27. Juli 1755 die erbetene Audienz in Potsdam erhielt, um die Nachricht von der Abberufung der französischen Gesandten aus London und Hannover auch mündlich auszurichten ⁶⁾, erwiderte ihm der König, dass er an einer von Frankreich nun ernstlich geplanten Besetzung Hannovers sich nicht beteiligen könne ⁷⁾.

¹⁾ Bernis, I. 209.

²⁾ Perey. »Un petit neveu de Mazarin«. 334.

³⁾ St. Arch. (Knyphausen, 10. August 55).

⁴⁾ St. Arch. (Knyphausen, vom 24. Juli 55 und immediat vom selben Tage, aus beiden einzelnes gedruckt P. C. XI. 240. [Memoiren v. Noailles vom 20. und 21. Juli 55]).

⁵⁾ P. C. XI. 235 (4. Aug. 55 an Lehwald).

⁶⁾ P. C. XI. 224 (26. Juli 55).

⁷⁾ Koser, I. 575.

Zwei Tage später wies er Knyphausen an, man möge sich in Versailles für dieses Unternehmen der Hülfe Dänemarks versichern, da dort eine grosse Missstimmung gegen England herrsche.¹⁾ Ihm sei es unmöglich, in diesem Jahre für Frankreich einzutreten. Die Erfahrungen mit dem französischen Bündniss im Jahre 1745 schreckten ihn noch jetzt ab, sich wieder mit den Oesterreichern und Sachsen einzulassen. Bevor die Osmanen, sich nicht offen zu Gunsten Frankreich's erklärt hätten, und die Dänen sich an einer Besetzung Hannovers beteiligen würden, dürfe er aus Rücksicht auf seine feindlichen Nachbarn aus seiner Zurückhaltung nicht hervortreten²⁾. Die weiteren Nachrichten aus Paris konnten den König zu keiner Aenderung seiner Ansichten bestimmen. Er war überrascht über die schwache Haltung des französischen Ministeriums und die Nachlässigkeit, mit der Rouillé die Frage der deutschen Bundesgenossen Frankreichs behandelte. Am 26. Juli hatten Knyphausen und Belle-Isle Rouillé von der Notwendigkeit eines Subsidienvtrages mit Baiern überzeugt; aber im Conseil blieben Séverin, Puyzieulx und Machault offene Gegner eines derartigen Vertrages. Dagegen überraschte Rouillé den Gesandten mit der Frage, ob eine Allianz mit Sachsen den Wünschen Friedrichs entsprechen würde. Der König war schon früher auf die geheimen Pläne des Grafen Broglie aufmerksam gemacht worden, hatte aber, wie wir gesehen haben³⁾, bei den intimen Verbindungen des Grafen Brühl zu den Höfen von Wien und London der Sache keine Bedeutung beigelegt⁴⁾. Broglie hatte es in der Zwischenzeit verstanden, Rouillé für seine politischen Ideen zu gewinnen⁵⁾. Im Conseil kam die Meinung auf, dass man durch die Allianz mit Sachsen dem König von Preussen einen bedeutenden Dienst leiste. Man decke ihm den Rücken und gewönne ausserdem Sachsens Stimme auf dem Regensburger Tage⁶⁾. Friedrich konnte auf diese Pläne, welche ihn zu einem engen Bunde mit Sachsen geführt hätten, nicht eingehen. Knyphausen wurde beauftragt, in vorsichtigster Weise Rouillé von der offenbaren Nutzlosigkeit eines derartigen Bündnisses zu überzeugen, zumal ohne Frage in Hannover

¹⁾ P. C. XI. 227 (29. Juli 55).

²⁾ P. C. XI. 230 (2. August 55).

³⁾ St. A. (Knyphausen, 19. Mai 55).

⁴⁾ P. C. XI. 168 (29. Mai 55).

⁵⁾ Broglie secret. I. 107.

⁶⁾ St. A. (Knyphausen, 27. Juli 55).

der alte Subsidienvertrag Sachsens mit England bereits erneuert sei. Friedrich lenkte wiederum die Aufmerksamkeit der Franzosen auf eine Besetzung der Niederlande; gestützt auf die beiden Festungen ihrer Verbündeten, Wesel und Düsseldorf, sei ferner ohne Risiko mit einem Heer von 30—40000 Mann und der Hülfe der Dänen ein Angriff auf Hannover auszuführen. Er betonte seinen guten Willen, aber auch die Unmöglichkeit Frankreich zu helfen; einerseits habe er die Oesterreicher, anderseits die gewaltige Armee der Russen zu fürchten. Er sei zur Unthätigkeit gezwungen jusqu'au moment qu'on puisse les faire changer ¹⁾).

Die in dieser Zeit durch die Vermittlung Braunschweigs an Friedrich gemachten englischen Eröffnungen haben noch keinen Wechsel in seinen französischen Beziehungen herbeigeführt. Die ersten Aeusserungen waren zu allgemein gehalten, um den König aus seiner reservierten Haltung herauszubringen, und die von Michell aus London eingesandten Schilderungen der englischen Finanzen erschienen ihm zu optimistisch. Er hielt einen längeren Krieg der Engländer auf dem Festlande für unmöglich ²⁾).

Der Fortgang der Rüstungen in Frankreich entsprach durchaus nicht den Wünschen der französischen Kriegspartei und des Königs von Preussen. Auffallend schnell legte sich die Erbitterung am Versailler Hofe gegen England; bereits drei Wochen nach den wichtigen Conseilsitzungen war die Stimmung völlig umgeschlagen ³⁾, Die Meinung blieb immer, sich an einen Seekrieg gegen England zu halten und dieses Jahr nichts in Europa zu unternehmen.

Ausser dem Marineminister, der sich besonderen Vertrauens beim Könige erfreute ⁴⁾, vertrat hauptsächlich der alte Herzog von Noailles diese Ansicht, für die er bereits seit 1748 in mehreren Memoires gewirkt hatte. Auch entsprach sie am besten den Plänen der Marquise, welche alles zu vermeiden suchte, was den König aus ihrer Nähe entfernen konnte ⁵⁾. Rouillé, auch Gegner des Landkrieges ⁶⁾, gestand immerhin, dass die englische Flotte der französischen überlegen sei.

¹⁾ P. C. XI. 240 (9. August 55).

²⁾ P. C. XI. 232 (2. August 55).

³⁾ St. A. (Knyphausen, immediat (14. Aug. 55).

⁴⁾ Boutaric, I. 5.

⁵⁾ P. C. XI. 267 (Knyphausen, 10. August 55).

⁶⁾ St. A. (Knyphausen, immediat, 14. August 55).

Der Kriegsminister Argenson war neben Belle-Isle der entschiedenste Gegner des bevorstehenden Seekrieges. Aber sein Einfluss war zur Zeit nicht durchdringend; er setzte nur eine Vermehrung der Kavallerie um 11,560 Mann durch, ausserdem eine Anwerbung von 3000 Husaren und leichten Truppen¹⁾. Sonst beschränkten sich im Spätsommer 1755 die militärischen Massregeln Frankreichs auf eine Besetzung der Küsten der Picardie durch 22 Bataillone²⁾ und auf die Wiederherstellung der zerstörten Festungswerke Dünkirchens unter Leitung des Prinzen Soubise, ein Unternehmen, das im Widerspruche mit den Bestimmungen des Aachener Friedens, es den Franzosen unmöglich machte, den Beistand der Garanten jenes Vertrages gegen England anzurufen³⁾.

Glücklicher war Séchelles in seinen Bemühungen, die Ausgaben des Hofes einzuschränken. Nachdem seine Vorschläge im verflossenen Winter an dem Widerstande der Hofbeamten gescheitert waren⁴⁾, machte jetzt die von ihm durchgesetzte Ersparnis von zehn bis zwölf Millionen in dem Budget des königlichen Hauses einen sehr guten Eindruck auf die Bevölkerung⁵⁾.

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 17. August 55).

²⁾ St. A. (Knyphausen, 27. Juli 55).

³⁾ St. A. (Knyphausen, 10. August 55) und P. C. XI. 266 (19. August 55).

⁴⁾ St. A. (Knyphausen, 16. Decbr. 54).

⁵⁾ St. A. (Knyphausen, 3. August 55).

V.

Annäherung Oesterreichs an Frankreich, Versuch Rouillés, Sachsen für einen französischen Subsidienvvertrag zu gewinnen.

Die Befürchtungen Friedrichs, dass man von französischer Seite nach den Ereignissen in Amerika irgend welche Anforderungen militärischer oder politischer Art an ihn stellen könnte¹⁾, waren nicht eingetroffen, aber ebensowenig hatten sich seine Hoffnungen auf ein kräftiges Auftreten der französischen Politik nach aussen erfüllt. Es schien freilich nicht ausgeschlossen, dass die Engländer, durch einen Angriff von den Niederlanden aus auf das französische Flandern Frankreich auch wider seinen Willen in einen Krieg verwickeln könnten; aber wenn der König nicht als erster den Frieden brechen wollte, musste er sich auch in diesem Jahre zur völligen Passivität entschliessen²⁾. Da traten in der zweiten Hälfte des August zwei Ereignisse ein, die in ihrem Ursprung unabhängig von einander, doch zusammen eine völlige Umwälzung in der Politik aller Staaten Europas bewirken sollten. Die Bemühungen der österreichischen Diplomaten, Frankreich zu gewinnen, wären nie in der Weise geglückt, wenn nicht der gleichzeitige Versuch Rouillés, Sachsen, dessen vierjähriger Subsidienvvertrag mit den Seemächten im September 1755 ablief³⁾, auf seiten Frankreichs zu ziehen, Friedrich den Grossen abgehalten hätte, durch eine engere Allianz mit Frankreich auf die Freiheit seiner Politik zu verzichten. Im Gegenteil, er musste deswegen sich die Möglichkeit offen halten, auch noch mit England eine Verständigung zu finden. Seit dem Frühjahr 1755 war das englische Ministerium bemüht, sich der Beihülfe Oesterreichs in dem Kriege gegen Frankreich, der jetzt in Europa unvermeidlich schien, zu versichern. Die Kaiserin-Königin war bereit, in den Streitfragen wegen des Barriere-Vertrages nachzugeben, wie auch nach den Niederlanden, wo damals nur 20 000 Soldaten standen, noch ein Korps von 10—12 000 Mann zu senden. Die

¹⁾ P. C. XI. 281 (Knyphausen, 17. August 55).

²⁾ P. C. XI. 267 (23. August 55).

³⁾ Arneth, IV. 298.

österreichische Hauptmacht gedachte man aber gegen den König von Preussen zu verwenden, von dem man annahm, dass er nur nach einem Vorwand suche, um abermals die österreichischen Erblande zu überfallen. Man hielt in Wien an der Auffassung fest, dass England, welches am meisten an der Erhaltung der Niederlande interessiert sei, auch die grössten Verpflichtungen dafür übernehmen müsse. Hannover, um dessen Schutz gegen Friedrich der englische König auch bat, gedachte man durch einen Angriff auf die preussischen Lande nötigenfalls schützen zu können¹⁾. Um jeden Anlass zu vermeiden, der Frankreich zur Offensive reizen könnte, unterliess man fürs erste eine Verstärkung der Truppen in den Niederlanden, was Friedrich bei dem Ernste der Lage unbegreiflich dünkte²⁾.

An einen Bruch mit England hat Kaunitz im Juni 1755 noch nicht gedacht; die Allianz mit den Seemächten schien ihm die natürlichste für das Haus Habsburg³⁾, wenn auch an eine Mitwirkung derselben zur Wiedereroberung Schlesiens nicht zu denken wäre⁴⁾. Der Wiener Hof wurde indes im Laufe des Sommers immer unzufriedener mit der englischen Politik. Der österreichische Gesandte in London hatte ohne Erfolg in Hannover verhandelt. Die Sprache der englischen Minister verletzte in der Hofburg; man erfuhr eine leise Hindeutung, dass es gelingen dürfe, den König von Preussen zur Neutralität zu bestimmen, sodass die Armee der Kaiserin gegen Frankreich verwandt werden könne⁵⁾.

So entschloss man sich in der Konferenz vom 16. August, in dem Kriege zwischen England und Frankreich neutral zu bleiben und sogar sich einem Einfalle der Franzosen in den Niederlanden nicht zu widersetzen. Gleichzeitig fühlte man aber die tiefe Demütigung für einen Staat von der Bedeutung Oesterreichs, einen Teil seiner Besitzungen ohne Kampf preiszugeben. Eine Depesche des österreichischen Gesandten Grafen Starhemberg vom 2. August betonte die friedlichen Gesinnungen der französischen Regierung, die erklärte, sorgfältig alles vermeiden zu wollen, was einen Konflikt mit dem Wiener Hofe hervorrufen könne; um so schwerwiegender wirkte diese Erklärung, die völlig dem in der Sitzung

¹⁾ Arneth IV. 380 (17. Juni 55).

²⁾ P. G. XI. 236 (5. August 55).

³⁾ Arneth IV. 383.

⁴⁾ Arneth IV. 535.

⁵⁾ Beer 317.

vom 20. Juli in Compiègne etworfenen Programm entsprach, in dem Momente ¹⁾, wo ein Armeekorps in französisch Flandern gesammelt und Dünkirchen gegen die Bestimmungen des Aachener Friedens von neuem befestigt wurde. So wagte Kaunitz ein Bündnis mit Frankreich vorzuschlagen, das, wie er sagte, die Niederlande vor einer Invasion retten würde. Die wahre Absicht von Kaunitz war, Schlesien wieder zu erobern, was nur während eines allgemeinen Krieges möglich war. Um den Versailler Hof zu gewinnen, musste man Frankreich grössere Vorteile bieten, als ihm der Bund mit Preussen gewähren konnte. Dem Schwiegersohn Ludwigs XV., dem Infanten Don Philipp, sollte für seine Herzogtümer Parma und Piacenza ein anderes und einträglicheres Gebiet in den Niederlanden zu Teil werden. Kaunitz ahnte nicht, dass dies der Punkt war, der den König von Frankreich am meisten für die neue Allianz einnehmen würde, welcher aus Liebe zu seiner Tochter und, um die Zukunft der Enkel sicher zu stellen, zu grossen Opfern sich bereit fand ²⁾. Frankreich sollte sich, nach den Erklärungen von Kaunitz, nicht offen an einem Krieg gegen Preussen beteiligen, nur ihn zulassen und höchstens Russland mit Subsidien unterstützen ³⁾. Sicher hoffte Kaunitz von Anfang an, Frankreich mit der Zeit noch enger zu verbinden; denn man wusste in Wien, dass Friedrich der Grosse sehr gut allein gegen Oesterreich und Russland Krieg führen konnte ⁴⁾. Andererseits aber wollte Kaunitz nur dann die Wiedereroberung von Schlesien wagen, wenn nach menschlicher Beurteilung an einem glücklichen Ausgang nicht zu zweifeln wäre ⁵⁾. An diesem Unternehmen sollten durch eine in Aussicht gestellte Teilung Preussens auch die anderen deutschen Fürsten beteiligt werden ⁶⁾, ohne fremde Subsidien war aber dieses nicht zu erlangen. Ferner sollte Starhemberg in Versailles die Bitte aussprechen, nichts gegen Hannover zu unternehmen ⁷⁾. Gegen die preussische Politik suchte man Verdacht zu erregen, indem man die Vermutung aussprach, dass England zu dem Könige von Preussen bereits in Beziehungen getreten wäre, welche die

¹⁾ Arneth IV. 387 No. 477.

²⁾ Bernis I. 261.

³⁾ Arneth IV. 395.

⁴⁾ Arneth IV. 429 (an Starhemberg, 27. März 56).

⁵⁾ Arneth IV. 276 (24. März 49).

⁶⁾ Arneth IV. 390.

⁷⁾ Arneth IV. 551 No. 490 (21. August 55).

katholische Religion schädigen könnten ¹⁾. Der französische Geschichtsschreiber Broglie hat nun die letztere Bemerkung benutzt, um Friedrich den Grossen als den moralischen Urheber des für Frankreich so verhängnisvollen Bündnisses mit Oesterreich darzustellen ²⁾. Nach Beers Ausführungen ist aber die Depesche Colloredos aus Hannover vom 17. August 1755 mit der Nachricht von begonnenen Annäherungsversuchen Englands an Preussen erst am 22. August in Wien präsentiert worden, und hat auf die am 21. August abgefertigten Instruktionen Starhembergs keinen Einfluss mehr ausüben können ³⁾.

Am 29. August gelangten auf dem Umwege über Brüssel die Depeschen vom 21. August in den Besitz Starhembergs, der darauf nicht vorbereitet war ⁴⁾. Der Gesandte verzichtete, aus welchen Gründen ist nicht ganz klar, auf die Vermittlung des Prinzen Conti ⁵⁾. Es war dies bedeutungsvoll für Oesterreich ⁶⁾; unter den Händen Contis und des Grafen Broglie, des genauen Kenners der deutschen Verhältnisse und begeisterten Freundes der Polen, hätten die Verhandlungen von Anfang an eine andere Wendung genommen und wären die Hülfquellen Frankreichs nie so bedingungslos dem Wiener Hofe zur Verfügung gestellt worden.

Am 31. August 1755 wurde Starhemberg von der Marquise empfangen, welche die Bitte Maria Theresias, eine Vertrauensperson zur Entgegennahme der geheimen Mittheilungen zu bestimmen, dem französischen Könige überbrachte. Ludwig XV., der schon lange, wie er Bernis später erklärte, ein Bündnis mit der Kaiserin gewünscht hatte ⁷⁾, scheint diese geheime Botschaft sofort mit grosser Befriedigung entgegen genommen zu haben. Es war sein innigster Wunsch, sich auf jede Weise an seinem Hauptfeind England zu rächen. Sollte der Seekrieg missglücken, so wollte er den König Georg in seinem Kurfürstenthum Hannover, ja in London selbst aufsuchen ⁸⁾. Aber andererseits hatte er die grösste Scheu vor einem Landkriege, der leicht an seine eigene Person Anforderungen stellen konnte. Jetzt bot sich ihm die Aussicht auf eine Verbindung mit dem Hause

¹⁾ Arneth IV. 394.

²⁾ Broglie. »L'alliance autrichienne«. Revue des deux mondes 125. 730 u. 126. 29.

³⁾ Beer 344.

⁴⁾ Arneth IV. 395.

⁵⁾ Arneth IV. 397.

⁶⁾ Ranke. XXX 168.

⁷⁾ Bernis I. 226.

⁸⁾ Perey, 352 (Rouillé, 15. Dezbr. 55).

Oesterreich, das mit ihm die gleiche Religion hatte. Der Friede auf dem Festlande wurde bewahrt, und daneben der König von Preussen, dessen ganze Persönlichkeit ihm unsympathisch war, und dessen zahlreiche Anhänger am Hofe anfangen das Uebergewicht zu gewinnen, in die einem deutschen Fürsten zukommenden Grenzen zurückgewiesen. Es entsprach völlig dem Geiste der Zeit und dem Charakter des Königs von Frankreich, auf die Bitte der Kaiserin einzugehen, und die ganze Verhandlung hinter dem Rücken seines Ministeriums zu betreiben. Er hatte seiner Zeit sehr wohl gewusst, was er that, als der unentschlossene, unerfahrene Rouillé der Nachfolger von Saint-Contest im auswärtigen Ministerium wurde ¹⁾. Galt es doch damals, das Werk der vom Prinzen Conti geleiteten »correspondance secrète« nicht durch ein zu selbständiges Ministerium zu zerstören. Die Tage des Prinzen Conti waren gezählt, seine Hoffnungen, einmal König von Polen zu werden, wurden zu Gunsten der österreichischen Allianz aufgegeben. Auch den Herzog von Noailles, der wegen seines hohen Alters sich vom Hofe zurückziehen wünschte, weihte der König nicht in die Verhandlungen ein, obwohl der Herzog sich nach dem Tode des Kardinals Fleury des grössten Vertrauens seines Monarchen zu erfreuen gehabt hatte.

So fiel die Wahl des Königs auf den ziemlich unbekannten Abbé de Bernis, der vor kurzem aus Venedig zurückgekehrt, zum Gesandten in Spanien ernannt worden war. Er gehörte zu den erklärten Günstlingen der Marquise, stand aber gleichzeitig gut mit deren Gegner, dem Kriegsminister Argenson ²⁾, was ihm vielleicht durch seine längere Abwesenheit ermöglicht worden war. Wenn er in den Depeschen Knyphausens aus jener Zeit erwähnt wird, erscheint er neben Belle-Isle und Nivernois als überzeugter Anhänger der preussischen Partei. Bernis, auf das äusserste überrascht von der neuen Mission, die ihm aufgetragen wurde ³⁾, verheimlichte seine Bedenken nicht, welche ihm vom Könige den Vorwurf eintrugen: »Vous êtes, comme les autres, l'ennemi de la reine de Hongrie« ⁴⁾.

Die verhängnisvollen Folgen, welche aus seinen Konferenzen mit Starhemberg für sein Land entstehen sollten, sind dem Abbé

¹⁾ Noailles II. 334 (du Roi au maréchal 30. Juli 54).

²⁾ Bernis I. 152.

³⁾ Bernis I. 211.

⁴⁾ Bernis I 224.

sicherlich anfangs nicht so klar gewesen, wie er in seinen bedeutend später geschriebenen Memoiren darzulegen sucht. Der König wünschte ja nicht das österreichische Bündnis, um mit Preussen zu brechen; im Gegenteil, man hoffte durch eine völlige Isolierung Englands um so besser den Frieden auf dem Festlande zu sichern. Die Marquise tritt sofort nach Uebermittlung der Aufträge Starhembergs ganz in den Hintergrund. Sie durfte nur der ersten Konferenz mit Starhemberg beiwohnen ¹⁾, die am 3. September in Babiöle stattfand ²⁾. Es war ferner ihr Grundsatz — entsprungen aus ihrer genauen Kenntniss vom Charakter des Königs — jede aussergewöhnliche Zusammenkunft mit den fremden Ministern zu vermeiden ³⁾. In der Politik ordnete sie ihre Meinung der des Königs unter, nie ist sie mit dem Zweck der »Correspondance secrète« bekannt gemacht worden ⁴⁾. Es ist deshalb die Anekdote von Duclos durchaus nicht unwahrscheinlich, die Pompadour würde die Anträge Starhembergs sofort fallen gelassen haben, hätte sie beim Könige Widerstand gefunden ⁵⁾. Sie hat immer einen sehr bedeutenden Einfluss bei der Besetzung von Aemtern und Austeilung von Gnaden ausgeübt, aber die Schilderung, welche Knyphausen von ihrer einflussreichen Stellung im Herbst dieses Jahres entwirft ⁶⁾, muss als übertrieben bezeichnet werden.

In denselben Tagen, wo sich diese Ereignisse in Versailles abspielten, bereitete sich im Geiste Friedrichs des Grossen eine Schwenkung in seiner Politik vor.

In den letzten Tagen des August überraschte ihn aus Dresden die Nachricht, dass der Graf Broglie mit Genehmigung des Ministers Rouillé Sachsen einen Subsidienvvertrag angeboten habe. Am 24. August hatte zwischen dem französischen Geschäftsträger in Dresden, Linault, und dem Minister Brühl deswegen eine Unterredung stattgefunden, die nicht ergebnislos geblieben war ⁷⁾. Friedrich hatte um so mehr Ursache erzürnt zu sein, als ihm Knyphausen unter dem 19. August immediat mitgeteilt hatte, dass sich Rouillé wegen Sachsen den Entschlüssen Friedrichs unter-

¹⁾ Bernis I. 225.

²⁾ Arneth IV. 398.

³⁾ St. A. (Knyphausen, 27. Februar 56).

⁴⁾ Boutaric 63.

⁵⁾ Duclos. »Mémoires secrètes«. 1864. 264.

⁶⁾ P. C. XI. 408 (Knyphausen, 17. Novbr. 55).

⁷⁾ P. C. XI. 285 (Maltzahn, Dresden, 25. August 55) u. Ditzthum I. 247.

ordnen wolle ¹⁾). Ohne die Eröffnungen Linaults gegen seinen preussischen Kollegen am Dresdener Hofe wäre der König vollständig über diese Wendung der französischen Politik in Unkenntnis geblieben, da erst nach drei Wochen Knyphausen von diesem Schritte Rouillés erfuhr ²⁾).

Knyphausen wurde unter dem 30. August angewiesen, mit allen Mitteln einen Subsidienvortrag Frankreichs mit Sachsen zu hintertreiben, dagegen auf die Dänen und Osmanen hinzuweisen, da diese alleine dem Könige freie Hand zum Handeln liessen, was bei den Sachsen nicht der Fall sei ³⁾. Zwei Tage später, am 1. September, beauftragte er den Gesandten, Rouillé weitere Vorstellungen zu machen, wie wenig eine Allianz mit Sachsen nutzenbringend sei, da das Land nicht mehr als 6000 Mann Hülfsstruppen stellen könne. Höchst beachtenswert ist in demselben Schreiben die Weisung, der Kränkung nicht zu erwähnen, die dem Könige das einseitige Vorgehen Frankreichs zugefügt hatte, und dessen Absicht, unter diesen Umständen von dem Bunde mit Frankreich zurückzutreten, nur in der leisesten Art anzudeuten ⁴⁾.

Vor kaum 8 Tagen hatte Friedrich die durch Vermittlung Braunschweigs ihm gemachten Erklärungen des englischen Ministers Holderness kühl aufgenommen, und durch den Herzog von Braunschweig als einzige Erwiderung in Hannover die preussischen Herbstmanöver gelten lassen, die seine volle Thätigkeit in Anspruch nähmen ⁵⁾. Unter dem Eindrücke des Berichtes Maltzahns schrieb dann Friedrich am 1. September dem Herzoge von Braunschweig, um mit England in engere Fühlung zu treten. Die Angabe Friedrichs, dass sein Vertrag mit Frankreich im nächsten Frühjahre ablaufe, ist natürlich nicht der Beweggrund seines Schreibens gewesen, — er hatte dies bereits im Frühjahre in Erwägung gezogen ⁶⁾, — sondern der Wunsch die Vorschläge zu erfahren, die man ihm für die Neutralität Hannovers von England aus anbieten würde ⁷⁾. Viel weniger hat die Kunde von dem Abschlusse eines Subsidienvtrages

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 19. August 55 immed.)

²⁾ St. A. (Knyphausen, 5. Septbr. 55).

³⁾ »Qui seuls sauraient me rendre le bras libres pour agir. P. C. XI. 281. (30. August 55).

⁴⁾ P. C. XI. 287.

⁵⁾ P. C. XI. 273 (25. August 55).

⁶⁾ P. C. XI. 170 (3. Juni 55).

⁷⁾ P. C. XI. 286.

zwischen England und Russland den Gang seiner Politik bestimmt, wie Naudé angenommen hat ¹⁾. Friedrich hielt die Engländer für zu verständig, um ohne dringende Notwendigkeit einen Subsidiengeld auszugeben, der sich nicht allein auf Russland beschränkt hätte. Ausserdem setzte er kein Vertrauen in die englischen Finanzen, unbeschadet der Gutachten Michells; es dünkte ihm höchst unwahrscheinlich, dass England so bedeutende Subsidien, wie sie der englische Gesandte in Petersburg ausgemacht hatte, auf die Dauer bezahlen könne ²⁾. So ist der Versuch des Grafen Broglie, den König von Polen durch einen Subsidienvvertrag an Frankreich zu ketten, für Friedrich den Grossen der Grund gewesen, eine Annäherung an England vorzubereiten. Er wollte dadurch für die Zukunft vorbeugen; es war ja noch unsicher, ob Broglies Plan in Dresden trotz der Unterstützung des Dauphin durchdringen würde. Um keinen Argwohn in Frankreich aufkommen zu lassen, benachrichtigte Friedrich durch Knyphausen das französische Ministerium von den englischen Vorschlägen, als ihm die Antwort des Herzogs von Braunschweig zugekommen war ³⁾. Auf das schärfste liess Friedrich durch seinen Gesandten in Paris die Allianz zwischen Frankreich und Sachsen bekämpfen. Zwar wollte Rouillé auf alle weiteren Verhandlungen mit Sachsen verzichten, falls sie in Potsdam nicht genehm wären ⁴⁾; aber er war nicht so uninteressiert bei diesem Bündnisse, wie er Knyphausen glauben machen wollte. In einer Unterredung am 1. Oktober bat er den Gesandten um neue Aufklärung über die Gesinnungen des preussischen Monarchen in dieser Frage ⁵⁾. Friedrich kam in seiner Antwort auf die Gründe zurück, welche einen Subsidienvvertrag mit Sachsen unnütz machten. Den Abschluss dieses Bündnisses könne er Frankreich nicht verbieten, würde aber dann, wie der Gesandte streng vertraulich erfuhr, nicht die Feder in die Hand nehmen zur Erneuerung seines Defensivvertrages mit Frankreich vom Jahre 1741 ⁶⁾.

Die Bemühungen, eine Allianz Frankreichs mit Sachsen zu verhindern, hat der König im Laufe des Winters so lange fortgesetzt, bis er sich zum Abschluss der Konvention mit England entschloss.

¹⁾ Hist. Zeitschrift 55, 436.

²⁾ P. C. XI. 280 (30. August 55).

³⁾ P. C. XI. 302 (13. Septbr. 55).

⁴⁾ St. A. (Knyphausen, 19. Septbr. 55).

⁵⁾ St. A. (Knyphausen, 2. Oktbr. 55, z. T. gedr. P. C. XI. 342).

⁶⁾ P. C. XI. 342 (18. Octbr. 55).

Am 6. Januar 1756 wurde Knyphausen angewiesen, dieses Thema in Versailles nicht mehr zu berühren ¹⁾.

Inzwischen hatte am 9. September Starhemberg die Antwort Bernis' auf die überreichten Vorschläge der Kaiserin erhalten. Er konnte seinen Unwillen kaum bezwingen, als er die Antwort entgegennahm ²⁾; in einem Punkte war sie deutlich, man weigerte sich, den König von Preussen zu verlassen oder auch nur einen Angriff auf ihn zuzulassen, während der König von Frankreich auf den Kampf gegen England nicht verzichten wollte ³⁾.

Das Geheimnis dieser ersten Verhandlungen war durch die geringe Anzahl Eingeweihter sehr gut bewahrt worden. Nur die Minister Machault und Séchelles waren vom Könige in eigener Person, ohne nähere Aufklärung zu erhalten, über den Wert eines Bündnisses mit Oesterreich befragt worden ⁴⁾, sonst war ausser dem Könige und Bernis nur die Marquise unterrichtet, die aber gleich bei der ersten Zusammenkunft nach der Lesung der Wiener Denkschrift sich zurückzog ⁵⁾. So schöpfte Knyphausen, der damals eine bevorzugte Stellung in Versailles einnahm ⁶⁾, in keiner Weise Verdacht. Er erfreute sich des intimen Verkehrs mit den Freunden der Pompadour, Belle-Isle, Nivernois und Bernis ⁷⁾, und konnte nach Potsdam berichten, dass die Marquise trotz ihrer Neigung für den Seekrieg die Rüstungen zu Lande Belle-Isle zu Liebe mit ihrem Einflusse unterstütze. Auf die von Friedrich angebotene Vermittlung in den nordamerikanischen Streitfragen, die Knyphausen Rouillé und dem Marschall Noailles bereits früher mitgeteilt hatte ⁸⁾, verzichtete der preussische Gesandte auf die gemachten Vorstellungen von Belle-Isle, Nivernois und Bernis, dass diese Vermittlung den Eifer des Ministeriums für den Krieg nur verringern könne ⁹⁾, was Friedrichs Billigung fand ¹⁰⁾.

Gleichzeitig zog sich aber Knyphausen einen scharfen Tadel seines Herrschers zu, als er die französische Auffassung zu ver-

¹⁾ P. C. XII. 19.

²⁾ Bernis I. 235.

³⁾ Bernis I. 232, Arneth IV. 398 u. 399.

⁴⁾ Bernis I. 228.

⁵⁾ Bernis I. 230.

⁶⁾ St. A. (Knyphausen immed. 22. Februar 56).

⁷⁾ P. C. XI. 292 (Knyphausen, 29. August 55).

⁸⁾ P. C. XI. 281 (Knyphausen, 19. August 55).

⁹⁾ B. St. (Knyphausen, 29. August 55).

¹⁰⁾ P. C. XI. 292 (10. Septbr. 55).

teidigen wagte, die Ankunft der französischen Handelsflotte abzuwarten, ehe man an England den Krieg erkläre ¹⁾).

Die leichte Eroberung der Niederlande wog nach Friedrichs Antwort reichlich den Verlust einiger Handelsschiffe auf. Daher sollte Knyphausen stets in Paris das Auftreten Ludwig XIV. als Muster aufstellen ²⁾).

Friedrich hielt die Fortdauer des Friedens zwischen den beiden Gegnern für unmöglich, er erwartete jeden Augenblick die englische Kriegserklärung ³⁾. Die Niederlage, welche die Engländer unter General Braddock am 9. Juli 1755 bei der Plate couture erlitten hatten ⁴⁾, musste die Erbitterung auf beiden Seiten steigern. Wenn das französische Ministerium Friedensvorschlägen auch nicht abgeneigt war, von englischer Seite war kein Entgegenkommen zu erwarten ⁵⁾. Die in Frankreich gehegte Hoffnung, dass die Handelsschiffe vor Eintritt des Winters unbelästigt die heimatlichen Häfen erreichen würden, verwirklichte sich nicht. Unter dem Eindruck der Niederlage in Nord-Amerika bekam der Admiral Hawke in der zweiten Hälfte des August Befehl, die französischen Handelsschiffe aufzubringen. So war der Versuch des Conseils, durch Vermeidung jeder Offensivmassregel das Londoner Kabinett zu beruhigen, vergeblich gewesen. Bald kamen laute Klagen aus allen Häfen nach der Hauptstadt, verbunden mit schweren Anschuldigungen gegen den Marineminister, der weder die Kaufleute rechtzeitig gewarnt, noch die schon ausgerüsteten Kriegsschiffe zum Schutze der heimkehrenden Segler verwendet habe ⁶⁾. Man hätte — lagen doch Anfang September 12 Linienschiffe in Toulon zum Auslaufen bereit ⁷⁾ — die durch kein Geschwader geschützten englischen Schiffe im Mittelmeere aufbringen können, wodurch dem Levante-Handel der Engländer ein schwerer Schlag versetzt worden wäre ⁸⁾. Bereits im Juli hatte Knyphausen geäußert, die Beschlagnahme der französischen Handelsflotte würde England die Mittel gewähren, mehrere Jahre Krieg zu führen ⁹⁾. Aber ungeachtet der Bestürzung

¹⁾ St. A. (Knyphansen, 5. Septbr. 55).

²⁾ P. C. XI. 306 (17. Septbr. 55).

³⁾ P. C. XI. 326 (7. Oktbr. 55).

⁴⁾ P. P. XI. 290 (6. Septbr. 55, Anm. 7).

⁵⁾ P. C. XI. 292 (10. Septbr. 55).

⁶⁾ St. A. (Knyphausen, 31. Oktbr. 55).

⁷⁾ St. A. (Knyphausen, 8. Septbr. 55).

⁸⁾ St. A. (Knyphausen, 24. Novbr. 55).

⁹⁾ St. A. (Knyphausen, 24. Juli 55).

und allgemeinen Unzufriedenheit konnte das Ministerium in seiner bisherigen Haltung um so leichter verharren, da dem Könige die Folgen der Politik seiner Minister völlig unbekannt blieben. Die Etikette des Versailler Hofes war so strenge, dass ausser den Ministern kein hoher Hofbeamter unaufgefordert mit dem Könige von Staatsgeschäften reden durfte ¹⁾. Auch Bernis ist, bevor er beauftragt wurde, die Mittheilungen Starhemburgs entgegen zu nehmen, nie in politischen Angelegenheiten vom Könige angeredet worden ²⁾.

Die Stimmung Friedrichs musste in dieser Zeit immer unzufriedener mit der französischen Politik werden. Er konnte den Entschluss des Königs von Frankreich, eine aufgebrachte englische Fregatte wieder freizugeben, bei dem Ernst der Lage nicht verstehen ³⁾. Dann schied Saint-Séverin nach einem Streite mit Rouillé aus dem Conseil, was Knyphausen lebhaft bedauerte ⁴⁾, da jener ein grosser Feind Englands war und sich gleichzeitig gegen einen Koloniekrieg erklärt hatte, dessen Folgen Frankreich ruinieren mussten ⁵⁾. Der günstige Eindruck der Ernennung von Bernis zum Botschafter in Madrid wurde wieder zerstört durch den Nachsatz, dass Bernis den Termin seiner Abreise auf Ende des Jahres oder Beginn des neuen gesetzt habe ⁶⁾.

Weder Knyphausen noch das französische Ministerium ahnten, durch welchen Auftrag Bernis so lange in Versailles festgehalten wurde.

Die Vorbereitungen der Abreise von Nivernois nach Berlin nahmen in dieser Zeit einen langsamen Fortgang. Im September hoffte der Herzog in der zweiten Hälfte des Oktobers Paris zu verlassen, er hatte gleichzeitig begonnen, seine Instruktionen zu entwerfen, bei deren militärischem Theil der Marschall Belle-Isle herangezogen wurde ⁷⁾, der Anfang Oktober aus seiner Garnison Metz wieder in Paris eintraf ⁸⁾. Aber seine Aussichten, ins Conseil berufen zu werden, hatten sich bedeutend vermindert. Noch Anfang September hatte die Marquise den Eintritt des Marschalls ins Conseil lebhaft befür-

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 8. Dezbr. 55).

²⁾ Bernis, I. 224.

³⁾ P. C. 312 (23. Septbr 55).

⁴⁾ St. A. (Knyphausen, 19. Septbr: 55).

⁵⁾ St. A. (Knyphausen, 9. Oktbr 55).

⁶⁾ St. A. (Knyphausen, 15. Septbr. 55).

⁷⁾ St. A. (Knyphausen, 21. Septbr. 55).

⁸⁾ St. A. (Knyphausen, 2. Oktbr. 55).

wortet trotz des Widerstandes des Marschall Noailles¹⁾, aber sie war jetzt, wie Knyphausen schrieb, nicht mehr in dem Masse dafür eingenommen, als während der Zeit in Compiègne. Wenn indessen der König und die Pompadour den Eintritt des Marschalls ins Conseil zu Lebzeiten des alten Herzogs von Noailles auch nicht wünschten, so bleibe Belle-Isle trotzdem in ihrer Gunst²⁾. Friedrich war scharfblickender als sein Gesandter; er zog aus der Zurücksetzung, welche den ergebensten Freund der preussischen Allianz traf, sofort den Schluss, dass sich Dinge in Frankreich vorbereiteten, von denen seine Anhänger keine Kunde hätten³⁾.

Mit einem anderen Masstabe wie die Zustände in Frankreich beurteilte Friedrich damals die englischen Verhältnisse, über die er sich noch keine feste Meinung gebildet hatte. Dies kam auch seinem Vertreter in London, Michell, zu Gute, dem gegenüber der König nie so an seinem Standpunkt festhielt, wie es Knyphausen stets erfuhr, wenn er seine eigene Ansicht vertrat. Friedrich hatte stark darauf gezählt, dass nach der Abreise des Königs Georg aus Hannover die englische Kriegserklärung erfolgen würde. Gänzlich unerwartet kamen ihm in den ersten Tagen des Oktober der Inhalt der Depeschen Michells vom 23. und 26. September, dass die letzten Veränderungen im englischen Ministerium auch die auswärtige Politik Englands beeinflussen würden⁴⁾. Es charakterisiert Friedrich, dass er die Nachrichten aus London in seiner Korrespondenz mit Knyphausen nicht berührt, wohl aber gegen Klinggraeffen dies thut, mit dem Hinweise, der von Lord Williams in St. Petersburg geschlossene Subsidienvvertrag sei in seiner jetzigen Abfassung in London nicht angenommen worden; was auch auf den Wiener Hof seine Wirkung ausüben werde⁵⁾.

Erst Mitte Oktober erhielt Friedrich die Antwort des Herzogs von Braunschweig auf sein Schreiben vom 1. September⁶⁾. Mit grosser Zufriedenheit hatten der König von England und sein Ministerium die durch Vermittlung Braunschweigs gemachten Erklärungen Friedrichs entgegen genommen. Man übersandte eine Denkschrift über die englischen Rechte nebst Karte des nördlichen Amerikas; gleichzeitig ersuchte der Minister Holdernesse den Herzog um

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 8. Septbr. 55).

²⁾ St. A. (Knyphausen, 12. Oktbr. 55).

³⁾ P. C. XI. 346 (21. Oktbr.) u. 350 (21. Oktbr. 55).

⁴⁾ P. C. XI. 326 (7. Oktbr. 55).

⁵⁾ P. C. XI. 327 (7. Oktbr. 55).

⁶⁾ vide p. 46.

eine nähere Erklärung darüber, was der preussische König unter »*proposition acceptable*« verstehe. Man sei in London geneigt, den Posten des englischen Gesandten in Berlin mit einer dort sympathischen Persönlichkeit wieder zu besetzen. Die vier verschiedenen Entwürfe Friedrichs für die Antwort zeigen, wie schwer es ihm wurde, den richtigen Ton in der Erwiderung zu finden ¹⁾. Er entschloss sich aber nicht zu einer offenen Erklärung gemäss des »*Projet d'une lettre écrite avec ouverture*.« Der englische Monarch sollte ihm die ersten Eröffnungen machen. Er betonte nur, keine Ansprüche auf Hannover zu besitzen und nie die Idee eines Angriffes auf dasselbe gehabt zu haben. Ohne eine offene Aussprache von anderer Seite könne er sich nicht erklären. Er sei der Bundesgenosse der Franzosen, die sich noch vor kurzem seiner Interessen hinsichtlich der gekaperten Handelsschiffe gegen England angenommen hätten. Nicht ohne Berechtigung würde man ihn undankbar schelten, wenn er Verbindungen einginge, die seine Alliierten schädigten.

Wir dürfen nicht vergessen, an welche Adresse der König diese Schreiben richtet ²⁾. Der preussische Monarch stellte sein Entgegenkommen den Engländern als ein sehr grosses Opfer dar, welches er dem Frieden Deutschlands bringen wollte. Er würde höchst thöricht gehandelt haben, wenn er offen seine Beschwerden über die französische Politik dem Herzoge von Braunschweig anvertraut hätte. Den Eindruck des Schreibens sollte Michell in London noch verstärken durch Verbreiten der Behauptung, dass ein Marsch russischer Truppen nach Deutschland notwendig den Krieg dort herbeiführen müsse ³⁾.

Seinen Gesandten in Paris unterrichtete Friedrich nicht über diese Vorgänge, da er annehmen durfte, dass seine offenen Erklärungen vom September allen Gerüchten in Versailles entgegenwirken könnten ⁴⁾. Und deckte ihn nicht ferner vollständig der Privatbrief an den Herzog von Braunschweig, in welchem er die Vermutung aussprach, dass die Staatsmänner in London mit ihm und dem Herzoge ihr blosses Spiel trieben ⁵⁾?

¹⁾ P. C. XI. 330 u. folgende Seiten (die Antwort von Holdernesse, 30. Septbr. 55).

²⁾ Broglie (Revue 126. 6).

³⁾ P. C. XI. 338 (14. Oktbr. 55).

⁴⁾ St. A. (Knyphausen, 2. Oktbr. 55 immed).

⁵⁾ P. C. XI. 337 (13. Oktbr. 55).

Während dessen war am 4. Oktober in Fontainebleau die Antwort aus Wien auf die von Starhemberg unterm 10. September abgesandte Depesche eingetroffen. Kaunitz hatte sofort erkannt, dass die von Bernis abgefasste Antwort einer Ablehnung gleich sei. Die Kaiserin musste so auf den Plan eines Angriffes gegen Preussen verzichten, natürlich zog sie auch die Anerbietungen zurück, welche im ersten Entwurf enthalten waren. Der französische Vorschlag, sich gegen England zu wenden, wurde zurückgewiesen; dagegen war der Wiener Hof gern bereit, mit Frankreich gemeinsam für den Frieden in Europa einzutreten ¹⁾.

Bernis liess mit der Antwort eine volle Woche warten, bis er am 11. Oktober Starhemberg um eine deutlichere Erklärung der österreichischen Vorschläge bat. Er selbst behauptet in seinen Memoires, den Plan eines gegenseitigen Garantie-Vertrages beider Mächte mit Einschluss der Verbündeten Starhemberg jetzt vorgelegt zu haben, von dem allein England ausgeschlossen bleiben sollte ²⁾. Gleichzeitig setzte Bernis beim Könige durch, wenn auch mit Mühe, dass wenigstens ein Teil der Minister mit der geheimen Verhandlung vertraut gemacht würde. Sechs Wochen ³⁾ nach Beginn der ersten Eröffnungen Starhembergs wurden zu ihrer grossen Ueberraschung Machault, Séchelles, Rouillé, Florentin und de la Ville in die österreichische Verhandlung eingeweiht ⁴⁾. Der einzige von allen, der Bernis offen entgegenkam, war Florentin, während Machault und Rouillé ihren Verdruss über das Geschehene nicht verbergen konnten ⁵⁾. Der Kriegsminister Argenson blieb zur Ueberraschung von Bernis absichtlich vom Könige ausgeschlossen. Auch der Herzog von Nivernois wird trotz seiner Freundschaft mit der Marquise in völliger Unkenntnis über die Thätigkeit von Bernis geblieben sein ⁶⁾. Noch weniger erfuhr Knyphausen etwas von diesen Verhandlungen. Es fiel ihm auf, dass Oesterreich keine Anstalten mache, die Niederlande gegen einen

¹⁾ Arneth IV. 401., Bernis I. 235.

²⁾ Bernis I. 236.

³⁾ Dieser Zeitpunkt wird durch Duclos bestätigt, nach dessen Memoiren die erste Sitzung wegen der österreichischen Allianz am 20. Oktober 1755 abgehalten wurde. (Duclos 266).

⁴⁾ Arneth IV. 404, Bernis I. 233, 237.

⁵⁾ Bernis I. 238.

⁶⁾ Broglie III. (Revue 125. 760) u. Perey 349 (der an eine teilweise Mitwissenschaft von Nivernois glaubt).

französischen Angriff zu verteidigen ¹⁾); etwas später dementierte er die Gerüchte von österreichischen Truppendestellungen nach den Niederlanden. Aus der Haltung Starhemburgs sei nichts zu schliessen; dieser habe nur allgemeine Besprechungen mit Rouillé ²⁾. Ueber den Gang der Dinge in Frankreich hielt Knyphausen seinen Tadel nicht zurück. Die von Rouillé geleitete französische Politik bezeichnete auch er jetzt als erniedrigend für eine Grossmacht. Die öffentliche Meinung wurde immer erregter gegen das Ministerium. Aus Amerika liefen schlechte Nachrichten ein, der General Dieskau hatte dort am 8. September 1755 eine schwere Niederlage erlitten. Verstärkungen konnte man nach Kanada bei dem Uebergewicht der englischen Flotte nicht senden. Aber auch in Frankreich litt die Bevölkerung schwer unter der Blockade der Häfen, die Küstenschiffahrt und der Fischfang wurden von den Engländern gestört. Trotzdem wollten die Minister keine Repressalien ausüben. Sie beruhigten sich damit, dass im Kanale das Uebergewicht der englischen Flotte ein zu grosses und alles Uebel, was dem französischen Handel zustossen könne, bereits geschehen sei. Auch hoffte man in Versailles, dass man in London nach der Eröffnung des Parlaments die französischen Handelsschiffe wieder freigegeben würde. So beschränkte man in Frankreich die Rüstungen auf die Flotte und dachte nicht daran, grössere Vorkehrungen für einen Landkrieg zu treffen ³⁾.

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 2. Oktbr. 55).

²⁾ St. A. (Knyphausen, 17. Oktbr. 55).

³⁾ St. A. (Knyphausen, 20. u. 24. Oktbr. 55).

VI.

Der Uebergang von Frankreich zu England.

Nach Empfang der ersten Nachricht von der Sendung Nivernois wünschte König Friedrich so bald als möglich von dessen Aufträgen durch Knyphausen in Kenntniss gesetzt zu werden, um zu wissen, was er von dieser Mission zu erwarten habe ¹⁾. Erst am 20. Oktober stellte Knyphausen die baldige Vollendung der Instruktionen für Nivernois in Aussicht, die in der nächsten Sitzung des Konseils verlesen werden sollten. Sie seien ausgefertigt von Bussy nach einem Memoire, welches der Herzog von Nivernois Rouillé übergeben habe. Die Abreise des Botschafters werde dann Ende dieses oder Anfang des nächsten Monats bestimmt stattfinden ²⁾. Knyphausen hatte bereits früher die nötigen Schritte gethan, um hinter dem Rücken von Rouillé und Nivernois (er bittet den König, nichts darüber gegen Nivernois zu erwähnen ³⁾), den Inhalt der Instruktionen rechtzeitig zu erfahren ⁴⁾. Obwohl Knyphausen seine Quelle nicht nennt, so besteht doch kein Zweifel, dass es allein Bussy gewesen sein kann, der diesen seinem Vaterlande so verhängnisvollen Dienst dem preussischen Gesandten geleistet hat.

Mit Recht weist Broglie auf die unübersichtliche Ausarbeitung der Instruktion hin, für die er Rouillé verantwortlich macht, der diese Arbeit keinem seiner Beamten überlassen durfte ⁵⁾. Zuerst wird in dem von Knyphausen eingesandten Auszuge der Plan der französischen Regierung, die Engländer in Amerika zu bekämpfen, weitläufig und ausschweifend auseinandergesetzt, da man durch französische Waffenerfolge in Flandern England nie empfindlich hätte schädigen können. Um Friedrich die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges klar zu legen, sollte eine Denkschrift über den Zustand der französischen Marine beigelegt werden. Man besitze gegenwärtig 57 Linienschiffe (von denen 11 oder 12 nicht mehr

¹⁾ P. C. XI. 281 und 290 (30. Aug. und 6. Septbr. 55).

²⁾ St. A. (Knyphausen, 20. Oktbr. 55).

³⁾ St. A. (Knyphausen, 27. Oktbr. 55).

⁴⁾ St. A. (Knyphausen, 21. Septbr. 55).

⁵⁾ Broglie III. (Revue 125. 761).

seetüchtig seien) sowie 26 Fregatten. Von dieser Zahl seien 18 Linienschiffe und 8 Fregatten in den amerikanischen Häfen festgehalten. Aber man hoffe im Marineministerium bis zum Juni 1756 mindestens 15 neue Linienschiffe fertig zu stellen; Ende des Jahres 1757 sollte sich die Zahl sogar auf 80 erhöhen, ungerechnet 60 Fregatten.

Es sei Frankreich unmöglich, gleichzeitig zu Lande und zu Wasser mit der erforderlichen Energie während eines längeren Zeitraumes Krieg zu führen. ¹⁾ Durch eine Zersplitterung der finanziellen Hilfsmittel würde man nur England das Uebergewicht geben. Alle Verträge Frankreichs seien nur defensiv; man dürfe deshalb keine Unterstützung bei einem Angriffskriege gegen Oesterreich von seinen Bundesgenossen erwarten. Auf Spanien zähle man in diesem Momente nicht.

Wenn aber der Krieg in Amerika und der zur See einen ungünstigen Verlauf nehmen sollte, dann würde der Versailler Hof die Garanten des Aachener Friedens anrufen, und bei der voraussichtlichen Erfolglosigkeit dieses Schrittes die Verbündeten Englands auf dem Festlande angreifen. Bei diesem Unternehmen erst rechne man auf die Mitwirkung des Königs von Preussen, dem man den Angriff auf Hannover zu übertragen gedenke ²⁾. Um ihn aber vor der Rache Russlands zu sichern, solle letztere Macht durch die Osmanen und einen Seebund der Dänen und Schweden in Schach gehalten werden. Ebenso wurde auf die Polen und die Bildung eines deutschen Fürstenbundes in der Instruktion hingewiesen. Nivernois sollte die Ansicht Friedrichs über diese Ideen einholen, man gestand aber ein, dass die französischen Diplomaten bis jetzt recht wenig vorgearbeitet hätten. Von Versailles aus werde nicht ohne Entgelt die Hülfe Friedrichs angerufen, möge er selbst seine Wünsche äussern. Es ist im Conseil die Rede davon gewesen, eine erneute Garantie für Ostfriesland zu leisten, und daneben einige westindische Inseln dem Könige anzubieten. Aber in der Instruktion wird, wie Knyphausen versichert, nichts darüber erwähnt ³⁾.

Ferner werde Nivernois eine eingehende Darlegung der militärischen und finanziellen Hilfsmittel Frankreichs geben, zu denen

¹⁾ Avec le nerf nécessaire pendant un certain espace de temps.

²⁾ au cas pu'on fût obligé d'en venir à une guerre de terre.

³⁾ Broglie hat die Haltlosigkeit der Erzählung Friedrich d. Grossen über das von Nivernois ihm gemachte Anerbieten der Insel Tabago überzeugend nachgewiesen. (Revue 125. 762).

Séchelles die Angaben geliefert habe. Der Operationsplan Belle-Isles gegen die Niederlande sei noch nicht ausgearbeitet, aber man werde dort keine Massregeln der Kaiserin zulassen, welche eine Invasion des französischen Heeres hemmen könne. In Italien gedenke man nur Genua und Corsika zu beschützen und sich sonst auf die Defensive zu beschränken.

Der dritte wichtige Punkt der Instruktion bestand in der Erneuerung des Defensivvertrages vom 15. Juni 1741. Auch hier wurde es Nivernois überlassen mit dem Könige von Preussen die Form und Art des neuen Bündnisses festzustellen. Sehr grossen Wert legte man in Versailles darauf, Friedrich an irgend welchem Abkommen mit den Feinden des französischen Königs zu verhindern. Zum Schlusse bemerkt Knyphausen, auf die Hülfe des Prätendenten gegen England habe man in Versailles verzichtet. Auch sei von Rouillé nicht der ganze Inhalt der Instruktion im Konseil vorgelesen worden, so bliebe dieser nach der Abreise von Nivernois freier Herr der Situation in Versailles. In der im Pariser Archiv befindlichen Abschrift dieses Schriftstückes steht noch ein wichtiger von Knyphausen nicht erwähnter Satz, die französischen Truppen würden in die Niederlande einrücken, wenn die Russen durch Polen nach Deutschland marschieren oder sich die Engländer Ostendes bemächtigen sollten ¹⁾.

Äusserst unzufrieden war Friedrich mit dem Inhalte dieser Instruktion, die »quelque vague, quelque misérable qu'elle soit« ihm wenigstens die Augen öffnete über das, was er von der französischen Regierung zu erwarten hatte. Das folgende Immediatschreiben Knyphausens vom 27. Oktober verbesserte seine Stimmung nicht. Zwar würden die Rüstungen zu Lande sehr eifrig dank der unermüdlichen Thätigkeit Belle-Isles fortgeführt. Die Verstärkung der Infanterie-Regimenter sei fast beendigt und die der Dragoner in Angriff genommen, nur die Vermehrung der Husaren und der leichten Truppen sei augenblicklich suspendiert. Aber Friedrichs Hauptquellen blieben die früheren Berichte des Lord Marschall aus Paris und die zum Teil pikanten Erzählungen von Reisenden über das furchtbare Elend, welches in den Provinzen herrschen sollte. Den exakten, mit Namen, Alter und Standort der einzelnen Kriegsschiffe versehenen Tabellen, welche ihm Knyphausen einsandte,

¹⁾ P. C. XI. 371 und St. A. (Knyphausen, 24. Oktbr. 55) und Paris, Archives des Aff. étr.

legte er weniger Gewicht bei, als einer Erzählung, nach der sich im Hafen von Toulon nur 8 schlecht ausgerüstete Kriegsschiffe befinden sollten ¹⁾. Nach dem Zeugnis angeblich unparteiischer Berichterstatter war das Volk in den Provinzen völlig ausgesogen durch die Steuerpächter; die Soldaten gingen in Lumpen und die Offiziere waren in Verzweiflung ²⁾. Schon einige Tage früher hatte sich Friedrich dahin geäußert, dass selbst eine Vermehrung der französischen Flotte auf 80 Linienschiffe und 60 Fregatten nicht den Sieg der Engländer verhindern könne ³⁾. Frankreich war also nach Friedrichs Ueberzeugung angewiesen, sich für den voraussichtlichen Verlust seiner abgeschnittenen Kolonien auf dem Festlande Entschädigung zu suchen. Dafür hatte es die Hülfe Preussens nötig, die es sich beim Ausbruche des Krieges nach Ansicht Knyphausens durch »*avantages considérables*« erkaufen wollte ⁴⁾. Was hatte Friedrich nun für die Besetzung Hannovers, die ihn mit der einzigen protestantischen Grossmacht auf immer verfeindete, von Frankreich zu erwarten? Nichts besseres als eine Garantie für Ostfriesland, das ihm kaum streitig gemacht wurde. Die Hoffnung, die er im Politischen Testamente von 1752 ausgesprochen hatte, dass eine neue Ländererwerbung am leichtesten im Bunde mit Frankreich gelingen werde ⁵⁾, war jetzt verschwunden. Sollte doch Nivernois, nach Erkundigungen Knyphausens, die in späteren Schreiben bestätigt wurden ⁶⁾, für die von dem französischen Hofe gewünschte Allianz mit Sachsen eintreten! Noch unverständlicher war Friedrich die Haltung der französischen Regierung gegen den Wiener Hof. In der Instruktion von Nivernois war nicht einmal die sehr wahrscheinliche Möglichkeit vorgesehen, dass Friedrich bei einem Einmarsch in Hannover die Kriegserklärung von Oesterreich zu erwarten habe.

Dagegen war man nach Knyphausen in Versailles sehr zufrieden mit dem Auftreten Starhembergs, dessen Hof den Frieden mit Frankreich wünsche und mit der englischen Politik nicht einverstanden sei. Das französische Ministerium lege den Versicherungen Starhembergs grosse Bedeutung bei. Man fürchte nichts von Seiten Oesterreichs, wenn man es nicht zum Bruche zwingt, was für Rouillé

¹⁾ St. A. (Knyphausen, immed. 24. Septbr. 54).

²⁾ P. C. XI. 371 (8. Novbr. 55).

³⁾ P. C. XI. 360 (1. Novbr. 55).

⁴⁾ St. A. (Knyphausen, 25. April 55).

⁵⁾ Ranke. XXX. 116.

⁶⁾ St. A. (Knyphausen, 14. Novbr. 55).

noch ein Grund mehr sei, den Krieg in Europa zu vermeiden ¹⁾. Friedrich, der kurz vorher von seinem Gesandten Auskunft über etwaige geheime Verhandlungen zwischen England und Frankreich gefordert hatte ²⁾, berührte diesmal nicht den Gedanken geheimer Abmachungen Starhembergs in Versailles. Er wollte von Knyphausen nur erfahren »les véritables raisons par où le ministère de France agit de la sorte«, ob Schwachheit, Unkenntnis der Geschäfte oder Intriguen die Ursache seien. Friedrich glaubte hierin den Einfluss der Marquise zu erkennen ³⁾. Auch eine andere Mitteilung Knyphausens, die Verdacht erwecken musste, wurde von Friedrich unbeachtet gelassen. Trotz des Argwohnes, dass England neue Eröffnungen in Potsdam gemacht habe ⁴⁾, beschleunigte man nicht die Abreise von Nivernois, die Rouillé nach Annahme Knyphausens bis nach der Eröffnung des Parlaments aufzuschieben wünschte. Der Herzog war empört über die Langsamkeit Rouillés und versuchte alles, da er sehr für seine Sendung eingenommen war, um vom Könige den Befehl zur Reise zu empfangen ⁵⁾. Aber letzterer genehmigte erst am 12. November die an demselben Tage im Conseil verlesenen Instruktionen des Herzogs, dem sie am folgenden Tage zugestellt wurden ⁶⁾. Die Gründe, welche die Reise des Herzogs nach Berlin verzögerten, lagen zum Teil in der Ungewissheit der geheimen Verhandlungen mit Oesterreich, die wegen der Geburt der Prinzessin Antonie, der späteren Königin von Frankreich, längere Zeit unterbrochen waren ⁷⁾. Aber sicher hat der Marquise und den in das Geheimnis eingeweihten Ministern der Gedanke fern gelegen, dem Herzoge von Nivernois eine Sendung zu übertragen, deren Erfolglosigkeit man von Anfang an erkannte. Der Herzog, einer der ersten Kavaliere am Hofe von Versailles, war kein Strohmann ⁸⁾, dessen Persönlichkeit man durch einen vergeblichen Auftrag blossstellen durfte. In seinem letzten Werke unterzieht der französische Gelehrte Broglie die Person und die Kenntnisse des Herzog von Nivernois einer sehr scharfen Kritik.

¹⁾ St. A. (Knyphausen, den 27. Oktbr. 55).

²⁾ P. C. XI. 350 (25. Oktbr. 55 und 360 1. Novbr. 55).

³⁾ P. C. XI. 371 (8. Novbr. 55).

⁴⁾ P. C. XI. 374.

⁵⁾ St. A. (Knyphausen, 27. Oktbr. 55).

⁶⁾ Paris, Aff. Étr. (Prusse 181).

⁷⁾ Arneth. IV. 402.

⁸⁾ Broglie secret, I. 121.

Er bezeichnet ihn, den Typus eines feingebildeten Hofmannes des 18. Jahrhunderts, nach einem Ausspruche von Horace Walpole als »le sommet de médiocre«¹⁾. Es wäre daher richtiger gewesen an Stelle von Nivernois einen Diplomaten geringeren Standes, der damaligen Bedeutung Preussens angemessen, nach Berlin zu senden. Der grosse Eindruck, den die erfolglose Sendung des Herzogs von Nivernois hervorgebracht hat, wäre dadurch herabgemindert worden. Nivernois selbst erkannte die Schwächen seiner Instruktion sehr deutlich. Kurz vor seiner Abreise aus Paris bat er brieflich am 11. Dezember 1755 Rouillé um Auskunft, zu welcher Partei, ob Landkrieg oder Kampf zur See, sich der Conseil des Königs entschlossen habe. Bei der Bedeutung dieser Frage, welche er in seinen Gesprächen mit dem Könige von Preussen nicht werde umgehen können, bäte er um Weisung, welcher Sprache er sich in Potsdam bedienen solle. Wenn er über diesen Punkt »qui est véritablement la pierre angulaire de ma négociation« keine definitive Auskunft erteilen könne, dürfe er nicht erwarten, Friedrichs Vertrauen zu gewinnen; im Gegentheil, seine Gegenwart in Berlin werde nur dazu dienen, eine Verstimmung zwischen beiden Ländern hervorzurufen.

Die Antwort, welche der Herzog von Rouillé am 15. Dezember erhielt, beantwortete die Hauptfrage nicht. Der Minister beschränkte sich darauf zu betonen, dass der König nur einen Feind kenne, nämlich England, und nach Möglichkeit einen Krieg in Europa vermeiden wolle. Um sich an diesem einen Gegner zu rächen, werde er alle Mittel, die Gott ihm verliehen habe, benutzen; entweder wolle er auf dem Meere mit Hülfe seiner Flotte oder durch einen Angriff auf Hannover oder durch eine Landung in England selbst seine Rache an dem Nationalfeinde vollführen²⁾.

Dass der Herzog von Nivernois über die Ansichten seines Monarchen nicht falsch unterrichtet worden ist, zeigen die gleichzeitig geführten Verhandlungen mit dem Wiener Hofe. Erst Anfang Dezember konnte Starhemberg die Antwort aus Wien auf die von Bernis am 10. Oktober gemachten Vorschläge überreichen. Die beiden Mächte wollten hauptsächlich Zeit gewinnen³⁾. Kaunitz konnte Frankreich nicht eher trauen, bis letzteres mit Preussen

¹⁾ Broglie IV. (Revue 126. 13.)

²⁾ Die beiden Briefe, deren Bedeutung Ranke zuerst erkannt hat, sind jetzt gedruckt bei Perey. 350.

³⁾ Arneth IV. 403 u. 404.

gebrochen hatte. Hiervon war aber in der Antwort, die Bernis am 28. Dezember 1755 überreichte, nicht die Rede; die französische Erklärung betonte mit aller Entschiedenheit die Absicht des Königs Ludwig »de se venger du Roi et de la nation britannique par tous les moyens possibles¹⁾. Wenn England nicht die gekaperten Handelsschiffe zurückstelle, so müsse Frankreich sich die unbeschränkte Freiheit des Durchzuges und des Angriffes auf Hannover vorbehalten. Oesterreich werde dabei, so lange es sich neutral verhalte, einen Angriff auf die Niederlande nicht zu befürchten haben²⁾.

Die Politik des Königs von Frankreich und von Bernis ging also darauf hinaus, bei einem Unterliegen zur See im Einvernehmen mit Oesterreich das Kurfürstentum Hannover zu besetzen. Um auf den Wiener Hof einen Druck auszuüben, bedurfte man einer engen Allianz mit Preussen, das gegen einen russischen Angriff durch das völlige Einvernehmen zwischen Frankreich und Oesterreich geschützt werden sollte.

Da sich in dem vertrauten Briefe Rouillés vom 15. Dezember nichts findet, was auf die wichtigen geheimen Verhandlungen mit Oesterreich hinweist, so muss Nivernois in völliger Unkenntnis darüber nach Berlin abgereist sein³⁾ trotz der Versicherung von Perey, dass einem Manne in solcher Stellung eine Verhandlung, an der sich seine vertrauten Freunde Bernis, Séchelles, Machault beteiligten, nicht unbekannt geblieben sein könne⁴⁾.

Nachdem Friedrich Anfang November den Inhalt der Instruktionen von Nivernois erfahren hatte, ging sein Bestreben dahin, vor der Ankunft des französischen Botschafters über sein Verhältnis mit England im klaren zu sein⁵⁾. Was er von Frankreich zu erwarten hatte, wusste er. Das System aber, dem die französischen Minister folgten, blieb ihm völlig unverständlich. Aus eigener Erwägung kam ihm der Gedanke, ob geheime Abmachungen der Höfe von Wien und Paris im Werke sein könnten, die Frankreich vielleicht verpflichteten, auf eine Besetzung der Niederlande zu verzichten, gegen die Zusicherung der Kaiserin, keinen Beistand

¹⁾ Arneth IV. 405.

²⁾ Arneth IV. 411.

³⁾ Bernis I. 242.

⁴⁾ Perey 349.

⁵⁾ P. C. XI. 397 (24. Novbr. 55).

den Engländern zu leisten ¹⁾. Dieser gerechtfertigte Verdacht soll den König nach Schaefer bewogen haben, auf eigene Hand, noch vor Ankunft des Herzogs von Nivernois auf die von England angebotene Neutralitätskonvention einzugehen ²⁾. Aber Friedrich hat diese »simples conjectures« sehr bald, ohne die Aufklärungen Knyphausens abzuwarten ³⁾, wieder fallen gelassen. Er kommt auf die Vermutung zurück, dass möglicherweise die Pompadour wegen ihrer in England angelegten Gelder die französische Politik zur Unthätigkeit verdamme ⁴⁾. Sehr beunruhigend erscheint ihm die Verzögerung der englischen Antwort, als Knyphausen unterm 14. November meldet, man beschleunige die Abreise des Herzogs von Nivernois, die in 8 bis 10 Tagen erfolgen könne ⁵⁾. Unter dem Eindrucke dieser Nachricht schrieb Friedrich am 24. November an den Herzog von Braunschweig einen Brief ⁶⁾, dessen Inhalt sich wesentlich unterscheidet von der Ruhe, mit der er in zwei früheren Schreiben die Antwort des Lord Holderness erwartete ⁷⁾. Kurz vorher war er vom Abschlusse des englisch-russischen Subsidienvtrages unterrichtet worden ⁸⁾. Wenn es ihm auch fern lag dieses Ereignis zu unterschätzen, legte er ihm doch nicht die wichtige Bedeutung bei, welche sie für ihn gehabt haben soll ⁹⁾. Seinem Gesandten in Paris teilt der König zwar diesen Vertrag als eine sehr schlimme Botschaft mit. Ein Korps von 60—70 000 Soldaten werde dadurch der englischen Krone zur Verfügung gestellt. Diese Truppen sollten sich nach weiteren Meldungen bereits in Marsch gesetzt haben, um die vorgeschriebenen Stellungen nahe der livländischen Grenze einnehmen ¹⁰⁾. Der Inhalt dieser Depesche war zur Kenntnissnahme Rouillés bestimmt ¹¹⁾. Klinggräffen in Wien erfährt dagegen, dass England aller Wahrscheinlichkeit nach nur die Friedenssubsidien an Russland bezahlen und sich des Heeres nur bedienen werde, um eine Ostentation zu machen. Auf die Zahlung von Kriegs-

¹⁾ P. C. XI. 377 (15. Novbr. 55).

²⁾ Schaefer I. III.

³⁾ St. A. (Knyphausen, 10. Novbr. 55).

⁴⁾ P. C. XI. 380 (18. Novbr. 55).

⁵⁾ St. A. (Knyphausen, 14. Novbr. 55 imméd.)

⁶⁾ P. C. XI. 397.

⁷⁾ P. C. XI. 378 u. 379 (16. u. 18. Novbr. 55).

⁸⁾ 30. Septbr. 55.

⁹⁾ Schaefer, I. 113 und Koser I. 579.

¹⁰⁾ Die Quelle letzterer Nachricht ist aus P. C. nicht zu ersehen.

¹¹⁾ P. C. XI. 387 (22. Novbr. 55).

subsidien würden sich die Engländer nicht einlassen ¹⁾. In gleicher Weise äusserte sich Friedrich gegen Michell in London: bei der grossen Abneigung des englischen Volkes gegen jeden Landkrieg glaube er nicht, dass das Parlament mehr als die Friedenssubsidien an Russland bewilligen werde ²⁾. Der Vergleich dieser drei von demselben Tage datierten Depeschen zeigt, dass die Diplomaten Friedrichs und ebenso der Herzog von Braunschweig ihm nur als Werkzeuge dienten.

Knyphausen setzte in dieser Zeit seine Bemühungen fort, die Allianz Frankreichs mit Sachsen zu hintertreiben. Er erklärte Rouillé in gemässigter Weise, dass sein Herrscher höchst ungern mit Sachsen in derselben Allianz sein würde. Der französische Minister verstand nicht »l'extrême repugnance« Friedrichs gegen ein sächsisches Bündnis, das wohl unnütz, aber nie schädlich sein könne. Ausserdem seien die Verhandlungen mit Sachsen bereits zu weit vorgeschritten, um sie ohne Kränkung des Dauphin und seiner Gemahlin abbrechen zu können ³⁾. Knyphausen musste daher einräumen, dass seine Auseinandersetzungen auf Rouillé keinen Eindruck gemacht hätten ⁴⁾. Doch wurde Friedrich durch seinen Gesandten in Dresden von dem wahrscheinlichen Abbruch der Verhandlungen unterrichtet ⁵⁾, da es Broglie nach seiner Rückkehr auf seinen Posten nicht gelungen war, den Grafen Brühl zum Aufgeben der alten Allianz mit den Kaiserhöfen zu bestimmen ⁶⁾. Friedrich hat diese Nachricht mit grossem Zweifel entgegen genommen ⁷⁾. Er hatte erfahren, dass Nivernois auf der Reise nach Berlin sich in Dresden aufhalten werde, und war überzeugt, dass der Botschafter nicht ohne dringenden Grund sich mit Broglie noch einmal besprechen wolle ⁸⁾. Friedrichs Vorstellungen waren aber in Paris nicht ohne Eindruck geblieben, man entsagte dort Ende des Jahres allen weiteren Versuchen, Sachsen für einen Subsidienvertrag zu gewinnen ⁹⁾. Die Isolierung Sachsens war nun eine Thatsache,

¹⁾ P. C. XI. 338 (22. Novbr. 55).

²⁾ P. C. XI. 386 (22. Novbr. 55).

³⁾ St. A. (Knyphausen, 7. Novbr. 55).

⁴⁾ St. A. (Knyphausen, 14. Novbr. 55).

⁵⁾ P. C. XI. 385 (18. Novbr. 55) u. 401 (25. Novbr. 55).

⁶⁾ Vitzthum I. 228 u. St. A. (Knyphausen, 26. Dezbr. 55 immed).

⁷⁾ P. C. XI. 402 (26. Novbr. 55).

⁸⁾ P. C. XI. 415 (6. Dezbr. 55).

⁹⁾ Vitzthum I. 289.

ohne fremde Hülfe war der König von Polen nicht im stande die bisherige Truppenzahl unter Waffen zu halten. Schon vorher zerstreute Knyphausen die Vermutungen Friedrichs über geheime Verhandlungen der Höfe von Wien und Versailles. Trotz der schlechten Nachrichten aus Amerika, wo der französische General Dieskau gefallen sei, und trotz der scharfen Sprache, mit der in London der König das Parlament eröffnet habe, bleibe das französische Ministerium bei seiner bisherigen Politik. Man wolle in Versailles erst die Rüstungen vollenden, zu deren Durchführung Séchelles bereits einen ausserordentlichen Fonds von 100 Millionen sammle ¹⁾. Gegen die Verbündeten Englands sei man nicht gesonnen einen Angriff zu unternehmen ²⁾. Die wahren Motive der schwachen Haltung Frankreichs lägen ausschliesslich in der Abneigung des Königs und der Pompadour gegen den Krieg ³⁾. Letztere sei zu ihrer Haltung aber nie durch die Summen, welche sie in England angelegt haben solle, bestimmt worden; sie habe auch keine Veranlassung, darüber besorgt zu sein ⁴⁾. Am 1. Dezember gab Knyphausen noch einmal die Versicherung, dass keine Engagements zwischen Versailles und Wien existierten. Man habe zur Zeit in Frankreich auf die Besetzung der Niederlande verzichtet, um die Zahl der Gegner nicht zu vermehren und den Krieg nicht allgemein zu machen. Da aber bei einem ungünstigen Ausgange des Seekrieges die Niederlande das einzige Pfand für Frankreich seien, so würde es nicht klug sein, sich gegen Oesterreich die Hände zu binden. Rouillé habe nur in allgemeinen Ausdrücken sich geäussert, als Starhemberg sichere Erkundigungen wegen der Stellung Flanderns habe einziehen wollen ⁵⁾. Der Prinz Conti und Belle-Isle teilten die allgemeine Empörung der Nation über die Preisgabe des französischen Handels. Aber Belle-Isle ordnete seine Ansichten dem Konseil unter, obwohl er wenig Vertrauen auf einen günstigen Ausgang des Seekrieges setzte. Knyphausen wiederholte, dass der König ganz ohne Kenntniss von den wahren Zuständen seines Reiches sei. Man verheimliche ihm sogar die grossen Verluste, welche die ganze Handelswelt betroffen hätten. Der Thronfolger habe wohl zusammen mit dem sächsischen Gesandten Grafen Vitzthum den Abschluss des sächsischen Subsidien-

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 24. Novbr. 55).

²⁾ St. A. (Knyphausen, 28. Novbr. 55).

³⁾ St. A. (Knyphausen, 24. Novbr. 55).

⁴⁾ St. A. (Knyphausen, 5 Dezbr. 55).

⁵⁾ St. A. (Knyphausen, 1. Dezbr. 55).

vertrages zu fördern versucht. Aber der König treffe in der That seine Entscheidungen, ohne den Dauphin oder die Königin zu befragen. In der Politik spiele allein die Pompadour eine Rolle, die den Monarchen von Staatsgeschäften fern zu halten suche. Grosse Ereignisse könnten den König, der häufig von Melancholie gequält werde, bestimmen, wieder die Zügel der Regierung zu ergreifen. Wie er indes in Wirklichkeit denke, vermöge kein Mensch zu ergründen ¹⁾).

Diese Schilderungen, welche die Stimmung der öffentlichen Meinung in Frankreich mit ihren Befürchtungen und Hoffnungen wiedergaben, bestärkten Friedrich in seinem Glauben, dass er von der französischen Politik nichts zu erwarten, aber auch nichts zu befürchten habe. Gleichzeitig wurde er durch seinen Pariser Gesandten Ende November davon unterrichtet, dass die Abreise des Herzogs von Nivernois von dem Ministerium beschleunigt werde, da aus Wien und dem Haag die Nachricht eingelaufen sei von den Bemühungen Englands, den König von Preussen von Frankreich zu trennen ²⁾).

Friedrich war in den ersten Tagen des Dezember in einer misslichen Lage. Er hatte endlich auf dem Wege über Braunschweig die Antwort des Lord Holderness aus London vom 21. November erhalten, welche die friedlichen Gesinnungen des Königs Georg beim Abschlusse des russischen Subsidienvtrages betonte, aber zur unangenehmen Ueberraschung Friedrichs keine weiter gehenden Eröffnungen enthielt. So entschloss er sich, nicht darauf zu antworten und durch den Herzog von Braunschweig nur das Londoner Kabinett auf die vom Versailler Hofe gewünschte Erneuerung des Defensivvertrages von 1741 hinzuweisen ³⁾). Aber in diesem Momente hatte das englische Ministerium bereits an den preussischen Bevollmächtigten in London die Erklärung abgegeben, dass es in der Macht Friedrichs liege, Deutschland durch einen Vertrag mit England den Frieden zu bewahren. Auch werde dann das Kabinett von St. James sehr gern die mit Preussen vorhandenen Differenzen friedlich beilegen.

Sofort erklärte Friedrich am 7. Dezember seine Bereitwilligkeit, mit England einen Neutralitätsvertrag für Deutschland während

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 24. Novbr., 5. und 8. Dezbr. 54).

²⁾ P. C. XI. 408 (Knyphausen, 17. Novbr. 55).

³⁾ P. C. XI. 413 (2. Dezbr. 55).

der gegenwärtigen Kriegsunruhen einzugehen. Um bei niemandem Anstoss zu erregen, sollte weder der Russen noch der Franzosen Erwähnung gethan werden. Der König sprach die Hoffnung aus, auf diese Weise den drohenden Krieg von Europa fern zu halten ¹⁾. Erst Mitte Dezember wird der Minister Podewils in den bevorstehenden Umschwung der preussischen Politik eingeweiht ²⁾. Am 20. Dezember unterrichtete dann Eichel im königlichen Auftrage den Minister über die gegen Preussen gerichteten Pläne der beiden Kaiserinnen. Auch dass der russisch-englische Subsidienvvertrag nicht so unschuldig sei, als geglaubt werde; besonders wenn man die gleichzeitig von Oesterreich begonnenen Rüstungen damit zusammenstelle. Der König hoffe bei der neuen Verhandlung weder zu gewinnen noch zu verlieren; er werde die Sache so einrichten, dass keine Einwendungen von der anderen Seite ³⁾ dagegen erhoben werden ⁴⁾. Diese Ausführungen Eichels können unmöglich die wirkliche Ueberzeugung des Königs wiedergegeben haben. Die bösen Absichten der beiden Kaiserinnen waren Friedrich wohl bekannt, aber, wie der Monarch selbst einst geschrieben hatte, konnte Russland ohne fremde Subsidien nichts zu Gunsten Oesterreichs unternehmen ⁵⁾. Er hatte ferner zu nachdrücklich im November, bevor ihn durch Michell die Eröffnungen des Londoner Kabinetts erreicht hatten, gegen Michell und Klinggraeffen über die friedlichen Gesinnungen Englands sich geäussert ⁶⁾, als dass jetzt plötzlich die Furcht vor einer russischen Invasion seine Ansicht hätte ändern können. In seiner Geringschätzung des russischen Heeres wurde Friedrich damals bestärkt durch einen in russischen Diensten stehenden französischen Offizier, de la Fort, nach dessen Erzählungen die Zustände der Armee derartig seien, dass kaum 40 000 Mann ausser Landes verwendet werden könnten. Dieser Offizier war in Potsdam gewesen, hatte aber den König nicht gesprochen; vielmehr diese Eröffnungen dem Feldmarschall Keith, seinem alten Gönner, gemacht ⁷⁾.

Welchen Wert der König den von Eichel angeführten österreichischen Rüstungen beilegte, zeigt seine Depesche vom 2. März 1756

¹⁾ P. C. XI. 418 (7. Dezbr. 55).

²⁾ P. C. XI. 435 (16. Dezbr. 55).

³⁾ Frankreich.

⁴⁾ P. C. XI. 438 (18. Dezbr.) u. 439 (20. Dezbr. 55).

⁵⁾ P. C. XI. 17 (27. Januar 48).

⁶⁾ P. C. XI. 386 (22. Novbr.) und 388 (22. Novbr.).

⁷⁾ Archives des Aff. étr. (Corr. de Berlin 179 la Touche, 13. Dezbr. 55).

an Klinggraeffen, den er damals fragt, woher die Kaiserin die Mittel dazu gefunden haben könne ¹⁾. So bleibt nur die Annahme bestehen, dass selbst der Kabinettssekretär nicht weiter in Friedrichs politische Pläne eingeweiht worden ist, als es der Geschäftsgang durchaus erforderte ²⁾, wie auch an Knyphausen nur allgemeine Andeutungen darüber ergingen ³⁾. Nicht ohne Absicht lässt ferner der König in Paris Gerüchte über russische und österreichische Rüstungen verbreiten, die den Anschein erwecken sollten, als befände man sich am Vorabende eines Krieges ⁴⁾. Einige Tage später werden die preussischen Gesandten in Wien und Paris mit dem Gerüchte der Ankunft eines englischen Gesandten in Berlin bekannt gemacht, was dem Könige aber höchst unwahrscheinlich erscheint ⁵⁾.

Die Nachrichten aus Frankreich deuteten endlich auf ein Vorgehen gegen England. Der einzige Minister, dessen Thätigkeit Knyphausen rühmen konnte, Séchelles, hatte einen grossen Kriegsfonds gesammelt, dessen Etat nach den nach Berlin eingesandten Auszügen sich auf 199 Millionen Livres tournois belaufen sollte ⁶⁾. Neben einer Landung in England, für deren Zustandekommen sich hauptsächlich Belle-Isle interessierte ⁷⁾, wurde auch die Eroberung von Port-Mahon im Conseil angeregt. Es war der Abbé Bernis, von dem der Gedanke dieser Expedition ausging und der hierbei nur die Opposition des Marine-Ministers zu bekämpfen hatte ⁸⁾.

Friedrich, der eine Zeitlang gefürchtet hatte, dass der Herzog von Nivernois zu frühzeitig für seine eigenen Pläne in Berlin eintreffen könnte ⁹⁾, unterrichtete erst am 23. Dezember Knyphausen vertraulich von englischen Eröffnungen, die auf die Neutralität Deutschlands hinzielten.

Wenn dem Monarchen nun auch die mehr kriegerisch lautenden Berichte aus Frankreich willkommen waren, so wünschte er doch wie im Sommer dieses Jahres vorzubeugen, dass er selber zu einer Besetzung Hannovers von den Franzosen aufgefordert werde. Hierauf

¹⁾ P. C. XII. 165.

²⁾ Koser, I. 623 (Test. pol. »Je renferme mon secret en moi-même«).

³⁾ P. C. XI. 426 (9. Dezbr. 55).

⁴⁾ P. C. XI. 434 (16. Dezbr. 55).

⁵⁾ P. C. XI. 443 (20. Dezbr. 55).

⁶⁾ St. A. Knyphausen (8. Dezbr. 55).

⁷⁾ St. A. (Knyphausen, 15. Dezbr. imméd.)

⁸⁾ Bernis, I. 248 u. s. w.

⁹⁾ P. C. XI. 435 (16. Dezbr. 55).

einzugehen verpflichtete ihn nicht sein Defensivbündnis mit Frankreich. Knyphausen solle aber in Versailles betonen, welcher bedeutenden Dienst Preussen durch Beschäftigung der russischen Armee und des grössten Teiles der Streitmacht Oesterreichs der französischen Krone leisten würde. So könne, falls der Seekrieg in Frankreich keinen Anklang mehr finde, ein französisches Heer ohne grosse Gefahr die Niederlande besetzen ¹⁾. Von einer friedlichen Stimmung des Königs ²⁾ ist in dieser letzten Depesche des Jahres 1755 ebensowenig etwas zu bemerken, wie in den späteren nach Abschluss des Vertrages von Westminster nach Paris gerichteten Schreiben.

¹⁾ P. C. XI. 455 (30. Dezbr. 55).

²⁾ Ranke, XXX. 115.

VII.

Abschluss der Konvention von Westminster.

Am 31. Dezember 1755 traf die Antwort des englischen Ministeriums auf die königliche Depesche vom 7. Dezember in Berlin ein. Der König Georg erklärte seine Zustimmung, die Differenzen mit Preussen friedlich beizulegen und gleichzeitig eine Konvention zur Aufrechterhaltung des Friedens in Deutschland einzugehen. Die Hauptursache, welche nun Friedrich den Grossen bewog, den schon früher langsam vorbereiteten Schritt jetzt rasch ins Werk zu setzen, war die endlich erfolgte Abreise des Herzogs von Nivernois; der König musste mit England im reinen sein, bevor der Botschafter in Berlin eintraf ¹⁾.

Alle seine seit 1752 unternommenen Versuche, Frankreich zu einer thatkräftigen Politik nach aussen zu bewegen, waren ohne Erfolg geblieben; seinen wiederholten Aufforderungen, die Osmanen gegen Oesterreich zu hetzen, Hannover zu besetzen, den englischen Uebergriffen auf der See entgegenzutreten, wurde nicht Folge geleistet. Die Hoffnungen, welche er an den letzten Ministerwechsel in Versailles nach dem Tode von Saint-Contest geknüpft, hatten sich nicht erfüllt. Jetzt kam einer der ersten Kavaliers des Versailler Hofes als ausserordentlicher Gesandter nach Berlin, — aber diese durch Belle-Isle durchgesetzte Sendung des Herzogs von Nivernois sollte Preussen nur Verpflichtungen auferlegen im Falle eines ungünstigen Ausganges des Seekrieges, und als Entgeld für das Aufgeben einer selbständigen Politik wurde einzig eine erneute Garantie seiner Lande mit Einschluss Ostfrieslands dem Könige in Aussicht gestellt.

Wichtiger war, dass Friedrich den Glauben an die Zukunft Frankreichs verloren hatte; im Innern lähmten dort die Kämpfe zwischen König und Parlament; das Heer war in der Friedenszeit verringert worden; alle auf Verstärkung der Flotte gerichteten Arbeiten mussten bei der grossen maritimen Ueberlegenheit Englands resultatlos bleiben. Dazu kam die verfehlte Finanzwirtschaft und die in den Provinzen herrschenden Notstände, von denen sich

¹⁾ P. C. XII. 13. (4. Januar 56 an Michell).

Friedrich übertriebene Vorstellungen machte, die selbst durch die ruhigen, sachlichen Berichte Knyphausens nicht gehoben wurden. Mit einem Worte, die ganze französische Politik nach dem Aachener Frieden von 1748, die unter vorläufiger Beiseitesetzung der Pläne Ludwig XIV. (Erwerb der Niederlande und der Rheingrenze) die Sicherung der Kolonien, besonders in Nord-Amerika, bezweckte, konnte Friedrich nicht zusagen. Die Thätigkeit des französischen Gesandten Broglie, welcher Sachsen-Polen durch ein enges Bündnis mit Frankreich zu einer Vormacht gegen Russland gestalten wollte, fand ebensowenig den Beifall des Monarchen.

Der Hauptzweck der Konvention von Westminster war für Friedrich, die einzige Geldmacht seiner Zeit, England, seinem Hauptgegner Oesterreich zu entziehen. Mit England im Einverständnis glaubte er weder Wien noch Petersburg fürchten zu müssen ¹⁾. Nachdem er mehrere Jahre die Finanzen Englands bedeutend unterschätzt, war er im Laufe des letzten Jahres auf die grossen Hilfsquellen Englands durch seinen Londoner Bevollmächtigten aufmerksam geworden. Durch den Vertrag wurden dem Petersburger Hofe die Mittel entzogen, gemeinsam mit Oesterreich gegen Preussen einen Krieg zu beginnen ²⁾. Friedrich hat bis nach dem Ausbruche des Krieges an dem Glauben festgehalten, die beiden Kaiserinnen seien ohne fremde (englische) Subsidien nicht im stande, sich auf einen längeren Kampf einzulassen ³⁾. Noch im Juni 1756 rechnete er darauf, dass die Geldgier, die in Wien keine Befriedigung fand, den russischen Hof an England fesseln werde ⁴⁾. Zeitweilig (im Dezember 1755) hat der König die Möglichkeit ins Auge gefasst, England könne sich der russischen Truppen zur Verteidigung der Niederlande gegen einen französischen Angriff bedienen ⁵⁾; Ende desselben Jahres indes hat er diesen Gedanken fallen gelassen ⁶⁾.

Dem Anscheine nach zog England aus der Neutralitätserklärung Deutschlands den grössten Nutzen. Mit einem Schlage war es der lästigen Verteidigung Hannovers und der Zahlung von Kriegssubsidien

¹⁾ P. C. XII. 120 (16/17. Februar 56) »tenant celui, qui a les cordons de la bourse.«

²⁾ P. C. V. 153 (1. August 46), VI. 17. (27. Januar 48) u. X. 341 (28. Mai 54).

³⁾ P. C. V. 540 (9. Dezbr. 47).

⁴⁾ P. C. XII. 382 (5. Juni 56).

⁵⁾ P. C. XI. 411 u. 412 (2. Decbr. 53).

⁶⁾ P. C. XI. 456 (30. Dezbr. 56).

an Russland enthoben ¹⁾. Und noch mehr! Im Dezember 1755 war der Oberbefehl über alle französischen Truppen am Atlantischen Ozean dem Marschall Belle-Isle übertragen worden, wodurch die Gefahr einer Invasion in England von Seiten Frankreichs entstand ²⁾. Schwer rächte sich damals die Vernachlässigung der englischen Küsten, für deren Verteidigung nichts vorgesehen war ³⁾. Um das eigene Land zu sichern, musste die Verstärkung des Mittelmeergeschwaders unterbleiben. — Hier schaffte das Abkommen vom 17. Januar 1756 eine grosse Erleichterung; zur Abwehr einer Landung französischer Regimenter auf englischem Boden konnte sich das Londoner Kabinett der deutschen Hülfsstruppen bedienen, da man für Hannover keine Besorgnis mehr zu hegen brauchte.

Bei diesen England geleisteten grossen Diensten haben König Friedrich nur Verstandesrücksichten geleitet. Er hätte sich sonst nicht in so wegwerfender Art gegen Nivernois über den König Georg äussern können ⁴⁾. Wollte Friedrich Deutschland den Frieden aufrichtig bewahren, so durfte er die österreichischen Niederlande von seiner Konvention mit England nicht ausschliessen. Es zeigt, wie dringend das englische Ministerium der Hülfe Preussens bedurfte, dass es wider Podewils Erwarten in diesem Punkte nachgab ⁵⁾. Im Jahre 1745 war Flandern von der Garantie beider Staaten in der Konvention von Hannover ausgeschlossen geblieben ⁶⁾, aber die damalige Veranlassung, der offene Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich, war jetzt hinfällig, wo es galt, überhaupt einen Krieg auf dem Festlande zu vermeiden. Der vorsichtige Minister Podewils hat die Ausschliessung der genannten Provinzen befürwortet in der Hoffnung, dadurch am besten einen Konflikt mit Frankreich zu verhindern. Der König aber wusste, wie schwer dieser Schlag in Wien empfunden werden würde ⁷⁾. In dem ersten, eigenhändigen Entwurfe der für Michell bestimmten Instruktion kommt der später gestrichene Satz vor, »Ich kann der Freund des Königs von England sein, aber nie der der Kaiserin,« ein Zeichen, dass bei Abfassung dieses Schriftstückes ihm sein alter Gegner an

¹⁾ Broglie, V. 482 (Revue 126).

²⁾ P. C. XI. 450 (Knyphansen, 15. Dezbr. 55).

³⁾ Leecky: History of England. II. 254.

⁴⁾ Arch. des Aff. étr. (Nivernois, Berlin, 8. Januar 56).

⁵⁾ P. S. XII. 2 (1. Januar 56).

⁶⁾ Wenck: Codex juris gentium II. 191.

⁷⁾ P. C. XII. 210 (20. März 56).

der Donau vorgeschwebt hat. Es ist dem Könige nicht unbekannt geblieben, welche bedeutende Verpflichtungen ihm durch den dritten Artikel der Konvention aufgelegt wurden, der (was man in Versailles sofort bemerkte), die früheren Verträge beider Länder erneuerte. Durch Eichel hat er sich die Originale vorlegen lassen, um nochmals von ihnen Kenntnis zu nehmen ¹⁾. Alle die zahlreichen Versicherungen von dem friedlichen, ungefährlichen Charakter der Konvention von Westminster werden widerlegt durch seine nach Bekanntwerden des Vertrages durch Nivernois und Knyphausen an Rouillé erfolgte Aufforderung, die Niederlande anzugreifen, welche ja express von der Neutralitätserklärung ausgeschlossen seien ²⁾. Friedrich hat sicher darauf gerechnet (auch der Wiener Hof war dieser Ansicht) ³⁾, dass Frankreich sehr bald im See- und Kolonienkriege den Kürzeren ziehen müsse; dann werde der Versailler Hof auf Drängen der Kriegspartei der Versuchung nicht widerstehen können, das wehrlose Flandern zu besetzen ⁴⁾. Für den Fall, dass der Krieg auf neutrales Gebiet hinüberspielen sollte, war Friedrich nicht gesonnen, mit eigenen Waffen für den Schutz Hannovers einzutreten. Auf das erste Gerücht von der Sammlung eines starken französischen Korps in französisch Flandern liess er durch seinen Vertreter Michell in London erklären, dass auf seinen Beistand bei der drohenden Haltung Oesterreichs nicht mit Sicherheit gezählt werden dürfe ⁵⁾. Friedrich wollte durch seinen Bund mit England keinen offenen Bruch mit Frankreich herbeiführen ⁶⁾; absichtlich betonte er, nur eine Konvention, keine Allianz mit dem Londoner Kabinett eingegangen zu sein ⁷⁾. Selbst die Verlängerung des Defensivvertrages vom Jahre 1741 war ihm nicht unangenehm, nur jedes feste Bündnis wollte er vermeiden. Bei der Unentschlossenheit und Zerfahrenheit des französischen Ministeriums glaubte er diesem alles bieten zu dürfen; der Gesandte de La Touche müsse sich eben an die neuen Verhältnisse in Berlin gewöhnen ⁸⁾.

¹⁾ P. C. XII. 5 (1. Januar 56).

²⁾ P. C. XII. 72 (3. Februar 56) und Broglie IV. 16 (Revue 126).

³⁾ Arneth IV. 419.

⁴⁾ Broglie, IV. 11 (Revue 126).

⁵⁾ P. C. XII. 184 (11. Mai 56).

⁶⁾ Koser (Historisches Taschenbuch 1883. 261) und Ranke XXX. 135.

⁷⁾ P. C. XII. 78 (3. Februar 56).

⁸⁾ P. C. XII. 21 (6. Januar 56).

In Wien fühlte man sofort beim Bekanntwerden der Konvention, was alles auf dem Spiele stand ¹⁾. Wenn nicht das Bündnis mit Frankreich zu stande kam, waren die Niederlande ohne Ersatz verloren. Subsidien von England waren nur zu erlangen unter Aufgabe der politischen Freiheit. Aber nicht allein der Besitz an der Maas und Schelde war gefährdet; wer bürgte dafür, dass Friedrich nicht in diesem kritischen Momente einen neuen Angriff auf Oesterreich unternähme, dessen sich das isolierte Land nicht hätte erwehren können. Mit Argwohn und Besorgnis beobachtete, wie wir gesehen haben, König Friedrich die militärischen und finanziellen Reformen Maria Theresias, deren Endziel die Demütigung Preussen's war. Es galt für ihn, den Zeitpunkt zu benutzen, wo sich Oesterreich noch nicht finanziell von England unabhängig gemacht hatte. Man wusste in der Hofburg, dass der König von Preussen sehr gut allein den beiden Kaiserinnen im Kriege gewachsen sei ²⁾. An die Möglichkeit einer Allianz Oesterreichs und Russlands mit dem Versailler Hofe dachte Friedrich nicht. Dieses Bündnis war nach seiner Meinung auch völlig zwecklos, da Frankreich, das kaum für einen Feldzug die nöthigen Geldmittel besass ³⁾, unmöglich seinen Verbündeten mit Subsidien aushelfen konnte. Das völlige Verkennen der grossen Hülfsmittel, über die Frankreich trotz der herrschenden Misswirthschaft noch verfügte, war der grösste Irrtum Friedrichs in seiner Berechnung, der ihm später noch seine schwersten Stunden bereiten sollte.

Es war für Friedrich ohne Zweifel das natürlichste, wenn er den Krieg von Deutschland fern halten wollte, sich zuerst mit seinem Verbündeten zu verständigen, anstatt hinter dessen Rücken Verhandlungen mit England anzufangen. Als Knyphausen von der Absicht seines Monarchen, einen Vertrag mit dem englischen Könige abzuschliessen, unterrichtet wurde ⁴⁾, fasste er in einem längeren Berichte seine Ansichten über die Lage in Frankreich folgendermassen zusammen. In diesem Augenblicke könnten die Verbündeten des Versailler Hofes kaum auf Beistand zählen, weder König, noch Minister, noch die Pompadour seien für den Krieg eingenommen. Sobald aber der Monarch wieder Interesse an einer energischen Politik nach aussen gewinnen sollte, würden auch andere Persönlich-

¹⁾ Beer 348 u. 351. Anmerk., I. Bernis I. 259.

²⁾ Arneth IV. 429 (an Starhemberg, 27. März 56).

³⁾ St. A. (Knyphausen, 2. Oktbr. 55) und P. C. XI. 347 (21. Oktbr. 55).

⁴⁾ P. C. XII. 8 (3. Januar 56).

keiten im Ministerium den Ausschlag geben. Deshalb bat der Gesandte, keinen Vertrag mit England ohne Mitwirken Frankreichs einzugehen; letzteres werde sicherlich seine Zustimmung zu einer Neutralitätserklärung Deutschlands geben. Der König brauche nicht zu fürchten, zu einer Besetzung Hannovers von französischer Seite aufgefordert zu werden. Im Gegenteil, um alle Verwicklungen in Deutschland zu vermeiden, habe man in Versailles völlig hierauf verzichtet und werde sich auf den gegen die englischen Küsten gerichteten Plan des Marschalls Belle-Isle beschränken. Die Neutralitätserklärung Deutschlands werde nicht allein dem Könige und der Pompadour, sondern auch dem Minister Machault und dem Marschall Noailles zusagen. Im Interesse aller dieser Parteien liege die Beschränkung des Krieges mit England auf dem Meere. Knyphausen warnte vor geheimen Verhandlungen hinter dem Rücken des französischen Ministeriums, die das Vertrauen zu Friedrich stark erschüttern müssten ¹⁾. Die späteren Erklärungen von Rouillé und Nivernois zeigen, dass Frankreich ohne grosse Schwierigkeiten für die Neutralität Deutschlands zu gewinnen gewesen wäre. Es kann dies Friedrich nicht unbekannt geblieben sein. Wenn er trotzdem eine Verständigung mit England ohne Mitwissen seines Verbündeten suchte und gegen den englischen Vorschlag die Niederlande von seinem Abkommen ausschloss, so sind ihm die möglicher Weise daraus entstehenden Folgen nicht verborgen gewesen. Die Konvention von Westminster ist mit allen ihren Nachwirkungen als das Werk Friedrichs des Grossen anzusehen ²⁾.

¹⁾ P. C. XII. 69 (21. Januar 56).

²⁾ Broglie secret I. 122.

VIII.

Ankunft des Herzogs von Nivernois in Berlin.

Der Herzog von Nivernois verliess am 22. Dezember endlich Paris, um bei der Ungunst der Witterung erst am 7. Januar 1756 Leipzig zu erreichen, wo er sich mehrere Tage aufhielt. Ohne mit dem Grafen Broglie in Dresden zusammengekommen zu sein, wie Friedrich erwartet hatte ¹⁾, traf der Botschafter am 12. Januar mit seinem zahlreichen Gefolge in Berlin ein und nahm Quartier bei dem französischen Gesandten La Touche ²⁾.

Zwei Tage darauf, am 14. Januar, empfing König Friedrich den Botschafter in Audienz im königlichen Schlosse zu Berlin. Der Herzog hatte kaum in allgemeinen Ausdrücken die Komplimente seines Königs und der Marquise ausgerichtet, als Friedrich in seiner lebhaften Art die Unterhaltung übernahm und in einem dreiviertelstündigen Vortrage seine Ideen über die allgemeine Lage, besonders des Nordens Europas, auseinandersetzte ³⁾. Wenn der König es auch nicht offen aussprach, so entnahm doch Nivernois aus seinen Andeutungen, dass der Monarch bereits seit längerer Zeit mit England in Unterhandlungen stehe, dass er grosse Furcht vor Russland hege oder wenigstens solche affectire, und dass sich der Abschluss eines neuen Bündnisses nicht allzu leicht bewerkstelligen lasse, trotz des Anscheines, den sich der König gab, dieselben Feinde wie Deutschland zu haben. Besonders beunruhigte den Botschafter, dass der König nichts von der bevorstehenden Ankunft eines neuen englischen Gesandten erwähnte, obwohl das Gerücht davon schon allgemein in Berlin verbreitet war. Die Art, wie sich Friedrich ausdrückte, hat den Herzog mit Bewunderung erfüllt, trotzdem liess er sich nicht bewegen, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten. Noch reservierter benahm er sich gegen die Minister Podewils und Finkenstein; bei einem Diner im Hause des französischen Ge-

¹⁾ P. C. XI. 415 (6. Dezbr. 55).

²⁾ Perey, 360.

³⁾ Ranke XXX. 133.

sandten am 16. Januar verstand er als vollendeter Hofmann jedes Eingehen in ein politisches Gespräch zu vermeiden ¹⁾).

Nivernois beeilte sich nicht allzu sehr, um eine zweite Audienz beim Könige nachzusuchen, wohl nicht ohne Grund beeinflusst durch die Gerüchte, die ihm zu Ohren kamen. In der nächsten Audienz am 20. Januar überzeugte sich dann der Herzog, dass die Verhandlungen Preussens mit England weit vorgerückt seien. Der Abschluss des Subsidienvtrages Englands mit der russischen Krone habe Friedrich, nach seiner eigenen Erzählung, bewogen, im November 1755 auf die Vorschläge der Engländer, welche er früher zurückgewiesen, einzugehen. Der König machte den Botschafter mit seinem letzten Schreiben an Michell vom 16. Januar ²⁾ bekannt, ohne Zweifel um den Eindruck zu erzielen, wie sehr ihm an einer friedlichen Einigung Frankreichs mit England gelegen sei, die in Deutschland den Frieden bewahren werde. Er hasste, nach dem Berichte des Herzogs, die beiden Kaiserinnen; eine seltsame Furcht habe er daneben vor Russland und dessen furchtbaren Hilfsquellen ³⁾).

Friedrich bezweckte ohne Frage, in diesen ersten Audienzen bei Nivernois den Eindruck zu erwecken (wie dies auch Knyphausen in Versailles sollte), als ob nur der Wunsch, Deutschland vor dem Einmarsch einer russischen Armee zu bewahren, ihn zum Eingehen auf die englischen Forderungen bestimmt habe ⁴⁾. Aber trotz der Neutralitätskonvention muss Friedrich den ernstesten Willen gehabt haben, mit Frankreich im guten Einvernehmen zu bleiben. Es ist nie seine Art gewesen, auf aussichtslose Verhandlungen viel Zeit zu verschwenden. Er hat damals nicht geahnt, dass sein Abkommen mit England den Versailler Hof in ein Bündnis mit Oesterreich treiben werde. Dazu hielt er noch einige Zeit später den historischen Gegensatz der Häuser Bourbon und Habsburg für zu einschneidend ⁵⁾).

Um einen festen Leitfaden für seine Unterredungen mit Nivernois zu haben, brachte Friedrich eigenhändig die Ideen zu Papier, mit denen er seine Konvention mit England dem französischen

¹⁾ P. C. XII. 42 (17. Januar 56).

²⁾ P. C. XII. 35.

³⁾ Arch. des Aff. étr. (Nivernois, 22. Januar 56. Bei Perey, 368 ist ein Teil dieser Depesche gedruckt).

⁴⁾ P. C. XII. (3. Januar 56) und 32 (12. Januar 56).

⁵⁾ P. C. XII. 130 (21. Februar 56) und 205 (20. März 56).

Ministerium zu erklären suchte ¹⁾. Dieses Schriftstück darf aber nicht als ein Dokument der eigenen Meinung des Monarchen angesehen werden, wie dies bisher allgemein geschehen ist ²⁾. Stets hat Friedrich sorgfältig seine innersten Gedanken vor aller Welt geheim gehalten. Nach der Audienz vom 24. Januar lässt er aber durch Eichel dieses selbst geschriebene Blatt an Podewils übermitteln, damit sich dieser der gleichen Sprache gegen Nivernois bediene ³⁾. Auch Knyphausen rechtfertigte später mit denselben Gründen die Handlungsweise des Königs in Versailles. Der König suchte sein Verfahren mit der Ueberzahl seiner Gegner zu erklären, deren Truppen seinem Heere um das Doppelte überlegen seien. Die Kaiserin-Königin konnte aber keine 100,000 Soldaten in Böhmen und Mähren gegen Preussen aufstellen, wenn die zweifelhafte Haltung Frankreichs die in den Niederlanden und Italien liegenden Regimenter dort festhalten würde; ebensowenig stimmten die bei Russland und Hannover genannten Zahlen mit der wirklichen Ansicht des Monarchen überein. Die Streitkräfte Hannovers berechnete Friedrich Ende des Jahres 1756 auf 24,000 Mann ⁴⁾, und die Russen konnten nach ihm nicht mehr als 40,000 Mann ins Feld stellen. Mit keinem Worte nennt der König die sächsische Armee, welche in der Stärke von 18,000 Soldaten immerhin ins Gewicht fallen musste. Aber er hat auch vermieden, Sachsen in seine Gespräche mit Nivernois hineinzuziehen. Keine Andeutung darüber findet sich in der umfangreichen Korrespondenz des Botschafters, nur im Gespräch mit Podewils fand er einmal Gelegenheit, die Wünsche seines Landes wegen der Stellung Sachsens zu Preussen zu erwähnen ⁵⁾. In der nächstfolgenden Audienz vom 24. Januar gab endlich Friedrich dem Botschafter volle Aufklärung über den Vertrag, welchen er mit England einzugehen gedachte. Mit grosser Offenheit berichtete er über den Verlauf der Verhandlungen mit England unter Vorlegung der gesamten Korrespondenz mit Ausnahme der Privatbriefe an den Herzog von Braunschweig, die er nicht gut zeigen konnte ⁶⁾. Der König muss das Peinliche der Situation sehr empfunden haben; deutlich bemerkte der Botschafter,

¹⁾ P. C. XII. 49 (ohne Datum).

²⁾ Schaefer, Ranke, Koser, Broglie.

³⁾ P. C. XII. 48 (24. Januar 56).

⁴⁾ P. C. XIV. 122 (8. Dez. 56).

⁵⁾ P. C. XII. 158 (Podewils 29. Febr. 56).

⁶⁾ P. C. XII. 48 (21. Jan. 56).

wie schwer dem Monarchen das Bekenntnis seines Verfahrens gegen Frankreich wurde. Die Furcht vor Russland stellte er als die Ursache hin, die ihn zum Bunde mit England getrieben habe, obwohl er den König Georg nicht liebe. Aber leicht werde er wieder eine Gelegenheit zum Bruche des Vertrages finden. Er sprach sein Bedauern aus, dass von Frankreich im vergangenen Jahre die günstige Gelegenheit verpasst sei, Hannover seinem Vorschlage gemäss zu besetzen, damals hätte er ohne Besorgniss zu Gunsten seines Verbündeten eintreten können. Jetzt sei es dafür zu spät, dagegen seien die Niederlande von der Garantie des englisch-preussischen Vertrages ausgenommen. Der Gewinn dieser Provinzen, zu deren Vertheidigung das russische Heer nicht herangezogen werden könne, wöge für Frankreich reichlich den Verlust Kanadas auf. Friedrich wiederholte somit persönlich die Aufforderung, welche er bereits verschiedene Male durch Knyphausen dem Versailler Hofe hatte zugehen lassen. Wir verstehen seine Klage, es nicht in Frankreich mit einem Monarchen wie Ludwig den XIV. zu thun zu haben, sowie seinen Wunsch, endlich ein thatkräftiges Ministerium in Versailles am Ruder zu sehen. Ein Glück für Deutschland, dass Friedrichs Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen sind! Er würde sich einer Ausdehnung Frankreichs bis an den Rhein gegen entsprechende Konzessionen im Osten Deutschlands nie widersetzt haben.

Doch Nivernois war nicht die Persönlichkeit, auf diese leicht hingeworfenen Gedanken Friedrichs einzugehen. Er begnügte sich damit, nicht ohne Erfolg, das Raisonnement des Königs zu bekämpfen. Bereits in der ersten Audienz hatte er eine spöttische Bemerkung Friedrichs über die angeblichen Rechte Frankreichs in Nord-Amerika mit dem Einwurf erwidert, dass die des Königs auf Schlesien noch viel schlechter zu begründen seien. Der Nachweis wurde Nivernois nicht schwer, dass die Engländer, durch die Neutralitätserklärung Deutschlands der Sorge für Hannover enthoben, die dadurch ersparten Kräfte für die Vertheidigung des eigenen Landes und den Seekrieg verwerten könnten, wodurch ihre Ueberlegenheit auf dem Meere noch gesteigert werde. Man würde in Versailles ohne Bedenken in die Neutralität Deutschlands eingewilligt haben, wie es auch später Rouillé selbst erklärte¹⁾, wenn der König von Preussen die Nothwendigkeit dieses Schrittes für

¹⁾ P. C. XII. 93 (Knyphausen, 30. Jan. 56).

seine eigene Sicherheit dargestellt hätte; ja Frankreich würde sogar auf den Plan einer Besetzung Hannovers auf Wunsch seiner Verbündeten verzichtet haben. Der Botschafter bemühte sich nachzuweisen, dass Preussen in einer Allianz mit Frankreich den sichersten Schutz gegen die gemeinsamen Feinde finden werde, während ein englisches Bündniss für ihn weder schicklich noch nützlich sein könne ¹⁾. Die Einwendungen Friedrichs waren am Schlusse so schwach, dass Nivernois in seinem Berichte über die Audienz die Hoffnung aussprach, durch seine Vorstellungen den König zum Rücktritt von dem englischen Vertrage zu bewegen.

Es war aber für Friedrich bereits zu spät zur Umkehr! Am 25. Januar mittags kam der nach England geschickte Kurier mit dem am 16. d. Mts. dort von Michell unterzeichneten Vertrage zurück ²⁾. Der König liess 2 Tage später, am 27. Januar, den französischen Botschafter rufen, um ihn mit dem Geschehenen bekannt zu machen. Seine Verlegenheit suchte er durch Schelten auf die Engländer und namentlich auf deren König zu verbergen; er habe nicht geglaubt, dass ihn die Engländer so schnell beim Worte nehmen würden, er wünsche auch ferner den Franzosen alles Gute bei ihren Unternehmungen gegen England; ausführlich besprach er die von Marschall Belle-Isle geplante Landung an der englischen Küste, über die er durch Knyphausen unterrichtet war ³⁾. Auf solche Art werde Frankreich am schnellsten den Krieg beenden. Der König setzte so genau seine Gedanken auseinander, als ob er selber das Unternehmen zu leiten gedenke, ohne indes beim Botschafter Glauben zu finden. Dieser fasste vielmehr die Nichterwähnung des Prätendenten, mit dessen Anhängern die Franzosen bei einer Landung in England rechnen mussten, als ein Zeichen auf, dass die Verbindung des Königs mit den Engländern eine innigere sei, als er sich den Anschein geben wollte. Nivernois liess den König ruhig ausreden, nur von Zeit zu Zeit eine Bemerkung dazwischen werfend. Ihm war die Entdeckung höchst schmerzlich, dass der preussische Monarch im Dezember schon seinen Vertrag mit England ins Werk gesetzt hatte d. h. in dem Augenblicke, wo Friedrich von der erfolgten Abreise des Botschafters aus Paris in Kenntniss gesetzt wurde ⁴⁾.

¹⁾ *Peu decent et peu utile.*

²⁾ *P. C. XII. 54.*

³⁾ *P. C. XII. 44 (Knyphausen, 9. Januar 56).*

⁴⁾ *Arch. des Aff. étr. (Nivernois, 22, 25, 28, 31. Januar 56), Broglie IV. 14 u. s. w. (Revue 126), Ranke, XXX. 136.*

Der Herzog von Nivernois war erklärlicherweise nach diesen Ereignissen nicht mehr mit seiner Stellung in Berlin zufrieden ¹⁾. Die preussische Konvention mit England war in Versailles nicht vorgesehen in der Instruktion des Botschafters, der sofort bei Ein-sendung einer Kopie des Vertrages um neue Instruktionen bat ²⁾. Der stolze Hofmann verstand vor den Augen der Welt sein Miss-geschick zu verbergen und nahm keine Notiz von dem Gerede in Berlin, wo man ihn nach dem Bekanntwerden der Konvention von Westminster offen als den Düpierten bezeichnete ³⁾. Es blieb dem Botschafter ein Räthsel, ob wirklich in der Furcht vor einer Inva-sion Russlands, wie seine Anfrage an Broglie in Dresden zeigt, die Ursache dieser seltsamen Politik Friedrichs zu suchen sei ⁴⁾. Seine ganze traurige Stimmung enthüllt ein zweiter Brief an seinen Jugend-freund Broglie, der mit dem Satze schliesst »Schweigen sei für ihn unter den obwaltenden Umständen das Beste« ⁵⁾.

Der fernere Verbleib in Berlin wurde Nivernois sehr erleichtert durch das taktvolle Entgegenkommen Friedrichs und der könig-lichen Familie, die in dem Herzoge ausser dem Botschafter auch den Menschen und den Kunstfreund zu schätzen verstanden ⁶⁾. Dazu verfehlte nicht die Persönlichkeit des preussischen Monarchen auf den Herzog bei näherem Verkehr den tiefsten Eindruck zu machen ⁷⁾. So fand er sich, nachdem die erste Enttäuschung überwunden war, leichter in den Umschwung der politischen Lage, als er zuerst gedacht hatte. Dies hat den letzten französischen Gelehrten Broglie, der diese Zeit behandelt, bewogen, das Auftreten des Herzogs in Berlin einer scharfen Kritik zu unterziehen ⁸⁾.

¹⁾ Arch. des Aff. étr. (Nivernois, 3. Febr. 56).

²⁾ Arch. des Aff. étr. (Nivernois, 31. Janr. 56) u. P. C. XII. 68 (1. Febr. 56).

³⁾ Arch. des Aff. étr. (Nivernois, 14. Febr. 56).

⁴⁾ Perey, 384 (Nivernois an Broglie, 6 Febr. 56).

⁵⁾ Broglie secret I. 138 (Nivernois an Broglie, 20. Februar 56).

⁶⁾ P. C. XII. 132 (21. Februar 56).

⁷⁾ Broglie IV. 35 (Revue 126).

⁸⁾ Broglie, II. 28 und IV. 39 (Revue 125 und 126).

IX.

Eindruck des Vertrages von Westminster in Frankreich.

Die Nachricht vom Abschlusse des Vertrages von Westminster traf den Versailler Hof gänzlich unerwartet: war doch selbst Knyphausen in Unkenntnis gelassen worden. Einigen Andeutungen, die Starhemberg in den ersten Tagen des Januar über ein bevorstehendes englisch-preussisches Bündnis fallen liess, legte Rouillé nach den letzten Erklärungen des preussischen Gesandten keinen Glauben bei ¹⁾. Es konnte der französischen Politik nichts unangenehmeres begegnen, als dieses einseitige Abkommen Friedrichs mit England. Nach Empfang der letzten französischen Note vom 28. Dezember 1755, die zwar in keiner Weise den in der Hofburg gehegten Hoffnungen entsprach ²⁾, wollte Kaunitz auf die darin enthaltenen Bedingungen ein Bündnis mit Frankreich eingehen, auch wenn letzteres die preussische Allianz nicht lösen sollte ³⁾. Die einzige Gegenleistung, die man forderte, wenn in Versailles auf König Friedrich nicht verzichtet wurde, war die Aufnahme Russlands ⁴⁾. Auch sollte Starhemberg die Besetzung Hannovers durch die Franzosen mit der Motivierung bekämpfen, dass dadurch ein russisches Heer nach Deutschland gezogen würde ⁵⁾. Indem Kaunitz diese Weisungen erteilte, gab er seine ursprünglichen Ideen nicht auf; er suchte nur Zeit zu gewinnen und namentlich jede Wiederannäherung seines Landes an England zu verhindern ⁶⁾.

Als diese Depesche in Versailles eintraf, hatte sich dort die Lage gänzlich geändert. Knyphausen hatte am 20. Januar, gemäss seines Auftrages ⁷⁾, in einer Audienz Rouillé auf die Verhandlungen seines Monarchen mit England, die auf eine Neutralitätserklärung Deutschlands hinausliefen, hingewiesen. Er fand aus dem Munde des Ministers bestätigt, was er am Tage vorher als seine eigene

¹⁾ Arneth IV. 552 (8. Januar 56).

²⁾ Arneth IV. 405.

³⁾ Beer 338.

⁴⁾ Arneth IV. 412.

⁵⁾ Arneth IV. 407 u. 414.

⁶⁾ Beer 339.

⁷⁾ P. C. XII. 8 (3. Januar 56).

Meinung nach Berlin geschrieben hatte ¹⁾. Rouillé verkannte nicht die grossen Schwierigkeiten einer Besetzung Hannovers für sein Land. Durch eine Neutralitätskonvention Deutschlands werde Frankreich die durch einen gleichzeitig neben dem Seekrieg begonnenen Kampf auf dem Festlande bedingte Teilung seiner Streitkräfte vermeiden. Aber wenn man auch in Versailles wahrscheinlich fürs erste nichts in Deutschland unternehmen wolle, so dürfe man sich für die Zukunft bei der Ungewissheit des Seekrieges nicht im voraus die Hände binden ²⁾.

Erst nach dieser Unterredung erfuhr das französische Ministerium durch Londoner Briefe, dass König Friedrich im Begriffe stehe, mit England einen Vertrag einzugehen. Rouillé machte darüber dem preussischen Gesandten heftige Vorwürfe, er könne dem gut beglaubigten Gerüchte keinen Glauben beilegen. Mit der Hochachtung, die in Frankreich für den preussischen Monarchen gehegt werde, liesse sich der Gedanke nicht vereinigen, von diesem Verbündeten in dem Augenblicke verlassen zu werden, wo man seiner dringend bedürfe. Solle sich das Gerücht bestätigen, so werde Frankreich leicht Gelegenheit finden, für dieses Verfahren Vergeltung zu üben ³⁾.

Friedrich, der mit dem Auftreten seines Gesandten bei dieser Gelegenheit sehr zufrieden war, hat als sicher angenommen, dass die Franzosen nach Ueberwindung des ersten Verdrusses sich mit der vollendeten Thatsache zufrieden geben würden ⁴⁾. Bestärkt wurde er in dieser Ansicht durch die Sprache von Nivernois, die sehr abwich von der Art, wie sich Rouillé gegen Knyphaussen äusserte ⁵⁾. Zwei Thatsachen sollte letzterer in Versailles den Ministern vorhalten: die verspätete Ankunft von Nivernois in Berlin und den im Jahre 1752 zwischen Oesterreich und Spanien ohne Wissen Frankreichs abgeschlossenen Vertrag von Aranjuez. Der König von Preussen dürfe dasselbe Recht wie Spanien beanspruchen, frei nach eigenem Ermessen seine Bundesgenossen zu wählen, zumal sein Defensivvertrag mit Frankreich noch in diesem Jahre ablaufe. Die mit England geschlossene Konvention sei nur eine »affaire momentanée et précaire«, welche 60 000 Russen und dieselbe Zahl Oesterreicher von der französischen Grenze fern halte. Bereits frühere Schreiben

¹⁾ P. C. XII. 69 (19. Januar 56) Anm. 5.

²⁾ P. C. XII. 71 (Knyphausen, 23. Januar 56).

³⁾ P. C. XII. 71 (Knyphausen, 23. Januar 56).

⁴⁾ P. C. XII. 68 (2. Februar 56).

⁵⁾ P. C. XII. 133 (Eichel, 22. Februar 56. P. S.).

an Knyphausen haben diese für Frankreich vorteilhafte Seite der Konvention vom 16. Januar 1756 hervorgehoben ¹⁾. Jetzt unterbreitete der Monarch durch seinen Gesandten dem französischen Kabinett denselben Vorschlag, den er einige Tage zuvor dem Herzoge von Nivernois mündlich mitgeteilt hatte. Es sei nicht seine Absicht, durch den Neutralitätsvertrag Frankreich die Hände zu binden und es zu verhindern, einen Landkrieg zu unternehmen. Zwar das Kurfürstentum Hannover sei nun gedeckt; aber ohne Schwierigkeit könne ein französisches Heer die Niederlande als Aequivalent für Kanada besetzen. Mit Absicht habe er die österreichischen Besitzungen von dem Vertrage ausgenommen ²⁾.

Doch die Ereignisse entwickelten sich viel schneller am Versailler Hofe, als man in Potsdam bei der gewohnten Saumseligkeit Rouillés ahnen konnte. Friedrichs Depesche vom 3. Februar traf zu spät in Paris ein, die Entscheidung war dort bereits gefallen. In dem gleich nach der ersten Kunde von englisch-preussischen Verhandlungen an Nivernois gerichteten Briefe vom 22. Januar hoffte Rouillé, dass der preussische Herrscher, wie er durch Knyphausen versprochen, den Botschafter offen über den Gang der geheimen Verhandlungen mit England unterrichten werde ³⁾. Am 27. Januar hatte der Minister an seinem Empfangstage eine längere Unterredung mit Knyphausen über die inzwischen allgemein bekannt gewordene Konvention von Westminster ⁴⁾. Rouillé hielt sich in durchaus ruhigen Erörterungen über die Ueberraschung, welche dieser Schritt des Königs Friedrich in Frankreich bereitet habe. Letzterer müsse selbst am besten wissen, ob der Nutzen des neuen Vertrages den Schaden aufhebe, welcher ihm dadurch bei seinen gegenwärtigen und zukünftigen Verbündeten erwachsen werde. Man habe sicher darauf gezählt, dass in Potsdam nicht eine Allianz eingegangen werde, welche den Interessen Frankreichs widerspräche. Am meisten verdross es in Versailles, dass der Vertrag von Westminster in dem Momente abgeschlossen wurde, wo der erste Hofmann Frankreichs, Haupt einer der höchsten Familien, als ausserordentlicher Gesandter sich nach Berlin begeben hatte. Dem Herzoge von Nivernois, der persönlich für das preussische Bündnis eingetreten war, hätte diese Blamage erspart werden müssen. Friedrich habe um

¹⁾ P. C. XI. 455 (30. Decbr. 55) und XII. 51 (24 Januar 56).

²⁾ P. C. XII. 72 (3. Februar 56).

³⁾ Arch. des Aff. étr. (Rouillé, 22. Januar 56).

⁴⁾ Broglie IV. 19 (Revue 126).

so weniger Veranlassung zu seinem Vorgehen gehabt, als Nivernois ihn in keiner Weise zu Massregeln bestimmen sollte, welche die Sicherheit Preussens gefährdeten. Man wollte im Gegenteil den preussischen Monarchen gegen Angriffe der beiden Kaiserinnen möglichst sichern. Wenn Friedrich das französische Ministerium von der Notwendigkeit einer Neutralitätserklärung Deutschlands überzeugt hätte, so würde man in Versailles ohne Widerstreben seine Einwilligung hierzu gegeben haben. Rouillé wiederholte noch einmal seinen vor acht Tagen gemachten Ausspruch, der König von Frankreich habe augenblicklich nicht die Absicht, in die deutschen Verhältnisse einzugreifen, er dürfe sich aber nicht der Möglichkeit berauben, Hannover zu besetzen, wenn die auf der See und in den Kolonien begonnenen Unternehmungen nicht den erwarteten Erfolg haben würden. Allerdings seien die russischen Truppen durch die Konvention von Deutschland fern gehalten; aber die Engländer könnten die Regimenter ihrer deutschen Subsidiestaaten nach England überführen zur Deckung der durch den Marschall Belle-Isle bedrohten englischen Küsten. Der Minister hielt sein Urteil über den Vertrag zurück, bevor nicht genauere Nachrichten aus Berlin eingelaufen wären. Aber das bisherige Vertrauen dürfe er Knyphausen nicht eher wieder bezeigen, bis er über die Absichten des Königs von Preussen völlig aufgeklärt sei ¹⁾.

Als sich nun einige Tage später der Gesandte nach Versailles begab, um Rouillé mit dem Inhalt der königlichen Depesche vom 17. Januar bekannt zu machen, fand er den Minister wenig für die Idee Friedrichs, die Vermittlung zwischen England und Frankreich zu übernehmen, eingenommen ²⁾. Der Minister versprach, den Vorschlag seinem Herrscher zu unterbreiten, lenkte aber dann das Gespräch mit grösserer Erregtheit als das letzte Mal auf den Neutralitätsvertrag. Es sei sehr schmerzlich für Frankreich, in der augenblicklichen Konjunktur von seinem Verbündeten in Stich gelassen zu werden. Der König von Preussen habe seinen Abfall durch ein Bündnis mit dem einzigen Feinde Frankreichs noch verschärft. Nicht einmal dem Herzoge von Nivernois in Berlin werde volle Einsicht in die Lage gewährt; dessen letzte Depeschen ³⁾ enthielten nichts über die preussischen Verhandlungen mit England. In ähnlicher Weise äusserte sich der Minister Séchelles an dem-

¹⁾ P. C. XII. 93 (Knyphausen, 30. Januar 56).

²⁾ P. C. XII. 37.

³⁾ Vom 17. und 20. Januar 1756.

selben Tage. Man hätte in Versailles seine Einwilligung mit gewissen Einschränkungen gegeben, wenn sich der neue Vertrag in Wirklichkeit nur auf die Neutralität Deutschlands bezöge. Aber das Geheimnis, welches den Vertrag umgebe, müsse dem französischen Monarchen Verdacht einflössen, ganz abgesehen von der Lächerlichkeit, mit der jetzt die Sendung von Nivernois nach Berlin belegt sei ¹⁾.

In dieser Zeit war das englisch-preussische Bündnis allgemein in Frankreich bekannt geworden. Die Gegner Friedrichs frohlockten, die wenigen Anhänger, wie der Marquis d'Argenson, wurden verlacht ²⁾. Das Ministerium vermied, seine Empfindlichkeit zu zeigen, um die öffentliche Meinung nicht zu erregen, und obwohl man in Versailles sich durch die Konvention sehr verletzt fühlte, gab man sich den Anschein, an dem Abschluss des Vertrages Anteil zu haben. Auf das Ausland machte die ruhige, nüchterne Beurteilung der Konvention wohl einigen Eindruck ³⁾, aber die Pariser liessen sich durch offizielle Ausreden nicht beirren, und die Enttäuschung war um so grösser, als man sich von der Erneuerung der preussischen Allianz viel versprochen hatte ⁴⁾. Friedrich hatte eben nicht mit der nationalen Empfindlichkeit der Franzosen gerechnet, die gegen ihn durch die Stellung, welche der Gesandte der Nation jetzt in Berlin einnahm, erregt wurde.

Der österreichische Gesandte verstand aus diesem Umschwung in Frankreich sofort die grössten Vorteile zu ziehen. Nach Empfang der Depesche seiner Herrscherin von 27. Januar 1756 begab er sich am 3. Februar, dem Empfangstage der Minister, nach Versailles. Er traf Rouillé und Séchelles an, denen er die Gefahren des neuen Vertrages von Westminster auseinandersetzte. Bei der gänzlich veränderten Lage hatten die Befehle der Hofburg keinen Werth mehr; Starhemberg kam daher auf den ersten Plan zurück, den die österreichische Regierung im August des letzten Jahres in Versailles vorgeschlagen hatte ⁵⁾.

Die Lage von Rouillé war im höchsten Grade peinlich; er suchte die Bedeutung des Ereignisses für Frankreich möglichst abzuschwächen. Wenn man auch über die Form, wie der König von Preussen gehandelt habe, erzürnt sein könne, so sei für Frank-

¹⁾ P. C. XII. 105 (Knyphausen, 2. Februar 56).

²⁾ Broglie, IV. 22 (Revue 126).

³⁾ Beer, 340.

⁴⁾ P. C. XII. 119 (Knyphausen, 8. Februar 56).

⁵⁾ Broglie IV. 24 (Revue 126) u. Arneth IV. 416 (Starhemberg, 7. Febr. 56).

reich doch kein Anlass zur Unruhe vorhanden, nur gegen Oesterreich und Russland habe sich der Monarch decken wollen ¹⁾. Ganz anders drückte sich Rouillé am folgenden Tage (4. Februar) in einer Unterredung mit dem preussischen Gesandten aus: er halte seine eigene Meinung zurück, bis sich der authentische Text des Vertrages in seinen Händen befinde. Bei der heimlichen Art, mit der König Friedrich die Verhandlungen betrieben habe, sei der Argwohn nicht ausgeschlossen, dass der Vertrag geheime Artikel gegen die Interessen Frankreichs enthalte. Der König Ludwig habe allen Grund, über dieses hinter seinem Rücken geschlossene Abkommen im höchsten Grade erzürnt zu sein. Rouillé wiederholte die alten Vorwürfe über die Stellung Nivernois in Berlin, nicht weniger sei das Ansehen derjenigen erschüttert, die für eine möglichst enge Vereinigung beider Länder gestimmt und den König von Frankreich zu dieser Mission bewogen hätten. Er verstehe nicht, wie Preussen ruhig die Mitteilungen der geheimsten Pläne einer Regierung entgegennehmen könne, mit deren Feinden es bereits in Allianz sei ²⁾. An demselben Tage (4. Februar) war Bernis zum Diner bei Starhemberg geladen, der ihm, was er bei Rouillé unterlassen hatte, die zuletzt erhaltenen Instruktionen der Kaiserin vorlegte, um dadurch dem französischen Herrscher das Entgegenkommen seines Landes zu zeigen; als Grundlage der weiteren Verhandlungen schlug er, wie gegen Rouillé, das erste Projekt von Kaunitz vor. Bernis, zurückhaltender als Rouillé in seinen Aeusserungen, verzichtete höchst ungern auf seine eigenen Vorschläge und war bestrebt, jede Ueberstürzung zu vermeiden ³⁾. Seiner Meinung nach war die Allianz beider Länder die Hauptsache des Vertrages; Massregeln gegen Preussen wollte er erst in zweiter Linie gelten lassen ⁴⁾.

Ebenfalls kam es am 4. Februar in einer Sitzung der französischen Minister zu heftigen Erörterungen. Einzelne Stimmen verlangten, dass man auf jede weitere Verhandlung mit Preussen verzichten solle, da eine Fortsetzung derselben das Ansehen des Monarchen herabsetze; ja die Drohungen verstiegen sich so weit: man werde, nachdem der König von Preussen zweimal seinen Alliierten in Stich gelassen

¹⁾ Beer 340 (Starhemberg, 7. Febr. 56).

²⁾ P. C. XII. 115 (Knyphausen, 8. Febr. 56).

³⁾ »Il faut éviter de faire un trou à la lune« (Broglie IV. 26), (Revue 126).

⁴⁾ Beer 341 u. Arneth IV. 417 (Starhemberg, 7. Febr. 56).

habe, niemals wieder Vertrauen zu ihm fassen. Am Schlusse gewann eine ruhigere Stimmung die Oberhand. Man verkannte nicht die Bedeutung Preussens als Gegengewicht für Oesterreich, und dass man durch eine allzugrosse Empfindlichkeit sich nur schädigen könne. Der Marschall Belle-Isle hat die letztere Ansicht sehr beeinflusst; er allein wagte zu Gunsten der Erneuerung des Defensivvertrages mit Preussen zu sprechen. Ohne sein Eintreten wäre nach Knyphausens Meinung Nivernois sofort aus Berlin abberufen worden ¹⁾.

So erging am 5. Februar an Nivernois der Bescheid, trotz des Abschlusses des Vertrages von Westminster das Defensivbündnis von 1741 zu erneuern, wenn der König Friedrich alle Punkte der mit England geschlossenen Konvention gemäss Artikel 6 des noch bestehenden Bündnisses von 1741 offen darlegen würde. Man habe nicht geahnt, dass Preussen in dem Augenblick, wo ein französischer Botschafter sich nach Berlin begab, mit der einzigen Macht, die mit Frankreich auf Kriegsfuss stand, verhandeln werde. Der König Ludwig sei weder mit der Form noch mit dem Geheimnis zufrieden, deren man sich in Potsdam bei diesen Verhandlungen bedient habe ²⁾.

Aber die Unentschlossenheit in Versailles, die sich in dem vorliegenden Schreiben widerspiegelt, sollte keine 8 Tage anhalten. Die dem Herzoge von Nivernois am 29. Januar von Podewils überreichte ³⁾ Kopie des Vertrages von Westminster traf etwa am 8. Februar in Versailles ein, zugleich bat der Botschafter um neue Instruktionen ⁴⁾. Höchst wahrscheinlich, wenn es sich auch nicht nachweisen lässt, hat die genaue Kenntniss der Konvention vom 17. Januar 1756 den Ausschlag gegeben in dem kleinen Conseil, welches unter dem Vorsitze des Königs in diesen Tagen abgehalten wurde. Der Conseil glaubte sich durch das Verfahren Friedrichs berechtigt, auf den ersten Plan Oesterreichs zurückzugreifen. Bernis machte nach seiner Angabe allein Opposition, er hielt es für mehr angebracht, sich auf einen reinen Defensivvertrag mit Oesterreich zu beschränken und sich nicht in weitgehende Verhandlungen einzulassen. Aber er stand mit seiner Ansicht allein und hatte überdies den König gegen sich, der das Schicksal seiner Tochter und seines Schwieger-

¹⁾ P. C. XII. 119 (Knyphausen, 8. Febr. 56).

²⁾ Arch. des Aff. étr. (Rouillé, 5. Febr. 56).

³⁾ P. C. XII. 61.

⁴⁾ Arch. des Aff. étr. (Nivernois, 28. und 31. Januar 56) u. Perey 370.

sohnes, des Herzogs von Parma, zu sichern wünschte, was nur durch die Annahme des ersten Planes ermöglicht wurde ¹⁾. Wie bereits im September 1755 haben auch diesmal persönliche Motive den Ausschlag gegeben. Der Wille des Königs bestimmte das fernere Geschick des Landes. Bernis ist es sehr schwer gefallen, auf seine politischen Hoffnungen zu verzichten; ohne den Abschluss des Vertrages von Westminster wäre Preussen in den französischen Garantievertrag mit Oesterreich aufgenommen worden. Seine letzte Hoffnung aber, dass Nivernois Friedrich zum Rücktritte vom Bunde mit England bestimmen werde, erfüllte sich nicht; der preussische König wollte eben nach Bernis Ansicht den Krieg ²⁾.

Rouillé verbarg an dem nächsten Empfangstage (10. Februar) Knyphausen nicht seine Unzufriedenheit mit den einzelnen Artikeln der Konvention vom 17. Januar. Er verstehe nicht, so äusserte er sich privatim, wie Friedrich, nachdem er die Besitzungen Englands in Europa garantiert, auch die Bürgschaft für die französischen übernehmen könne, da beide Staaten kaum ihren Kampf auf Amerika beschränken würden. Der König von Preussen habe durch die erneute Bestätigung seines Vertrages mit England vom Jahre 1742 Frankreich völlig die Hände in Europa gebunden, das englische Ministerium habe das Recht, gegen alle französischen Unternehmungen die Hülfe Preussens anzurufen.

Es ging somit Friedrichs Hoffnung nicht in Erfüllung, durch Offenheit gegen Nivernois einen Umschwung der französischen Politik zu verhindern ³⁾. Gerade die exakte Mitteilung des Vertrages vom 17. Januar an Nivernois hat nach Knyphausens Meinung in Paris die Erbitterung gegen Friedrich und daneben die Bestürzung vermehrt ⁴⁾.

Als sich an demselben Tage (10. Februar) der österreichische Gesandte bei Rouillé einfand, bat dieser um genaue Instruktionen über den im August 1755 von Kaunitz vorgeschlagenen Vertrag, der vom Versailler Hofe als Grundlage der ferneren Verhandlungen angenommen sei ⁵⁾. Der Herzog von Nivernois ist in offiziellem Schreiben von den Entschlüssen des Conseils nicht in Kenntnis gesetzt worden. Am 12. Februar ersuchte ihn Rouillé um genauere

¹⁾ Broglie IV. 26 (Revue 126) und Bernis I. 260/261.

²⁾ Bernis I. 261. (Man darf aber nicht übersehen, dass Bernis Mémoires erst später geschrieben sind.)

³⁾ P. C. XII. 106 (14. Febr. 56).

⁴⁾ P. C. XII. 140 (Knyphausen, 13. Febr. 56).

⁵⁾ Broglie IV. 26 (Revue 126).

Mitteilungen über die einzelnen Artikel des Vertrages von Westminster, nach deren Inhalt sich ihr Monarch dann entscheiden werde. Der Botschafter möge deswegen trotz seiner angegriffenen Gesundheit in Berlin bleiben, bis Valori dort angelangt sei. Er werde sein Abberufungsschreiben erhalten, von dem er nach eigenem Ermessen Gebrauch machen könne. Falls sich die Ankunft Valoris verzögern solle, sei La Touche angewiesen, bei einer früheren Abreise des Botschafters auf seinem Posten in Berlin zu bleiben ¹⁾.

In seiner Antwort auf Rouillés Schreiben vom 12. Februar bemerkte Nivernois, er werde sich am folgenden Tage (21. Februar) als Gast des Königs nach Potsdam begeben und versuchen, dort alle Wünsche des Ministers auszuführen. Nicht eher werde man in Versailles auf eine Erneuerung der Allianz vom Jahre 1741 eingehen, bis der König von Preussen alle geheimen Paragraphen seiner Konvention mitgeteilt habe ²⁾.

Die verschiedenen Berichte Knyphausens über den Eindruck des Neutralitätsvertrages von Westminster in Frankreich haben König Friedrich in eine grössere Unruhe versetzt, als man bei ihm zu sehen gewohnt war. Nicht nur der Kabinettssekretär Eichel erwähnte diese Thatsache gegen Podewils ³⁾, auch dem französischen Botschafter entging nicht die ausserordentliche Erregung des Königs, welche er auf die heiklige Position Friedrichs ihm gegenüber zurückführte ⁴⁾. Die Entgegnung Friedrichs auf die in der Depesche Knyphausens vom 8. Februar enthaltenen Vorwürfe Rouillés darf man nicht als seine wahre Meinung ansehen, sondern als den Gesichtspunkt, von welchem die Franzosen sein Bündnis mit England betrachten sollten. Die scharfen Bemerkungen, mit denen der König Rouillés Ansichten kritisirte (er bittet den Gesandten, seine Aeusserungen zu mildern), zeigen die geringe Achtung Friedrichs vor den Fähigkeiten und dem Charakter des Ministers: nie hat er sich eine solche Sprache gegen den Herzog von Nivernois erlaubt. Dass es ihm aber Ernst war, mit Frankreich im guten Einvernehmen zu bleiben, beweist die Erklärung, er werde dem Botschafter den Neutralitätsvertrag mit allen seinen Annexen vorzeigen, damit sich

¹⁾ Arch. des Aff. étr. (Rouillé, lettre particulière, 12. Febr. 56. P. C. XII. 135 (Podewils, 21. Febr. 56).

²⁾ Arch. des Aff. étr. (Nivernois, 20. Febr. 56).

³⁾ P. C. XII. 113 (15. Febr. 56).

⁴⁾ Arch. des Aff. étr. (Nivernois, 14. Febr. 56) «agitation extraordinaire qui frappe tous ses familiers».

dieser von der Richtigkeit seiner Worte überzeugen könne. Es ist somit nicht der Zufall gewesen, der einige Tage später, am 22. Februar, Nivernois Gelegenheit gegeben hat, bei der Eröffnung der Kassetten, in denen die Originale des Abkommens vom 17. Januar enthalten waren, zugegen zu sein ¹⁾. Die Behauptung Rouillés, Preussen werde nie von England den Beistand wie von Seiten Frankreichs bei einem drohenden Angriffe Russlands und Oesterreichs zu erwarten haben ²⁾, widerlegte er mit dem Satze, dass er so lange nichts von diesen beiden Mächten zu befürchten habe, als er mit England gut stehe, dem Lande, ohne dessen Subsidien seine Feinde nichts gegen ihn ausrichten könnten ³⁾.

Die österreichischen Verhandlungen nahmen in Versailles unter des ihren Fortgang. Am 16. Februar gab Bernis dem Grafen Starhemberg im Namen seines Monarchen die Erklärung ab, mit der Kaiserin-Königin ein enges Bündnis eingehen zu wollen. Unter welchen Bedingungen man sich einigen möge, die gegenseitigen Verpflichtungen beider Länder müssten die gleichen sein. Frankreich werde nur dann dem Bündnisse mit Preussen entsagen, wenn Oesterreich dasselbe mit England thue. Der Abbé verlangte in Uebereinstimmung mit Rouillé und Séchelles möglichste Beschleunigung der Verhandlungen, da der König von Preussen auf die Zusammenkünfte aufmerksam werde ⁴⁾.

Am Tage nach dieser Unterredung zwischen Starhemberg und Bernis, am 17. Februar, fand sich Knyphausen auf Wunsch Rouillés in dessen Kabinett ein. Der Minister versicherte, dass er nicht in seiner Eigenschaft als Minister, sondern aus alter Anhänglichkeit um den Besuch des Gesandten gebeten habe. Sein Hof wünsche aufrichtig die Verlängerung des Bündnisses mit Preussen. Aber ein genaues Studium der Konvention vom 17. Januar habe ihn überzeugt, dass die Erneuerung des Defensivvertrages von 1741 unvereinbar sei mit den neuen vom preussischen Monarchen eingegangenen Verpflichtungen ⁵⁾. Nicht die Konvention vom 17. Januar erzeuge Bedenken, sondern die darin enthaltene Bestätigung des

¹⁾ P. C. XII. 162 (2. März 56).

²⁾ P. C. XII. 115.

³⁾ P. C. XII. 120 (17. Febr. 56).

⁴⁾ Arneth, IV. 417 u. 418. Broglie IV. 27 (Revue 126).

⁵⁾ Kurz vor dem Einmarsche Friedrichs in Sachsen wiederholte Rouillé, dass allein der Abschluss der Konvention von Westminster die Erneuerung des Bündnisses mit Preussen verhindert habe (St. A. Knyphausen, 3. Septbr. 56).

am 18. November 1742 zu Westminster geschlossenen Vertrages, dessen einzelne Artikel Preussen verpflichteten, die englischen Besitzungen in Europa vor jedem Angriff zu verteidigen und nach geschehener Aufforderung dem Könige Georg ein Hülfskorps von 10 000 Mann zu stellen, ja selbst erforderlichen Falls dem Angreifer den Krieg zu erklären. Rouillé wusste nicht, dass Friedrich sich durch diese Artikel in keiner Weise gebunden erachtete, sowie dass Gibraltar und Port Mahon durch einen geheimen Paragraphen von der Garantie Preussens ausgenommen waren. Unter diesen Verbindlichkeiten könne Friedrich unmöglich nach Rouillés Ansicht mit Frankreich ein Bündnis eingehen, da er nach dem 6. Artikel des genannten Vertrages von 1742 dem französischen Monarchen bei einem etwaigen Angriff desselben auf England eine Kriegserklärung übermitteln müsse. Das tiefe Misstrauen des französischen Ministeriums macht es erklärlich, dass Rouillé nach erhaltenen Berichten aus London der festen Ueberzeugung war, zwischen England und Preussen beständen ausser dem an Nivernois mitgeteilten Abkommen noch geheime Artikel. Bevor der König von Preussen nicht hierüber jeden Zweifel gehoben und dem Botschafter jede erwünschte Auskunft erteilt habe, sei an eine Erneuerung des Defensivbundes vom Jahre 1741 nicht zu denken. Sein Monarch erachte sich noch immer auf Grund des 1747 zwischen Schweden und Preussen unter Garantie Frankreichs auf zehn Jahre geschlossenen Vertrages mit dem preussischen Könige verbunden ¹⁾.

Wir dürfen uns durch diese scheinbar so freundschaftlichen Erklärungen Rouillés nicht täuschen lassen. Nach den letzten Starhemberg gemachten Eröffnungen war eine Erneuerung des Bündnisses zwischen Frankreich und Preussen ausgeschlossen. Es galt nur das Entgegenkommen Friedrichs und die Anwesenheit von Nivernois in Berlin auszunutzen, um sich in Versailles über den Thatbestand der englisch-preussischen Verhandlungen zu orientieren.

Dem preussischen Gesandten sind die zahlreichen Zusammenkünfte des österreichischen Gesandten mit den Ministern Rouillé und Séchelles nicht lange verborgen geblieben. Er liess sich nicht durch das Gerücht täuschen, es handele sich um Vermittlungsversuche der französischen Regierung zwischen der Regentschaft in Brüssel und dem Bischofe von Lüttich. In seinen Unterredungen mit Rouillé vom 10. und 17. Februar sondierte er den Minister

¹⁾ P. C. XII. 160 (Knyphausen, 22. Februar 56).

selber über die Gerüchte, die ihm zu Ohren gekommen waren. Letzterer leugnete beide Male in allgemeinen Ausdrücken, ohne sich in längere Auseinandersetzungen einzulassen. Aus der Haltung Rouillés entnahm Knyphausen, dass sein Verdacht nicht grundlos sei. Gelegentliche Aeusserungen einer eingeweihten Person deuteten an, dass Rouillé, Bernis, die Pompadour, der Abbé de la Ville und Graf Starhemberg an den Verhandlungen beteiligt seien, während die anderen Minister und der Graf Aubeterre in Wien, der eigentlich hätte unterrichtet sein müssen, davon ausgeschlossen waren ¹⁾. Diese Interpellationen waren Rouillé im höchsten Grade peinlich, um so mehr, da der preussische König nichts in seinen Unterredungen mit Nivernois hatte verlauten lassen ²⁾.

Friedrich haben diese Verhandlungen der Höfe von Wien und Versailles nicht sehr beunruhigt. Er war in der alten Tradition aufgewachsen, die ein Bündnis der Häuser Bourbon und Habsburg für unmöglich hielt. Die Kaiserin-Königin versuche ohne Zweifel, in Frankreich gegen ihn zu hetzen, aber ohne Aussicht auf sicheren Beistand der Russen werde Oesterreich nie ein französisches Heer nach Deutschland ziehen ³⁾. Frankreich selbst erwachse aus der vergrösserten Machtstellung Oesterreichs kein Vorteil; welche Arbeit habe es Richelieu gekostet, sein Vaterland zur führenden Macht in Europa zu erheben. Unmöglich sei die Verblendung des französischen Ministeriums so gross, um gegen die Interessen der eigenen Nation für das neue Haus Habsburg zu arbeiten ⁴⁾.

Am 21. Februar war der Herzog von Nivernois zu einem dreitägigen Aufenthalt in Potsdam eingetroffen. Am andern Morgen öffnete er selbst im Kabinett des Königs die Kästchen, welche die am 13. Februar in London ratifizierten Verträge enthielten ⁵⁾. Mit derselben Offenheit, der sich Friedrich im ersten schlesischen Kriege gegen die österreichischen Unterhändler in Schlein-Schnellendorf und Olmütz bedient hatte ⁶⁾, legte er jetzt dem Botschafter alle Dokumente vor und gewährte allen Aufschluss, den Rouillé einige Tage zuvor von dem preussischen Gesandten über das englisch-preussische Bündnis erbeten hatte. Der Monarch versicherte dabei auf sein

¹⁾ P. C. XII. 140 u. 160 (Knyphausen, 13. u. 22. Febr. 56).

²⁾ Arch. des Aff. étr. (Rouillé, 12. u. 19. Febr. 56).

³⁾ P. C. XII. 139 (24. Februar 56 an Klinggraeffen).

⁴⁾ P. C. XII. 130 (21. Februar 56 an Knyphausen).

⁵⁾ P. C. XII. 133 und Perey 390.

⁶⁾ Hist. de mon temps (Posner 250).

königliches Wort, nichts verschwiegen zu haben. Alles was in seinen mit England geschlossenen Verträgen über Deutschland hinausgehe, sei als Phrase anzusehen. Sein Abkommen mit England bezwecke nur Deutschland; er denke nicht daran, preussische Truppen nach England zu schicken, trotz des gegenseitig stipulierten Beistandes von 10 000 Mann. Aus dringender Notwendigkeit und gegen seine Neigung, um den Einmarsch einer russischen Armee nach Deutschland zu hindern, habe er die Konvention vom 17. Januar abgeschlossen ¹⁾.

Diese Erklärungen haben einen tiefen Eindruck auf den Herzog gemacht, der noch verstärkt wurde, als er nach seiner Rückkehr aus Potsdam bei dem Minister Podewils am 24. Februar die Originale der früheren Verträge Preussens mit England einsehen durfte. Von allen diesen Schriftstücken erhielt der Botschafter Abschriften, mit Ausnahme des einen Geheimartikels vom Jahre 1742, der Gibraltar und Minorca von der preussischen Garantie ausnahm ²⁾. Nivernois scheint nach seinem Aufenthalte in Potsdam für die Erneuerung des französischen Defensivvertrages mit Preussen gewonnen zu sein ³⁾. Allerdings können wir seine offene Meinung nicht mehr kennen lernen, denn die in der Depesche vom 27. Februar eingeschlossenen Privatbriefe des Botschafters an den König, die Marquise und den Minister liegen nicht vor. Wenn auch die Sprache Rouillés gegen Knyphausen noch sehr differierte mit den Aeusserungen des Herzogs, so glaubte doch Friedrich, dass des letzteren Schreiben, zumal bei seiner engen Verbindung mit der Pompadour, aufklärend in Versailles wirken müssten über seine eigenen durchaus friedlichen Absichten.

Friedrich schrieb, bestärkt durch andere Erzählungen in dem, was ihm Knyphausen berichtete, der Pompadour einen viel grösseren Einfluss zu, als sie in Wirklichkeit in der auswärtigen Politik ausübte. Daneben versprach er sich günstiges von der Freundschaft der Marquise für den Herzog von Nivernois ⁴⁾. Sie hatte es nicht versäumt, in ihrem an letzteren gerichteten Brief vom 28. Dezember 1755, bei Friedrich endgültig das Gerücht zu widerlegen, dass sie an der englischen Bank mit ihrem Vermögen beteiligt sei, wie der frühere

¹⁾ Arch. des Aff. étr. (Nivernois, 25. Februar 56), P. C. XII. 162 (2. März 56).

²⁾ P. C. XII. 145 (Podewils, 25. Febr. 56).

³⁾ P. C. XII. 133 (Eichel an Podewils, 22. Febr. 56) u. Perey 391 (Nivernois an Rouillé, 27. Febr. 56).

⁴⁾ P. C. XII. 51 (24. Januar 56. P. S.).

preussische Gesandte in Paris, Chambrier, ausgesprengt habe ¹⁾. Friedrich sprach durch Knyphausen der Pompadour nach den ersten Audienzen von Nivernois seinen Dank für die überbrachten Komplimente aus ²⁾. Er hoffte damals durch die Marquise von den Absichten der Minister unterrichtet zu werden und sich eventuell ihrer zum Ausgleich der Missstimmung am Versailler Hofe zu bedienen ³⁾. Wie aber Arneth hervorgehoben hat, tritt die Pompadour bei den politischen Verhandlungen sehr in den Hintergrund. Durch ihre Ernennung zur Palastdame versuchte sie ihre Stellung in der Öffentlichkeit wiederherzustellen und war für die Fortdauer des Friedens, da ein Krieg ihren Einfluss wieder erschüttern konnte ⁴⁾. Nach Knyphausens Berichten blieb auch nach ihrer Ernennung zur Palastdame ihr Einfluss auf den König und die Minister bestehen ⁵⁾; aber sie zeigte keine Neigung, dem preussischen Gesandten die erbetene Audienz zu bewilligen, liess ihm vielmehr sagen, dass Belle-Isle beauftragt sei, der Uebermittler ihrer Hochachtung für den König von Preussen zu sein ⁶⁾. Als letztes Mittel hatte Knyphausen einen eigenhändigen Brief des Königs in Erwägung gebracht, worauf dieser aber nicht eingehen wollte ⁷⁾.

Der Graf Starhemberg trat, ohne die Antwort aus Wien abzuwarten, nach der Unterredung vom 16. Februar mit Bernis in nähere Besprechungen über die Hauptpunkte der neuen Allianz. Er fand aber auch jetzt bei der gänzlich geänderten Lage eine grössere Meinungsverschiedenheit bei Bernis, als er vermuthet hatte. Von französischer Seite bestand man auf vollständige Reciprocität beider Mächte gegen England und Preussen. Umsonst bemühte sich der österreichische Gesandte, einen Unterschied zwischen der Politik Englands und der König Friedrichs nachzuweisen ⁸⁾. Ohne Vollmacht aus Wien wollte Starhemberg auf die Wünsche Frankreichs hierin nicht eingehen; er nahm deshalb am 23. Februar ein Billet

¹⁾ Perey hat S. 354 diesen Brief (datiert Sonntag, den 28.) abgedruckt, der in Leipzig dem Herzoge überbracht wurde. Broglie ergänzt IV. 32 unrichtiger Weise »février 1756«; der 28. Februar 1756 ist aber ein Sonnabend. Der Inhalt des Briefes würde nicht in diese Zeit passen.

²⁾ P. C. XII. 51 (24. Januar 55).

³⁾ P. C. XII. 98 (10. Februar 56).

⁴⁾ P. C. XII. 70 u. 195 (20 Januar u. 16. März 56).

⁵⁾ P. C. XII. 160 u. 170 (20. u. 23. Februar 56).

⁶⁾ Broglie IV. 32 (Revue 126) u. St. A. (Knyphausen, 15. März 56).

⁷⁾ P. C. XII. 164 (2. März 56).

⁸⁾ Arneth IV. 421.

von Bernis entgegen, in welchem dieser alle an die Vorschläge des Gesandten von ihm geknüpften Erklärungen als ungültig bezeichnete, wenn die Kaiserin-Königin nicht der von Frankreich gestellten Forderung auf gleiche Behandlung Englands und Preussens zustimmen werde. Erst jetzt konnten die beiden Unterhändler an die Besprechung der österreichischen Vorschläge gehen, aber zu irgend welchen Versprechungen, dass Frankreich an dem Kampf gegen Preussen teilnehmen werde, liess sich Bernis nicht verleiten, da man in Versailles keine Gegenleistungen Oesterreichs für den Seekrieg zu erwarten habe. Nie werde Frankreich mit eigenen Truppen König Friedrich bekriegen, es werde nur zugeben, vielleicht unter Gewährung von Subsidien, dass Schlesien mit Hülfe Russlands wieder in den Besitz der Kaiserin komme ¹⁾.

An diesem Standpunkte hat Bernis auch später festgehalten; nach seiner Ansicht war der Seekrieg die Hauptsache, der sich alles unterzuordnen hatte. Noch im November 1756 hat er sich dem Projekte des Kriegsministers Argenson widersetzt, mit allen Kräften den Krieg in Deutschland zu eröffnen; durch sofortige Stellung der vertragsmässigen Hülfsstruppen an Oesterreich sollten alle weiteren Forderungen abgeschnitten werden ²⁾. Im März 1756 war es Bernis Bestreben, durch möglichst schnellen Abschluss der österreichischen Allianz sein Vaterland aus der durch den Vertrag von Westminster geschaffenen Isolirung zu befreien ³⁾.

Man erkannte sehr gut in Wien die Zwangslage des Versailler Hofes. Kaunitz zählte auf sicheres Unterliegen Frankreichs in dem Kampfe mit England; als Entschädigung dann Hannover zu besetzen, wurden Franzosen durch die Neutralitätserklärung Deutschlands verwehrt ⁴⁾. Die österreichischen Diplomaten hatten Zeit, die Entwicklung der Ereignisse abzuwarten, erst im Frühjahr 1757 wollte man gegen König Friedrich losschlagen. Bis dahin hoffte Kaunitz den Defensivvertrag in Versailles abzuschliessen, er war aber nicht geneigt, den Franzosen eher Konzessionen in den Niederlanden zu machen, bis Schlesien und Glatz im Besitze der Kaiserin-Königin seien ⁵⁾.

¹⁾ Beer 341, Arneth IV 421—425, 27. Febr. 56, Broglie V 489 (Revue 126).

²⁾ Bernis I 296 u. 307.

³⁾ Bernis I 260.

⁴⁾ Arneth IV 419 u. 420 (Wien, 22. Februar 56).

⁵⁾ Arneth IV 427 u. 430 (Kaunitz 27. März 56).

Es stand dem Wiener Hofe immer die Möglichkeit offen, bei längerem Zögern Frankreichs, auf seine Bedingungen einzugehen, sich wieder dem Londoner Kabinett zu nähern. Aber man darf die Gefahren einer dadurch gegen Frankreich entstehenden europäischen Koalition nicht übertreiben, da Friedrich niemals mit Oesterreich in demselben Bündnisse geblieben wäre. Jede Annäherung Oesterreichs an England hätte Preussen gezwungen, wieder Anschluss an Frankreich zu suchen.

Einig waren Oesterreich und Frankreich in dem Bestreben, die vorhandenen Gegensätze aufzuheben, aber beide fassten den abzuschliessenden Vertrag ganz verschieden auf¹⁾. Die Schwierigkeiten für Kaunitz, mit seinen Forderungen durchzudringen, waren so bedeutend, dass man ihre Lösung bereits damals in Wien von einem eigenmächtigen Eingreifen des preussischen Monarchen erwartete²⁾.

¹⁾ Broglie, V. 500 (Revue 126).

²⁾ Beer 342 Anm. 2.

X.

Abbruch der französisch-preussischen Verhandlungen.

Die offenen und freien Erklärungen Friedrichs gegen Nivernois machten in Versailles nicht den von ihm gewünschten Eindruck. Man erkannte freilich, welch' geringen Wert der König von Preussen der Konvention von Westminster beilegte, und dass man bei dem geplanten Angriffe auf Mahon, das von dem englisch-preussischen Abkommen ausgeschlossen war, nicht ein Eingreifen Friedrichs zu befürchten habe.

Man verfiel aber auf Grund der Depeschen von La Touche und Nivernois in den verhängnisvollen Irrtum, den Wunsch Friedrichs, unter den alten Bedingungen den Vertrag von 1741 zu erneuern, auf seine Furcht vor den französisch-österreichischen Verhandlungen zurückzuführen ¹⁾. Erst der Einmarsch der Preussen in Sachsen zerstörte die Illusionen, die man sich in Frankreich über den Charakter des Königs von Preussen gebildet hatte. So erhielt infolge seines Berichtes vom 27. Februar der Herzog von Nivernois in einem eigenhändigen Briefe Rouillés ²⁾ vom 13. März den Befehl, ohne Abschluss eines neuen Vertrages nach Paris zurückzukehren. Als Ursache der Abreise solle der Botschafter seinen schlechten Gesundheitszustand anführen, der in der That manches zu wünschen übrig liess ³⁾. Eine persönliche Gereiztheit ist in dem Briefe von Rouillé nicht zu verkennen. Zwei Jahre habe man sich ohne Erfolg bemüht, das Bündnis mit Preussen zu erneuern. Wenn der König jetzt nach der Konvention vom 17. Januar die Erneuerung der Allianz wünsche, so glaube der französische Monarch das Recht der Vergeltung üben zu müssen. Man ahnte eben in Versailles nicht, wie wenig sich Friedrich überhaupt durch Verträge gebunden hielt, sobald das Interesse des Landes einen Wechsel in der Politik erforderte ⁴⁾. Friedrich wollte es seinerseits

¹⁾ Arch. des Aff. étr. (29. Febr. 56, an Nivernois).

²⁾ Der Brief jetzt gedruckt bei Perey. 391.

³⁾ Perey 375 u. Broglie IV. 38 (Revue 126).

⁴⁾ Test. politique v. 1752 (b. Lehmann 96) u. Posner (Redaktion v. 1746) 155.

nicht mit Frankreich verderben, da sehr leicht sich in späterer Zeit wieder Berührungspunkte finden konnten. Die Verhandlungen über einen neuen Vertrag mit Frankreich überliess er seinen Ministern, ein Beweis, wie wenig ihm momentan an einer Erneuerung des Defensivvertrages von 1741 gelegen war ¹⁾. Sein einziger gefährlicher Gegner blieb Oesterreich; Russland, durch innere Unruhen gelähmt, konnte durch englisches Gold oder einen Thronwechsel von Oesterreich getrennt werden.

Der lebhafte Geist Friedrichs II. verstand auch aus dem Umschwung am Versailler Hofe Nutzen zu ziehen, seine Aufregung über die geheimen Verhandlungen in Versailles hatte sich gelegt. Wenn Oesterreich gegen Sicherung der Niederlande das Kurfürstentum Hannover den Franzosen preisgab, dann fand sich für ihn Gelegenheit zu einem Konflikte mit Oesterreich ²⁾.

Seine Vermittlerrolle zwischen den beiden Westmächten ³⁾ behandelte Friedrich höchst nebensächlich, wenn es auch seinem Ehrgeize schmeichelte, als Schiedsrichter vor den Augen Europas dazustehen ⁴⁾. Von England war sehr wenig Entgegenkommen in den amerikanischen Streitfragen zu erwarten ⁵⁾, und Rouillé hatte von Anfang an seine Gleichgültigkeit gegen das Anerbieten des preussischen Monarchen nicht verheimlicht ⁶⁾. Wenn Friedrich trotzdem seine Rolle weiterspielte, so that er es, um der öffentlichen Meinung ein sichtbares Zeichen seiner Friedensliebe zu geben.

Mit grösserer Ruhe sah er einer künftigen Allianz der Höfe von Wien und Versailles entgegen, als Rouillé und Nivernois vermuteten ⁷⁾. Nach seiner Annahme täuschten sich die Oesterreicher gewaltig, wenn sie von Frankreich Hülfe im Kriegsfall erwarteten ⁸⁾. Klinggraeffen erhielt eine energische Abfertigung auf sein Schreiben vom 21. Februar, in dem er von kriegerischen Auspizien des Wiener Hofes redete. Hierfür glaubte Friedrich die Jahreszeit zu wenig vorgeschritten; ferner, um das für die Rüstungen erforderliche Geld zu beschaffen, konnten nur zwei Annahmen in Betracht kommen, —

¹⁾ P. C. XII. 175 (7. März) und 176 (8. März 56).

²⁾ P. C. XII. 108 (14. Febr. 56 an Knyphausen) und 165 (2. März 56 an Klinggraeffen).

³⁾ P. C. XII. 35 (15. Jan. 56 an Michell) u. 37 (17. Jan. an Knyphausen).

⁴⁾ P. C. XII. 125 (19. Febr. 56).

⁵⁾ P. C. XII. 146 (26. Febr. 56).

⁶⁾ P. C. XII. 105 (Knyphausen, 2. Febr. 56).

⁷⁾ Arch. des Aff. étr. (Nivernois, Berlin, 9. März 56).

⁸⁾ P. C. XII. 370. (31. Mai 56, an Klinggraeffen).

entweder empfangen die Kaiserin bedeutende Summen von einer fremden Macht, was der König nicht für wahrscheinlich hielt, oder sie habe seit längerer Zeit einen Staatsschatz gesammelt, dem aber alle Berichte widersprachen ¹⁾).

Bei der Dürftigkeit der Depeschen von Klinggraeffen, die sich auf die Wiedergabe von Bedientenklatsch beschränkten ²⁾), und da ausserdem Maltzahn aus Dresden keine Aufklärungen über Frankreich und Oesterreich geben konnte ³⁾), sah sich Friedrich auf die Berichte Knyphausens angewiesen. Freilich in den innersten Kern der Versailler Verhandlungen vermochte letzterer nicht zu dringen. Auch war der Beamte im französischen Ministerium, Bussy, durch den Friedrich am meisten zu erfahren hoffte, in die neueste Wendung der Politik nicht eingeweiht ⁴⁾); es findet sich keine Spur, dass Bussy weitere Mitteilungen Knyphausen gemacht hätte. Am Hofe, besonders aber im Heere, war noch immer eine starke Partei im Interesse Preussens thätig, da es für das französische Offiziercorps nur einen Krieg gab, und diesen gegen den alten Gegner Oesterreich. Dennoch kündeten verschiedene Zeichen einen Umschwung der Auffassung in Versailles an. Besonders schwerwiegend war eine Aeusserung des Marschalls Belle-Isle, der noch vor vier Wochen für den Verbleib von Nivernois in Berlin eingetreten war: der König von Preussen werde einst bereuen, sich mit England eingelassen zu haben, falls man in Versailles auf die Anerbietungen des Wiener Hofes eingehe ⁵⁾). Knyphausen fasste richtig den Kern der geheimen Konferenzen in Versailles dahin zusammen, dass es sich bis jetzt nur um einen einfachen Freundschaftsvertrag beider Mächte handle. Der Wiener Hof hoffe dabei den Bruch zwischen Frankreich und Preussen nach Möglichkeit zu erweitern. Von französischer Seite sei mit diesem Vertrage die Absicht verknüpft, den König von Preussen in strenger Neutralität zu halten und jeden Beistand, zu dem er sich gegen England verpflichtet habe, zu verhindern. Knyphausen war zu sehr in den alten Traditionen aufgewachsen, als dass er der Vermutung Raum geben konnte, dass es Oesterreich zu einem völligen Bruche mit England kommen lassen werde. Andererseits habe am Versailler Hofe die österreichische

¹⁾ P. C. XII. 165 (2. März 56).

²⁾ P. C. XII 195.

³⁾ P. C. XII 193 (14. März 56).

⁴⁾ C. XII. 189 (Knyphausen, 1. März 56).

⁵⁾ P. C. XII 189 (1. März 56. Knyphausen).

Allianz eine ansehnliche Partei gegen sich, wie nicht minder die alte Unentschlossenheit des Ministeriums einer thatkräftigen Politik im Wege stehen werde. Bei dem Mangel an innerer Geschlossenheit werde man in Versailles zu keiner Entscheidung schreiten ¹⁾. Wenn Knyphausen seinen Monarchen auf den Herzog von Nivernois hinwies, um Näheres über die französischen Verhandlungen mit Starhemberg zu erfahren ²⁾, so konnte dieser noch weniger eine befriedigende Auskunft geben. Man braucht nicht an der Erklärung des Herzogs zu zweifeln, dass ihm die gegenwärtige Lage am Versailler Hofe nicht genügend bekannt sei; er bestätigt nur, dass sein Hof die vor vier bis fünf Jahren von Wien aus gemachten Anerbietungen in höflicher Form zurückgewiesen habe ³⁾.

Die weiteren Verhandlungen des Herzogs von Nivernois sind ohne Bedeutung. Erst am 9. April verabschiedete er sich in Potsdam in freundlichster Weise von dem preussischen Monarchen. Kurz vorher war der Nachfolger von La Touche, Valori, in Berlin eingetroffen und nahm seine alte Stellung, in der er sich früher allgemeines Vertrauen erworben hatte, unter den schwierigsten Umständen wieder ein. Der Herzog von Nivernois konnte ihm die nötigen Instruktionen nicht geben ⁴⁾, da sich das alte Verhältnis zu Preussen in den letzten Monaten gänzlich geändert hatte. Wenn König Friedrich auch mit Herzlichkeit seinem alten Freunde entgegenkam, die frühere Stellung am Hofe erlangte Valori nicht wieder.

Friedrich begann in dieser Zeit gegen England dieselbe Politik, welche er jahrelang gegen Frankreich betrieben hatte. Er benutzte die ihm aus Paris zukommenden Meldungen über französische Rüstungen an der niederländischen Grenze, um auf die englischen Minister einen gewissen Druck auszuüben. Mit Befremden bemerkte der König, dass die Engländer der russischen Allianz nicht so sicher waren, wie er angenommen hatte. In einer für den englischen Minister Holdernesse bestimmten Depesche vom 11. März, der ersten wichtigen nach längerer Pause, trieb er das Kabinett von Saint-James an, in Petersburg und Konstantinopel den feindlichen Gegenminnen nicht zu weichen. Obwohl Knyphausen nur von eventuellen

¹⁾ P. C. XII. 189 (1. März 56. Knyphausen).

²⁾ P. C. XII. 179 (27. Febr. 56).

³⁾ Arch. des Aff. étr. (Berlin 9, III. 56) und P. C. XII. 179 (9. März 56).

⁴⁾ Valori, Mémoires II. 10 (3. April 56).

Demonstrationen der Franzosen gegen Holland geschrieben hatte, ohne die Stärke der Truppen anzugeben, so benachrichtigte Friedrich doch das englische Ministerium von vertraulichen Abmachungen des Wiener Hofes mit Versailles, die den Franzosen erlauben sollten, ungehindert mit einem Korps von 40—50 000 Mann das Kurfürstentum Hannover zu bedrohen, während Preussen gleichzeitig durch eine österreichische Armee an der vertragsmässigen Hülfeleistung verhindert werden solle. Doch war der König so vorsichtig, für diese Nachrichten keine Garantie zu übernehmen ¹⁾. Er lenkte auch in dem nächsten Schreiben an Michell wieder etwas ein, es werde wohl in diesem Jahre nur zu kriegerischen Demonstrationen kommen ²⁾.

Durch den Prinzen Ferdinand von Braunschweig wurden diese Gerüchte an den Hof in Braunschweig und damit auch nach Hannover übermittelt. Daneben musste die Bitte um schleunige Sendung des neuen Gesandten Mitchell, während sich Nivernois noch in Berlin aufhielt, das englische Ministerium überzeugen, dass der König an der Konvention vom 17. Januar festhalten werde ³⁾.

Mitchell sollte sich für eine Annäherung Preussens an Russland der Vermittlung Englands bedienen ⁴⁾; aber trotz der günstigen Nachrichten, die Friedrich hierüber aus England zungen, äusserte er sich schon im April höchst misstrauisch über die Haltung des russischen Hofes ⁵⁾ und liess es an Warnungen an das englische Ministerium noch vor der Ankunft des neuen Gesandten nicht fehlen ⁶⁾. Viel weniger als das englisch-russische Verhältnis beunruhigten Friedrich die Verhandlungen der Höfe von Wien und Versailles. Er schloss sich der Meinung Knyphausens an, dass der französische Vertrag mit Oesterreich ohne grosse Bedeutung bleiben werde ⁷⁾, da ein Uebereinkommen der beiden alten Rivalen zu nichts Solidem und Festem führen könne ⁸⁾.

Die Ausführungen Knyphausens, dass sich Frankreich auf den Seekrieg beschränken wolle, wenn auch eine Partei am Versailler

¹⁾ P. C. XII. 178 (Knyphausen, 27. Februar 56) und 183 (11. März 56).

²⁾ P. C. XII. 194 (16. März 56).

³⁾ P. C. XII. 183 (11. März 56).

⁴⁾ P. C. XII. 203 (20. März 56).

⁵⁾ P. C. XII. 236 (11. März 56).

⁶⁾ P. C. XII. 261 (13. April 56).

⁷⁾ P. C. XII. 215 (23. März 56).

⁸⁾ P. C. XII. 209 (20. März 56 u. 240 (3. April 56).

Hofe für den Landkrieg sei ¹⁾, fanden ihre Bestätigung durch eine Bemerkung Nivernois', dass die Pompadour gemeinsam mit ihrem Anhang im eigenen Interesse den Krieg auf jeden Fall vermeiden wolle ²⁾. An die Möglichkeit, dass Frankreich etwa offensiv gegen ihn vorgehen könne, dachte Friedrich nicht. Die Bemühungen des Versailler Hofes, Preussen durch die Allianz mit Oesterreich in seinen jetzigen Grenzen zu halten, werde ihn aber zu einer engeren Allianz mit England nötigen ³⁾. Wo aber konnten die Franzosen Entschädigung suchen, wenn ihre Unternehmungen zur See bei der Ueberlegenheit der englischen Flotte missglücken sollten? Die Absicht der Engländer, ihre deutschen Subsidentruppen zur Verteidigung der Küsten nach England zu überführen, durchkreuzte die Pläne Belle-Isle', die auf eine Invasion der englischen Inseln gerichtet waren ⁴⁾. Durch die Konvention vom 17. Januar war Hannover gedeckt, nur die Niederlande blieben Frankreich zur Verfügung, deren Besetzung sich aber das französische Ministerium durch seinen Bund mit Oesterreich versperrt hatte ⁵⁾.

Friedrich hätte am liebsten gesehen, wenn der Wiener Hof unter Verzicht auf jede Einmischung in den Krieg der Westmächte sich freie Hand gegen Preussen vorbehalten hätte. In diesem Falle verlöre er nicht viel, da er nie auf den Beistand Frankreichs in einem Kriege gegen die österreichische Kaiserin gezählt hatte. Aber der Wiener Hof werde sich, ohne des Beistandes der Russen sicher zu sein, nicht gegen ihn erklären, freilich stehe darüber eine Entscheidung noch aus ⁶⁾.

So haben die Ansichten Friedrichs, je nach den empfangenen Nachrichten, geschwankt, ob es im laufenden Jahre zum offenen Kriege in Europa kommen oder bei kriegerischen Demonstrationen bleiben werde ⁷⁾. Aus dieser Ungewissheit wurde er auch nicht durch den Abschluss des Vertrages von Versailles zwischen Frankreich und Oesterreich befreit.

¹⁾ P. C. XII. 240 (Knyphausen, 22. März 56.).

²⁾ P. C. XII. 195 (16. März 56.).

³⁾ P. C. XII. 209 (20. März 56.).

⁴⁾ P. C. XII. 170 (22. Febr. 56. Knyphausen).

⁵⁾ P. C. XII. 225 (27. März 56.).

⁶⁾ P. C. XII. 180 (19. März 56) und 190 (13. März 56.).

⁷⁾ P. C. XII. 196 (10. März 56) und 243 (6. April).

XI.

Friedrichs Politik im Mai und Juni 1756.

Im Laufe des April nahmen die geheimen Verhandlungen in Versailles einen schnelleren Verlauf, nachdem die Erkrankung Bernis Ende März eine dem Grafen Starhemberg sehr ungelegene Verzögerung herbeigeführt hatte. Es lag auch dem französischen Ministerium sehr viel daran, sobald als möglich durch den Anschluss an Wien Frankreich aus der Isolierung zu befreien, in die es durch die Konvention von Westminster versetzt worden war ¹⁾. König Ludwig brachte durch sein eigenes Auftreten für diesen Augenblick die Opposition des Kriegsministers Argenson zum Schweigen, der das neue Bündnis als den Beginn eines allgemeinen Krieges erklärt hatte. So wurde in der Sitzung des Conseils, die am 19. April, dem Ostermontage, stattfand, ohne Widerstand die Allianz mit Oesterreich angenommen. Der Marschall Noailles, der am 13. April sich aus dem Staatsdienste zurückgezogen hatte, wies nur auf die Bedeutung des Westphälischen Friedens hin, dessen Wert für Frankreich in dem Schutze der kleinen deutschen Staaten gegen Oesterreich beruhe ²⁾. In den folgenden Tagen setzten Bernis und Starhemberg unter Zuziehung Rouillés die einzelnen Paragraphen der beiden Traktate fest, die am 1. Mai von den drei genannten Ministern unterzeichnet wurden. Am folgenden Tage bereits bestätigte der König Ludwig den Vertrag, den er stolz als sein eigenes Werk im vertrauten Kreise bezeichnete ³⁾.

Gleichzeitig überreichte Bernis dem österreichischen Gesandten die Erwiderung seines Herrschers auf die letzten Erklärungen der Kaiserin ⁴⁾. Starhemberg ist nach Angabe Bernis, der sich selbst als Verfasser der Denkschrift bezeichnete ⁵⁾, nicht sehr zufrieden mit dem Inhalt derselben gewesen. Obgleich Bernis voraussah, dass er dadurch den Fortgang der Verhandlungen mit Wien erschweren werde, stellte er doch als Grundsatz seines Monarchen

¹⁾ Broglie V. 483 (Revue 126).

²⁾ Broglie V. 497 (Revue 126).

³⁾ Boutaric I. 76.

⁴⁾ Arneth IV. 445.

⁵⁾ Bernis I. 270.

auf, dass er in keine offensive Massregel gegen Preussen einwilligen werde, ausser, wenn Friedrich als erster den Aachener Frieden brechen sollte ¹⁾. England war einmal der wirkliche Feind Frankreichs ²⁾; um diesen ungehindert durch kriegerische Konflikte auf dem Festlande bekämpfen zu können, waren die französischen Staatsmänner auf die Anerbietungen Oesterreichs eingegangen. Es galt also nun für die französische Politik nach Möglichkeit in Europa allem vorzubeugen, was den Wiener Hof ermächtigen konnte, den im Vertrage von Versailles stipulierten gegenseitigen Beistand in Anspruch zu nehmen.

Da in dieser Zeit Knyphausen immer mehr die Fühlung mit den ausschlaggebenden Persönlichkeiten des Versailler Hofes verlor, so ist der König von Preussen völlig im unklaren geblieben über den Fortgang der österreichisch-französischen Verhandlungen. Nach Abschluss des Vertrages äusserte er noch die Ansicht, dass Frankreich nie so verblendet sein werde, sich selbst durch Annahme der Neutralität der Niederlande zu schädigen ³⁾. Weil er keine Nachrichten mehr erhielt, glaubte er die Verhandlungen Oesterreichs mit Frankreich unterbrochen ⁴⁾.

Erst eine Depesche Knyphausens vom 7. Mai unterrichtete den König von dem bevorstehenden Abschluss des geheimen Vertrages. Gleichzeitig enthielt das Schreiben die wichtige militärische Meldung, dass um 48 Bataillone die Truppen in der Normandie vermehrt werden sollten. Diese Massregel bestärkte den Gesandten in seiner bereits früher geäusserten Ansicht, dass der Hof von Versailles seine ganze Macht gegen England verwenden wolle und weder Holland noch Hannover etwas zu befürchten hätten ⁵⁾. Acht Tage später versicherte er auf das Bestimmteste, dass man in diesem Jahre nichts gegen Hannover unternehmen werde ⁶⁾. Um England zu beunruhigen, sollten im Laufe des Sommers verschiedene kleine Lager entlang der atlantischen Küste von Calais bis Isle de Ré errichtet werden, deren Zahl in einem späteren Schreiben auf

¹⁾ Bernis I. 271.

²⁾ Bernis I. 269.

³⁾ P. C. XII. 311 (4. Mai 56, an Knyphausen).

⁴⁾ P. C. XII. 309 (4. Mai 56, an Michell).

⁵⁾ St. A. (Knyphausen, 7. Mai 56 immed.).

⁶⁾ St. A. (Knyphausen, 14. Mai 56 immed.) »je crois maintenant pouvoir assurer à V. M. de la manière la plus positive que l'intention n'est point de rien entreprendre cette année contre l'électorat d'Hanovre ni aucun des états de l'Empire«.

11 angegeben wird ¹⁾). Diese Depeschen haben einen tiefen Eindruck auf Friedrich gemacht; er war jetzt überzeugt, wie er auch Mitchell, dem neuen englischen Gesandten, bekannte, dass Frankreich in diesem Jahre kein Heer nach Deutschland senden werde, und er kalkulierte richtig, dass dann auch der Wiener Hof sich ruhig verhalten werde ²⁾). Ueber Russland war der König durch die Versicherungen Mitchells, die durch ein Schreiben Michells bestätigt wurden ³⁾, dass man in London der Russen sicher sei, beruhigt worden. Friedrich legte daher den Nachrichten über russische Rüstungen kein Gewicht bei, wenn er auch wusste, dass der englische Gesandte in Petersburg schlecht angeschrieben war ⁴⁾. Andererseits hatte er mit Genugthuung erfahren, dass auch die spanische Vermittlung zwischen England und Frankreich erfolglos geblieben war ⁵⁾. »Sie wollen von beiden Seiten den Krieg« schrieb der König eigenhändig am 15. Mai an Eichel ⁶⁾. Es galt nun für Friedrich, dieses Feuer nicht all zu schnell wieder erlöschen zu lassen. Getreulich wurde deshalb Mitchell von dem Fortgang der französischen Rüstungen unterrichtet. An demselben Tage, wo Friedrich Knyphausen um Auskunft ersuchte, ob im nächsten Jahre ein Einfall der Franzosen in Hannover zu erwarten sei ⁷⁾, theilte er diese Möglichkeit als seine private Ansicht dem englischen Gesandten mit: die voraussichtliche Niederlage der Franzosen in Amerika und auf Minorca werde sie zur Besetzung Hannovers zwingen ⁸⁾.

Bei der Kunst Friedrichs, seine wirkliche Meinung in sich selbst zu verschliessen, wird man nie erfahren, was in seinem Innern in dieser Zeit vorgegangen ist. Jedenfalls zeigen die damals an seine Gesandten in Wien und Paris gerichteten Schreiben, dass er glaubte, im kommenden Sommer keine von aussen kommende Veranlassung zum Kriege zu haben. In den letzten Tagen des Mai äusserte sich Friedrich gegen Klinggraeffen, dass in diesem Jahre nichts vom Wiener Hofe für ihn zu befürchten sei, der

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 21. Mai 56 immed.).

²⁾ P. C. XII. 363 (25. Mai 56 an Klinggraeffen).

³⁾ P. C. XII. 359 (Michel, 11. Mai 56).

⁴⁾ P. C. XII. 360 (25. Mai 56).

⁵⁾ P. C. XII. 347 (Knyphausen, 10. Mai 56).

⁶⁾ P. C. XII. 335.

⁷⁾ P. C. XII. 354 (24. Mai 56).

⁸⁾ P. C. XII. 368 (29. Mai an Knyphausen).

Gesandte möge aber scharf beobachten, ob im nächsten Jahre Oesterreich die Franzosen zum Einmarsch nach Deutschland auffordern werde ¹⁾, und deshalb in den Herbstmonaten September, Oktober, November auf der Hut sein ²⁾.

Um England zu einer energischen Kriegführung anzutreiben, liess er am 2. Juni ein Immediat-Schreiben Knyphausens vom 24. Mai Mitchell vorlegen, nach welchem Spanien nach der Eroberung Minorcas durch die Franzosen sich leicht zu Gunsten Frankreichs erklären könne. Den vereinten Kräften beider Staaten dürfte England kaum widerstehen können. Eine kräftige Offensive Englands werde dem allein abhelfen, besonders da die Sache Frankreichs im Mittelmeere und in Amerika einen guten Fortgang zu nehmen scheine ³⁾. Eichel äussert diesmal in seinem Begleitschreiben gegen Podewils ausnahmsweise eine andere Ansicht. Es sei nach seiner Meinung nicht angebracht, nachdem soeben die Kriegserklärung erfolgt sei ⁴⁾, derartiges in London vorzubringen. Jetzt könne man noch an Frieden denken, da man in Paris trotz der sehr günstigen Situation ernstlich wünsche, den Frieden zu bewahren ⁵⁾.

Der König hatte daneben die Hoffnung auf einen Umschwung in Versailles noch nicht aufgegeben. Knyphausen sollte ihn aufklären, ob die Verstimmung der Franzosen wegen der Konvention vom 17. Januar fort dauere. Was Frankreich in Petersburg unternehmen wolle, könne er nicht begreifen; denn so ganz und gar würde sich der Versailler Hof doch nicht wegwerfen, dass er auch dort für Wien arbeitete ⁶⁾. Er gab zu, dass man am russischen Hofe auf England nicht besonders gut zu sprechen sei; aber bei seiner tiefen Verachtung für die russischen Zustände war er überzeugt, dass die Habgier, welche von Oesterreich nicht befriedigt werden konnte, den Hof der russischen Kaiserin, besonders den Kanzler Bestushew an England fesseln werde ⁷⁾. Selbstverständlich wurde Mitchell auf die geheimen Umtriebe Frankreichs in Russ-

¹⁾ P. C. XII. 363 (25. Mai 56).

²⁾ P. C. XII. 368—370 (an Knyphausen, 29. Mai, an Klinggraeffen, 29. Mai und 31. Mai).

³⁾ P. C. XII. 375 (2. Juni 56).

⁴⁾ 17. Mai 56.

⁵⁾ P. C. XII. 373 (Eichel, 2. Juni 56).

⁶⁾ P. C. XII. 381 (5. Juni 56).

⁷⁾ P. C. XII. 383 (5. Juni 56 an Klinggraeffen).

land aufmerksam gemacht; ihm auch gesagt, es würden bereits die Operationspläne für das nächste Jahr zwischen Wien und Paris festgesetzt, was nach den eigenen Depeschen des Königs an Klinggraeffen und Knyphausen erst im Herbst zu erwarten sein sollte ¹⁾).

Am 6. Juni hatte sich der König zur Abhaltung der Revüen nach Pommern begeben. In Stettin erreichte ihn ein Schreiben seines Gesandten Hellen aus dem Haag, dass die Gesandten Frankreichs und Russlands dort den seit Jahren abgebrochenen persönlichen Verkehr wieder angeknüpft hätten. Diese Meldung war um so bedeutungsvoller, als man in Europa allgemein wusste, wie scharf die französischen Diplomaten Russland namentlich in Polen bekämpft hatten ²⁾. In der That hatte Friedrich Grund zu fürchten, dass der englische Einfluss in Petersburg eine Schlappe erlitten habe. Der preussische Gesandte in London wurde sofort angewiesen, mit allem Nachdrucke auf die Bekämpfung der England feindlichen Partei am russischen Hofe zu dringen. Wenn aber der österreichische Einfluss in Petersburg siegen solle, dann halte es der König für unumgänglich nötig, die Türken gegen Russland in Bewegung zu setzen. In der Audienz, die Mitchell nach Friedrichs Rückkehr aus Pommern am 10. Juni gewährt wurde, ³⁾ wies der König auch auf die Möglichkeit eines Religionskrieges in Ungarn hin, den er für nicht aussichtslos erklärte. Ausserdem müsse aber England ernstlich an eine Vermehrung seiner Bundesgenossen in Deutschland denken. Durch Bewilligung neuer Subsidien an Hessen, sowie durch Abschluss von Verträgen mit Köln, Braunschweig und einigen kleineren deutschen Staaten liesse sich leicht ein Heer von 40—50 000 Mann zum Schutze Hannovers zusammenbringen. An eine Rückberufung der zum Schutze der Küsten nach England marschierten Hannoveraner und Hessen war nicht zu denken, da diese Truppen dort einen bedeutenden Teil der französischen Armee in der Normandie festhielten. Damit zugleich das Londoner Kabinett nicht auf die Möglichkeit einer sächsischen Allianz ver falle, solle der Gesandte in geschickter Weise die grosse Schwäche des sächsischen Heeres und die zweideutige Haltung des Grafen Brühl ausspielen ⁴⁾. Auch sei Sachsen durch Vermittelung des Dauphin in enger Allianz mit Frankreich, was den Thatsachen,

¹⁾ P. C. XII. 385 (7. Juni, Mitchell).

²⁾ Koser I. 564 u. Broglie secret I. Kap. I.

³⁾ P. C. XII. 399 (8. Juni 56).

⁴⁾ P. C. XII. 389 (8. Juni 56).

wie Friedrich wohl wusste, durchaus nicht entsprach, da die Verhandlungen des Grafen Broglie bereits im vergangenen Dezember gescheitert waren. Um die Gefahr, welche seinem Lande von Russland drohe, noch drohender den englischen Staatsmännern vorzuführen, bat er in London wiederholt um Aufklärung, ob er im Notfalle auf eine englische Flotte zum Schutze seiner Küsten gegen die Russen rechnen dürfe ¹⁾. In Wahrheit glaubte er bei der Beschaffenheit der preussischen Küste und bei dem verwahrlosten Zustande der russischen Flotte wenig von Unternehmungen der letzteren befürchten zu müssen ²⁾. Friedrich wusste so gut wie Kaunitz ³⁾, dass Russland ohne fremde Hülfe sehr schwer eine Armee ausrüsten konnte. Das nötige Geld vermochte nach seiner Ansicht aber nur England zur Verfügung zu stellen ⁴⁾.

Um ganz sicher zu gehen, bat der König am 12. Juni Knyphausen um Auskunft, ob Frankreich für den Fall einer eventuellen Einigung an Russland dieselben Friedens- und Kriegssubsidien zahlen könne, die England dem Hofe von Petersburg in Aussicht gestellt hatte ⁵⁾. An demselben Tage erkundigte er sich ausserdem bei Klinggräffen, wie lange die Kaiserin-Königin aus eigener Kraft den Krieg werde führen können ⁶⁾. Wenn der König auch aus Vorsicht diese beiden Anfragen stellte, in seinem Innern schätzte er den Werth der französischen Allianz für die beiden Kaiserinnen sehr gering und sah den Umschwung in der Politik der Höfe von Versailles und Petersburg für nicht so verhängnisvoll an, als er es seinem Ministerium und dem englischen Gesandten glauben machen wollte. Friedrich hoffte also, durch seine Vorstellungen das englische Ministerium zu einem kräftigeren Auftreten in Petersburg und Konstantinopel zu veranlassen. Der eigenhändige Nachsatz in der Depesche vom 8. Juni an Finkenstein soll den Minister auf die Notwendigkeit der von seinem Monarchen begonnenen kriegerischen Politik vorbereiten. Wenn die Erhaltung des Friedens auch das Wünschenswerteste sei, so müsse doch rechtzeitig an den Krieg gedacht werden, um jeder Ueberraschung vorzubeugen ⁷⁾.

¹⁾ P. C. XII. 389 (8. Juni 56).

²⁾ P. C. XII. 451 (an Lehwaldt, 23. Juni 56) und XIV. 511 (an Lehwaldt, 16. April 57) und Test polit. (Lehmann 104).

³⁾ Lehmann 119 (29. Juni 56 an Starhemberg).

⁴⁾ P. C. X. 341 (28. Mai 54).

⁵⁾ P. C. XII. 400 (également important pour moi et pour ma direction).

⁶⁾ P. C. XII. 401 (12. Juni 56).

⁷⁾ P. C. XII. 386 (7. Juni 56).

Einige Tage nach seiner Rückkehr aus Pommern wurde Friedrich durch seinen Pariser Gesandten davon unterrichtet, dass Rouillé das Bündnis vom 1. Mai nach der in Wien erfolgten Ratifikation am 1. Juni den fremden Ministern mitgeteilt habe. Auf die üblichen Versicherungen über den friedlichen Charakter der Allianz antwortete Knyphausen in ähnlicher Weise; machte auch als vollendeter Hofmann dem Urheber des Vertrages, dem Abbé Bernis, sein Kompliment ¹⁾. Der König liess sofort durch Finkenstein den Wortlaut der Depesche dem englischen Gesandten unterbreiten ²⁾, bezeichnender Weise ohne den Schluss, in welchem Knyphausen sein Urteil dahin zusammenfasst, dass die übermässige Furcht der Pompadour und ihres Anhanges, in einen Landkrieg verwickelt zu werden, die einzige Veranlassung zu diesem merkwürdigen Bündnisse gewesen sei ³⁾. Wie wenig aber Friedrich die Lage in Versailles richtig beurteilte, zeigt seine Antwort vom 15. Juni. Er lebte in der Ueberzeugung, dass weder Belle-Isle noch Argenson, die Häupter der Kriegspartei, mit dem österreichischen Bündnisse zufrieden sein könnten, und dass auch der denkende Teil des französischen Volkes sich nicht damit einverstanden erklären werde ⁴⁾. In der That waren die Armee und der Kriegsminister mit der Wendung der Politik ihres Vaterlandes nicht einverstanden. Die Offiziere sahen sich der Möglichkeit beraubt, kriegerische Lorbeeren zu erringen, während das Departement der Marine bedeutende Mittel für den Seekrieg beanspruchen konnte. Aber die öffentliche Meinung in Paris war durchaus auf Seiten der Anhänger der neuen Allianz; mit Ausnahme weniger Gebildeter, wie z. B. des Marquis d'Argenson, war alles voller Freude. Erst die Schlacht von Rossbach sollte einen Umschwung herbeiführen ⁵⁾.

Im Magdeburger Uebungslager kamen Friedrich Berichte aus Dresden und Wien zu Händen, die ihm die Möglichkeit gewährten, aus seiner abwartenden Haltung herauszutreten. Er benachrichtigte sofort den Feldmarschall Lehwaldt von der Sendung eines Offiziers, der ihm die nötigen Instruktionen überreichen werde ⁶⁾. Gleichzeitig erhielt Finkenstein Ausschnitte aus den Depeschen Maltzahns,

¹⁾ Bernis I. 274.

²⁾ P. C. XII. 406 (13. Juni 56).

³⁾ P. C. XII. 412 (Knyphausen, 4. Juli 56).

⁴⁾ P. C. XII. 413.

⁵⁾ Bernis I. 274, Duclos II. 272, Broglie V. 504 (Revue 126), Ranke XXX. 185.

⁶⁾ P. C. XII. 420 (17. Juni).

um auf Grund des Inhalts dieser Berichte den englischen Gesandten über die Gefahren aufzuklären, welchen sowohl Preussen wie England entgegen gingen ¹⁾. Dagegen fügte der König aus der Depesche Knyphausens vom 7. Juni nur einen Abschnitt bei, der Mitchell von den kriegerischen Absichten der Franzosen Kenntnis gab, die sich sogar auf eine Landung in England erstreckten ²⁾. Den Hauptteil des Berichtes, in welchem sein Gesandter den Eindruck des Vertrages vom 1. Mai schilderte, verschwieg der König. Knyphausen betonte richtig, dass der Teil des Conseils, der eine energische Politik nach aussen vertreten habe, mit den Bestimmungen des Vertrages durchaus nicht einverstanden sei. Der Kriegsminister Argenson vermöge seine Unzufriedenheit nicht zu verbergen, durch die österreichische Allianz werde die Bedeutung seines Departements zurückgesetzt. Ein beträchtlicher Teil der für die Landarmee gesammelten Fonds solle zum Besten der Marine verwendet werden. Ja, man beabsichtige sogar eine bedeutende Abmusterung des Heeres ins Werk zu setzen. Die Marquise begünstige aus Hass gegen den Grafen Argenson das Ministerium seines Gegners Machault und thue alles, um dessen Einfluss zu erhöhen. Alle Militärs, die ausserdem zum grossen Teile Hofämter bekleideten, seien aus persönlichen Gründen gegen das neue Bündnis, da sie bei der Fortdauer des Friedens auf Beförderung und Kriegeruhm verzichten müssten. In erster Linie sei der Marschall Belle-Isle zu nennen. Das neue System schädige seine eigene Laufbahn sowie die seines Sohnes, des Grafen Gisors. Auch die fremden Minister in Paris sähen mit Besorgnis das neue Bündnis der beiden alten Rivalen, das allein dem Hause Habsburg zu gute käme. Besonders die deutschen Subsidiestaaten würden durch die Allianz vom 1. Mai gefährdet.

Der Inhalt dieser Depesche hat auf Friedrich grossen Eindruck gemacht. Er konnte allerdings nicht wissen, dass der unruhige Marschall Belle-Isle, erbittert über den Misserfolg der von ihm angeregten Mission Nivernois, bereits seinen Frieden mit Oesterreich gemacht hatte ³⁾. Für den Fortfall der von ihm im vergangenen Jahre geplanten Besetzung der Niederlande und Hannovers fand er neue Beschäftigung in dem Projekte, wie den Engländern im eigenen Lande ein schwerer Schlag versetzt werden könne. Für Friedrich

¹⁾ P. C. XII. (17. Juni 56).

²⁾ P. C. XII. 418 (de Paris, 7. Juni 56).

³⁾ P. C. XIII. 60 (Knyphausen, 2. Juli 56).

galten aber damals die Berichte Knyphausens als unumstösslich wahr. Letzterer erhielt deshalb Auftrag, in geschickter Weise durch seine Mittelpersonen etwa ein Mitglied des Conseils, besonders Belle-Isle, auf das zweideutige Spiel des Wiener Hofes hinzuweisen, welcher am liebsten seinen neuen Verbündeten zu einem Angriff auf Hannover verlocken und daneben einen neuen Religionskrieg im Reiche entzünden wolle ¹⁾.

Noch an demselben Tage nach seiner Rückkehr aus Magdeburg ging ein zweites wichtiges Schreiben nach Paris ab. Friedrich stimmte darin vollkommen der Ansicht Knyphausens bei, der Hof von Versailles werde nach Möglichkeit jeden Landkrieg vermeiden. Aber in diesem Augenblicke mache der Wiener Hof grosse militärische Vorkehrungen auf eigene Kosten, um Preussen vielleicht mit dem Beistande Sachsens von Böhmen und Mähren aus anzugreifen. Daneben beabsichtige man, Russland von der englischen Allianz loszulösen und gegen den König von Preussen zu hetzen. Der Gesandte solle offen erklären, ob nach seiner Meinung Frankreich auf die ehrgeizigen Pläne Oesterreichs eingehen werde ²⁾.

Mitchell hatte am 18. Juni den preussischen Monarchen von grossen Truppenrüstungen in Russland benachrichtigt, die sich nur gegen Preussen richten konnten ³⁾. Zusammen mit den Meldungen seines Ministers Schlabrendorff in Breslau ⁴⁾ gaben sie Friedrich die gewünschte Gelegenheit, nun selbst mit den Rüstungen zu beginnen. Bereits am 19. Juni wurden die ersten Befehle nach Schlesien erlassen ⁵⁾. Aber dieselben militärischen Vorkehrungen, welche der König in seinen Berichten nach aussen nicht gefährlich genug schildern konnte, und die ihn angeblich zu Gegenmassregeln zwangen, werden in einer Depesche an Klinggraeffen vom 22. Juni als unbeglaubigt erklärt. Der König zweifele nicht an dem bösen Willen der Oesterreicher, aber er wisse nicht, wie sich dieser mit den Plänen der Franzosen vereinigen lasse. Es war für Friedrich unerklärlich, woher Russland die Mittel zum Kriege bekommen sollte. England werde keinen Obolus zahlen, wenn die russische Kaiserin sich Kaunitz' Wünschen fügen sollte. Ob der Hof von Versailles Russland mit Geld unterstützen würde, schien

¹⁾ P. C. XII. 425 (19. Juni 56).

²⁾ P. C. XII. 431 (19. Juli 56).

³⁾ P. C. XII. 426.

⁴⁾ P. C. XII. 438 (15. Juni 56).

⁵⁾ P. C. XII. 432 und folg. Seiten.

ihm sehr zweifelhaft, und Oesterreich war dazu nicht imstande, auch wenn der Kaiser seine Privateinkünfte opfern sollte ¹⁾. Der König hielt an seinem früheren Urtheile über die Hülfsmittel, welche seinen Feinden zur Verfügung standen, in dieser kritischen Zeit vollkommen fest. Am 23. Juni wurde Mitchell, der sich auf Friedrichs Wunsch ²⁾ in Potsdam eingefunden hatte, von den militärischen Vorkehrungen unterrichtet, die der König gegen die feindlichen Anschläge ins Werk setzen liess. Letzterer äusserte die schlimmsten Befürchtungen für sich und seine Verbündeten, zu deren Bekräftigung er manches aus den Depeschen seiner Gesandten vorlas. Nach seiner Meinung werde das dankbare Haus Habsburg einen französischen Angriff auf Hannover zulassen gegen die Zusicherung, freie Hand gegen Preussen zu gewinnen. Vor Ende August werde er selbst durch drei feindliche Lager in Böhmen, Mähren und an der preussischen Grenze bedroht, während vielleicht gleichzeitig ein starkes französisches Corps gegen Hannover marschieren werde ³⁾. Die letzte Aeusserung stand im direkten Gegensatze zu dem Inhalte der Depesche Knyphausens vom 11. Juni, nach welcher Frankreich in diesem Jahre nichts gegen Hannover unternehmen, sondern sich auf den Kampf in Nord-Amerika und die Eroberung Minorcas beschränken wolle ⁴⁾. Zum Schluss gab der Gesandte, mit Vorbehalt allerdings, die Erklärung ab, dass der Hof von Versailles sich niemals zum Landkriege entschliessen werde, der weder der Marquise noch dem Marineminister Machault, welcher ihren politischen Ansichten am nächsten stehe, genehm sei ⁵⁾. Es schien Knyphausen sehr unwahrscheinlich, dass in diesem Jahre noch ein Angriff auf Grossbritannien unternommen werde. Aber dieses Projekt könne sehr gut im nächsten Jahre zur Ausführung gelangen, — einen

¹⁾ P. C. XII. 423 (19. Juni) und 439 (22. Juni 56).

²⁾ P. C. XII. 445 (22. Juni 56).

³⁾ P. C. XII. 460 (Maltzahn 18. Juni 56).

⁴⁾ Die Besetzung Korsikas war keine selbständige militärische Aktion, da sie mit Genehmigung Genuas, des Besitzers der Insel, erfolgen sollte. P. C. XII. 446. (Anm. 2 u. 3).

⁵⁾ »Il serait difficile et même impossible de dire avec certitude, quel sera le plan de la campagne prochaine, et si l'on s'en tiendra aux mêmes objets qu'on a entamés cette année. Mais j'ai tout lieu de supposer, que quelle que soit la tourneure que prendront les affaires, qu'on ne se déterminera jamais ici à transporter la guerre sur le continent, une pareille entreprise étant entièrement contraire aux vues de la Marquise ainsi qu'à celles du sieur de Machault, qui paroît celui de tous les ministres, qui a le plus de part à sa confiance«.

Beschluss darüber habe das Conseil noch nicht gefasst ¹⁾. Bezeichnender Weise erwähnte Friedrich nichts von diesen Plänen gegen Mitchell; dagegen erhielt dieser einen Auszug aus einer Depesche Maltzahns vom 18. Juni, welche wahre und falsche Nachrichten neben einander enthielt. Neben den alarmierenden Sätzen findet sich aber auch die Notiz, dass Russland ohne Subsidien kaum eine Armee ausser Landes schicken könne; auch sei die Jahreszeit bereits zu weit vorgeschritten, um ein Eingreifen der Russen zu ermöglichen, sodass der Wiener Hof sehr leicht sich den überlegenen Kräften des preussischen Königs allein gegenüber befinden werde. Auch die Nachricht musste Friedrich sehr erwünscht sein, dass Sachsen sich bei der allgemeinen politischen Zerfahrenheit in keiner Weise binden wolle ²⁾.

Volle Klarheit in die Pläne und Hoffnungen Friedrichs gewährt die für den Feldmarschall Lehwaldt bestimmte Instruktion, welche vom 23. Juni datiert ist, also zu einer Zeit entworfen, wo Friedrich sich sonst bemühte, seine Lage so gefährlich wie möglich darzustellen. Aber seine Offiziere hat der Monarch nie über die Bedeutung der ihnen übertragenen Aufgaben zu täuschen gesucht ³⁾. Es entspricht also seiner wirklichen Meinung, dass die Russen die schlechtesten Generäle besäßen, und namentlich der Befehlshaber Apraxin ganz unfähig sei ⁴⁾. Bereits in früheren Schreiben hatte er Lehwaldt darauf hingewiesen, dass mindestens ein Drittel an der etatsmässigen Stärke der russischen Bataillone fehle, anstatt 600 seien dieselben selten mehr als 400 Mann stark ⁵⁾. Von einer eventuellen Landung der russischen Flotte glaubte er bei der Beschaffenheit der Küsten und der Misslichkeit derartiger Unternehmungen wenig befürchten zu müssen.

Friedrich hoffte nicht allein die russische Invasion mit leichter Mühe abzuwehren, sondern auch, falls er bis dahin die Oesterreicher total geschlagen hätte, die Gelegenheit zur Besetzung von Westpreussen auszunutzen. Hätte nun der König eine grosse europäische Koalition als Gegner vermutet, so würde er sicher keine Instruktionen erteilt haben, die durch Massregeln, wie die Einverleibung von Polnisch-

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 11. Juni 56 immed.).

²⁾ P. C. XII. 460 (Maltzahn, 18. Juni 56).

³⁾ Delbrücks Vergleich des Verfahrens Napoleons I. bei solchen Erlassen mit Friedrich in den Preuss. Jahrbüchern 79, 272.

⁴⁾ P. C. XII. 448.

⁵⁾ P. C. X. 170 (3. Decbr. 53).

Preussen die Wiederherstellung des Friedens sehr erschweren mussten. Die Macht Russlands gestaltete sich aber für den König viel gefährlicher, so bald es von Frankreich Subsidien zu erwarten hatte. Knyphausen erhielt deshalb unterm 26. Juni die wichtige Frage zu beantworten, ob der Hof von Versailles gegen seine eigenen Interessen in die deutschen Unruhen eingreifen werde, wenn Preussen von den beiden Kaiserinnen zugleich angegriffen werden sollte. Die Nachrichten von der Bildung französischer Korps an der Saar und im Elsass hatten in Friedrich die Befürchtung wach gerufen, dass die Franzosen im nächsten Jahre sich einer Einmischung in einen deutschen Krieg vielleicht nicht enthalten würden ¹⁾. Dennoch hielt er das französische Ministerium nicht für so verblendet, dass es unter völliger Vernachlässigung des Seekrieges seine ganze Kraft zu Gunsten Oesterreichs gegen ihn ausspielen würde.

Friedrich hat sich bestrebt, den Engländern seine eigene Lage möglichst gefährlich darzustellen. Doch werden in dem Memoire vom 28. Juni über die augenblickliche Situation Deutschlands, das für das englische Ministerium bearbeitet und deshalb von der Forschung mit Vorsicht zu gebrauchen ist ²⁾, nur 24 000 Franzosen erwähnt, welche auf Wunsch der Kaiserin-Königin gegen Hannover operieren sollten. In den ersten Unterredungen mit Mitchell hatte Friedrich betont, dass Frankreich in seiner augenblicklichen Lage nicht mehr als 50 000 Mann ausser Land senden könne. Und zwar meinte er, dass sich diese Truppen neben wenigen Franzosen in der Hauptsache aus den deutschen Regimentern in französischen Diensten, sowie aus den Soldaten der Subsidienstaaten, wie Pfalz und Württemberg, zusammensetzen würden ³⁾.

Die Ansicht Friedrichs, dass er von Frankreich zur Zeit nichts zu fürchten habe, findet ihre Bestätigung in den bald darauf im Juli 1756 in Compiègne geführten Verhandlungen zwischen Bernis und Starhemberg. Nach französischer Meinung müsse sich der Wiener Hof, wenn etwa der König von Preussen Oesterreich angreifen sollte, mit französischen Subsidien begnügen, denn mit Nachdruck den Krieg gegen England zu führen, die Küsten ausreichend zu besetzen, Oesterreich grosse Geldsummen zu liefern und ausserdem noch eine Armee gegen Preussen ins Feld zu stellen,

¹⁾ P. C. XII. 465 (26. Juni 56).

²⁾ So ist die Nachricht, dass Frankreich die Subsidien weiter bezahlen werde, die Russland bisher von England bezogen habe, unbegründet.

³⁾ P. C. XII. 329 (Mitchell, 14. Mai 56).

übersteige die Kräfte des französischen Staates. Der österreichische Botschafter konnte die Wahrheit dieser Erklärungen kaum in Abrede stellen, wenn er auch deshalb auf seine Forderungen nicht Verzicht leistete ¹⁾.

In den ersten Tagen des Juli wurde Friedrich von Knyphausen auf seine Anfrage vom 5. Juni darüber aufgeklärt, dass in Versailles ein Stimmungswechsel zu Gunsten Preussens nicht zu bemerken sei, — es sei vielmehr unmöglich, das einmal erweckte Misstrauen des französischen Ministeriums ganz zu beseitigen; nur der Neutralitätsvertrag vom 17. Januar 1756 habe das enge Bündnis Frankreichs mit dem Wiener Hofe zustande gebracht. Doch bat gleichzeitig der Gesandte, nicht gänzlich mit Frankreich zu brechen. Er hatte bereits in einem früheren Schreiben vom 18. Juni angedeutet, dass langsam sich am Hofe die Vorstellung von den Gefahren des neuen Systems Bahn breche, welches alle Staaten der Kaiserin-Königin garantiere. Die Gegner des Vertrages vom 1. Mai wünschten nun, dass der König von Preussen die Erneuerung des Defensivbundes von 1741 anregen solle. Der österreichische Gesandte werde diesem Projekte entgegenarbeiten und dadurch seinen Widersachern im Conseil Gelegenheit geben, dem französischen Könige die Augen darüber zu öffnen, wie wenig der Kontinental-Friede durch die neue Allianz gesichert werde ²⁾. Aber Friedrich war damals nicht geneigt, den ersten Schritt zu thun. Er liess nur durch Knyphausen alle unwahren Aeusserungen, die ihm in den Mund gelegt wurden, energisch dementieren ³⁾.

In denselben Tagen ersah der König aus den in Berlin erbrochenen Depeschen des holländischen Gesandten in Russland, dass die Kriegsrüstungen dort plötzlich eingestellt waren. Da er nicht ahnen konnte, dass der österreichische Einfluss dabei seine Hand im Spiele habe, so hielt er die Sache für das Werk des englischen Gesandten. Mitchell wurde sofort von der Wendung der Dinge in Kenntniss gesetzt, zugleich wurden ihm aber Auszüge aus anderen Berichten übermittelt, die den Fortgang der österreichischen Rüstungen zu bestätigen schienen ⁴⁾. Auch legte ihm Podewils eine Depesche Knyphausens vom 25. Juni vor, nach welcher Frankreich 50 Millionen für den Seekrieg zur Verfügung habe. Man gedenke

¹⁾ Arneth, IV. 468 (Starhemberg, 18. Juli 56).

²⁾ St. A. (Knyphausen, 18. und 21. Juni 56).

³⁾ P. C. XIII. 9 (3. Juli 56).

⁴⁾ P. C. XIII. 14 (4. Juli 56).

dort, sich auf letzteren zu beschränken, aber nach Erkundigungen Knyphausens vermochte man nicht nur ohne Mühe den Krieg bis 1759/60 fortzuführen, sondern auch bedeutende Subsidien den Alliierten zur Verfügung zu stellen. Diese Schilderung der französischen Finanzen, die Mitchell als wahre Thatsachen vorgelegt wurden, hielt der König selbst für übertrieben. Nach seiner Ueberzeugung konnten die schweren Abgaben keine zwei Jahre mehr aus den ausgesogenen Provinzen eingehen ¹⁾. Wenn er trotzdem diesen Bericht Mitchell unterbreitete, so geschah es in der Absicht, die in England vorhandene Besorgnis vor den französischen Rüstungen ²⁾ nach Kräften zu vermehren.

Nach Empfang der Nachrichten aus Russland äusserte sich Friedrich in den ersten Wochen gegen seine Minister und Beamten mit mehr Zuversicht über die Erhaltung des Friedens. Aber die Einstellung seiner Rüstungen, wodurch er am leichtesten seine Friedensliebe bewiesen hätte, trat nicht ein. Vielmehr nahmen die militärischen Vorbereitungen ihren Fortgang, ungeachtet der Unruhe und Bestürzung, die dadurch in Wien und Dresden ³⁾ bereits erzeugt war. Jetzt lief auch aus Paris die Antwort auf Friedrichs Anfrage vom 12. Juni ein, ob Frankreich in der Lage sei, an Russland dieselben Subsidien zu zahlen, welche England dort versprochen habe. Unter Hinweis auf den Inhalt seiner früheren Schreiben bejahte Knyphausen diese Möglichkeit, falls ein französisch-russisches Bündnis zustande kommen sollte. Nach allem, was Friedrich erfahren hatte, war letzteres nicht ganz unwahrscheinlich; er würde so Bedenken gehabt haben, bei seiner bisherigen Politik zu bleiben, wenn er die Zerrüttung der Finanzen und die ganze wirtschaftliche Lage Frankreichs nicht ausserordentlich pessimistisch beurteilt hätte. Befestigt wurde er wie im letzten Winter in seiner Ansicht durch ihm zukommende Privatschreiben. Bitter beklagt sich in einem zur Kenntnis von Podewils gekommenen Schreiben ein französischer Kapitän über den schlechten Fortgang der Operationen auf Mahon. Die Zustände in den Provinzen seien trostlos, die Kassen leer, nichts werde bezahlt, Verzweiflung mache sich überall bemerkbar ⁴⁾.

In der gesellschaftlichen Stellung Knyphausens hatte sich vieles geändert. Sogar der Marschall Belle-Isle vermied, mit ihm

¹⁾ P. C. XIII. 29 (6. Juli 56).

²⁾ Schaefer I. 168.

³⁾ P. C. XIII. 47 (Maltzahn, 5. Juli 56).

⁴⁾ P. C. XIII. 70 (13. Juli 56).

zusammenzutreffen. — Der Systemwechsel, den der Marschall nach dem Scheitern der Mission Nivernois' ausgeführt hatte, wurde dadurch nach aussen deutlich gemacht. Die Mitteilungen Knyphausens über die Gesinnung der Pompadour und des Marineministers waren Friedrich nicht fremd. Er wusste seit langem, dass die Marquise seinen Einfluss auf den französischen König gefürchtet hatte. Ihre Stellung war gefährdet, sobald der Monarch wieder eine kriegerische Politik einschlagen würde. Sie und Machault, letzterer aus Rücksicht für sein Ministerium, suchten deshalb jeden Landkrieg von Frankreich fernzuhalten. Der König von Preussen habe durch den Abschluss der Konvention von Westminster das Vertrauen, welches man im vergangenen Jahre auf ihn gesetzt, zerstört und sich Volk und Ministerium völlig entfremdet. Aber wenn auch die preussische Politik die Annäherung Frankreichs an Oesterreich bewirkt habe, so sei man am Versailler Hofe nicht blind gegen die Konsequenzen, zu denen der Vertrag vom ersten Mai führen könne, der ausserdem bei der Nation unbeliebt sei. Man müsse das österreichische Bündnis als einen Notbehelf ansehen. Nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges sei ein Systemwechsel nicht ausgeschlossen, besonders wenn der König von Preussen massvoll auftrete. Aber in diesem Augenblicke sei die Stimmung hierzu nicht günstig. Man habe stets am Versailler Hofe gefürchtet, durch die Unruhe des preussischen Monarchen in einen Krieg verwickelt zu werden, während man selbst keine Garantie habe, in einem kritischen Momente nicht wieder in stich gelassen zu werden. Die öffentliche Meinung ginge darauf hin, dass die Macht Preussens genügend verstärkt sei, um Oesterreich im Deutschen Reiche das Gegengewicht zu halten. Es liege aber nicht im Interesse Frankreichs, das erreichte Resultat durch einen Krieg zu Gunsten einer der beiden in Deutschland rivalisierenden Mächte in Frage zu stellen ¹⁾.

Die ausgezeichnete Schilderung, welche Knyphausen von den französischen Zuständen entwarf, bestärkte Mitte Juli Friedrich in seiner Ansicht, dass er von Frankreich nichts zu hoffen, aber auch nichts zu fürchten habe ²⁾. Es war ihm nicht unlieb, dass der Hof von Versailles seine Machtmittel gering schätzte, um so weniger war Besorgnis vorhanden, dass man sich dort gegen ihn erklären werde, und ruhig konnte er den Moment abwarten, wo die ganze Unnatur

¹⁾ P. C. XIII. 70 (Knyphausen, 2. Juli 56).

²⁾ P. C. XII. 178 (9. März 56).

des Bündnisses vom 1. Mai in Versailles erkannt werden würde. Die verschiedenen Interessen der Häuser Bourbon und Habsburg, die sich diametral entgegenständen, würden bei ruhiger Ueberlegung schon diese Allianz wieder auflösen ¹⁾. Dieser eigenhändig entworfene Brief bildet ein Denkmal der entschiedenen, selbstbewussten Gesinnung Friedrichs des Grossen: Er kann der Verbündete, aber nicht der Vasall Frankreichs sein. Trotzdem er ein bedeutend kleinerer Fürst ist als Ludwig XV., darf weder der König von Polen noch ein Herzog von Mecklenburg ihm zu nahe treten. Er lässt sich von niemanden ungestraft insultieren. In dieser Weise hätte Friedrich nicht geschrieben, wenn ihn die Sorge, einen mächtigen Bund von drei der bedeutendsten Staaten Europas gegen sich zu haben, niedergedrückt hätte.

¹⁾ P. C. XIII. 62 (13. Juli 56).

XII.

Friedrichs Anfragen in Wien.

Mitte Juli boten die erhaltenen Nachrichten dem preussischen Monarchen die Möglichkeit, aus der bisherigen Reserve in seiner Politik hervorzutreten. Mitchell konnte sich nicht ganz von der Authenticität der ihm am 16. Juli 1756 in Sanssouci vorgelegten Auszüge über die begonnenen Rüstungen der Oesterreicher überzeugen ¹⁾, aber seine Bedenken haben Friedrich nicht zurückgehalten. Am 18. Juli erliess er an Klinggraeffen die entscheidende Weisung, die Kaiserin Maria Theresia über ihre in Böhmen und Mähren begonnenen Rüstungen um Aufklärung zu bitten. Gleichzeitig erhielten die westphälischen Regimenter die Weisung, nach Halberstadt zu marschieren ²⁾. Dieser Befehl zeigt deutlich, wie wenig Friedrich eine französische Invasion in Deutschland fürchtete, und wie wenig Gewicht er auf eine Behauptung seiner westphälischen Besitzungen legte. Er hat deshalb auch nicht die Antwort Knyp-hausens auf seine Anfrage vom 26. Juni abgewartet, ob die Teilnahme Frankreichs an einem Krieg in Deutschland zu erwarten sei ³⁾. Das Immediatschreiben aus Paris vom 11. Juli, welches hierauf die Antwort gab, wird erst am 20. Juli in Potsdam eingelaufen sein.

Der englische Gesandte hatte am 20. und 21. Juli in zwei Audienzen Gelegenheit, die unterm 9. Juli ihm aus London zugegangenen Weisungen auszuführen. Friedrich trug Bedenken, auf den Vorschlag des englischen Ministeriums, ein engeres Bündnis zu schliessen, einzugehen, wodurch sehr leicht die Stellung Englands am russischen Hofe verschlechtert werden konnte. Die Hauptsache indes blieb immer für ihn, sich nicht durch ein zu festes Bündnis seiner vollen Aktionsfreiheit zu berauben, weshalb ihm auch der Gedanke höchst unsympathisch war, Subsidien, deren er nicht bedürfe, von einer fremden Macht anzunehmen ⁴⁾. England möge überall, selbst in St. Domingo, die Franzosen beschäftigen und durch Ver-

¹⁾ P. C. XIII. 80 (Mitchell, 17. Juli).

²⁾ P. C. XIII. 90 (18. Juli 56).

³⁾ Vide S. 114.

⁴⁾ Ranke XXX. 305.

mehrung der Truppen Hannovers und Hessen-Cassels, von denen sich ein Teil zur Zeit auf englischem Boden befand, zum Schutze Hannovers ein Heer von 50000 Mann zusammenbringen. Der Einmarsch einer französischen Armee war für dieses Jahr in Deutschland nicht zu erwarten, wie der König aufrichtig erklärte. Nach der Depesche Knyphausens vom 11. Juli waren 160 französische Bataillone durch den Küstenschutz beider Meere und die Besetzung Minorcas festgehalten; der Rest des Heeres war zur Besetzung der Grenzfestungen nötig ¹⁾.

Sehr schwer fiel es Friedrich, seinen alten Minister Podewils von der Notwendigkeit, »das praevenire zu spielen«, zu überzeugen. Der König musste zugeben, dass man nach den exakten Berichten aus Paris von Frankreich nichts zu befürchten habe. Die durch Vermittlung des holländischen Gesandten über die russischen Zustände erhaltenen Mitteilungen, welche pikante Einzelheiten enthielten von dem Wirken der französischen Sendlinge in Petersburg ²⁾, hatten durch Knyphausen keine Bestätigung gefunden; zwischen Frankreich und den beiden Kaiserinnen sei noch nichts abgeschlossen ³⁾. Die aus Petersburg stammenden Berichte widersprachen sich zu sehr in ihren Einzelheiten ⁴⁾, als dass der Minister alle Hoffnung auf eine Schwenkung der russischen Politik jetzt schon aufgeben wollte. Aber alle seine Vorstellungen, das »beneficium temporis« abzuwarten, waren vergeblich; der treue Minister wurde ziemlich ungnädig entlassen. Es zeigt deutlich, welche Stellung die Minister Friedrichs einnahmen, dass Podewils nur einer tief unter ihm stehenden Persönlichkeit, dem Kabinettssekretär Eichel, sein Herz ausschütten durfte ⁵⁾. Eichel indes war viel zu vorsichtig, durch eine schriftliche Erwiderung seine Existenz zu gefährden ⁶⁾.

¹⁾ J. B. St. A. (Knyphausen, 11. Juli 56 immed.) »Je me flatte qu' Elle verra par cet effet que la distribution de l'armée française est telle dans le moment présent que cette cour ne sauroit rien entreprendre contre l'Allemagne sans qu'on s'en aperçoive le champ attendu qu'il y a plus de cent soixante bataillons d'employes tant sur les côtés de l'Océan que dans l'Isle de Minorcque, et que le reste de l'armée est nécessaire pour la défense des places frontières du royaume.« Eine Truppenliste ist diesem Schreiben beigelegt.

²⁾ P. C. XIII. 116 (Swart an Fagel, 19. Juni 56).

³⁾ St. A. (Knyphausen, 11. Juli).

⁴⁾ »Sunt mala mixta bonis« (P. C. XIII. 106).

⁵⁾ P. C. XIII. 104 (22. Juli 56).

⁶⁾ Eichels wahre Meinung wird man nie erfahren, nur so viel geht aus seinen gelegentlichen Aeusserungen hervor, dass ihm alle Einwirkungen verhasst waren, welche Preussen in kriegерische Unternehmungen hineinführen mussten. Seine Pflicht

An dem Ausgange der preussischen Rüstungen war Frankreich in diesem Augenblicke am meisten interessiert. Nach dem Abschlusse des Vertrages vom 1. Mai hatten die Verhandlungen zwischen Starhemberg und Bernis zuerst in Versailles, seit dem 1. Juli in Compiègne ihren Fortgang genommen, aber ohne zu einem definitiven Ergebnis zu führen.

Als die ersten Nachrichten von der Mobilmachung des preussischen Königs in Compiègne eintrafen, wurden sie von fast allen Mitgliedern des Conseils als leere Drohungen angesehen ¹⁾. Ausser Bernis nahm sie nur der Kriegsminister Argenson für ernst, sicher in der Hoffnung, dass durch kriegerische Ereignisse sein Ministerium wieder zur Geltung gebracht werde. Wir begreifen jetzt, nach den Siegen, die Friedrich der Grosse später errungen hat, diese Stimmung in Frankreich nicht. Aber hatte nicht der zweite schlesische Krieg gezeigt, dass ein Misserfolg des Königs die ganze Existenz seines Staates in Frage stellen konnte?! Nach französischer Anschauung beruhte die Macht Preussens zu zwei Dritteln auf der Persönlichkeit des Herrschers. Seine Armee, meinte man, stehe nicht im richtigen Verhältnisse zu der Grösse seines Landes und könne im Kriege schwer ergänzt werden. Auch sei der König bei der Schwäche seiner Hülfquellen nicht in der Lage, längere Zeit aus eigener Macht Krieg zu führen, sondern müsse bald zu fremden Subsidien seine Zuflucht nehmen ²⁾. Friedrich hat sich nicht bemüht, diese ihm von Knyphausen hinterbrachten Vorstellungen zu widerlegen; sie waren ihm sogar erwünscht, da er dadurch desto weniger Sorge hatte, dass man in Versailles gegen ihn sich zu Vorsichtsmassregeln entschliessen werde.

Bernis, der auf jede Weise einen Friedensbruch von preussischer Seite verhindern wollte, setzte im Conseil mit Mühe durch, dass Rouillé durch Valori mündlich und schriftlich in Berlin die Erklärung abgeben solle, König Ludwig werde mit allen Kräften den Höfen von Wien und Sachsen beispringen, falls sie von Friedrich angegriffen werden sollten ³⁾. Während aber nun Rouillé persönlich dem Grafen Starhemberg erklärte, dass man in Wien auf den vollen Beistand

war, bedingungslos die erhaltenen Aufträge auszuführen. In seinen in der P. C. enthaltenen Briefen ist er das getreue Echo des Königs, auch haben sich seine Einwendungen nur auf sachliche Bemerkungen erstreckt.

¹⁾ Bernis I. 289.

²⁾ P. C. XIII. 60 (Knyphausen, 2. Juli 56).

³⁾ Bernis I. 290.

Frankreichs zählen dürfe ¹⁾, ist in seiner Depesche an Valori unterm 15. Juli nur davon die Rede, dass Frankreich bei einem preussischen Angriffe auf Oesterreich den vertragsmässigen Beistand sofort stellen werde ²⁾. Dieses seltsame Vorgehen Rouillés lässt sich nur erklären aus seiner Besorgnis, durch ein zu scharfes Auftreten den König von Preussen zum äussersten zu treiben. Broglie hatte damals schon gewarnt vor einem Einfall der preussischen Armee in das unbeschützte Sachsen ³⁾. Der Minister gab in seiner Antwort an Broglie zu, dass der König von Preussen ohne Zweifel im Anfange einige Erfolge erringen könne. Trotzdem würde er nicht so verblindet sein, alles aufs Spiel zu setzen. Ohne Mühe werde er von der Macht, die er angegriffen habe, mit dem Beistande Frankreichs zurückgewiesen werden ⁴⁾.

Bernis drückte sich in seinen gleichzeitigen Konferenzen mit Starhemberg viel vorsichtiger aus. Von einem Offensivkriege des Königs von Frankreich gegen Preussen sei nicht die Rede. Bei einem Angriffe des preussischen Monarchen auf Oesterreich dürfe letzteres auf den vertragsmässigen Beistand rechnen. Subsidien werde man geben, soviel man in Wien nötig habe. Bernis bat dringend, von österreichischer Seite nicht mehr auf die Stellung von Truppen zu bestehen. Diese Forderung sei dem Könige von Frankreich nicht allein unangenehm, sondern er könne sie auch nicht erfüllen, ohne die wahren Interessen seines Landes, die in dem Seekriege gegen England beständen, schwer zu schädigen. Es sei unmöglich, neben allen anderen Rüstungen noch eine Armee ins Feld zu stellen. Diese Erklärungen, verbunden mit den Ausführungen, die Bernis in seinen Memoiren über die finanziellen und militärischen Zustände in Frankreich niedergeschrieben hat ⁵⁾, beweisen, wie richtig er die Hülfsmittel seines Vaterlandes beurteilte. Er wies auch zusammen mit der Pompadour darauf hin, dass jeder Landkrieg nur die Bedeutung desjenigen Ressorts erhöhen würde, dessen Minister (Argenson) stets die feindlichsten Gesinnungen gegen Oesterreich gezeigt hätte ⁶⁾.

¹⁾ Arneth IV. 558 (Starhemberg, 18. Juli 56).

²⁾ Valori II. 100.

³⁾ St. A. (Knyphausen, 15. Juli 56).

⁴⁾ Broglie secret I. 153 (Rouillé an Broglie, 16. Juli 56).

⁵⁾ Bernis I. 289.

⁶⁾ Lehmann 120 (Starhemberg, 18. Juli 56).

Friedrich ist abermals durch Knyphausen auf das vortrefflichste über die Situation in Frankreich aufgeklärt worden. Rouillé, der nicht glauben konnte, dass der König von Preussen in diesem Augenblicke Oesterreich, das von Frankreich nichts mehr zu fürchten hatte, angreifen würde ¹⁾, hat dem Gesandten gegenüber gesprächsweise die Gerüchte über preussische Rüstungen berührt, nachdem er zuerst bei Bekannten des Gesandten Aufklärung gesucht hatte. Die Truppenbewegungen Friedrichs hätten beim sächsischen Hofe und bei Broglie in Dresden Befürchtungen wachgerufen. Der Minister vernahm gern die Zurückweisung dieser Gerüchte aus dem Munde Knyphausens, da Frankreich sich auf Grund der mit Oesterreich bestehenden Verträge für gebunden halte, wenn der Wiener Hof durch Preussen angegriffen werden sollte, der Kaiserin-Königin beizuspringen.

Im Anschluss an diesen Bericht bat Knyphausen, alles zu vermeiden, was die böswilliger Weise vom Wiener Hofe ausgestreuten Gerüchte über offensive Pläne seines Herrn unterstütze. Er habe allen Grund, die Nachricht für wahr zu halten, dass man in Wien den Hof von Versailles zu einer Besetzung Hannovers verleiten wolle. Schwerlich werde man sich hierzu in Frankreich entschliessen. Die Verteilung der Regimenter verhindere schon ein derartiges Unternehmen in diesem Jahre. Aber man könne sehr leicht durch einen Misserfolg im Seekrieg dazu gezwungen werden, — eine bedeutende Partei im Conseil wünsche einen Landkrieg. Der Gesandte unterscheidet am Schlusse seiner Depesche scharf die Absichten Frankreichs von denen Oesterreichs. Letzteres bemühe sich, den Hof von Versailles zu einem Angriffe auf Hannover zu reizen, um selbst Preussen angreifen zu können. Aber der König brauche derartiges in diesem Jahre nicht zu befürchten bei der begründeten Aussicht der Franzosen, auf dem Meere weitere Erfolge zu erringen ²⁾.

Wie wenig Bernis, der Schöpfer der Allianz mit der Kaiserin-Königin, für die Fortdauer des Krieges gegen England eingenommen war, zeigt sein Verhalten nach der Eroberung von Port Mahon. Als Valori die unterm 29. Juni 1756 unterzeichnete Kapitulation dem Könige mitteilte ³⁾, erwiderte dieser, viel erwünschter wäre

¹⁾ Vitzthum I. 257 (17. Juli 56).

²⁾ P. C. XIII. 128 (Knyphausen, 15. Juli 56), (die Lücken ergänzt nach d. Berl. St. A.).

³⁾ Valori II. 118 (21. Juli 56).

ihm die Nachricht von begonnenen Friedensverhandlungen gewesen ¹⁾. Die günstigen Nachrichten aus Minorca haben nun auch bei Bernis die Hoffnung erweckt, einen sicheren Frieden mit England zu gewinnen. Aber sein in Compiègne dem Conseil gemachter Vorschlag, Minorca an England zurückzugeben, wenn das englische Ministerium sich zur Freigabe der mit Beschlag belegten französischen Handelsschiffe und zur Annullierung des Artikels 9 des Utrechter Friedens (Zerstörung der Festungswerke Dünkirchens) bereit erklären werde, wurde aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung, welche weitere Genugthuung verlangte, im Ministerium verworfen ²⁾.

Am 26. Juli empfing Friedrich den französischen Gesandten in Berlin, der sich vorher durch ein an Podewils überreichtes Schreiben des ihm von Versailles gegebenen Auftrages entledigt hatte. Die Audienz dauerte nur wenige Minuten, da der König seine Antwort schriftlich erteilen wollte ³⁾. Mitchell, der gleich nach dieser Zusammenkunft das Zimmer des Monarchen betrat, betont dessen guten Humor. Ihm wurde eine Abschrift der letzten Depesche Knyphausens vom 15. Juli eingehändigt, aus der nach einer Bemerkung Friedrichs zu entnehmen war, dass Frankreich in die geheimen Verhandlungen der beiden Kaiserinnen nicht vollkommen eingeweiht sei. Obwohl die Verteilung der Regimenter in diesem Jahre es dem französischen Ministerium unmöglich mache, eine Armee nach Deutschland zu senden, so wolle Friedrich doch, um Frankreich möglichst lange hinzuhalten, erst Ende August mit den Operationen beginnen. Unter diesen Umständen gedenke er, falls aus Wien keine günstige Antwort einlaufen sollte, eine zweite Anfrage an die Kaiserin-Königin zu richten ⁴⁾.

Es ist sicher Friedrichs Hoffnung gewesen, durch sein Verfahren Frankreich dahin zu beeinflussen, dass es Oesterreich als dem wahren Angreifer keinen Beistand leiste. Bereits am 24. Juli hatte er geäußert, es würde höchst seltsam sein, wenn der Hof in Versailles nicht bald die wahren Pläne des Kaiserhauses durchschaue, welche darauf hinausliefen, nach Besiegung der Osmanen und Ueberwältigung Preussens sich der Alleingewalt im Deutschen Reiche zu bemächtigen ⁵⁾. Ein eigenhändiges Schreiben an Kny-

¹⁾ P. C. XIII. 112 (23. Juli 56).

²⁾ Bernis I. 256—58 und Duclos 274. St. A. (Knyphausen, 15. Juli 56).

³⁾ Valori II. 121 u. 124 (26. u. 27. Juli 56).

⁴⁾ P. C. XIII. 123 (Aus den Papieren Mitchells).

⁵⁾ P. C. XIII. 115 (24. Juli 56, an Knyphausen).

hausen vom 26. Juli sucht zusammen mit der Valori an demselben Tage erteilten Antwort, ihn als den durch die Rüstungen Oesterreichs und Russlands zu Gegenmassregeln Genötigten hinzustellen ¹⁾. Frankreich sollte völlig über Friedrichs Pläne beruhigt, nicht hingehalten werden, wie der König Mitchell auseinandersetzte. Deshalb gefiel ihm nicht der Vorschlag Mitchells, bei Wesel ein Lager zu errichten ²⁾, und erklärte Valori darüber auf, dass ausser der Neutrealitätskonvention vom 16. Januar dieses Jahres zwischen England und Preussen keine weiteren Abmachungen existierten, was den Gesandten sehr überraschte ³⁾. Nach dem schönen Erfolge, den die Franzosen in Port Mahon errungen hatten, war Friedrich durch die Berichte Knyphausens überzeugt, dass das Ministerium auf dem so gut begonnenen Wege fortfahren werde, der ausserdem den Intentionen der Marquise entsprach. Daneben beunruhigte ihn das Erscheinen einer französischen Armee auf deutschem Boden wenig. In einer am 26. Juli dem englischen Gesandten überreichten Denkschrift wiederholte er den Vorschlag zur Bildung einer Armee, die im nächsten Jahre Hannover beschützen sollte. Dieses aus Holländern und Deutschen zusammengesetzte Heer sollte sich, ohne den Rhein zu überschreiten, auf die Defensive beschränken trotz seiner numerischen Ueberlegenheit. Friedrich war der festen Ueberzeugung, dass Frankreich, um nicht seine Küsten englischen Invasionen preiszugeben, nicht mehr als 50 000 Mann gegen den Rhein schicken könne ⁴⁾. Ruhig und nüchtern behandelte der König gegenüber dem englischen Ministerium die französischen Verhältnisse, während er sich bei Russland nicht genug thun konnte in Ermahnungen und Besorgnissen.

Die Antwort, welche Klinggraeffen am 26. Juli in Schönbrunn von der Kaiserin-Königin empfing, traf am 2. August morgens in Potsdam ein. Sofort erhielt der Gesandte den Befehl, zum zweiten Male eine Audienz nachzusuchen, um von der Kaiserin die formelle Erklärung zu erbitten, sie werde weder in diesem noch im folgenden Jahre Preussen angreifen. Wenn sie dieses Versprechen nicht schriftlich abliefern wolle, so müsse es in Gegenwart der Gesandten Frankreichs und Englands mündlich geschehen ⁵⁾. Diese Anfrage

¹⁾ P. C. XIII. 128 (26. Juli 56).

²⁾ P. C. XIII. 123.

³⁾ P. C. XIII. 138 (Podewils, 27. Juli 56) und Valori II. 126.

⁴⁾ P. C. XIII. 124 (Mémoire, 26. Juli 56).

⁵⁾ P. C. XIII. 163 (2. August 56).

bedeutete den Krieg. Bei dem stolzen Charakter Maria-Theresias und der Haltung ihres Ministers Kaunitz war keine zufriedenstellende Antwort zu erwarten ¹⁾.

In Versailles fing man damals an sich zu beruhigen ²⁾. Ausser den Depeschen Valoris wird die gemässigte Sprache des preussischen Gesandten viel hierzu beigetragen haben. Im Conseil, abgeneigt jedem Landkriege, freute man sich, den Frieden gesichert zu sehen ³⁾. Die Berichte, die Anfang August aus Paris einliefen, waren zur Zufriedenheit Friedrichs. Ein französischer Angriff auf Hannover war nicht zu befürchten, da die Regimenter an der Küste ihre Stellungen nicht verliessen und alle Gerüchte über Bildung von Magazinen unbeglaubigt waren ⁴⁾. Die Ansichten der Franzosen gingen vielmehr nach der Eroberung Minorcas auf eine Landung an der englischen Küste, wozu es aber dieses Jahr trotz der grossen Ausrüstungen in Brest nicht mehr kommen werde ⁵⁾.

Friedrich zweifelte nicht an dem guten Willen der Engländer, wünschte aber, sie etwas thätiger zu sehen ⁶⁾. In einer eigenhändig entworfenen Denkschrift, die er Mitchell am 9. August überreichte, setzte er, allerdings im Gegensatz zu Knyphausens Berichten, die Möglichkeit auseinander, dass Frankreich noch in diesem Jahre eine Landung in England versuchen werde. Nach seiner festen Ueberzeugung würde das Scheitern der französischen Landungsversuche an der englischen Küste das Versailler Kabinett dann zwingen, in einer Besetzung Hannovers Entschädigung zu suchen. Der Widerwille der jetzigen Regierung in Frankreich gegen jeden Landkrieg könne leicht durch grosse Misserfolge auf dem Meere und die Intriguen der österreichischen Diplomaten geändert werden. Bei Zeiten möchten daher die Engländer durch Bündnisse mit Holland und den kleineren deutschen Staaten diesen Gefahren vorbeugen ⁷⁾.

¹⁾ Es heisst daher nicht mit den wirklichen Verhältnissen rechnen, wenn Bernis in seinen später geschriebenen Memoires bedauert, dass der Wiener Hof sich nicht zu einer ruhigen, gemässigten Erwiderung verstanden habe, die den König von Preussen in grosse Verlegenheit gesetzt hätte. (Bernis I. 292).

²⁾ St. A. (Knyphausen, 22. Juli 56 immed.).

³⁾ Bernis I. 291.

⁴⁾ St. A. (Knyphausen, 25. Juli 56 immed.).

⁵⁾ St. A. (Knyphausen, 29. Juli 56 immed.).

⁶⁾ P. C. XIII. 190 (Mitchell, 10. Aug. 56).

⁷⁾ P. C. XIII. 192 (9. August 56).

Während nun Friedrich sich gegen Frankreich auf die einfache Mitteilung seiner in Wien geschehenen Anfrage beschränkte ¹⁾ und aus seiner Reserve nicht hervorzutreten gedachte, ohne dass von der andern Seite der erste Schritt gemacht würde ²⁾, suchte Rouillé den preussischen Gesandten über die Absichten seiner Regierung zu beruhigen. Man sei in Versailles mit der Haltung des preussischen Monarchen wenig zufrieden. Aber man würde durch diese Verstimmung sich nicht zu offensiven Massregeln gegen Preussen bestimmen lassen, da man nur England zu bekriegen und auch Russland nicht gegen Friedrich auszuspielen gedenke. Alle Gerüchte über Anlage von Magazinen dementierte der Minister. Der Inhalt der Verträge Oesterreichs mit Russland sei in Versailles nicht bekannt, sie seien gegen die Türken gerichtet. In viel engerer Weise hätten sich England und Preussen mit einander verbunden. Aus guter Quelle konnte Knyphausen am Schlusse beifügen, dass zwischen Petersburg und Versailles nichts abgeschlossen sei ³⁾.

Wie grossen Wert Friedrich diesen Eröffnungen Rouillés beilegte, zeigt sein Befehl vom 18. August an Podewils, den Marquis Valori über den rein defensiven Charakter der englischen Allianz aufzuklären. Er kam noch einmal auf die vor einigen Wochen gemachte Versicherung zurück, es existiere kein weiteres Bündnis mit England als die dem Herzoge von Nivernois in Berlin mitgeteilte Konvention von Westminster. Durch die Bedrohungen der Oesterreicher und die Abwendung Frankreichs sei er leider gezwungen worden, bei den Engländern den notwendigen Schutz und Beistand zu suchen; aber er habe keine Abmachung mit England geschlossen, die sich gegen die Krone Frankreichs richte ⁴⁾.

In den beiden Zusammenkünften des Ministers Podewils mit dem französischen Gesandten am 19. und 20. August betonte dieser, dass man in Berlin nichts für Cleve und die westphälischen Besitzungen zu fürchten habe, wenn Friedrich nicht als erster die Staaten der Kaiserin-Königin angreifen werde. Eine Schilderhebung des Königs würde allgemein in Europa gebilligt werden, sobald der Wiener Hof ihm dazu Veranlassung gebe. In diesem Falle habe Oesterreich keinen Anspruch auf die Hülfe seiner Verbündeten bei einem Angriffe auf das von allen Staaten dem Könige von

¹⁾ P. C. XIII. 175 (4. August 56).

²⁾ P. C. XIII. 211 (14. August 56, an Knyphausen).

³⁾ P. C. XIII. 233 (Knyphausen, 8. August 56 immed.).

⁴⁾ P. C. XIII. 231 (18. August 56).

Preussen garantierte Schlesien. Ohne Aussicht auf fremde Hülfe werde sich deshalb Oesterreich ruhig verhalten. Dagegen müsse Frankreich dem Wiener Hofe den vertragsmässigen Beistand bei einem preussischen Angriffe auf Oesterreich stellen. Valori bat, den Winter abzuwarten, sehr wahrscheinlich werde dann ein Friedensschluss Frankreichs mit England die Besorgnisse Friedrichs zerstreuen ¹⁾).

Diese Aeusserungen Valoris bestärkten den König in seiner Hoffnung, durch eine geschickte Darlegung seiner Lage die leitenden Kreise in Versailles von einer ihm von Seiten der Oesterreicher drohenden Gefahr überzeugen zu können. Es war dann Aussicht vorhanden, dass Frankreich den vertragsmässigen Beistand beim Ausbruch des Krieges an Oesterreich nicht stellen würde. Unter diesem Gesichtspunkte entwarf Friedrich ein eigenhändiges Konzept an Knyphausen, in welchem er dem französischen Ministerium die kritische Lage seines Landes gegenüber den kriegerischen Plänen seiner beiden Gegner, Oesterreich und Russland, darstellte ²⁾).

Aber auch die englischen Staatsmänner suchten Friedrich von jedem einseitigen Vorgehen gegen Oesterreich abzuhalten. Er habe in diesem Augenblicke einen Angriff von Seiten Russlands nicht zu fürchten, sehr leicht könne es aber durch einen von ihm begonnenen Krieg in die Arme Oesterreichs und Frankreichs getrieben werden ³⁾. In der Mitchell am 19. August in Berlin gewährten Audienz suchte der König in längerer Auseinandersetzung seine gefahrvolle Stellung klarzumachen. Auch konnte er nicht mehr gut zurück, nachdem er unterm 2. August die zweite Anfrage nach Wien erlassen hatte. In diesem Augenblicke lag die Entscheidung in den Händen der Kaiserin-Königin. Dagegen versprach zur freudigen Ueberraschung Mitchells der König dem Wunsche des Londoner Kabinetts nachzukommen und das in Pommern stehende Korps in der Stärke von 10 000 Mann zum Schutze Hannovers bereitzuhalten. Er konnte um so leichter in diesem Punkte seinen guten Willen zeigen, als nach den letzten Depeschen Knyphausens ⁴⁾ an eine Besetzung Hannovers durch die Franzosen beim Fehlen aller Magazine nicht zu denken war. Auch brauchten die französischen Regimente, um ihren Marsch von der Küste nach

¹⁾ P. C. XIII. 256 (Podewils 20. Aug. 56) und Valori II. (21. Aug. 56).

²⁾ P. C. XIII. 251 (21. August 56).

³⁾ P. C. XIII. 247 (Mitchell, 6. August 56).

⁴⁾ St. A. (Knyphausen, 5. und 8. August 56).

Deutschland zurückzulegen, mindestens sechs Wochen oder zwei Monate. Sehr viel verlor Friedrichs Versprechen dadurch an Wert, dass er seine pommerschen Regimenter nur bis Ende Februar 1757 für den genannten Zweck zur Verfügung stellte. Bis dahin müsse König Georg durch Abschluss von Allianzen Hannover gegen die Franzosen gedeckt haben. Der Bitte Mitchells, noch einige der in Preussen oder bei Halberstadt stehenden Regimenter zu dem pommerschen Korps stossen zu lassen, entsprach der König nicht: die Entfernung zwischen Königsberg und Hannover sei dafür zu gross, und die bei Halberstadt kantonnierenden Regimenter seien dort dringend nötig, sonst würde er sie nicht aus Wesel entfernt haben ¹⁾. Um seine Situation möglichst gefahrvoll darzustellen, gebrauchte der König dieselben Mittel, mit denen er jahrelang die Franzosen irregeführt hatte. Der Wiener Hof sollte nach ihm nicht weniger als eine Million Gulden dem österreichischen Gesandten in Petersburg zur Verfügung gestellt und in Böhmen und Mähren nahe an 100 000 Soldaten zusammengebracht haben. In dem Memoire, das an demselben Tage für Mitchell vom Könige entworfen wurde, war diese Zahl auf 90 000 vermindert ²⁾. Aber immer noch war sie viel zu hoch gegriffen. Nach einem Schreiben des französischen Attaché Ratte in Wien betrug die etatsmässige Stärke der österreichischen Armee in Böhmen und Mähren 70 100 Mann ³⁾. Friedrich, der die Stärke eines Infanterieregimentes nur auf 1500 und die eines Kavallerieregimentes auf 500 schätzte ⁴⁾, gab gegen Schwerin die Zahl aller in Böhmen und Mähren befindlichen Truppen nach seiner eigenen Berechnung, mit Ausnahme der Garnisonen, mit Einschluss von 6000 Irregulären auf nicht mehr als 65 000 Mann an ⁵⁾. Unzweifelhaft waren die Schwerin mitgeteilten Zahlen nach des Königs Meinung die richtigen, so dass er sich selbst der Zahl nach der österreichischen Armee überlegen glaubte.

Durch die kriegerischen Massregeln Friedrichs gewann die Stellung Knyphausens an Bedeutung für das französische Ministerium. Rouillé und Belle-Isle bemühten sich, die abgebrochenen freundschaftlichen Beziehungen mit dem Gesandten wieder anzuknüpfen. Bei dem Marschall muss man sich hierüber wundern, da er damals

¹⁾ P. C. XIII. 240 (Mitchell, 20. August 56).

²⁾ P. C. XIII. 242 (19. August 56).

³⁾ Arch. des Aff. étr. Vienne, Suppl. 15. (22. August 56).

⁴⁾ P. C. XIII. 409 (18. Septbr. 56).

⁵⁾ P. C. XIII 283 (26. August 56).

seinen Uebergang zu Oesterreich bereits vollzogen hatte ¹⁾. Knyphausen berichtete sogar von einem wahrscheinlichen Stimmungswechsel in Versailles. Verschiedene gut unterrichtete Persönlichkeiten hätten ihm versichert, dass die Tage der österreichischen Allianz gezählt seien ²⁾. Wenn auch keine Namen von Knyphausen erwähnt werden, so kann doch nur der Versuch des Kriegsministers Argenson gemeint sein, den verhassten Bund vom 1. Mai, der seine ganze Wirksamkeit lahm legte, zu sprengen. Damals sind auf seinen Befehl nach der Eroberung von Port Mahon die »Doutes et questions sur le traité de Versailles du premier mai 1756« entstanden ³⁾, in denen der tüchtigste Beamte des auswärtigen Ministeriums, M. Favier, alle üblen Folgen zusammenstellte, welche das Bündnis mit Oesterreich auf die Dauer für Frankreich haben würde. Der Minister gedachte, durch den Kammerdiener Lebel die Denkschrift dem Monarchen selbst zu überliefern. Da dieser aber bei anhaltender Lektüre leicht ermüdete ⁴⁾, so hat Favier bei der Abfassung diesem Umstand Rechnung getragen, indem er den Stoff in Abschnitte zerlegte, die der König ohne Mühe einzeln lesen konnte. In den ersten Tagen des August wollte der Minister das Schriftstück dem Monarchen vorlegen; im entscheidenden Augenblick gab er aber den Versuch auf, aus Furcht, seine Stellung dadurch zu gefährden ⁵⁾.

Knyphausen bestätigte somit die von Valori an Podewils gegebenen Aufklärungen über die Stimmung in Versailles, wo man jeden Landkrieg zu vermeiden wünsche, weshalb man auch die Kaiserin-Königin zur Mässigung in ihrer Antwort an Friedrich ermahne. Der König möge nicht als erster die Feindseligkeiten gegen Oesterreich beginnen. Ohne Weigerung würde alsdann Frankreich den vertragsmässigen Beistand stellen, da König Ludwig selbst den Bund mit Wien in jeder Weise gefördert hätte ⁶⁾. In den folgenden Depeschen drückte sich Knyphausen in ähnlicher Weise aus, auch fügte er das Gerücht bei, dass die geplante Landung an der englischen Küste auf das kommende Frühjahr verschoben sei ⁷⁾.

¹⁾ Arneth IV. 473.

²⁾ St. A. (Knyphausen, 12. Aug. 56 immed.).

³⁾ Londres 1778.

⁴⁾ Bernis II. 82.

⁵⁾ Arch. des Aff. étr. (Autriche, mémoires 28) und »Correspondance du Cardinal de Bernis avec Paris-du-Verney«, 22.

⁶⁾ St. A. (Knyphausen, 12. Aug. 56).

⁷⁾ St. A. (Knyphausen, 15. u. 23. August 56).

Einen günstigen Eindruck hätten auf Rouillé die Erklärungen Friedrichs vom 21. August gemacht, dass ausser der Konvention vom 16. Januar 1756 keine neuen Verträge zwischen ihm und England existierten¹⁾. Dagegen gab Rouillé sein Ehrenwort, dass bis jetzt nichts mit dem Wiener Hofe abgeschlossen sei, was Preussen Anlass zu Besorgnissen geben könne. Soweit seine Kenntniss reiche, sei auch kein Offensivbündnis zwischen Russland und Oesterreich vorhanden. Der Minister fand das Verhalten Friedrichs in diesem Augenblicke seltsam, da nie die Macht Oesterreichs furchtbarer gewesen sei, als jetzt, wo es durch Verträge mit Russland gegen jeden Angriff geschützt sei²⁾.

¹⁾ P. C. XIII. 251 (21. August 56).

²⁾ St. A. (Knyphausen, 3. Septbr. 56).

XIII.

Der Ausbruch des Krieges.

Am 25. August war die Antwort der Kaiserin-Königin auf die zweite Anfrage Friedrichs eingetroffen. Ohne den Erfolg eines letzten Versuches abzuwarten, setzte der König in den folgenden Tagen seine Regimenter gegen Sachsen in Bewegung. So hat er pünktlich den Termin innegehalten, den er sich vor vier Wochen in einer Mitchell gewährten Audienz selbst gestellt hatte ¹⁾.

Ermöglicht ist Friedrichs damalige Politik, die auf den Besitz Sachsens hinauslief, nur durch das Misslingen der Versuche des Gesandten Broglie im December 1755, Sachsen durch einen Subsidienvertrag an Frankreich zu ketten. Der Dresdener Hof wurde nach dem Bekanntwerden der Konvention von Westminster nicht müde, in Wien auf die Gefahren, welche diese in sich schliesse, aufmerksam zu machen ²⁾. Deshalb begrüßten in Dresden König und Minister mit besonderer Freude die Nachricht vom Abschlusse der französisch-österreichischen Allianz. Bereits Ende Juni befürchtete man einen Durchmarsch preussischer Truppen und bat dringend in Wien um Rat und Hülfe ³⁾. Hier hielt man indes die Gefahr nicht für so gross. Bevor Kaunitz mit Frankreich im reinen war, suchte er alles zu vermeiden, was den Argwohn Friedrichs vergrössern konnte ⁴⁾. Der sächsische Gesandte in Wien wies darauf hin, dass, wenn der König von Preussen wirklich die Kaiserin angreifen wolle, er mit weniger Geräusch seine Rüstungen ins Werk setzen werde ⁵⁾. Noch unterm 19. Juli erteilte Kaunitz die beruhigendsten Versicherungen und riet, nichts zu übereilen. Es seien noch viele Vorkehrungen zu treffen und Schwierigkeiten zu überwinden ⁶⁾. Der Minister glaubte eben nicht, dass Friedrich sich so schnell zum Kriege

¹⁾ P. C. XIII. 124 (26. Juli 56).

²⁾ Beer 371, Sternberg, (Dresden, 13. Februar u. 12. März 56).

³⁾ Beer 272 (Brühl an Flemming, 1. Juli 56).

⁴⁾ Lehmann 118 (12. Juni 56 an Starhemberg).

⁵⁾ P. C. XIII. 152 (Flemming an Brühl, 7. Juli 56).

⁶⁾ Beer 372 (Kaunitz an Sternberg, 19. Juli 56).

entschliessen werde, und wollte vor allem Böhmen und Mähren durch Aufstellung einer Armee sichern ¹⁾).

Aber die Gründe, welche Kaunitz zur Mässigung nötigten, durften nicht die Politik des französischen Ministeriums bestimmen. Dort will Bernis noch vor Abschluss des Vertrages vom 1. Mai dem Staatsrate dringend ans Herz gelegt haben, durch Subsidien Sachsen instandzusetzen, sein Heer auf der bisherigen Höhe zu erhalten. Rouillé soll für diesen Antrag gewesen sein, während Machault und Séchelles sich dagegen erklärt haben sollten. Und zwar hegten die Mitglieder des Conseils den verhängnisvollen Irrtum, durch das Bündnis mit Oesterreich den Ruhestörer Friedrich in Schranken halten zu können, ohne darum weitere Ausgaben nötig zu haben ²⁾. Der französische Gesandte Broglie, der in Dresden die Sachlage besser zu beurteilen verstand, wies ohne Erfolg auf die isolierte Stellung Sachsens hin. Nach seiner Meinung sollte Frankreich, um die bisherige politische Lage in Deutschland aufrecht zu halten und sich nicht in einen Krieg wider Willen zu verwickeln, Sachsen nach Kräften unterstützen ³⁾. Auf diese Warnungen Broglies begnügte sich Rouillé zu erwidern, Oesterreich und der sächsische Gesandte in Paris müssten in dieser Angelegenheit die ersten Schritte thun ⁴⁾.

Schon Mitte Juli setzte Graf Vitzthum, der Vertreter Sachsens in Paris, die missliche Lage seines Herrschers auseinander ⁵⁾, aber erst unterm 24. Juli, als Klinggraeffen bereits um seine erste Audienz bei der Kaiserin nachgesucht hatte, wurde aus Wien an Starhemberg die Ordre erlassen, Frankreich möge Sachsen, ohne es in die geheimen Verhandlungen einzuweihen, die nötigen Mittel gewähren, sein Heer zu vermehren ⁶⁾. Die unglaubliche Nachlässigkeit Rouillés, der mit keinem Worte in Berlin darauf hinwies, dass Frankreich nie eine Besetzung Sachsens durch preussische Regimenter dulden werde, erlaubte Friedrich, seine Pläne ungestört auszuführen. Friedrich rechnete hierbei nicht mit der Möglichkeit, dass Frankreich, obwohl durch kein Bündnis mit Sachsen verbunden, dennoch veranlasst werden könne, gänzlich mit ihm zu brechen ⁷⁾.

¹⁾ Lehmann 121 (24. Juli 56).

²⁾ Bernis I. 289.

³⁾ Broglie, secret. I. 156.

⁴⁾ Broglie, secret. I. 152 (an Broglie, 16. Juli 56).

⁵⁾ P. C. XIII. 129.

⁶⁾ Lehmann 121 (Wien, 24. Juli 56, an Starhemberg).

⁷⁾ La France n'avait aucun traité avec le roi de Pologne, aucune liaison ne l'obligeait à le secourir. (Oeuvres 27. 3. 279.)

Auch konnte Friedrich nicht den tiefen, nachhaltigen Eindruck ahnen, welchen das Schicksal der Dauphine, Tochter August' II., auf Ludwig, der sich sonst niemals durch seine Familie und Rücksicht auf sie in seinen Entschlüssen bestimmen liess, machen würde.

Friedrich hat es verstanden, durch seine Truppenbewegungen seinen eigentlichen Plan völlig zu verbergen. Aber aufschieben durfte er im August 1756 die Besetzung Sachsens nicht, wenn er dieses nicht durch einen französischen Subsidienvvertrag gesichert sehen wollte. Es galt den durch seine geographische Lage gefährlichsten Gegner Preussens, wie der König dem Thronfolger schrieb, dem Interesse des eigenen Landes nutzbar zu machen ¹⁾.

Wenn wir uns nun fragen, in welcher Weise Friedrich sein ferneres Verhältnis zu Frankreich beurteilte, so war er durch die Berichte Knyphausens in dieser Zeit in dem Glauben bestärkt worden, er habe von Frankreich nichts zu befürchten. Seit dem Abschlusse der Neutralitätskonvention vom 17. Januar 1756 hatte sich nichts ereignet, was auf eine Absicht des Versailler Hofes, sich trotz der allgemeinen Zerrüttung der inneren Zustände an einem europäischen Kriege zu beteiligen, hinweisen konnte. Jahrelang hatten sich die französischen Staatsmänner von dem Londoner Kabinett insultieren lassen, selbst die Vernichtung ihrer Handelsflotte hatten sie ruhig hingenommen und erst seit einem halben Jahre sich aufgerafft zu dem von Friedrich seit langem gewünschten Kriege. Die bisher dabei errungenen Vorteile mussten die Engländer zwingen, endlich ihre ganze finanzielle Ueberlegenheit geltend zu machen. Die englische Flotte konnte mit Hülfe der im südlichen England befindlichen Hessen und Hannoveraner leicht an der feindlichen Küste Landungsversuche unternehmen; so wurden die in der Normandie und Bretagne stationierten französischen Regimenter dort festgehalten. Gegen ein französisches Heer in Deutschland vermochte aber das englische Gold ohne Schwierigkeiten eine Subsidienarmee zusammen zu bringen.

Das Bündnis zu Versailles vom 1. Mai hat Friedrich nicht weiter beunruhigt. Er stand mit seiner Meinung nicht allein, auch in Frankreich wurde sie geteilt, dass diese Allianz einer ernsten Probe nicht standhalten werde. Nachdem Oesterreich die Hülfe Englands verloren hatte, war es auf den Bund mit Frankreich eingegangen. Aber gerade das, was die Kaiserin-Königin notwendig für den Krieg brauchte,

¹⁾ P. C. XIII. 314. (31. August 56).

Geld, konnte ihr Frankreich nach Friedrichs Ansicht nicht geben ¹⁾. Ausserdem war dieses in Kanada, dem Mittelmeere und am Atlantischen Ozean mit England im Kampfe, daher nicht imstande, mit mehr als 50 000 Mann in die deutschen Verhältnisse einzugreifen ²⁾.

Doch hoffte der König, dass letzteres Ereignis nicht eintreten, dass vielmehr der Hof zu Versailles, nachdem die erste Entrüstung über sein Auftreten sich gelegt habe ³⁾, gute Miene zum bösen Spiel machen und sich auf die Erfüllung des vertragsmässigen Beistandes an Oesterreich beschränken werde. Hätte er nicht gehofft, Frankreich sogar zur Neutralität zu bewegen, würde er sich nicht der Mühe des Versuchs unterzogen haben, bevor er Potsdam verliess, das französische Ministerium von der Notwendigkeit seines Verfahrens gegen Sachsen zu überzeugen ⁴⁾.

Zugleich liess Friedrich die Antwort des Wiener Hofes und die Gründe, welche ihn zum Einmarsch in Sachsen zwangen, den englischen und französischen Staatsmännern mitteilen ⁵⁾. Knyphausen erhielt daneben eine Abschrift der eigenhändigen Bemerkungen des Königs auf die Antwort der Kaiserin. Diese »Remarques sur la réponse de la cour de Vienne« sind eins der vom Könige entworfenen diplomatischen Meisterstücke. Einerseits der Hinweis auf die gewaltigen Rüstungen der beiden Kaiserinnen; — eine Armee von 90 000 Soldaten lagere in Böhmen und Mähren, während er selbst nur die schlesischen Festungen im Juni in Verteidigungszustand setzen und ausserdem 4 Regimenter aus Brandenburg nach Pommern marschieren liess, die im Notfall auch Preussen gegen die Russen zu decken hatten: Schritt für Schritt sei er durch das Auftreten der Kaiserin zu weiteren Massregeln gezwungen worden, aber kein einziges Regiment sei nach Schlesien aufgebrochen. Hätte er etwas gegen Oesterreich im Schilde geführt, so würde er vor zwei Monaten die Gelegenheit zum Kriege wahrgenommen haben, anstatt die Rüstungen seiner Feinde ruhig zu dulden. Er habe niemanden bedroht, weder Frankreich noch Russland, gegen letzteres sei ein Angriff durch die in der Provinz Preussen lagernden Truppen ganz ausgeschlossen. Auf solche Weise

¹⁾ P. C. XIII. 29 (6. Juli 56).

²⁾ Die Denkschriften Friedrichs vom Herbst 1756 geben keine höhere Zahl.

³⁾ P. C. XIII. 341 (4. Sept. 56).

⁴⁾ P. C. XIII. 302 (28. August 56).

⁵⁾ P. C. XIII. 291 (27. August 56).

suchte der König das Haus Habsburg als den wirklichen Angreifer hinzustellen, während er selbst nur gezwungen das Schwert ziehe, um seine Ehre, sein Land und seine Krone zu verteidigen. In diesen Aufzeichnungen, am Vorabend des Krieges entworfen, sucht Friedrich sein Verhalten zu rechtfertigen. Gerade sein langes Zögern und der Versuch, die Kaiserin-Königin möglichst tief ins Unrecht zu setzen, beweist, dass Friedrich andere Absichten mit dem Einmarsch in Sachsen verband, als einem Angriffe seiner Gegner zuvorzukommen. Hätte er wirklich Gefahr gefürchtet, würde er ohne Zögern im Juni losgeschlagen haben, um möglichst schnell den feindlichen Bund zu sprengen ¹⁾. Als er Sachsen in Besitz hatte, konnte er im Frühjahr 1757 nicht zeitig genug den Feldzug eröffnen, da eine Niederlage der Oesterreicher am sichersten den Einmarsch der Russen in Ostpreussen verhinderte ²⁾. Wenn der König nun in diesem Augenblicke, nachdem sich seine Regimenter schon gegen Sachsen in Marsch gesetzt hatten, einen dritten und letzten Versuch unternahm, durch Klinggraeffen mit der Kaiserin-Königin zu einer Verständigung zu gelangen ³⁾, so wollte er dadurch seine Friedensliebe noch schärfer vor aller Welt dokumentieren. Den Einmarsch in Sachsen erklärte Friedrich den beiden Mächten, England und Frankreich, als unvermeidlich, nachdem er im Jahre 1745 von den Sachsen so schwer hintergangen sei, und Knyphausen sollte in Versailles auf ein ähnliches Verfahren Frankreichs gegen Savoyen beim Beginn des spanischen Erbfolgekrieges hinweisen ⁴⁾.

Am folgenden Tage, den 28. August, wurde an Knyphausen ein längerer Auszug gesandt, der den Minister Rouillé über alle Intriguen des sächsischen Hofes aufklären sollte ⁵⁾. Der König legte grossen Wert darauf, die Erwiderung Oesterreichs auf seine zweite Anfrage zugleich mit seinen kritischen Bemerkungen in Versailles zu unterbreiten. Aus diesem Grunde wurde Valori die Antwort der Kaiserin durch Podewils vorenthalten ⁶⁾, obwohl es die Hauptaufgabe des Ministers war, Frankreich nach Kräften zu beruhigen ⁷⁾. Zum beliebigen Gebrauche wurden aber später die Originale der aus dem Dresdener

¹⁾ Bernhardi: »Friedrich der Grosse als Feldherr«. I. 38.

²⁾ P. C. XIV. 511 (16. April 57 P. S.).

³⁾ P. C. XIII. 278 (26. August 56).

⁴⁾ P. C. XIII. 293 (27. August 36 P. S.).

⁵⁾ P. C. XIII. 306 (28. August 56).

⁶⁾ P. C. XIII. 310 (28. Aug. 56).

⁷⁾ P. C. XIII. 299 (29. August 56).

Archive entnommenen Schriftstücke dem französischen Gesandten vorgelegt ¹⁾).

Das Verfahren Friedrichs gegen Frankreich in dieser so entscheidungsvollen Zeit beweist, dass er von Versailles aus keine ernste Gegnerschaft erwartete, da Frankreich eine Wiedereroberung von Schlesien nicht begünstigen noch dulden könne, weil Oesterreich ihm dadurch zu stark werden würde ²⁾. Aber gleich die ersten Nachrichten Knyphausens konstatierten eine tiefere Erregung des Ministerium und der öffentlichen Meinung, als man bei dem Langmute, mit dem man dort alle Insulten von englischer Seite ertragen hatte, annehmen konnte.

¹⁾ P. C. XIII. 377 (12. Septbr. 54 .

²⁾ Pol. Test. (Ranke XXX. 116).

XIV.

Der Bruch Frankreichs mit Friedrich.

Der Einmarsch Friedrichs in Sachsen wurde trotz seiner Gegenmassregeln am 4. September durch einen Kurier des Marquis Valori ¹⁾ in Paris bekannt, da die Offiziere, welche die Depeschen vom 27. und 28. August an Knyphausen überbringen sollten, in Belgien angehalten wurden ²⁾. Wie Friedrich vorausgesehen hatte ³⁾, ertönte ein Schrei der Entrüstung durch ganz Paris, zahlreiche Sitzungen des Conseils fanden statt. Auch verbreitete sich das Gerücht, ein Teil des Ministeriums wolle den Einfall Preussens in Sachsen als Vorwand für eine Besetzung Hannovers benutzen.

Knyphausen wurde am nächsten Empfangstage in Versailles, den 7. September, ersucht, sich aus erklärlichen Gründen nicht der Dauphine vorzustellen. Ohne Erfolg machte er Rouillé mit dem Inhalt der letzten Schreiben seines Herrschers vertraut. Der Minister verbarg nicht seinen Verdruss über das Vorgehen des preussischen Monarchen. Weitere Verhandlungen mit Preussen hatten nach ihm keinen Zweck, sehr wahrscheinlich werde Valori aus Berlin abberufen werden. Der Vertrag vom 1. Mai sei nur geschlossen, um einen Landkrieg zu vermeiden; aber die französische Regierung werde allen Verpflichtungen gegen Oesterreich nachkommen. Der sächsische Hof sei wohl feindlich gegen Preussen gesinnt, besitze aber nicht die Macht, etwas auszurichten. Die Art des Vorgehens Friedrichs habe die Entrüstung in Frankreich nur vergrössert.

Nach weiteren Meldungen Knyphausens bereitete man, ohne die Bitte des Wiener Hofes abzuwarten, den Abmarsch des Hülfskorps vor. Belle-Isle, der nach La Hogue zur Besichtigung der neuen Hafenanlagen gefahren sei, werde durch einen Expressen zurückgerufen und die in La Hogue begonnenen Bauten suspendiert. Die bisher in der Normandie lagernden Regimenter hätten zum Teil Befehl zum Aufbruch nach Metz erhalten. Die Kriegspartei, an der Spitze der Herzog von Richelieu und Argenson, befürworte

¹⁾ Arneth V. 25.

²⁾ St. A. (Knyphausen, 6. Septbr. 56 imméd. P. S.).

³⁾ P. C. XIII. 294 (27. Aug. 56).

die Besetzung Hannovers; aber die Pompadour und der Marineminister würden sich diesen weitgehenden Plänen widersetzen ¹⁾. Als unterm 17. September der Gesandte indessen melden konnte, dass Rouillé in ruhiger Weise von ihm die massgebenden Gründe für eine Besetzung Sachsens angehört habe, vernahm der König mit grosser Genugthuung, dass seine Voraussetzungen sich so schnell erfüllten ²⁾. Von Anfang an hatte er, gestützt auf das Verhalten des französischen Ministeriums im Juli 1755, darauf gerechnet, dass sich die Erregung wie damals bald legen würde. Er schärfte Knyphausen jetzt ein, alles zu vermeiden, was die »fougue française« reizen könne, und für eine gehörige Aufklärung der öffentlichen Meinung zu sorgen ³⁾.

Sehr erschwert wurde Knyphausen seine Aufgabe durch Gerüchte über die schlechte Behandlung, die dem Könige von Polen und seiner Familie von preussischer Seite zu teil werde ⁴⁾. Doch konnte der Gesandte in den ersten Tagen des Oktober melden, die erste Aufregung (*première fougue*) sei gewichen, man rede nicht mehr davon, Valori aus Berlin abzuverufen. Der Nation seien die Augen geöffnet über die schweren Fehler des Vertrages mit Oesterreich, der Frankreich keinen Nutzen für den Krieg auf dem Meere gewähre, während er bedeutende Verpflichtungen zu Lande auferlege. Nach Knyphausen hätte schon längst eine für Preussen günstigere Stimmung Platz gegriffen, wenn nicht durch die Vorgänge in Sachsen König Ludwig persönlich verletzt wäre ⁵⁾. Die Rüstungen in Frankreich nähmen ihren Fortgang; Belle-Isle ziehe eine Diversion gegen Hannover vor und bekämpfe den Marsch der französischen Hülfsstruppen nach Böhmen, wo diese noch in schlechtem Andenken ständen ⁶⁾. Auch halte man es auf französischer Seite für unwürdig,

¹⁾ Knyphausen über den Einfall in Hannover (am 12. Sept. 56). »J'ai cependant lieu de supposer que la Marquise et ceux qui tirent la même corde avec elle, détournent ce coup et que, si cette entreprise n'est pas totalement rejetée, elle sera au moins différée« und am 20. Sept. 56: »Il y a apparence cependant que le sieur de Machault ainsi que la Marquise s'y opposeront de tout leur pouvoir, et c'est sur quoi on ne sera éclairci que lorsque les affaires générales commenceront à se développer«.

²⁾ P. C. XIII. 471 (27. Sept. 56).

³⁾ P. C. XIII. 426 (20. Septbr. 56).

⁴⁾ St. A. Knyphausen, (1. Oktbr. 56).

⁵⁾ St. A. (Knyphausen, 4. und 8. Oktbr. 56 *immed.*) und P. C. XIII. 496 (Knyphausen, 24. Septbr. 56).

⁶⁾ St. A. (Knyphausen, 10. Oktbr. 56).

die eigenen Regimenter unter fremdes Kommando zu stellen. In diesem Jahre sei nichts mehr von Frankreich zu befürchten, die für das Hülfskorps bestimmten Generäle hielten sich Mitte Oktober noch in Paris auf ¹⁾).

Da brachte das Auftreten Broglies, des Gesandten am Dresdener Hofe, den Bruch mit Preussen zustande, den Rouillée in Versailles nach Möglichkeit hatte vermeiden wollen. Broglie war auf das tiefste erbittert über den Einmarsch Friedrichs in Sachsen, der seine ganze vierjährige Thätigkeit in Frage stellte. Als ihm nun der ungehinderte Zutritt zum Könige von Polen auf dem Königsstein von Seiten Friedrichs verweigert wurde, liess er sich nur durch Androhung offener Gewalt bestimmen, von seinem Vorhaben abzustehen. Dieser Vorgang erbitterte die öffentliche Meinung in Paris auf das höchste und gab endlich einen genügenden Grund zur Abberufung des französischen Gesandten in Berlin. Dem Minister Rouillé wird dieser Entschluss sehr schwer gefallen sein; am 20. Oktober setzte er Knyphausen unter Darlegung der Gründe davon in Kenntniss ²⁾. Die Verstimmung des Ministers über diese Wendung der Dinge ist auch dem österreichischen Gesandten nicht verborgen geblieben ³⁾.

Friedrich war erstaunt, dass sein erfochtener Sieg bei Lobositz keinen grösseren Eindruck in Paris hervorgebracht ⁴⁾, nahm aber die Depesche Knyphausens vom 21. Oktober ohne grosse Erregung oder gar Bestürzung entgegen ⁵⁾. Das folgende Schreiben aus Paris liess bereits durchblicken, dass man dort nicht die vollen Konsequenzen aus der Abberufung Valoris zu ziehen gedachte. Frankreich war vielmehr nach Knyphausen zu seinem Vorgehen nur bewogen worden, um dem Wiener Hofe jeden Verdacht zu nehmen, nachdem man die Sendung des Hülfskorps hinausgeschoben hatte. Nach Aussagen von Persönlichkeiten, die dem Hofe nahe standen, sei aus dem Bruche der diplomatischen Beziehungen nicht auch der Kriegszustand beider Staaten zu folgern. Belle-Isle sei durch Krankheit verhindert worden, an der entscheidenden Sitzung im Conseil teilzunehmen, sonst würde wahrscheinlich der Antrag, Valori zurückzurufen, nicht so überstürzt angenommen worden sein. Noch wertvoller waren die Bemerkungen Knyphausens über die schweren

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 14. u. 29. Oktbr. 56).

²⁾ P. C. XIII. 581 (Knyphausen, 21. Oktober 26).

³⁾ Arneth V. 33.

⁴⁾ P. C. XIII. 575 (28. Oktober 56).

⁵⁾ P. C. XIII. 581 (30. Oktober 56).

Differenzen, welche sich zwischen Oesterreich und Frankreich erhoben hätten. Danach sollten Belle-Isle und Argenson auf die ernststen Gefahren im Conseil hinweisen, welche aus den Verpflichtungen des Vertrages vom 1. Mai entstehen könnten ¹⁾.

Einige Tage später gab Knyphausen unterm 29. Oktober weitere Details über die Schwierigkeiten, welche der Versailler Hof gegen die Sendung des Hülfskorps erhoben hatte. Seine Ausführungen decken sich mit der Denkschrift, die am 3. Oktober Bernis dem Grafen Starhemberg im Namen seines Herrschers überreichte. Der französische Stolz widersetzte sich der Zumutung, die Nationalregimenter unter fremden Befehl zu stellen und sie in fernen Landen der Willkür eines Bundesgenossen preiszugeben. Bernis war dafür eingetreten, als sich der Konflikt zwischen Wien und Berlin zum Kriege zuspitzte, wie auch von anderer Seite vorgeschlagen wurde ²⁾, die deutschen geworbenen Regimenter unter Beifügung einer französischen Brigade der Kaiserin-Königin zur Verfügung zu stellen ³⁾. Aber in Versailles wurde vom Kriegsminister dagegen Widerspruch erhoben; auch legte die Kaiserin-Königin besonders Gewicht darauf, dass französische Regimenter das Hülfskorps bildeten, damit der Eindruck, den das einträchtige Zusammenwirken beider Mächte in ganz Europa hervorbrächte, um so tiefer werde ⁴⁾.

Anstatt dieses Hülfskorps abzusenden, erklärte sich nun der König von Frankreich bereit, eine doppelt so starke Armee am Rheine aufzustellen, die von dort aus Hannover und somit auch den König von Preussen bedrohe ⁵⁾. Bernis, der auf einen möglichst schnellen Abmarsch der nach Böhmen bestimmten Truppen gedrungen hatte ⁶⁾, ist nicht der Urheber dieses Planes gewesen, der vielmehr dem Kopfe des Marschalls Belle-Isle entsprang ⁷⁾. So erklären sich die Meldungen Knyphausens, dass die Rüstungen für Oesterreich im Oktober sehr lässig betrieben würden, und dass die Obristen, welche am 1. November bei ihren nach Deutschland bestimmten Regimentern antreten sollten, mit königlicher Genehmigung in Paris und Fontainebleau blieben. Die ganz unerwartete Nachricht von der Kapitulation

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 25. Oktober 56).

²⁾ Correspondance de Bernis avec U. Paris-du-Verney 2. 12.

³⁾ Bernis I. 295.

⁴⁾ Arneth V. 27.

⁵⁾ Arneth V. 33 u. P. C. XIV. 27 (Knyphausen, 29. Oktober 56).

⁶⁾ Bernis I. 297.

⁷⁾ Arneth V. 35.

der sächsischen Armee erregte allgemeines Erstaunen. Die preussenfeindliche Stimmung hätte sich nach Knyphausen bei einem für Sachsen vorteilhaften Abkommen sehr schnell gemässigt. Graf Starhemberg redete bereits von einem Verrat der Sachsen ¹⁾).

Wenn die Denkschriften Friedrichs auf einen Teil des Conseils Eindruck gemacht hätten und man immermehr die Unzuträglichkeiten der neuen Allianz erkannte, so wäre dennoch auf einen baldigen Systemwechsel am Versailler Hofe nicht zu rechnen. Zwar seien Zwistigkeiten zwischen Oesterreich und Frankreich in Zukunft nicht ausgeschlossen, aber das grösste Hindernis liege in der Gesinnung des Königs Ludwig, der mit aller Entschiedenheit an der von ihm ins Werk gesetzten Politik festhalten werde. Alle Aeusserungen zu Gunsten Preussens würden durch das Auftreten des Monarchen in Versailles zum Schweigen gebracht. In einer dem früheren Gesandten Oesterreichs in Madrid, dem Abbé Migazzi, gewährten Audienz erklärte der König öffentlich, dem Bündnisse mit der Kaiserin-Königin stets treu bleiben zu wollen ²⁾. Von ihm waren die grössten Schwierigkeiten zu erwarten, wenn Friedrich wieder ein verträgliches Verhältnis mit Frankreich ins Leben rufen wollte ³⁾.

Da Friedrich im folgenden Jahre den Marsch eines starken französischen Heeres nach Deutschland zu erwarten hatte, so wurde er nicht müde, den Engländern Gegenmassregeln vorzuschlagen. In seinen Unterredungen mit Mitchell in Sedlitz in Sachsen am 28. und 29. October gab er die Stärke seiner Gegner in Böhmen für das nächste Jahr auf 162 000 Mann an, welche Zahl er in einem für das englische Ministerium bestimmten Memoire näher zu begründen strebte. Er hat hierin die Stärke des französischen Hilfskorps nebst den von Frankreich bezahlten deutschen Truppen gegen seine eigene Ueberzeugung auf 40 000 Soldaten geschätzt ⁴⁾. Sechs Wochen später bezeichnete er in einem Schreiben an Schwerin die Stärke der österreichischen Armee auf 110 000 Mann, zu denen noch ein französisches Korps oder im französischen Solde stehende deutsche Regimenter in der Höhe von 24 000 Mann treten sollten, sodass in Böhmen höchstens 134 000 Feinde zu bekämpfen wären ⁵⁾.

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 29. Oktbr. u. 1. Novbr. 56).

²⁾ Arneth V. 111 (Starhemberg, 2. Novbr. 56).

³⁾ St. A. (Knyphausen, 5. Novbr. 56). P. C. XIV. 61, zum Teil gedruckt).

⁴⁾ P. C. XIII. 578 (29. Octbr. 56).

⁵⁾ P. C. XIV. 139 (14. Dezbr. 56).

Sehr gelegen kam Friedrich die Depesche Knyphausens vom 29. Oktober ¹⁾, die er Mitchell vorlegen liess, um dem Londoner Kabinett die Notwendigkeit darzulegen, dass eine starke Operationsarmee aus den von England zurückgekehrten Hessen und Hannoveranern gebildet würde. Aber dieses Heer sollte sich nach einem am 20. November Mitchell überreichten Operationsplane auf die Defensive beschränken, selbst Wesel nicht ernstlich verteidigen, sondern nur den Franzosen den Eintritt in Westphalen versperren ²⁾.

Knyphausen, der am 16. November Paris verlassen hatte, setzte in zwei Memoires Anfang Dezember die Aufgaben auseinander, die dieses Heer in Verbindung mit 20 000 Holländern im nächsten Jahre auszuführen hätte. Da der Gesandte in dieser für England bestimmten Denkschrift eine Armee von 64 000 Mann für genügend hielt, um die französische Offensive lahm zu legen, so sind weder er noch sein König der Meinung gewesen, dass Frankreich seine Hauptmacht im nächsten Jahre gegen Hannover und Preussen wenden werde. Knyphausen teilte die vom Könige geäusserte Ansicht ³⁾, dass die Aufstellung eines französischen Heeres am Rheine die Küsten der Normandie und Bretagne englischen Ueberfällen aussetzen würde ⁴⁾. Jede Verstärkung der Landarmee in Frankreich bedeutete eine Schwächung der Mittel für den Seekrieg. Die ganze Politik des französischen Ministeriums war in dem letzten Jahre darauf hinausgegangen, jeden Landkrieg nach Möglichkeit zu vermeiden; nur das Unterliegen der eigenen Flotte und der Verlust der Kolonien konnte hierin eine Aenderung bewirken. Friedrich hielt in diesem Momente die französische Politik nicht so verblendet, dass sie die im Mittelmeere und Kanada errungenen Resultate durch die Teilnahme an einem Kontinentalkriege in Frage stellen würde.

Unmöglich konnte das Schicksal, welches Sachsen, ein fremdes Land, getroffen hatte, auf die Länge der Zeit so nachhaltig auf die Stimmung im Ministerium und im Volke wirken. Bestärkt wurde Friedrich in dieser Ansicht durch die letzten Depeschen Knyphausens aus Paris, nach welchen das Interesse für den Seekrieg in Frankreich nicht erlahme. Noch vor Ende des Jahres

¹⁾ P. C. XIV. 27.

²⁾ P. C. XIV. 63 (Projet de Campagne).

³⁾ P. C. XIII. 576 (28. Oktbr. 56).

⁴⁾ P. C. XIV. 119 (9. Dezbr. 56).

solle eine ostindische Expedition zur Eroberung von Madras ausgerüstet und daneben 2600 Soldaten zur Verstärkung nach Kanada gesandt werden ¹⁾. Diese Unternehmungen mussten in Paris aller Blicke von dem Kriegsschauplatze in Deutschland ablenken. Noch immer durfte Friedrich von der Richtigkeit derjenigen Auffassung überzeugt sein, welche vor allem ihn bei seinem kühnen Vorgehen geleitet hatte. Da die schlechten Finanzen Frankreichs nach Friedrichs Meinung keine längere Beteiligung an dem Landkriege erlaubten, so hielt er es für unmöglich, dass Frankreich sich in einen seinem Vorteil direkt entgegengesetzten Krieg mischen, Subsidien an Russland zahlen und daneben 150 000 Soldaten nach Deutschland senden werde ²⁾.

¹⁾ St. A. (Knyphausen, 1. Novbr. 56) u. P. C. XIV. 56 (Mémoire Raisoné, 20. Novbr. an Mitchell).

²⁾ Oeuvres 27. 284 (Apologie de ma conduite politique).

XV.

Friedrichs Lage im Winter 1756/57.

Wie richtig Friedrich im November 1756 den Schwerpunkt der wahren Interessen Frankreichs erkannt hat, zeigt das damalige Verhalten der Männer, die zuerst für die österreichische Allianz eingetreten sind. Bernis hat auf schleunige Sendung des Hilfskorps nach Böhmen gedrungen, um so weiteren Forderungen der Kaiserin-Königin zu entgegenen¹⁾. Ein so unbedingter Anhänger des österreichischen Bündnisses, wie ihn Starhemberg schildert²⁾, ist Bernis nicht gewesen. Viel schärfer sprach sich der Marineminister Machault gegen das neue System aus. Er war lebhaft für den Bund mit Oesterreich eingetreten in der Hoffnung, dass dadurch der Frieden in Europa bewahrt bleibe. Der Seekrieg gegen England konnte nun bei der veränderten politischen Lage nicht mit derselben Energie fortgeführt werden. Der alte Marschall Noailles hatte bereits auf die üblen Folgen hingewiesen, welche ein gleichzeitig unternommener Landkrieg für den Kampf zur See haben müsse³⁾. Aber dieselben Gründe, welche Machault zur Gegnerschaft veranlassten, bewogen seinen alten Feind Argenson sich äusserlich mit dem neuen System auszusöhnen, in seinem Herzen wird er wohl nie ein aufrichtiger Freund Oesterreichs geworden sein. Dem Hofe und dem Adel sagte ein Landkrieg mehr zu als die Kämpfe auf dem Meere und in den Kolonien, und den Kriegsminister leitete die Rücksicht auf sein Departement, den Anschluss an Oesterreich zu suchen, ohne dass deswegen eine Annäherung zwischen ihm und der Pompadour stattfand. Der Minister Rouillé hat seinen Verdruss über die Wendung der Politik nicht

¹⁾ Bernis I. 297 und St. A. (Knyphausen, 12. November 56).

In seinen Mémoires, denen man allerdings nicht unbedingt trauen darf, äussert sich Bernis höchst unzufrieden über die Art, wie Oesterreich den Bruch mit Preussen brüskiert habe. Der Wiener Hof habe Frankreich nur in einen diesem fernstehenden Krieg verwickeln wollen, und sei durchaus nicht freizusprechen von dem Vorwurfe, den Ausbruch des Kampfes beschleunigt und Friedrich den Vorwand geliefert zu haben, das unverteidigte Sachsen zu besetzen. (Bernis I. 292).

²⁾ Arneth V. 31.

³⁾ Noailles, Mémoires VI. 315.

verborgen ¹⁾, aber sein erster Beamter, de la Ville, der Argenson ganz ergeben war, und die Rücksicht auf die Gesinnung des Monarchen bewog ihn, seine eigene Meinung nicht zu äussern. Höchst zufrieden war man dagegen in der Hofburg, in dem Marschall Belle-Isle einen aufrichtigen Freund Oesterreichs gewonnen zu haben, nachdem dessen einstige so begeisterte Verehrung für König Friedrich durch das Misslingen der Mission Nivernois' in Erbitterung verwandelt worden war. Die Hoffnung, in dem voraussichtlichen Landkriege eine grosse Rolle zu spielen, die dankbarer zu sein versprach, als seine verschiedenen Projekte, in England eine Landung zu versuchen, söhnte ihn mit dem neuen System aus ²⁾.

Noch machte der Marineminister Machault einen letzten Versuch, den Einfluss der Kriegspartei zu brechen. In einer dem Conseil überreichten Denkschrift hielt er an dem alten Grundsatz fest, in England sei der einzige Feind Frankreichs zu suchen, den man hauptsächlich auf dem Meere bekämpfen müsse. Jede an Oesterreich gewährte Hülfe, welche den vertragsmässigen Beistand der 24 000 Mann überschreite, werde die für den Seekrieg so nötigen Summen vermindern ³⁾. Diese sachverständigen, begründeten Ausführungen machten im Conseil einen grossen Eindruck, der um so nachhaltiger wirkte, da Machault nach dem Rücktritt Séchelles das einzige Conseilmitglied war, welches ein Urteil über die finanzielle Lage abgeben konnte. Argenson musste zugeben, dass zuerst die Forderungen der Marine Anspruch auf Befriedigung hätten. Ohne energisches Eingreifen würde aber die von Richelieu und Mazarin unter grossen Schwierigkeiten geschaffene Stellung Frankreichs in Deutschland durch das Auftreten Preussens in Frage gestellt werden. Mit Ausnahme Machaults, dessen Schweigen genügend sein Denken ausdrückte, schlossen sich alle Mitglieder des Conseils der Ansicht Bernis an: König Ludwig müsse als Garant des Westphälischen Friedens sich mit einer grösseren Macht an der Unterdrückung des Deutschen Krieges beteiligen, als der Vertrag vom 1. Mai fordere. Bernis war aber weit entfernt, die ganze Macht Frankreichs gegen Preussen aufbieten zu wollen, was auch von österreichischer Seite nicht verlangt wurde. Auf den Vorschlag des nach Wien gereisten Marschalls d'Estrées, dass das Hülfskorps

¹⁾ Arneth V. 33.

²⁾ Bernis I. 296 und 297.

³⁾ Bernis I. 303.

in der Stärke von 30 000 Franzosen sofort in der Wetterau Winterquartier beziehen möge, um im Frühjahr Hannover und Magdeburg zu bekriegen, ging Kaunitz nicht ein. Vielmehr entwickelte er unterm 14. November seine Ansicht dahin, der Hof von Versailles möge eine Armee in der Stärke von 35—40 000 Mann gegen Sachsen in Marsch setzen und daneben ein Observationskorps am Nieder-Rhein versammeln ¹⁾).

Zur Bildung dieser Heere wollte Bernis die deutschen Regimenter seines Landes benutzen, in Verbindung mit den durch Subsidien gewonnenen Truppen der Pfalz, Würtembergs und anderer Staaten, und daneben der Kaiserin-Königin für Russland und Schweden Subsidien bewilligen. Es war sein Plan, Deutsche gegen Deutsche zu gebrauchen, ohne französisches Blut zu vergiessen; er hielt dabei an dem ursprünglichen Programm fest, die Hauptmacht Frankreichs zur Bekämpfung Englands zu verwenden ²⁾). Aber Bernis fand bei den Mitgliedern des Conseils keinen Beifall. Der Neid und die Missgunst der Minister werden hierbei nicht den Ausschlag gegeben haben, wie Bernis später in seinen Memoiren erklärt, sondern die Gefahren, welche in allen halben Massregeln liegen. Es ist Argenson und Belle-Isle nicht schwer gefallen die üblen Folgen klar zu legen, welche die von Bernis befürwortete Politik haben würde. Nach Argenson waren nur zwei Möglichkeiten vorhanden, entweder den Dingen in Deutschland ihren Lauf zu lassen, ohne sich einzumischen, oder sogleich mit einer Armee von 150 000 Mann aufzutreten, in ein oder zwei Feldzügen den Krieg zu beendigen und durch die Besetzung Hannovers ein wertvolles Pfand zu gewinnen für den Fall, dass sich England einer französischen Kolonie bemächtigen sollte ³⁾).

Verstärkt wurden die Anhänger der Kriegspartei in ihren Hoffnungen, in einem siegreichen Feldzug die Obermacht in Norddeutschland zu erhalten, durch die Meinung, welche sich in Frankreich über die Machtmittel und den Charakter Friedrichs des Grossen gebildet hatte. Man sah nicht voraus, welche Energie und Thatkraft dieser Monarch in den nächsten Jahren entfalten würde. Nach allgemeiner Meinung hatte er die Eroberung Schlesiens einer geschickten Ausnutzung der damaligen Lage zu verdanken.

¹⁾ Arneth V. 74 u. 75.

²⁾ Bernis I. 305.

³⁾ Bernis I. 307.

Die Bundesgenossenschaft Frankreichs und eine wohlwollende Neutralität Englands hätten ihm den ungestörten Besitz dieser Provinz ermöglicht. Aber Friedrichs Bemühungen um weitere Erwerbungen waren gescheitert. Er war wohl nach der herrschenden Ansicht mächtig genug, Oesterreich und auch Russland gegenüber standzuhalten, aber nur so lange nicht eine dritte Macht beiden Staaten mit Subsidien zu Hülfe kam. So sehr in Frankreich die persönlichen Eigenschaften Friedrichs, sein Mut, seine Liebe zur Thätigkeit, sein Interesse für das Wohl seiner Länder anerkannt wurden, so gering schätzte man seine Machtmittel. Der König hatte nach den Depeschen des französischen Gesandten de La Touche wohl eine schöne Armee und einen gefüllten Schatz, aber seine Hülfquellen seien doch zu gering, um die Kosten mehrerer Feldzüge zu bestreiten ¹⁾. Nach der Meinung des Conseils, vermochte er nichts ohne Frankreich, dessen neues Bündnis mit Oesterreich entmutigen müsse ²⁾. Sehr scharfe Kritik übte La Touche, der selbst Militär war, an den Mängeln des preussischen Heeres, hob namentlich die geringe Befähigung fast aller höheren Officiere hervor, die im Friedensdienste verknöchert, nicht selbständig zu operieren wüssten ³⁾. Wie gut man in französischen Militärkreisen über die Beschaffenheit und die inneren Zustände des preussischen Heeres unterrichtet war, zeigen die von Belle-Isle den Oesterreichern erteilten Ratschläge, jeder Schlacht auszuweichen und durch geschickte Manöver die so verschiedenartig zusammengesetzte Armee Friedrichs aufzulösen ⁴⁾.

Knyphausen hatte im Juli 1756 seinen Herrscher aufgeklärt über die Meinung, welche sich in Paris über ihn gebildet hatte ⁵⁾.

Diese über ihn existierenden Ansichten werden dem Könige nicht unlieb gewesen sein, er hat selber durch das Zeigen einer simulierten Furcht vor der russischen Macht zur Täuschung der öffentlichen Meinung beigetragen. Die beiden französischen Gesandten Tyrconnell und La Touche haben sich von Friedrich in diesem Punkte irreführen lassen. Nach ihren Schilderungen lässt sich die Politik des preussischen Monarchen nur durch die Furcht erklären, das gewonnene Schlesien wieder zu verlieren ⁶⁾.

¹⁾ Paris, Arch. des Aff. étr. (La Touche, 14. Januar 56).

²⁾ Bernis I. 245.

³⁾ Paris. Aff. étr. (La Touche, 30. Aug. 55) u. Koser I. 536.

⁴⁾ Arneth V. 30 und Lehmann 128 (Wien, 8. Septbr.).

⁵⁾ Vide.

⁶⁾ Koser in den Forsch. zur brandenbg.-preuss. Gesch. VII. 79 (Tyrconnell, 4. Dezbr. 50) u. Paris Aff. étr. (La Touche, 28. Juli 55).

Wenn diese Ansichten die französischen Minister in ihrem Vorgehen gegen Preussen geleitet haben, so ist der König von Frankreich durch persönliche Motive bestimmt worden; der Einmarsch der Preussen in Sachsen, wie die Thränen der Dauphine haben ihn in seinem Entschlusse bestärkt, für Oesterreich in den Kampf zu gehen ¹⁾. Die Bedenken Machaults wurden niedergeschlagen durch Bewilligung aller seiner finanziellen Wünsche. Es zeigte sich in diesen Konferenzen, wie schlecht alle Minister über die Finanzen des Reiches unterrichtet waren. Verhängnisvoll war damals für Frankreich der Rücktritt Séchelles, des einzigen Mannes, welcher nicht allein vollkommene Kenntniss aller Hülfsmittel und das Vertrauen der Pariser Banquiers besass, sondern auch durch seine Freundschaft zugleich mit Argenson und Machault ²⁾, die Wünsche beider Rivalen in Einklang zu bringen verstand. Das Ministerium der Finanzen befand sich aber nach der Erkrankung Séchelles in den Händen eines Mannes, der nur geringe Einwendungen machte ³⁾. Dann hat der König von Frankreich selber später seine völlige Unkenntniss in den Finanzfragen eingestanden ⁴⁾, und Bernis, der mit dem Zustande der Finanzen nicht vertraut war, will sich auf die Versicherungen der Minister verlassen haben ⁵⁾, als man sich zum selbständigen Einschreiten in Deutschland entschloss.

Merkwürdig schnell hat die Pompadour sich in die veränderte Lage gefunden. Nach den freilich nicht ganz sicheren Mittheilungen Knyphausens ist sie im September 1756 noch zusammen mit Machault für die Fortdauer des Seekrieges eingetreten. Im November widersetzte sie sich dem Projekte Bernis, die Teilnahme Frankreichs an dem ausbrechenden Kriege auf ein bestimmtes Mass einzuschränken ⁶⁾. Im Gegensatze zu der Rankeschen Auffassung, nach der die Pompadour in dieser Zeit die ausschlaggebende Stellung am Versailler Hofe innegehabt hätte ⁷⁾, muss man betonen, dass sie sich stets der Meinung des Königs untergeordnet hat, da sie, um ihre Stellung am Hofe zu behaupten, bedacht sein musste, sich

¹⁾ Bernis I. 308 u. St. A. (Knyphausens Depeschen).

²⁾ St. A. (Knyphausen, 30. August 54).

³⁾ Correspondance du cardinal du Bernis II. 19.

⁴⁾ Boutaric I. 244 (à Tercier, 16. Novbr. 59).

⁵⁾ Bernis I. 304.

⁶⁾ Bernis I. 307 und Duclos III. 276.

⁷⁾ Ranke XXX. 174 u. 177.

nicht in Opposition zu den Ideen des Königs zu setzen¹⁾. Nach Arneth soll sie durch tiefere Motive zum Anschluss an das Bündnis mit Oesterreich bewogen worden sein²⁾, aber wenn sich auch nicht leugnen lässt, dass sie sehr eifrig Kunst und Wissenschaft befördert hat, in der Politik hat sie nie eine eigene Meinung gehabt. Allein darauf bedacht, ihren Günstlingen hohe Stellungen in der Armee zu verschaffen, hat sie es verstanden, sich im Laufe des Krieges allgemein verhasst zu machen³⁾.

König Ludwig selbst erklärte sich im November dazu bereit, anstatt ein Hülfskorps von 35 000 Mann nach Sachsen abzusenden, wie es der Wiener Hof wünschte, noch im Laufe dieses Winters mit einer durch deutsche Hülfstruppen verstärkten Armee von 85 000 Mann über Hannover gegen Magdeburg die Operationen zu beginnen. So verlockend dieser Plan auf den ersten Blick war, die Kaiserin-Königin erklärte sich entschieden dagegen. Denn unfehlbar wurde dadurch Hannover in den Krieg hineingezogen, was die österreichischen Staatsmänner zu vermeiden wünschten⁴⁾. Als nun durch die Intriguen der Pompadour, trotz der Bemühungen Bernis⁵⁾, um eine Verständigung herbeizuführen, Argenson am 1. Februar 1757 zugleich mit seinem alten Gegner Machault des Ministeriums enthoben wurde⁶⁾, nahm man dieses Ereignis in Wien mit grosser Befriedigung auf, wenn auch die Fähigkeiten des Ministers anerkannt wurden⁷⁾. Denn Argenson war nicht gesonnen, für Oesterreich die Unabhängigkeit der französischen Politik aufzuopfern. Immer wieder hoben die französischen Staatsmänner hervor, dass England ihr Hauptfeind sei⁸⁾; Preussen kam erst in zweiter Linie in Betracht.

Der Sturz des bisherigen Kriegsministers war für Frankreich ein nationales Unglück. Argenson war durchaus nicht ein unan-

¹⁾ Im Sommer 1755 hat die Marquise die Sendung Nivernois nach Berlin aus Freundschaft für Belle-Isle unterstützt; vier Wochen später übermittelt sie die Anträge des Wiener Hofes, ohne sich für die in Aussicht stehende Allianz sehr zu erwärmen und bei den Verhandlungen eine Rolle zu spielen.

²⁾ Arneth V. 31.

³⁾ Broglie, *Revue* 126, 504.

⁴⁾ Arneth V. 80.

⁵⁾ Bernis I. 366.

⁶⁾ Ranke (XXX. 239).

⁷⁾ Arneth V. 490 u. 491.

⁸⁾ Arneth V. 114 (französisches Gegenprojekt vom 15. Dezember 56).

tastbarer Charakter ¹⁾, aber er galt als der einzige Militär, der in dem verwahrlosten Heereswesen Frankreichs einigermaßen Ordnung schaffen konnte ²⁾. Er war jahrelang ohne persönlich für Friedrich eingenommen zu sein ³⁾, für die preussische Allianz eingetreten, da er hoffte, im Bunde mit Preussen sich der Niederlande bemächtigen zu können. Er zögerte aber keinen Moment, sich gegen Friedrich zu erklären, als dieser durch seinen Einfall in Sachsen die Möglichkeit eröffnete, auf wohlfeilere Weise durch Teilnahme an dem deutschen Kriege den Besitz jener Provinzen zu gewinnen.

Als König Ludwig die Allianz mit Oesterreich einging, zerstörte er sein Lieblingswerk, die Reorganisation Polens, an der er trotz des russischen Bündnisses festzuhalten gedachte ⁴⁾. Vergebens wies Broglie auf die üblen Folgen dieser Politik hin, er musste sich dem Machtspruche des Königs beugen, der den Vertrag von Versailles als sein Werk bezeichnete ⁵⁾. Auch Bernis erfuhr die königliche Ungnade, als er die Unmöglichkeit erkannte, auf dem angefangenen Wege zum Ziel zu gelangen. Nach der Schlacht bei Rossbach sah er die Hoffnungen der Kriegspartei, in ein oder zwei Feldzügen die Niederwerfung Preussens durchzuführen ⁶⁾, als gescheitert an. Einzelne Erfolge des Jahres 1758 täuschten ihn nicht über die Gefahren, welche den französischen Kolonien drohten. Im November 1758 überliess er das Ministerium des Auswärtigen nach eineinhalb-jähriger Thätigkeit dem bisherigen Botschafter in Wien mit der Prophezeiung, ohne ein Wunder des Himmels werde man bei der Fortdauer des Krieges Kanada schon im nächsten Jahre verlieren ⁷⁾.

Diese unglückliche Politik seit dem Vertrage von Versailles ist zum grössten Teile das Werk Ludwigs XV. gewesen. Er hielt in dem Augenblicke, wo Bernis entlassen wurde, die Niederlage Friedrichs des Grossen auf immer entschieden ⁸⁾; persönlich fühlte er sich stets zur katholischen Kaiserin hingezogen und hoffte in diesem Augenblicke, die Früchte seiner langjährigen Bemühungen zu ernten.

¹⁾ Duclos II. 276.

²⁾ Bernis I. 373.

³⁾ P. C. VIII. 440 (August 51).

⁴⁾ Boutaric I. 212 (an Tercier, 9. Nov. 56) u. 213 (an Tercier, 27. Nov. 56).

⁵⁾ Boutaric I. 76 (an Broglie, 22. Januar 56) »c'est mon ouvrage. Je le croy bon et je le veux soutenir«.

⁶⁾ Bernis II. 43.

⁷⁾ Bernis II. 328 (an Choiseul, 3. Novbr. 58).

⁸⁾ Boutaric I. 95. (an Tercier, 7. Dezbr. 58).

Durch sein eigensinniges Festhalten an den einmal abgeschlossenen Verträgen hat er alles Unheil heraufbeschworen, das ihn und sein Land während des Krieges treffen sollte.

Friedrich hat den Bruch mit Frankreich um so leichter ertragen, als sich ihm in den Herbstmonaten des Jahres 1756 begründete Aussichten eröffneten, mit Russland in Frieden zu bleiben. Wenige Tage vor seinem Aufbruche aus Potsdam erhielt er durch Vermittlung Mitchells günstig lautende Nachrichten aus Petersburg, denen er Glauben schenkte ¹⁾. Mitte Oktober wurde er dann von Mitchell davon unterrichtet, dass der englische Gesandte Williams in Petersburg den Kanzler Bestushew für die preussische Sache gewonnen habe. Gleich nach dem Einmarsche in Sachsen am 2. September hatte sich der König aus eigenem Antriebe bereit erklärt, 100 000 Thaler zur Bestechung des Grosskanzlers zu verwenden ²⁾. Er hat es gethan in einem Augenblicke, wo er mit jedem Pfennige rechnen musste, in der Zuversicht, dass das preussische Geld in Petersburg seine Schuldigkeit thun werde ³⁾. Derselbe Monarch, der früher nicht Worte genug gefunden hatte, um seine Furcht vor den Russen Frankreich gegenüber darzulegen, meinte jetzt nach Ausbruch des Krieges »die Russen seien vielleicht nicht so böse wie sie aussähen« ⁴⁾. Lehwaldt und Schwerin wurden mit der Hoffnung vertraut gemacht, dass vielleicht im nächsten Jahre nichts von den Russen zu befürchten sein werde ⁵⁾.

Ausserdem rechnete Friedrich sehr stark auf das baldige Ableben der Kaiserin Elisabeth ⁶⁾. Anfangs Juli erfuhr er, ihr Gesundheitszustand sei sehr schlecht, nach Aussage ihres Leibarztes würde sie das 50. Lebensjahr nicht erreichen ⁷⁾. Ihr Tod musste vieles in Russland ändern ⁸⁾. Als von Williams diese Nachrichten bestätigt wurden ⁹⁾, suchte er durch die verwittwete Herzogin von Anhalt-Zerbst auf die Gemahlin des Thronfolgers in preussenfreundlichem

¹⁾ P. C. XIII. 270 (24. Aug. 56) und 275 (25. Aug. 56, an Lehwaldt).

²⁾ P. C. XIII. 328.

³⁾ P. C. XIII. 450 (24. September 56).

⁴⁾ P. C. XIII. 470 (27. Septbr. 56).

⁵⁾ P. C. XIII. 568 (19. Oktbr.) und 580 (29. Oktbr. 56).

⁶⁾ Koser, Preuss. Jahrbücher 47. 487.

⁷⁾ P. C. XIII. 51 (Die Kaiserin war am 29. Dezember 1709 geboren).

⁸⁾ P. C. XIII. 517 (9. Oktbr. 56, an Lehwaldt).

⁹⁾ P. C. XIV. 49 u. 79 (Williams, 2. Novbr. 56).

Sinne einzuwirken ¹⁾). Kurzum, alles schien nach dieser Seite einen günstigen Verlauf zu nehmen.

Dass Friedrich mit diesem Urteile nicht allein stand, zeigen die Berichte der in Petersburg beglaubigten Gesandten. Die Russen hatten nach Williams Ansicht wenig Geld und nicht zehn tüchtige Offiziere in der Armee. Ueber Apraxin äusserte sich der Gesandte Englands fast noch wegwerfender als der preussische Monarch ²⁾). Auch der österreichische Gesandte Esterhazy warnte, in Wien allzu grosse Hoffnungen auf das russische Heer zu setzen, — kein einziger tüchtiger General sei vorhanden ³⁾). Man wusste sehr gut in Wien, dass Russland ohne fremde Hülfe auf die Länge der Zeit keine Armee ins Feld zu stellen vermochte. Sehr nahe lag aber die Gefahr, dass englisches Geld die Russen zum Stillsitzen oder gar zur Ausrüstung eines Auxiliarkorps gegen Frankreich bewegen könne ⁴⁾). So durfte Kaunitz nicht wagen, sich mit Russland über einen Angriffskrieg gegen Preussen zu verständigen, bevor nicht alle Schwierigkeiten mit Frankreich geebnet waren ⁵⁾).

Erst der Einmarsch der Preussen in Sachsen hat der österreichischen Partei am Petersburger Hofe das Uebergewicht gegeben und den Anschluss Russlands an das Bündnis vom 1. Mai 1756 ermöglicht. Am 24. Dezember 1756 erfuhr Friedrich, der vor kurzem den Marsch des pommerschen Korps nach der Lausitz befohlen hatte ⁶⁾), dass die Bestechung Bestushews nicht den erwarteten Erfolg gehabt habe, und die englische Partei am Petersburger Hofe unterlegen sei. Friedrich hat nach Mitchell diese Nachricht mit grosser Fassung aufgenommen ⁷⁾); er glaubte nicht viel von Russland befürchten zu müssen, da jede Rüstung, — ja, schon eine entschiedene Haltung der Türken es sehr leicht von den deutschen Vorgängen ablenken könne ⁸⁾). Es war Friedrichs alter Grundsatz, dass allein das englische Gold die Russen gefährlich mache ⁹⁾). Sonst sei ihre Armee bei der schlechten Ausrüstung nicht zu fürchten;

¹⁾ P. C. XIV. 164 (24. Dezbr. 56).

²⁾ P. C. XIII. 547.

³⁾ Arneth IV. 460 (22. April 56).

⁴⁾ Lehmann 118 (an Starhemberg, 29. Jnni 56).

⁵⁾ Arneth IV. 461 (an Esterhazy, 26. Juni 56) und Ranke XXX. 167.

⁶⁾ P. C. XIV. 96 (30. November 56).

⁷⁾ P. C. XIV. 164 (24. Dezember 56).

⁸⁾ Bernis I. 298.

⁹⁾ P. C. X. 341 (28. Mai 54).

der Oberbefehlshaber Apraxin sei der Grossfürstin Katharina ergeben ¹⁾ und zeige wenig Neigung zum Kriege ²⁾. Auch blieb die Aussicht auf den baldigen Tod der Kaiserin Elisabeth bestehen; und jede Verschlimmerung ihres Zustandes lähmte bei der bekannten Haltung des Thronfolgers alle Staatsgeschäfte ³⁾. Noch im März 1757 hatte Friedrich nicht die Hoffnung aufgegeben, sich der unter dem Befehle Lehwaldts stehenden Truppen zum Einmarsch in Mähren bedienen zu können ⁴⁾.

Ebensowenig wie die russischen Zustände hat der Einmarsch eines französischen Heeres in Deutschland den König in der Weise beunruhigt, wie der englische Gesandte nach der Rückkehr Knyp-hausens aus Paris wahrzunehmen glaubte ⁵⁾. Vielmehr hielt Friedrich in Uebereinstimmung mit seinem Gesandten eine Armee von 64 000 Mann für genügend zur Deckung Norddeutschlands gegen jeden französischen Angriff ⁶⁾. An dieser Ansicht hat er noch Mitte Februar 1757 festgehalten; nicht nur der Herzog von Braunschweig, auch Winterfeldt und Schwerin erfahren, dass das französische, nach Deutschland bestimmte Korps die Stärke von 60 000 Mann nicht erreichen werde ⁷⁾. Hat der König doch Anfang des neuen Jahres sehr bestimmt auf einen Umschwung in Versailles gerechnet, da das dort gegen den König verübte Attentat die Kriegspartei lähmen müsse. Es war bei einer längeren Krankheit Ludwigs nicht ausgeschlossen, dass die Pompadour das Schicksal einer Vorgängerin (die Verbannung vom Hofe) treffen könne ⁸⁾.

Ganz andere Sorgen bereitete Friedrich in diesem Winter das geringe Entgegenkommen, welches sein Vorschlag, mit englischem Gelde eine Armee zum Schutze des nördlichen Deutschlands aufzustellen, in London und Hannover gefunden hatte. Um seinen Vorstellungen grösseres Gewicht zu verleihen, griff er auf sein altes Mittel zurück, seinen Verbündeten die allgemeine Lage möglichst gefahrvoll darzustellen: Die Franzosen würden ausser mit einem

¹⁾ P. C. XIV. 188 (Williams, 18. Dezbr. 56).

²⁾ P. C. XIV. 83 (28. Novbr. 56 an Lehwaldt).

³⁾ Arneth V. 95. (Esterhazy, 9. Februar 57).

⁴⁾ P. C. XIV. 351 (9. März 57 an Lehwaldt).

⁵⁾ P. C. XIV. 117 (Mitchell, 9. Dezbr. 56).

⁶⁾ P. C. XIV. 145 (17. Dezbr. 56).

⁷⁾ P. C. XIV. 282 u. 286 (17. u. 18. Februar 57).

⁸⁾ P. C. XIV. 210 u. 212 (18. u. 19. Januar 57, an Winterfeldt u. Schwerin) und 225 (25. Januar 57, an Mitchell).

grossen Heere gegen Hannover auch in Mähren mit 30—40 000 Mann auftreten ¹⁾. Im Gegensatze zu den englischen Ministern, die auf die Wünsche des preussischen Monarchen eingingen ²⁾, suchte man in Hannover, wo Sympathien für Oesterreich vorhanden waren, durch Verhandlungen mit dem Wiener Hofe die Neutralität des Kurfürstentums zu sichern ³⁾. Da Friedrich gerade durch die hannoverschen Regimenter den Franzosen den Marsch nach Deutschland versperren wollte ⁴⁾, so hat er die Versuche des Ministeriums in Hannover, eine von England unabhängige Politik zu treiben, auf das schärfste bekämpft ⁵⁾.

Nichts hatte sich nach der Besetzung Sachsens ereignet, was Friedrich den festen Glauben an das Gelingen seiner Wünsche rauben konnte. Nicht die Briefe an seine Angehörigen klären über die innere Stimmung des Königs auf; der kranken Schwester in Baireuth und dem für die Zukunft Preussens fürchtenden Thronfolger sucht er die politische Lage möglichst günstig zu schildern ⁶⁾, während die Königin von Schweden zur Mässigung ermahnt wird ⁷⁾: die Korrespondenz mit den Offizieren, die sein Vertrauen besaßen, gewährt allein vollen Aufschluss über das, was Friedrich von der Zukunft erwartete. Trotz der ungünstigen Haltung der Kaiserin Elisabeth war eine zeitweilige Räumung Ostpreussens das schlimmste, was sich im Osten ereignen konnte ⁸⁾. Einen Einmarsch der Oesterreicher in Schlesien hielt er für ausgeschlossen. Wohl waren Streifzüge der leichten Truppen nach Oberschlesien zu erwarten, weshalb der schlesische Minister Schlabrendorf die dort gelegenen Magazine in Sicherheit bringen musste ⁹⁾; aber die Bewilligung einer besonderen Geldsumme für die Vollendung der Festungswerke von Neisse wurde Schwerin abgeschlagen, da für diese Stadt vom Feinde nichts zu befürchten sei ¹⁰⁾.

Die Erfolge der französischen Diplomaten in Schweden und Russland haben König Friedrich kalt gelassen. Die Schweden und

¹⁾ P. C. XIV. 205 (16. Januar 57. an Mitchell).

²⁾ P. C. XIV. 291 (Mitchell, 17. Februar 57).

³⁾ Ranke XXX. 285.

⁴⁾ P. C. XIV. 182 (2. Januar 57, an Winterfeldt).

⁵⁾ P. C. XIV. 252 (7. Februar 57, Mitchell).

⁶⁾ P. C. XIV. 213 (20. Januar 57).

⁷⁾ P. C. XIV. 186 (4. Januar 57).

⁸⁾ P. C. XIV. 189 (8. Januar 57, an Lehwaldt).

⁹⁾ P. C. XIV. 172 (27. Dezbr. 56).

¹⁰⁾ P. C. XIV. 295 (21. Febr. 57).

vielleicht auch die Russen würden sich hüten nach Deutschland zu kommen, wenn die Oesterreicher vor Mitte Mai eine entscheidende Niederlage erlitten hätten ¹⁾. Winterfeldt, der Urheber des Feldzugsplanes von 1757, gedachte durch einen raschen siegreichen Vorstoss nach Böhmen, auch das »französische Feuer zu dämpfen« ²⁾. Die beiden Generäle, welchen Friedrich das meiste Vertrauen schenkte, waren mit ihm der festen Ueberzeugung, dass die preussische Armee ihren Gegnern überlegen sei ³⁾. Aber bei aller Siegesgewissheit und Verachtung seiner Feinde, die ihm und seinen Truppen nicht stand halten würden ⁴⁾, vermeidet der König doch jede Prahlerei in seinen Aeusserungen. »Man müsse die Ohren steif halten, das Jahr werde scharf hergehen. Es ist also mit unseren Umständen kein Kinderspiel, sondern es gehet auf Kopf und Kragen« ⁵⁾. Aber schon der Mangel an Geld musste die Niederlage der Oesterreicher entscheiden ⁶⁾, selbst als die Kaiserin-Königin wider Friedrichs Erwarten grössere Hülfquellen in den eigenen Landen gefunden hatte ⁷⁾.

So sind die Gründe, welche Friedrich zu der Konvention von Westminster bestimmt haben, für ihn auch in der folgenden Zeit massgebend gewesen. Das Gelingen der Eroberung Minorcas und die in Kanada errungenen Erfolge mussten die Franzosen ermutigen, in dem gegen England begonnenen Seekriege fortzufahren. Nach den Erkundigungen Knyphausens würde allein der Verlust der Kolonien das französische Ministerium genötigt haben, als Pfand Hannover zu besetzen. Friedrichs Politik vor und nach der Besetzung Sachsens beruhte auf der festen Voraussetzung, dass Frankreich entweder garnicht oder nur mit halber Kraft an einem deutschen Kriege sich beteiligen könne. Auf dieser Unterschätzung der Hülfsmittel Frankreichs, das selbst einst erklärt hatte, ausser stande zu sein, neben dem Seekrieg noch einen Krieg auf dem Festlande zu führen,

¹⁾ P. C. XIV. 273 (15. Februar 57, an Lehwaldt) und 289 (18. Februar 57, an die Königin von Schweden).

²⁾ P. C. XIV. 400 (Winterfeldt, 14. März 57).

³⁾ Winterfeldt (P. C. XIV. 14. März 57) »es ist eine terrible Furcht vor uns in Böhmen« und Schwerins Ausspruch, dass die Oesterreicher die Preussen mehr fürchten, als diese sie. (P. C. XIV. 109) u. 180 (3. Nov. u. 27. Dezbr. 56).

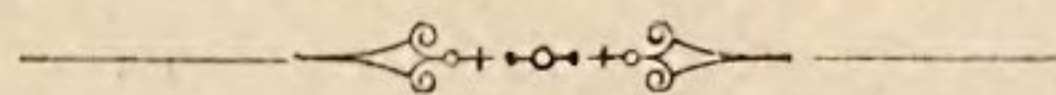
⁴⁾ P. C. XIV. 177 (29. Dezbr. 56, an Winterfeldt).

⁵⁾ P. C. XIV. 182 u. 341 (2. Jan. u. 5. März 57).

⁶⁾ P. C. XIV. 181 u. 367 (31. Dezbr. 56 u. 12. März 57, P. S. an Schwerin).

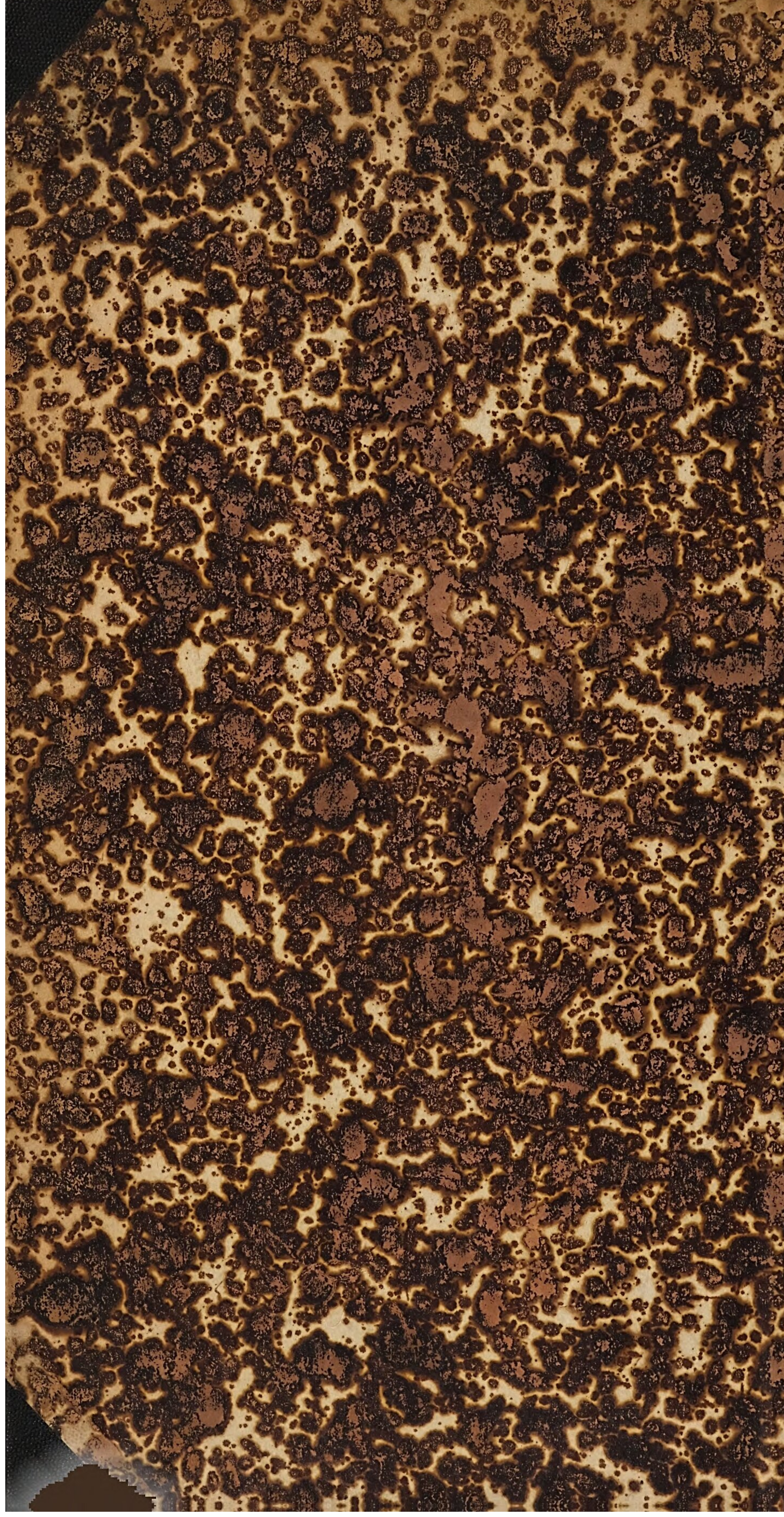
⁷⁾ P. C. XIV. 224 (Keith aus Wien 1. Jan. 57, Antwort Friedrichs 25. Jan. 57).

hat König Friedrich seinen Plan, sich Sachsens zu bemächtigen, aufgebaut, nachdem die Rüstungen der Kaiserin Elisabeth ihm den gesuchten Grund zu Gegenmassregeln gegeben hatten. Er zählte bestimmt darauf, wie während der ersten schlesischen Kriege, auch dies Mal von beiden Westmächten die eine für sich, die andere nicht gegen sich zu haben ¹⁾. Aber die Konjunkturen, welche einst den Erwerb Schlesiens begünstigt hatten, trafen jetzt nicht wieder ein. Im Vertrauen auf die Tüchtigkeit seines Heeres eröffnete König Friedrich im Frühjahr 1757 den Feldzug; die Niederlage der Oesterreicher musste die Pläne der feindlichen Mächte zum Scheitern bringen. Nach dem Siege bei Prag, der nur zu theuer mit dem Tode Schwerins erkaufte wurde, vernichtete der Unglückstag von Kolin die Arbeit mehrerer Jahre. Gegen Friedrichs Erwarten lieferte in den nächsten Jahren die Macht, welche einst so eng mit ihm verbündet gewesen war, seinen erbittertsten Feinden die Mittel zum Kriege. Hätte Friedrich diese Wendung der Dinge vorausgesehen, so würde er sicherlich im Herbst 1756 nicht losgeschlagen haben, sondern unter Vermeidung eines offenen Bruches mit Frankreich seine geheimen Pläne, durch deren Ausführung allein ein weiterer Ausbau seiner Monarchie gesichert wurde, auf einen günstigeren Moment verschoben haben.



¹⁾ Ranke XXX. 133.

Druck von Ackermann & Wulff, Hamburg.



Wagner, Ferdinand

Friedrichs des Grossen Beziehungen zu Frankreich und der Beginn der
siebenjährigen Krieges

Hamburg 1896

J.publ.e. 474 sp

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11812912-6